DER SPIEGEL

Nr. 23 / 4.6.2016
Deutschland €4,60

4 190700 704608 23

Geht's noch?

Die Kanzlerin und ihr Seehofer: Eine eitle Feindschaft wird zur Gefahr für das Land

Welthandel
Chinas Jagd auf deutsche Hightech-Firmen

Hirnforschung
Das Geheimnis der Intelligenz

Fußball-EM
Wie sich die Nationalelf vom DFB entfernt

Österreich € 5,10 Schweiz sfr 7,– | BeNeLux € 5,20 Dänemark dkr 48,– | Finnland € 7,40 Frankreich € 6,– | Griechenland € 6,50 Hongkong HK$ 88,– | Italien € 6,– Japan Yen 1.800,– (+tax) | Lettland € 5,60 Norwegen NOK 72,– | Polen (ISSN 00387452) Zł 29,– Portugal (cont) € 6,– | Slowakei € 6,20 Slowenien € 5,90 | Spanien € 6,– Spanien/Kanaren € 6,30 | Thailand Baht 450,– Tschech. Republik Kc 175,– | Türkei TL 23,– Ungarn Ft 2.170,– | Printed in Germany

RENAULT
Passion for life

Renault **TALISMAN Grandtour**

Premiere am 11.06.[1]

5 Jahre Garantie[2]

Der Renault TALISMAN Grandtour mit Allradlenkung 4CONTROL.[3]

Mehr erfahren auf renault.de/talisman-grandtour

Renault Talisman Grandtour: Gesamtverbrauch kombiniert (l/100 km): 6,0 – 3,7; CO_2-Emissionen kombiniert (g/km): 135 – 98 (Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).

[1] Bei allen teilnehmenden Renault Partnern. [2] 3 Jahre Renault Neuwagengarantie und 2 Jahre Renault Plus Garantie (Anschlussgarantie nach der Neuwagengarantie) für 60 Monate bzw. 100.000 km ab Erstzulassung gemäß Vertragsbedingungen. [3] Je nach Version serienmäßig oder optional (gegen Aufpreis), verfügbar ab Ausstattungsniveau Intens. Abbildung zeigt Renault Talisman Grandtour Intens mit Sonderausstattung. Renault Deutschland AG, Postfach, 50319 Brühl.

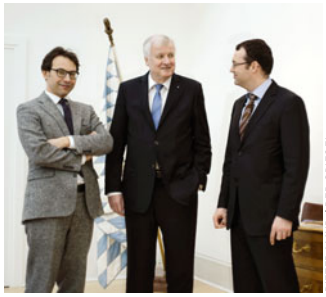
Renault empfiehlt elf

renault.de

DER SPIEGEL
Das deutsche Nachrichten-Magazin

Hausmitteilung

Betr.: Titel, Flüchtlinge, Fußball



DIETER MAYR / DER SPIEGEL

Pfister, Seehofer, Neukirch

Noch nie war die Kluft zwischen den beiden Schwesterparteien so groß wie heute – so urteilen viele Zeitzeugen und Unionspolitiker, die das Verhältnis seit Dekaden beobachten. In aller Offenheit droht die CSU, Angela Merkel bei der nächsten Bundestagswahl nicht mehr als Kanzlerkandidatin zu unterstützen. Zerfällt die Union? Und wer könnte diese Entwicklung noch aufhalten? „Es kommt jetzt auf uns an“, sagte Merkel, als sie ihren Gegner und Verbündeten, CSU-Chef Horst Seehofer, am Dienstag im Kanzleramt empfing – um das Bündnis neu zu schmieden? Die SPIEGEL-Redakteure Ralf Neukirch und René Pfister, Autoren der Titelstory, begleiten die beiden Politiker seit Jahren: Neukirch schrieb bereits Ende der Neunzigerjahre über Merkel, die damals noch CDU-Generalsekretärin war. Pfister lernte Seehofer vor zwölf Jahren kennen; damals schon war Seehofer ein Merkel-Kritiker, er bekämpfte ihre Gesundheitsprämie. „Beide wissen, dass sie den eigenen politischen Niedergang provozieren“, sagt Neukirch. „Sie sind nur völlig ratlos, wie sie ihn stoppen sollen.“

Seite 12

ESPEN EICHHÖFER / DER SPIEGEL

Wiedmann-Schmidt, Weise, Smoltczyk

In Nürnberg-Hasenbuck, einem eher unscheinbaren Vorort, befindet sich, untergebracht in einer ehemaligen SS-Kaserne, die Zentrale des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, kurz: BAMF. Von hier aus wird der Einsatz der bald 7300 Mitarbeiter koordiniert, werden mehr als hundert Dienststellen gesteuert, hier lenkt man die Zuwanderung in verwaltungstechnische Bahnen. Es ist eine Jahrhundertaufgabe, der sich die Beamten meist hinter verschlossenen Türen widmen. Die SPIEGEL-Redakteure Alexander Smoltczyk und Wolf Wiedmann-Schmidt konnten sich jedoch mehrere Tage lang in der Zentrale aufhalten, dort trafen sie auch Jürgen Weise, den Chef. Und sie erlebten eine zutiefst verunsicherte Behörde, die sich unter dem Druck der Geschehnisse in eine Hochleistungsmaschine verwandeln muss.

Seite 52

Buschmann, Osang

Wenn Rainer Koch im Wohnzimmer in seinem Heimatort Poing bei München sitzt und auf dem Großbildfernseher die Spiele der Zweiten Bundesliga verfolgt, wirkt er wie ein normaler Fan. Dabei ist Koch Vizepräsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), er ist einer der mächtigsten Funktionäre. Die SPIEGEL-Redakteure Rafael Buschmann und Alexander Osang saßen mit Koch auf seiner roten Ledercouch und diskutierten mit ihm über die Interessen der Amateurvereine, die dieser durch die Kommerzialisierung bedroht sieht. Vertreter der Profiliga wiederum sehen in Koch einen Ewiggestrigen, der die Anforderungen der globalisierten Welt nicht kapiert. So zieht sich, wenige Tage vor der Europameisterschaft, ein tiefer Riss durch die deutsche Fußballwelt. Buschmann: „Es geht um die Frage, wem der Fußball wirklich gehört.“

Seite 104

HURTIGRUTEN
Polare Welten für Entdecker

POLAR
EXPEDITIONEN

Antarktis, Spitzbergen, Grönland, Island, Kanada.

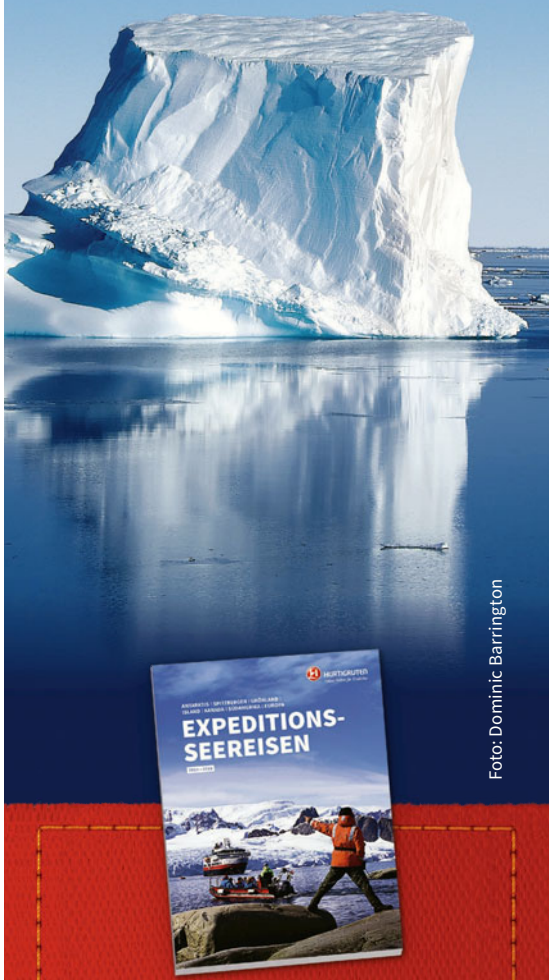


Foto: Dominic Barrington

Expeditions-Seereisen Katalog 2017/2018
Jetzt kostenlos anfordern!

Im Reisebüro oder
www.hurtigruten.de

Tel. (040) 874 086 10
(Mo.–Fr. 8:30–20 Uhr | Sa. 9–18:30 Uhr | So. 10–18:30 Uhr)

Hurtigruten GmbH
Große Bleichen 23 • 20354 Hamburg

FRANCOIS LO PRESTI / AFP

Im Land der Revolutionen

Frankreich Der Unmut könnte kaum größer sein, überall wird gestreikt und protestiert. Schuld daran ist die tiefe Vertrauenskrise zwischen Bürgern und Regierenden. Unterwegs mit Emmanuel Macron, der neuen Hoffnung der französischen Politik. **Seite 84**

JACOB ROBERTS / REDUX

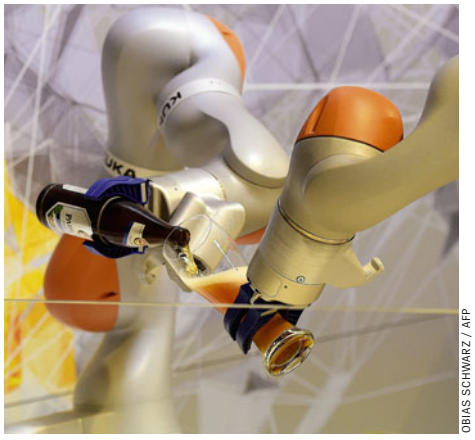
Schlaueres Köpfchen

Evolution Das Gehirn eines Elefanten wiegt dreimal so viel wie das eines Menschen. Warum ist trotzdem der Mensch die scharfsinnigere Spezies? Eine brasilianische Forscherin hat Nervenzellen gezählt und glaubt nun, das Geheimnis der Intelligenz gelüftet zu haben. **Seite 120**

HENNING SCHACHT / BERLINPRESSPHOTO

Im Wartestand

Parteien Was will Olaf Scholz? Im SPIEGEL-Gespräch entwirft Hamburgs Erster Bürgermeister Konzepte, um die SPD wieder kanzlerfähig zu machen. Tenor: höhere Glaubwürdigkeit und ein Programm für die Mittelschicht. Die Kanzlerkandidatur schließt er nicht aus. **Seite 26**



OBIAS SCHWARZ / AFP

China auf Einkaufstour

Welthandel Hightech-Unternehmen wie der Augsburger Roboterbauer Kuka sind bei chinesischen Investoren sehr beliebt, gleichzeitig überschwemmen Billigprodukte aus Fernost die westlichen Märkte. Chinas Doppelstrategie wird zur Gefahr für die deutsche Wirtschaft. **Seite 66**

Titel

Union Warum der Bruch zwischen Kanzlerin Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer kaum noch zu kitten ist **12**

Deutschland

Leitartikel François Hollande sollte den Streiks nicht nachgeben **6**
Meinung Kolumne: Im Zweifel links / So gesehen: Der Tortenwurf **8**
CDU diskutiert Lammert als Kandidat für Bundespräsidentenamt / Ausreisepläne führten zu Festnahme von IS-Terrorverdächtigen / EU will einheitliche Blue Card für qualifizierte Einwanderer **22**
Parteien SPIEGEL-Gespräch mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Olaf Scholz über die Krise der Sozialdemokratie **26**
Katastrophen Die Ursachen der Flut **30**
Karrieren Ex-Linken-Chef Gregor Gysi wird zur Bürde für seine Partei **32**
AfD Parteivize Gauland erklärt, warum er sich nicht für einen Rassisten hält **36**
Steuern Wie Finanzminister Wolfgang Schäuble die Entlastung kleinrechnet **38**
Lkw-Maut Lukrative Prämien für das Konsortium Toll Collect **40**
Rechtsextremisten Der lange Überlebenskampf der NPD **42**
Zeitgeschichte Kanzler Adenauer und seine Minister stellten Hunderte Strafanträge wegen „politischer Beleidigung“ **44**
Strafjustiz Eine Messerattacke auf dem Oktoberfest – versuchter Mord oder Notwehr? **46**
Oldtimer Als Klassiker ist der Porsche 911 bei Autodieben beliebt wie nie **48**

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Zähne / Warum erwachsene Kinder nicht mehr ausziehen **50**
Eine Meldung und ihre Geschichte Ein Engländer findet in seinem Garten eine römische Villa **51**
Reformen Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kurz: BAMF, ist für alles zuständig und an allem schuld **52**
Kolumne Leitkultur **58**

Medien

USA CNN-Moderator Jake Tapper über den Umgang der Medien mit Donald Trump **60**
Illustrationen Inszenierte Fotos prägen unser Bild von Kinderarmut **62**

Wirtschaft

Europäischer Rat rüffelt Juncker / Wirecard-Angreifer verspekulieren sich / Warum steigt der Ölpreis wieder? **64**
Welthandel Die chinesische Expansionsstrategie bedroht die deutsche Wirtschaft **66**
Autoindustrie Neue Untersuchungen der Motorsoftware legen nahe, dass Opel-Modelle Abgastests erkennen **70**
Digitalisierung Indien erfasst seine Bevölkerung mithilfe biometrischer Daten – und will so den Sprung in die Moderne schaffen **72**
Affären Der Bürgermeister von Panama-Stadt wirbt für seine Kommune **74**
Konzerne Im SPIEGEL-Gespräch kritisiert Unilever-Chef Paul Polman kurzfristiges Denken in Politik und Wirtschaft **76**
Luftfahrt Warum die Lufthansa Arbeitnehmer beschäftigt, die nichts zu tun haben **80**

Ausland

Putin weitet seinen Einfluss in Südamerika aus / Uni-Absolventen rebellieren gegen die Hamas-Regierung in Gaza **82**
Frankreich Wirtschaftsminister Emmanuel Macron ist die neue Hoffnung der Franzosen **84**
Verteidigung Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg verteidigt im SPIEGEL-Gespräch die Russlandstrategie der Allianz **88**
Italien Wird Virginia Raggi von der Protestbewegung „Cinque Stelle“ Roms Bürgermeisterin? **92**
USA Ein amerikanischer Jurist bereitet eine Anklage gegen Syriens Präsidenten Assad vor **94**
Ukraine / Russland Eine Reise über die Krim, zwei Jahre nach der Annexion **98**
Global Village Warum eine junge Anwältin auf Gibraltar gegen den Brexit kämpft **102**

Sport

Die derzeit weltbeste Weitspringerin Sosthene Moguenara über ihr Verletzungspech neun Wochen vor den Sommerspielen / Deutsche Bundespolizisten bei Olympia in Brasilien? **103**
Fußball Die Nationalelf kämpft in Frankreich auch um die verlorene Ehre des DFB **104**
Essay Über den Zusammenhang von Fußball, Gesellschaft und Politik **108**
Idole Basketball-Star Stephen Curry begeistert die NBA-Fans **110**

Wissenschaft

Killerbakterien auf dem Vormarsch? / Drogendepot im Oberarm / Kommentar: Warum Flugdaten nicht in eine Blackbox gehören **112**
Medizin Ein Kinderrheumatologe wird verdächtigt, Medikamente an jungen Patienten zu testen, die diese nicht bekommen dürften **114**
Netzwelt Wie gefährlich ist die neue Software zur Gesichtserkennung via Smartphone? **118**
Evolution Die verblüffenden Erkenntnisse einer Forscherin aus Brasilien zur Hirnentwicklung des Menschen **120**
Rüstung Warum die Amerikaner es seit 60 Jahren nicht schaffen, einen besseren Langstreckenbomber als die B-52 zu bauen **122**

Kultur

Kraftwerks Urheberrecht-Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht / Die Lügengeschichten des „American Sniper“ Chris Kyle / Kolumne: Zur Zeit **124**
Kulturpolitik Die Machtkämpfe der Kulturstaatsministerin Monika Grütters **126**
Literatur Der Schriftsteller Ilija Trojanow versucht sich als Olympionike in 80 Einzeldisziplinen **130**
Zeitgeschichte Hermann Kant, Expräsident des DDR-Schriftstellerverbands, wird 90 und glaubt noch immer an die gute Sache **132**
Russland Perestroika-Philosoph Alexander Zipko im SPIEGEL-Gespräch über den beleidigten Präsidenten Putin **136**
Buchkritik Der Franzose Didier Eribon beschreibt in seiner Autobiografie den Abstieg Frankreichs **139**

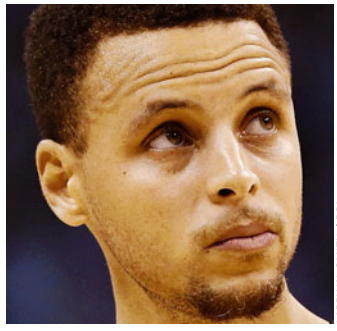
Bestseller **129**
Impressum, Leserservice **140**
Nachrufe **141**
Personalien **142**
Briefe **144**
Hohlspiegel / Rückspiegel **146**

Wegweiser für Informanten: **www.spiegel.de/investigativ**

AUGUSTO CASASOLI / A3 / CONTRASTO / LAIF

Virginia Raggi

Sie ist 37 Jahre jung, Kandidatin der Protestbewegung M5S, und sie schickt sich an, demnächst die krisengeschüttelte Millionenstadt Rom zu regieren. Ihr Rezept gleicht einer Kampfansage an die politische Klasse. **Seite 92**



LARRY W. SMITH / DPA

Stephen Curry

Er lernte das Werfen einst bei seinem Vater, inzwischen ist er der treffsicherste Basketballer der US-Profiliga. Mit seinem Team, den Golden State Warriors aus Kalifornien, steht Curry jetzt im Meisterschaftsfinale. **Seite 110**

HERMANN BREDEHORST / DER SPIEGEL

Monika Grütters

Sie sorgte für mehr Ärger als alle ihre Vorgänger, und viele Kunstsammler fürchten sie. Dabei ist sie erst seit 2013 im Amt. Doch ehrgeizig verfolgt die Kulturstaatsministerin ihre Ziele: neue Museen, neue Gesetze. **Seite 126**

DER SPIEGEL
Das deutsche Nachrichten-Magazin

Leitartikel

Land der Streiks

Frankreichs Präsident Hollande muss im Kampf um Reformen standhaft bleiben.

Es ist, als ob die Franzosen den übrigen Europäern pünktlich zur Fußball-EM bestätigen wollten, dass das Klischee vom Land der Streiks und Revolutionen eben doch stimmt. Im Kampf gegen eine Arbeitsmarktreform lässt die Gewerkschaft CGT im ganzen Land Raffinerien blockieren, bald darauf geht manchen Tankstellen der Sprit aus. Diese Woche traf es die Eisenbahn und die Pariser Metro. Die entscheidende Frage lautet aber nicht, ob die Fans zu den Spielen gelangen werden. Sie lautet, ob Frankreich reformierbar ist – oder ob es den Populisten und Radikalen in die Hände fällt.

Dabei geht es auch um die Zukunft der EU, deren Kern bereits durch den drohenden Brexit gefährdet ist. Frankreich kann seine traditionelle Rolle als Motor der EU an der Seite der Deutschen seit Jahren nicht mehr ausfüllen, es ist wirtschaftlich und politisch zu schwach. Wenn es nun die Kraft zur Selbsterneuerung nicht findet, könnte es als entscheidende Stimme in Europa ganz verloren gehen.

Die aktuellen Bilder von brennenden Reifen, Tränengas und Tausenden Demonstranten sind Teil eines französischen Revolutionsnarrativs, das von 1789 über den Mai 1968 bis zu den Studentenprotesten in den Neunziger- und Nullerjahren reicht. Schon viele Regierungen sind unter dem Druck der Straße eingeknickt. Das Außergewöhnliche ist diesmal, dass der organisierte Widerstand eine Regierung der Sozialisten trifft.

JEAN-SEBASTIEN EVRARD / AFP

Demonstrant in Nantes

Doch die martialischen Bilder verdecken, dass es sich um eine Auseinandersetzung zwischen zwei Schwachen handelt. Auf der einen Seite steht die Regierung, die ein Gesetz verteidigt, das zwei Drittel der Franzosen ablehnen. Auf der anderen Seite kämpft eine Gewerkschaft, die sich zum Kommunismus bekennt, nur eine kleine Minderheit der Arbeitnehmer vertritt und gegen den eigenen Bedeutungsverlust ankämpft. 60 Prozent der Franzosen sprechen sich in jüngsten Umfragen gegen die Streiks aus.

Der Gegenstand der Auseinandersetzung hat die Aufregung eigentlich nicht verdient. Das Gesetz soll jenes starre Arbeitsrecht ein wenig lockern, das den Älteren unkündbare Verträge sichert und viele Junge in prekäre Arbeitsverträge zwingt, sofern sie überhaupt einen Job finden. Die Vergleiche mit Gerhard Schröders weitreichender Agenda 2010, die oft angestellt werden, haben keine Berechtigung.

Das eigentliche Problem ist die tiefe Vertrauenskrise zwischen Bürgern und Regierenden. Präsident Hollande hat es seit Amtsantritt nicht geschafft, den Franzosen zu erklären, was er mit dem Land eigentlich vorhat. Die ersten beiden Jahre seiner Amtszeit vergeudete er mit Nichtstun. Erst im letzten Drittel seiner Amtszeit ließ er zu, dass sein Premier Manuel Valls und Wirtschaftsminister Emmanuel Macron beherztere Reformen angingen. Diese mussten in einem undemokratischen Verfahren ohne Abstimmung durch das Parlament gepaukt werden – kein Wunder, dass die Bevölkerung ihnen misstraut.

Hollande kann im aktuellen Konflikt schon deshalb nicht zurückweichen, weil der kümmerliche Rest seiner Präsidentschaft dann endgültig in Trümmern läge. Aber er ist berüchtigt für seine Wankelmütigkeit. Laut einer aktuellen Umfrage würden nur 14 Prozent Hollande wählen, falls er nächstes Jahr überhaupt antritt. Halb so viele, wie sich für Marine Le Pen aussprechen, die Anführerin des Front National. Sie ist ebenfalls gegen das Arbeitsgesetz, was zeigt, wie wenig die alten Links-rechts-Muster noch taugen. In Frankreich, wie im Rest Europas, verläuft der Graben zwischen Populisten und Reformern, wachsenden Rändern und bedrängtem Establishment.

Die Populisten möchten den Franzosen einreden, dass sie außerhalb Europas und abgekoppelt von einer globalisierten Welt erfolgreicher wären. Wenn die Populisten die Auseinandersetzung gewännen und Marine Le Pen gestärkt in den Präsidentschaftswahlkampf zöge, müsste man mehr denn je um die Zukunft Europas fürchten. Die Gefahr wäre groß, dass das Land in larmoyanter Selbstbespiegelung verharrte und sich als Antwort auf das niedrige Wachstum und die hohen Arbeitslosenzahlen weiter einigelte. Das würde die Fliehkräfte auf dem Kontinent noch verstärken.

Hollande muss deshalb standfest bleiben. Wenigstens einmal sollte er den Bürgern glaubhaft erklären, warum es dem Land nutzt, wenn es sich verändert. Nur wenn die Reformer sich durchsetzen, kann Frankreich hoffen, den Teufelskreis aus minimalem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit zu durchbrechen und in Europa wieder ein starker Player zu werden, der auf Augenhöhe mit Deutschland agiert. Das ist auch für die EU eine Frage des Überlebens.

Mathieu von Rohr

NEU DENKEN

Wenn jedes Unternehmen in Deutschland auf Business-Tintenstrahldrucker von Epson umsteigen würde, könnten mit dem gesparten Strom mehr als 170.000 Haushalte versorgt werden.

www.epson.de/neudenken

bis zu **92%** **weniger CO_2-Emissionen** als bei Laserdruckern

96% **weniger Stromverbrauch** als bei Laserdruckern

94% **weniger Abfall** als bei Laserdruckern

Umweltfreundliche Technologie Keine Ozonemissionen

Wie diese Einsparungen mit Business-Tintenstrahldruckern von Epson möglich sind, finden Sie unter www.epson.de/neudenken

Technologie im Einklang mit der Umwelt

EPSON®
EXCEED YOUR VISION

Meinung

Jakob Augstein Im Zweifel links

Adieu, Europa

Die Zeit für Appelle ist vorüber. Wenn es die Europäische Union nicht gäbe, man würde sie heute nicht mehr erfinden wollen. Die Chance auf Besserung ist vertan. Im Rückblick wird die Eurokrise zum negativen Geschichtszeichen: zum Beweis für die Schwäche der Politik und die zukunftszerstörende Kraft des Egoismus. Von wegen Fortschreiten zum Besseren! Europa ist am Ende.

Im Jahr 2012 hatten Peter Bofinger, Jürgen Habermas und Julian Nida-Rümelin eine „Selbstermächtigung der Politik“ gefordert. Eine Hinwendung zur demokratischen Realität im Unterschied zum gespenstischen Paralleluniversum der Hedgefonds. Stattdessen erlebten wir Ohnmacht und Furcht. Angela Merkels Macht reichte gerade aus, um mit unserem Geld die Banken zu retten. Aber ihr Mut reichte nicht, um den unumkehrbaren Schritt zur politischen Union zu tun. Wir haben aus der Krise nur gelernt, wer systemrelevant ist und wer nicht. Dieses Wissen hat uns seitdem nicht mehr verlassen. Weiß Sigmar Gabriel, was er redet, wenn er der AfD Feigheit vorwirft, weil sie sich nicht mit den Mächtigen anlegt?

Als Liebhaber Europas war man damals fassungslos, dass in der Krise eine Chance zur Stärkung Europas nicht genutzt wurde. Heute weiß man: Es ging gar nicht um die Stärkung Europas – es ging um seine Rettung. Die Chance verstrich.

Die „immer engere Union der Völker Europas“, wer will sie jetzt noch?

Wir sind von Völkern umgeben, mit denen möchte man auf absehbare Zeit in gar keiner Union mehr sein. Frankreich ist gegenwärtig ein Polizeistaat. Seit Monaten herrscht Ausnahmezustand. Nun brennt da die Straße. Bei den nächsten Wahlen könnte eine Rechtsextreme Präsidentin werden. In Polen sind katholische Fundamentalisten an der Macht. Die EU-Kommission hat ein Verfahren zum „Schutz der Rechtsstaatlichkeit“ eingeleitet. Aber die Polen müssen keine Sorge haben: Viktor Orbán, der in Ungarn auf den Trümmern des Liberalismus tanzt, hat schon angekündigt, jede ernsthafte Sanktion zu blockieren.

Es besteht zum Hochmut kein Anlass: Auch die Deutschen können sich ihrer selbst nicht mehr sicher sein. Alexander Gauland, Vizechef einer Partei, die in den Umfragen bei 15 Prozent liegt, redet über den „ungebremsten Zustrom raum- und kulturfremder Menschen“. Die Deutschen sehen, wozu sie schon wieder in der Lage sind, und erschrecken viel zu wenig.

Das wahre Europa ist an den Europäern zugrunde gegangen. Das Brüsseler Europa, das Europa der Institutionen, das lebt weiter. Aber es ist hohl geworden. Und die Frage nach der Schuld ist müßig. Aber wenn man sie stellt, ist die Antwort eindeutig: Der Größte trägt die größte Verantwortung. Damit sind die Deutschen gemeint. Das Vermächtnis Angela Merkels könnte ungeheuer sein: Hat sie Europa auf dem Gewissen?

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im Wechsel.

Kittihawk

Daneben

So gesehen *Der Tortenwurf auf Sahra Wagenknecht hat sein Ziel verfehlt.*

Lebensmittel sollten nicht als Waffen in politischen Auseinandersetzungen missbraucht werden. Der Wurf einer Torte ins Gesicht ist (außerhalb von Slapstick-Komödien) eine inakzeptable Grenzüberschreitung. Das Opfer des Angriffs wird der Lächerlichkeit preisgegeben und damit diskreditiert. Das ist zwar gerade die Absicht des Tortenattentäters, aber wie sich auch am jüngsten Anwurf gegen die Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht zeigt, verfehlt die Torte regelmäßig dieses Ziel – gerade wenn sie trifft.

Die „antifaschistische Initiative ‚Torten für Menschenfeinde‘“ wollte Wagenknecht auf brachiale Weise für Äußerungen über Kapazitätsgrenzen für Flüchtlinge kritisieren. Über Wagenknechts Versuch, auf den letzten Metern vor den Landtagswahlen noch einige Gegner der Aufnahme von Flüchtlingen zur Stimmabgabe für die Linke zu bewegen, wäre auf dem Parteitag in Magdeburg gut zu streiten gewesen. Nach der Torte jedoch erfuhr Wagenknecht uneingeschränkte Solidarität: Parteichef Riexinger sagte, man billige „Gewalt hier in keiner Form“, Wagenknechts Kollege Bartsch sprach von einem „Angriff auf uns alle“.

Für Wagenknecht wendete sich eine schwierige Situation so in eine zwar schmierige, aber politisch durchaus nicht unangenehme: Ihre Kritiker blieben stumm, Wagenknecht bekam Standing Ovations. Danach sagte sie: „Ich hätte tausendmal lieber sachliche Kritik gehört und darüber diskutiert.“ Die ist ihr erspart geblieben.

Stefan Kuzmany

DIE STADT BRAUCHT ORIGINALE.

ATTRAKTIV FINANZIEREN UND AB 19,99 EUR/MONAT VERSICHERN.*

Machen Sie die Stadt noch faszinierender. Vereinbaren Sie gleich Ihren Termin für eine Probefahrt.

DER MINI 3-TÜRER UND DER MINI 5-TÜRER.
JETZT BEI IHREM MINI PARTNER.

MINI

Kraftstoffverbrauch (je nach Modell) innerorts: 8,3–3,9 [7,2–4,2] l/100 km, außerorts: 5,2–3,1 [4,9–3,5] l/100 km, kombiniert: 6,3–3,4 [5,7–3,7] l/100 km; CO_2-Emissionen (je nach Modell) kombiniert: 147–89 [133–98] g/km. Werte in [ ] gelten für Fahrzeuge mit Automatikgetriebe. Fahrzeugdarstellung zeigt Sonderausstattung.

*Die zusätzlichen monatlichen Kosten beim wahlweisen Abschluss eines Versicherungsvertrages für Kfz-Haftpflicht und Vollkasko mit der Allianz Versicherungs-AG sind gültig für MINI One / MINI One D 3-Türer und 5-Türer Neu- und Vorführwagen bei Abschluss eines Finanzierungsvertrages mit der BMW Bank GmbH bis 30.06.2016. Vertragspartner und Risikoträger ist die Allianz Versicherungs-AG. Selbstbeteiligung: VK 1.000,00/TK 150,00 EUR pro Schadensfall. Einzelheiten ergeben sich aus den allgemeinen Bedingungen für die Kfz-Versicherung der Allianz Versicherungs-AG sowie dem Versicherungsantrag. Dieses Angebot gilt für Fahrer ab 23 Jahren. Die Versicherungsprämien enthalten die gültige Versicherungssteuer von 19 % und gelten für die Dauer des Finanzierungsvertrages, maximal 36 Monate.

1&1 DSL

INTERNET & TELEFON

9,99 €/Monat*

Sparpreis für 12 Monate,
danach 24,99 €/Monat.

Auf Wunsch mit
1&1 HomeServer:
WLAN-Router, Telefonanlage
und Heimnetzwerk in einem.

In Ruhe ausprobieren: 1 MONAT TESTEN

Expertenrat? Jederzeit: 1 ANRUF GENÜGT

Defekt? Morgen neu! 1 TAG AUSTAUSCH VOR ORT

Internet made in Germany

JETZT ZUM BESTEN WECHSELN!

PC Magazin Kundenbarometer 2016

Bester Internet-Provider

1&1

Ausgabe 04/2016

Die zufriedensten Kunden hat 1&1!

Das beweist die größte repräsentative Kundenbefragung in Deutschland unter tausenden DSL- und Kabelkunden. Für rund Dreiviertel der Nutzer ist 1&1 klarer Sieger in Sachen Geschwindigkeit, Service und Freundlichkeit und damit „Bester Internet-Provider".

1&1 SAGT DANKE!

Alle Kunden, die jetzt zu 1&1 DSL wechseln, erhalten das **TrekStor SurfTab® duo W1 WiFi inklusive Dock-Tastatur!** Zum Beispiel zu 1&1 DSL 50 für 29,99 €/Monat!*

Angebot gültig bis 30.06.2016!

0,– €[1] ~~299,– €~~

1&1

02602/9690

*1&1 DSL Basic für 12 Monate 9,99 €/Monat, danach 24,99 €/Monat. Inklusive Internet ohne Zeitlimit (monatlich 100 GB bis zu 16 MBit/s, danach bis 1 MBit/s), Telefon-Flat ins dt. Festnetz und 1&1 DSL-Modem für 0,– €. Oder auf Wunsch z. B. mit 1&1 HomeServer Tarif-Option für 4,99 €/Monat mehr. 24 Monate Vertragslaufzeit.

[1]TrekStor SurfTab® duo W1 WiFi für 0,– € inklusive bei 1&1 DSL 50 für 29,99 €/Monat oder für einmalig 29,99 € inklusive bei 1&1 DSL 16 für 29,99 €/Monat. Hardware-Versand 9,90 €. 24 Monate Vertragslaufzeit. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur

1und1.de

Rache ist Weißwurst

Union Nie war die Kluft zwischen CDU und CSU so tief. Es geht um die Frage, wie weit die Parteien nach rechts rücken sollen, aber Merkel und Seehofer finden keinen Weg mehr, offen miteinander zu reden. *Von Ralf Neukirch und René Pfister*

JOCHEN ZICK / ACTION PRESS

Sie ist jetzt immer da, wenn Horst Seehofer auftritt, ein Geist, der ihn auf Schritt und Tritt verfolgt, selbst an diesem schönen Maiabend in München. Seehofer ist noch mal rausgefahren, er will abtauchen im Volk, Frühlingsfest in Trudering, Böllerschützen in Trachten haben sich auf der Wiese vor dem Bierzelt postiert, um den Ministerpräsidenten die Ehre zu erweisen.

Gleich werden sie ihre Salven abfeuern, die Fotografen wissen, was sie erwartet, in ihren Ohren stecken Stöpsel aus Wachs. Seehofer steht ungerührt da, als der Pulverdampf mit gewaltigem Krach in den Himmel schießt, nur an dem Zucken in seinen Augenwinkeln kann man erkennen, wie viel Mühe es ihn kostet, die Fassung zu wahren. Ein Kerl wie er lässt sich nicht einschüchtern, das soll, das muss die Botschaft sein: nicht von ein paar Böllerschüssen und schon gar nicht von der Kanzlerin im fernen Berlin.

Er muss an diesem Abend nicht über Merkel sprechen, aber drinnen im Zelt kommt die Rede bald auf die Kanzlerin, auf ihre Flüchtlingspolitik: „Die Entscheidung vom September des letzten Jahres, die Grenze einfach aufzumachen und zu sagen ‚Kommt nach Deutschland', war ein Fehler, und ich bin froh, dass dieser Fehler nicht mehr praktiziert wird", sagt Seehofer, in seiner Stimme mischt sich Trotz und Befriedigung, und der aufbrandende Applaus im Zelt stachelt ihn an. Erst gestern habe er mit Merkel telefoniert. Er macht eine kleine Kunstpause, dann sagt er: „Das ist mein Befehlsempfang am Sonntagabend."

Gelächter, natürlich, ein Witz, ein „Spasss", wie Seehofer gern sagt, aber im Moment kann man eben nicht mehr so genau sagen, was Scherz ist und was tödlicher Ernst im Verhältnis zwischen CDU und CSU. In der Geschichte der beiden Schwesterparteien ging es schon häufiger auf und ab, der bisherige Tiefpunkt liegt fast 40 Jahre zurück. Am 19. November 1976 beschloss die CSU, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufzukündigen. Ein paar Tage später begründete CSU-Chef Franz Josef Strauß, warum er sich Helmut Kohl nicht fügen wollte: „Er ist total unfähig, ihm fehlen die charakterlichen, die geistigen und die politischen Voraussetzungen. Ihm fehlt alles."

Damals ging es um eine einfache Frage: Kohl oder Strauß, ich oder du, das machte den Kampf so unerbittlich, gleichzeitig aber auch so übersichtlich. Am Ende lenkte Strauß ein. Merkel und Seehofer haben auch Rechnungen miteinander offen, aber der Streit reicht tiefer, es geht darum, ob die Union, die über Jahrzehnte den rechten Rand mit abgedeckt hat, überhaupt noch eine konservative Partei sein will. Die CSU wirft der CDU vor, eine Art politische Geschlechtsumwandlung vollzogen zu haben, hin zu einer linken Partei. Die CDU wiederum sieht die CSU auf dem Weg zu einer AfD in Lederhosen.

Es ist die Geschichte einer Entfremdung, die schleichend begann und die nun, durch die Flüchtlingskrise, in aller Schonungslosigkeit offengelegt wird. Sie offenbart aber auch die Schwächen zweier Parteiführer: Merkel, die anfangs fremd war in ihrer Partei und die sie nun inhaltlich so auf sich ausgerichtet hat, dass die CDU nur noch ein klappriges Gerüst ist, das ihre Kanzlerschaft trägt. Und Seehofer, der nie ganz herausgefunden hat aus seiner Rolle als bayerischer Lokalpolitiker und der nun verzweifelt gegen die Weltpolitikerin Merkel ankämpft.

DIETER MAYR / DER SPIEGEL

Merkel-Widersacher Seehofer
„Hoho, ein Krisengespräch"

Weil man sich in der Sache nicht näherkommt, wird der Ton immer schärfer. Merkel braucht derzeit keine Opposition. Wenn es darum geht, die Kanzlerin anzugreifen, lässt sich die CSU von niemandem überbieten. Seehofer ließ Merkel als Rechtsbrecherin dastehen, als er sagte, sie habe eine „Herrschaft des Unrechts" installiert.

Um dieser Meinung Nachdruck zu verleihen, drohte er mit einer Klage gegen die Bundesregierung. Als die AfD immer stärker wurde, schob Verkehrsminister Alexander Dobrindt der Kanzlerin die Schuld dafür in die Schuhe. „Ich hätte grundsätzlich Zweifel an der Richtigkeit meiner Politik, wenn sie von Linken und Grünen bejubelt wird", sagte er.

Wenn die CSU ihre Worte ernst nähme, hätte sie schon längst die Regierung verlassen müssen. Der Konflikt hat eine solche Schärfe erreicht, dass plötzlich alles denkbar ist. Seehofer hat schon damit gedroht, dass er im nächsten Jahr einen eigenen Bundestagswahlkampf führt, ohne die CDU. In der CSU kursieren Szenarien, Merkel die Unterstützung als Kanzlerkandidatin zu verweigern. Am Ende könnte der Bruch stehen, eine CSU, die in den Bundestag einzieht und sich weigert, eine Koalition mit der einstigen Schwesterpartei einzugehen.

Noch ist es nicht so weit, aber die Schlacht ist eröffnet, und sie entfaltet ihre eigene Dynamik. Lange hat die CDU still gehalten und die Attacken der CSU über sich ergehen lassen. „Jetzt ist ein Zustand erreicht, der der Union im Ganzen schadet", sagte Innenminister Thomas de Maizière. Die CDU versucht Seehofer als ewigen Störenfried zu brandmarken, Finanzminister Wolfgang Schäuble merkte spitz an, von einem Streit zwischen der Kanzlerin und Seehofer könne keine Rede sein: „Das sind Attacken gegen Merkel." Seehofer erwidert nun: „Wenn Schäuble nicht bekommt, was er will, dann wird er grob. Er ist kein Freund des Föderalismus und kein Freund der CSU." Zu den Eigenarten des Streits gehört, dass Merkel und Seehofer im persönlichen Gespräch nur selten scharf werden, im Auge des Sturms ist es ganz ruhig. Am vergangenen Dienstag laufen den ganzen Tag über Meldungen, dass sich die beiden Parteichefs zu einem Krisentreffen zusammensetzen werden. Als Seehofer dann Merkels Büro betritt, macht die Kanzlerin erst einmal einen Scherz: „Wir müssen jetzt also ein Krisengespräch führen", sagt sie. „Hoho", erwiderte Seehofer, „ein Krisengespräch." Dann lachen die beiden.

Seehofer sitzt am Mittwochmorgen in der bayerischen Landesvertretung in Berlin, als er die kleine Szene erzählt, sie soll illustrieren, dass alles halb so wild ist, dass die Sache, bei etwas gutem Willen, doch noch vernünftig geregelt werden kann. In Wahrheit aber ist der Streit auch deshalb so eskaliert, weil Merkel und Seehofer fast nie offen miteinander reden. Wie in einer zerrütteten Ehe sind die beiden unfähig, über den Kern ihres Konflikts zu reden.

Seehofer hat scharf kritisiert, dass Merkel die Grenzen für die Ungarnflüchtlinge öffnete, ohne ihn vorher zu fragen, es war der Ausgangspunkt der Querelen, die die Union nun schon seit Monaten quälen. Aber warum in jener berühmten Nacht vom 4. auf den 5. September alles so fürchterlich schieflief, darüber haben die beiden anschließend nicht gesprochen.

Vor zwei Wochen griff Seehofer Merkel an, weil er es unerhört fand, wie sie den

Glaubenssatz von Franz Josef Strauß interpretierte, dass es rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe. Das gehe ihm „schon ein bisschen ins Mark“, klagte Seehofer. Bei dem Gespräch am Dienstag war davon keine Rede mehr.

Seehofer macht sich gern lustig über die „Bodentruppen“ in CDU und CSU, die noch Scharmützel führten, während sich die Generäle doch eigentlich schon wieder vertrügen. Aber als Merkel ihm am Dienstag anbot, man möge doch den kleinlichen Zwist über die Frage beenden, an welchem Ort der Gipfel zwischen CDU und CSU stattfinden solle und sich einfach in der bayerischen Landesvertretung in Berlin treffen, erwiderte Seehofer, solche „Kindereien“ mache er nicht mit.

In Wahrheit ist es Seehofer, der den Bodentruppen immer wieder das Signal gibt, das Feuer zu eröffnen. Er erzählt von seiner Reise an die Parteibasis und wie er dort immer wieder einen Satz hört: „Ich klebe keine Plakate für Merkel.“ Dann brande Applaus auf. Wie aber soll die Union zusammenfinden, wenn Seehofer glaubt, dass Merkel ihre Autorität in Bayern verspielt habe?

Nun haben sich Merkel und Seehofer doch noch auf einen Klausurort geeinigt, es ist nicht Berlin und nicht München, sondern – Potsdam. Das kann man als Kompromiss bezeichnen, aber in Wahrheit zeigt es nur, wie tief der Riss reicht.

Denn in Potsdam soll das wahre Streitthema ausgeklammert werden, die Frage, ob die Union noch eine konservative Partei sein will. Stattdessen will man über ganz große Fragen diskutieren, die Globalisierung, die digitale Welt, die Migration. Es sieht so aus, als ob Merkel und Seehofer die Sprachlosigkeit, die sie selbst nicht überwinden können, nun auch noch ihren beiden Parteien verordnen.

Wenn man nach den Gründen für das Zerwürfnis sucht, muss man ein paar Jahre zurückspringen, in eine Zeit, als von der Flüchtlingskrise noch keine Rede war. Es ist der 17. Juni 2013, Merkel fliegt zum G-8-Gipfel nach Nordirland.

Merkel spricht auf der Reise über Barack Obama, der in jeder Beziehung das Gegenteil der Kanzlerin ist: charismatisch, wortgewaltig, dazu angetreten mit dem Willen, die Welt zu verändern. Sie wolle nicht rechthaberisch sein, sagt Merkel. Aber es habe eben Kosten, wenn man Politik mit Visionen mache. „Er hat sich für den Weg entschieden, wie stelle ich mir die Welt vor.“ Es klingt, als wolle Merkel ihren ewigen Pragmatismus verteidigen und ihre Weigerung, einmal den großen Wurf zu wagen.

Aber Merkel will nicht spöttisch sein, im Gegenteil, aus ihren Worten spricht eher die Bewunderung für einen Mann, der bereit ist, für seine Ideale etwas zu riskieren, auch wenn die Lage aussichtslos erscheint. „Die Idee, dass ein Mensch die Menschen mit Worten so berührt, dass sie ihre Meinung ändern, habe ich nie geteilt“, sagt Merkel. Dann macht sie eine kurze Pause und sagt: „Aber schön ist sie trotzdem.“

Merkel ist in jenem Frühsommer 2013 seit fast acht Jahren im Amt. In drei Monaten ist Bundestagswahl, alles spricht dafür, dass sie ihren sozialdemokratischen Herausforderer Peer Steinbrück schlagen wird. Die Deutschen haben sich an Merkel gewöhnt, an ihre pragmatische und gleichzeitig ermüdende Art, die Probleme des Landes zu administrieren. Aber was wird von ihrer Kanzlerschaft bleiben? Obama hat wenigstens versucht, seine Visionen umzusetzen, eine Welt ohne Atomwaffen, eine Krankenversicherung für alle Amerikaner. Bei Merkel weiß man nicht, ob sie Visionen hat.

Bei der Bundestagswahl 2013 erzielt die Union 41,5 Prozent, es ist Merkels bisher bestes Ergebnis. Sie hat nun das Mandat, etwas Bleibendes zu schaffen. Aber was? Am 19. August 2015 macht sich die Kanzlerin auf den Weg nach Brasilien. Kurz vor dem Abflug telefoniert sie mit Innenminister Thomas de Maizière. Der sagt ihr, dass er die Prognose der Flüchtlingszahlen am selben Tag drastisch nach oben korrigieren wird, von 450 000 auf 800 000. Es ist der Tag, an dem die Flüchtlinge zum beherrschenden Thema der deutschen Politik werden.

Merkel spürt, dass sie am Wendepunkt ihrer Kanzlerschaft steht. Was für Willy Brandt die Ostpolitik war und für Helmut Kohl die deutsche Einheit, könnte für Merkel die Flüchtlingskrise werden: Der Moment, in dem sie ihren Fußabdruck in der Geschichte hinterlässt. In Merkel reift der Entschluss, sich als Kanzlerin eines neuen Deutschland zu zeigen, eines Landes, das großzügig ist, wenn verzweifelte Menschen an die Tür klopfen. Merkel ahnt, wie viel Ärger das einbringen wird, aber mit einem rechnet sie nicht: mit Widerstand von Seehofer.

„Die CSU hat eine sehr gute Eigenschaft. Sie sieht die Grenze zum Rechtspopulismus manchmal schärfer als manche in der CDU. Zumindest alle, die unter Franz Josef Strauß gelernt haben, kennen die Grenze“, sagt sie. Es ist die vielleicht folgenreichste Fehleinschätzung ihrer Kanzlerschaft.

Als sie am 31. August vor die Bundespressekonferenz tritt, ist all die Vorsicht, die sie über die Jahre ausgemacht hat, wie weggeblasen. Sie sagt: „Wir können stolz sein auf die Humanität unseres Grundgesetzes.“ Sie sagt: „Es macht mich stolz und dankbar zu sehen, wie unzählige Menschen in Deutschland auf die Ankunft der Flüchtlinge reagieren.“ Merkel scheint plötzlich doch von der Idee beseelt zu sein, dass man mit der Kraft der Rede die Menschen überzeugen kann. Es ist, wenn man so will, ihr Obama-Moment.

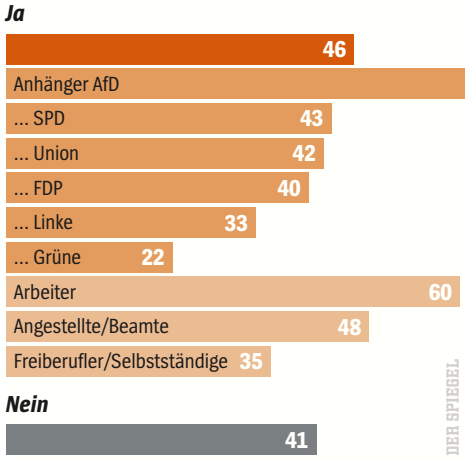
Als sie der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann am 4. September darum bittet, die in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge nach Österreich und Deutschland zu holen, sagt sie sofort zu. Noch in der Nacht versucht sie Seehofer zu erreichen, aber der ist in seinem Ferienhaus im Altmühltal. Angeblich, so erzählt Seehofer es später, war sein Handy ausgestellt. Als sie ihn am folgenden Morgen erreicht, sagt er zu ihr: „Das werden wir nicht beherrschen können.“

Merkel und Seehofer haben die Jahre vor 2015 in einem Zustand des kalten Friedens verbracht. Sie war es, die ihm seine größte Niederlage beibrachte, im Jahr 2004, als sie gegen seinen Willen die Gesundheitsprämie durchsetzte und er von seinen Fraktionsämtern zurücktrat. Seehofer, der immer nur für die Politik gelebt hat, macht Merkel für seinen

SPIEGEL-UMFRAGE

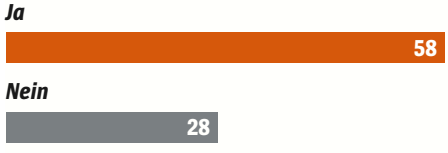
Seehofer kontra Merkel

„Halten Sie die Kritik von Horst Seehofer an der Flüchtlingspolitik Angela Merkels für berechtigt?“



Auftrieb für die AfD

„Trägt die Kritik Seehofers bzw. der CSU an der Politik Merkels zum Erstarken der AfD bei?“



TNS Forschung am 31. Mai und 1. Juni; 923 Befragte ab 18 Jahren; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Weiß nicht“/keine Angabe

SVEN HOPPE / DPA

CSU-Veteran Stoiber: „Es geht auch um Emotionen“

ULLSTEIN BILD

CSU-Ikone Strauß um 1980: „Kohl ist total unfähig“

Sturz verantwortlich. In seinen Augen hat sie seine politische Existenz vernichtet.

„Jetzt bin ich nichts mehr“, sagte er zu seinem Freund Walter Eisenhart, einem Universitätsdozenten aus Eichstätt. Zusammen mit ihm entwirft er ein kleines Kabarettstück, in dem er sich seine ganze Wut von der Seele schreibt. Es soll eine Art Beichtgespräch werden, Eisenhart spielt Seehofer, Seehofer den damaligen Eichstätter Bischof Mixa. In einer Szene fragt der Bischof den Sünder Seehofer, ob er unkeusche Gedanken habe, wenn er an Merkel denke. Der erwidert, er habe schon vieles angestellt, aber Wunder könne er nicht vollbringen.

Nach der Bundestagswahl 2005 feiert Seehofer ein Comeback, CSU-Chef Edmund Stoiber drückt ihn gegen den Willen Merkels ins neue Bundeskabinett. Für Seehofer ist es eine Genugtuung, aber sein Groll gegen Merkel ist nicht verraucht. Er macht sie und ihre neoliberalen Pläne dafür verantwortlich, dass die Wahl um ein Haar verloren ging. „Glauben Sie, ich hätte eine Chance auf ein Ministeramt gehabt, wenn der Radikalkurs nicht eindeutig abgewählt worden wäre?“, sagt er kurz vor seiner Vereidigung im Herbst 2005 im SPIEGEL.

Seehofer zieht aus dem dunklen Jahr 2004 den Schluss, dass er nie mehr politisch von jemandem abhängig sein will, nicht von Stoiber, nicht von Merkel. Das Landwirtschaftsministerium, das ihm Stoiber beschafft hat, interessiert ihn nicht. Es ist das Sprungbrett, von dem er die Macht in der CSU erobern will. Ende Oktober 2008 wird er CSU-Chef.

Merkel sitzt nun mit Seehofer im Koalitionsausschuss, sie muss alle wichtigen Entscheidungen mit ihm absprechen. Es ist eine Tortur. Die Kanzlerin hasst nichts mehr als Indiskretionen, Seehofer macht sich einen Spaß daraus, Merkels SMS vorzulesen. Wenn ihm eine Entscheidung Merkels nicht passt, lässt er sich tagelang verleugnen. Merkel hütet ihre Worte, Seehofer bringt es fertig, an einem Tag zu erklären, die CSU sei das schnurrende Kätzchen auf dem Schoß der Kanzlerin, und am nächsten Tag zieht er ihr die Krallen durchs Gesicht.

Und doch schafft es Merkel, sich immer mehr Freiräume zu erkämpfen. Seehofers große Schwäche ist seine thematische Enge. Er sieht sich zwar in einer Linie mit den Großen der CSU, aber im Gegensatz zu Strauß und Stoiber hat er sich nie für Außenpolitik interessiert. Er spricht kaum Englisch, auf Auslandsreisen wirkt er wie ein Landrat, der mit staunenden Augen durch die Weltpolitik stapft.

Als die Eurokrise aufzieht, lässt er ihr freie Hand, in der CSU wird zwar gemosert über den „Falschmünzer“ Draghi, aber am Ende entscheidet die Kanzlerin. Auch deshalb glaubt sie, dass ihr die CSU bei der

Flüchtlingspolitik nicht in den Rücken fallen werde. Aber es ist gerade Seehofers Schwäche, die ihn in die Rebellion treibt.

Am 21. Juli 2015 sitzt Horst Seehofer mit müdem Gesicht vor Journalisten im Tagungszentrum der Landesregierung in St. Quirin am Tegernsee. Anders, als es sonst seine Art ist, liest er ein vorbereitetes Statement vom Papier ab. Wenn er hochblickt, sieht man dunkle Ränder unter seinen Augen.

Eigentlich wollte sich Seehofer mit seinem Kabinett zur Klausur treffen, um danach ein paar gute Botschaften zu verkünden. Aber die guten Nachrichten haben ihm die Verfassungsrichter in Karlsruhe verhagelt. Einstimmig haben sie das von Seehofer in der Koalition durchgesetzte Betreuungsgeld gekippt, weil es nicht in die Kompetenz des Bundes falle.

Innerhalb weniger Wochen sind die beiden wichtigsten Projekte der CSU aus rechtlichen Gründen gestoppt worden: die Maut und das Betreuungsgeld. Das waren ohnehin bescheidene Vorhaben, aber noch nicht einmal die kann Seehofer durchsetzen. „Super-Horst wird Bayern-Zwerg“, höhnt die „Bild“.

Es scheint nur noch eine Frage von Monaten, bis Seehofer sein Amt abgeben muss. Er hat ja selbst angekündigt, 2018 nicht noch einmal als Ministerpräsident anzutreten. Die Zeitungen, auch der SPIEGEL, drucken Berichte über seine schlechte Gesundheit. In der CSU wird offen über die Nachfolge spekuliert. Markus Söder, der bayerische Finanzminister, lauert schon.

Als Merkel sich Anfang September dazu entscheidet, die Ungarnflüchtlinge aufzunehmen, hält Seehofer das in der Sache für einen Fehler. Aber er sieht, welche Chance in Merkels Entscheidung steckt. Wenn er die CSU in der Auseinandersetzung mit der Kanzlerin hinter sich eint, kann er alle Niederlagen vergessen machen. Der Schwesterkrieg der Unionsparteien entspringt auch dem Überlebenskampf eines wankenden Parteichefs.

Noch weiß Seehofer nicht, wie entschlossen Merkel ist. Am 6. September treffen sich die beiden Parteichefs im Kanzleramt. In wenigen Stunden ist Koalitionsausschuss. Vor der SPD wollen die beiden ihre Differenzen nicht austragen. Seehofer schildert Merkel die Lage an der bayerischen Grenze. „Du hast einen großen Fehler gemacht“, sagt er. „Wir kommen in eine nicht mehr beherrschbare Notlage.“ Merkel sichert Bayern die Hilfe des Bundes zu. Einen Fehler sieht sie nicht.

Am folgenden Tag ruft Seehofer seinen Vorstand zu einer Telefonkonferenz zusammen. So einmütig haben sich die Führungsleute lange nicht mehr hinter ihren Parteichef geschart. „Was wir machen, ist irre“, sagt der frühere Innenminister Hans-Peter Friedrich. „Wir werden überrannt.“ Selbst die sonst moderate Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt kritisiert Merkel. Die CSU, das weiß Seehofer nun, steht geschlossen hinter ihm. Er sieht, wie sein Machtkalkül aufgeht.

Die Frage ist für Seehofer jetzt nur noch, wie weit er die Eskalation mit Merkel vorantreibt. Seehofer lässt von Beginn an jede Zurückhaltung fahren. Merkels Öffnung der Grenzen sei ein Fehler gewesen, „der uns noch lange beschäftigen wird“, sagt er. „Ich sehe keine Möglichkeit, den Stöpsel wieder auf die Flasche zu kriegen.“ Dann lädt er den ungarischen Premierminister Viktor Orbán zur Herbstklausur der CSU ins oberfränkische Kloster Banz ein.

Das ist eine verhängnisvolle Entscheidung. Sie hebt die Auseinandersetzung mit Merkel auf eine neue Ebene. Orbán wirft der Kanzlerin moralischen Imperialismus vor, er stellt sie als wild gewordene Gesetzesbrecherin dar. Seehofer verbündet sich mit dem schärfsten europäischen Kritiker der eigenen Kanzlerin. Von nun an geht es nicht mehr nur um politische Differenzen. Es ist jetzt eine persönliche Angelegenheit.

An eine Einigung in der Sache ist nicht mehr zu denken. Merkel wiederholt öffentlich ihren Satz: „Wir schaffen das“, obwohl Seehofer ihr regelmäßig schildert, wie dramatisch die Situation an der bayerischen Grenze ist. Er empfindet das als Provokation.

Dafür demütigt er sie auf dem CSU-Parteitag in München auf eine Art, wie es Franz Josef Strauß in Anwesenheit Helmut Kohls nie gewagt hätte. Nach Merkels Gastrede tritt Seehofer noch einmal ans Podium. Er zerreißt ihre Politik, wie ein Schulmädchen muss die mächtigste Frau Europas seine Standpauke über sich ergehen lassen. Danach stürmt Merkel durch einen Seitenausgang aus der Halle.

Beiden Seiten ist klar, dass gerade der letzte Rest Vertrauen zerbrochen ist. Merkel ist endgültig entschlossen, keine Rücksicht mehr auf bayerische Empfindsamkeiten zu nehmen. Und die CSU fühlt sich ermuntert, ganz grundsätzlich die Linie Merkels infrage zu stellen – auch jenseits der Flüchtlingspolitik.

Der Mann, dem der frühere CSU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Zeitlmann „die Eier mit einer Heckenschere abschneiden“ wollte, sitzt am Donnerstagmittag mit geschlossenen Au-

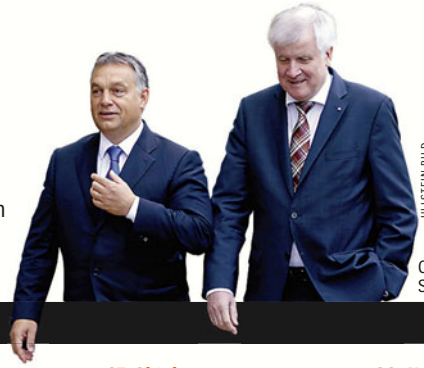
Der ewige Störenfried

Horst Seehofers Attacken auf die Kanzlerin seit Beginn der Flüchtlingskrise

3. September
Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán behauptet: ***„Das Problem ist kein europäisches Problem, das Problem ist ein deutsches Problem.“***

4./5. September
Bundeskanzlerin Merkel entscheidet, in Ungarn festsitzende Flüchtlinge nach Deutschland einreisen zu lassen.

23. September
Seehofer empfängt Merkel-Kritiker Orbán zu Beratungen über die Flüchtlingskrise.



ULLSTEIN BILD

Orbán besucht Seehofer 2015

2015

11. September
„Das war ein Fehler, der uns noch lange beschäftigen wird“, sagt Seehofer dem SPIEGEL. ***„Ich sehe keine Möglichkeit, den Stöpsel wieder auf die Flasche zu kriegen.“***

CHRISTIAN THIEL

Parteivorsitzende Seehofer (CSU) und Merkel (CDU) 2015

9. Oktober
Seehofer droht Merkel mit dem Gang vor das Bundesverfassungsgericht. Sollte die Bundesregierung nicht bald Maßnahmen zur Begrenzung des Zuzugs von Asylbewerbern ergreifen, werde Bayern klagen.

27. Oktober
Seehofer stellt Merkel ein Ultimatum: Sollte sie die Zuwanderung nicht begrenzen und wegen des unkontrollierten Andrangs von Flüchtlingen an der bayerischen Grenze nicht mit Österreich sprechen, werde er sich ***„Handlungsoptionen“*** überlegen.

20. November
Auf dem CSU-Parteitag in München attackiert Seehofer die neben ihm stehende Merkel auf offener Bühne wegen ihrer Ablehnung einer Obergrenze für Flüchtlinge.

gen auf einem Sofa in seinem Büro. Peter Altmaier redete schon als junger Abgeordneter gern mit geschlossenen Augen. Das entspanne ihn, sagte er einmal.

Ende der Neunzigerjahre gehörte er zu einer Gruppe junger CDU-Abgeordneter, die in der Spätphase der Regierung Kohl das Partei-Establishment ärgerte, weil sie die CDU modernisieren wollte. Mittlerweile ist Altmaier Chef des Kanzleramts, das Büro Merkels erreicht er mit wenigen Schritten.

Von allen Ministern ist er der Kanzlerin nicht nur räumlich am nächsten. Die Homoehe, den Kita-Ausbau, die Frauenquote, das sieht er, anders als viele in der CSU, nicht als Abweichung vom richtigen Kurs. Das ist für ihn ein Zeichen dafür, dass die CDU endlich die Realitäten des modernen Deutschland anerkennt.

Auf einer Besprechung in der Münchner Parteizentrale im Herbst 2015 hatten die CSU-Spitzen ihn schon als gefährlichsten CDU-Mann identifiziert, er stehe den Grünen näher als der CSU. Schlimmer, er wolle eine andere Republik. Eine andere Republik will Altmaier nicht, aber auch nicht unbedingt die, die Leuten wie Edmund Stoiber vorschwebt.

Er kann sich noch an die Zeitlmänner erinnern, die das Bild der Union lange geprägt haben. Es war die Zeit, als man in der CDU nicht von ausländischen „Mitbürgern“, sondern nur von „Gästen“ sprechen durfte und der damalige bayerische Innenminister Stoiber vor einer „durchmischten und durchrassten Gesellschaft“ warnte. Ist das die Art von Konservatismus, nach der sich die CSU zurücksehnt?

Altmaier ist für manche in der CSU eine ständige Provokation. Er, der früher ganz am Rand stand und nur selten mitspielen durfte, bestimmt auf einmal die Regeln. Im Ton ist Altmaier verbindlich, in der Sache knallhart. Die Willkommenskultur betrachtet er nicht als Fehler. Sie ist für ihn ein Beleg dafür, wie positiv sich Deutschland entwickelt hat. Sie zeigt, dass sein Kampf nicht umsonst war. Soll sich die CDU verändern, nur weil CSU-Leute ruppige Interviews geben? Oder weil sie Angst haben vor der rechten Konkurrenz? Für Altmaier ist die Antwort klar.

Es geht jetzt auch um Respekt und die Frage, ob man sich ernst genommen fühlt. Am Sonntag vor zwei Wochen setzt sich Edmund Stoiber gut gelaunt an den Frühstückstisch. Am Abend zuvor hatte der FC Bayern den DFB-Pokal gewonnen, er hatte noch zusammen mit Karl-Heinz Rummenigge und Uli Hoeneß gefeiert. Alles war gut, bis Stoiber die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ aufschlug und ein Interview mit der Kanzlerin las.

Die Lektüre wühlte ihn so auf, dass er sofort eine SMS an Seehofer schrieb. „Hast Du das gelesen?“ Seehofer antwortet, dass er noch am selben Abend in der ARD auf den Affront Merkels antworten werde.

Strauß hatte einst erklärt, dass es rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe. Die Redakteure der „FAS“ hatten Merkel gefragt, ob dieses Diktum noch gelte. Der Satz sei einerseits richtig, sagte Merkel. Aber nur, wenn nicht „Prinzipien relativiert oder gar aufgegeben werden müssten“, für die die Union immer gestanden habe. Frei übersetzt heißt das: Wir sollten nicht den Parolen der AfD hinterherlaufen. Allerdings setzt das etwas guten Willen bei der CSU voraus, und den gibt es derzeit nicht.

Für Stoiber ist Merkels Äußerung ein Symptom für alles, was in der Union schiefläuft. Im Kanzleramt halten sie Stoiber für den finsteren Geist der Union, der mit seinen Einflüsterungen den Streit zwischen den Schwesterparteien anheizt. Stoiber selbst sagt, es gehe um sein Lebenswerk. Er hat wie kein anderer Seehofer in den Konflikt mit Merkel getrieben. Die Idee, Orbán ins Kloster Banz einzuladen, kam von ihm.

Stoiber war erst Generalsekretär und dann Staatskanzleichef von Franz Josef Strauß. In seinem Büro erzählt er von dem Tag, als Strauß sein berühmtes Diktum formulierte. Es sei am 12. Oktober 1986 gewesen, am Abend der bayerischen Landtagswahl, bei der die Republikaner erstmals drei Prozent holten. Zusammen mit Strauß habe er in der bayerischen Staatskanzlei gesessen, und der Patriarch habe sich geschworen, dass sich ein solches Ergebnis nicht wiederholen dürfe.

Es könne gut sein, dass er ganz allein mit Strauß geredet habe, sagt Stoiber. Er hat jedenfalls nichts gegen den Eindruck, dass er in diesem Moment wie Mose wirkt, der persönlich die Zehn Gebote vom Berg Sinai geholt hat. Für die Auslegung von Glaubenssätzen sind in den Augen Stoibers nur Berufene zuständig, und Merkel gehört definitiv nicht dazu.

Tatsächlich ist die Lage zwischen den beiden Parteien auch deshalb so verfahren, weil sich alles vermischt: Parteidogmen, verletzte Eitelkeiten, Machtkalkül, Angst vor dem Abstieg. Vor allem aber fühlt sich die CSU mit ihren Sorgen nicht ernst genommen.

Stoiber hat ein langes Papier geschrieben, in dem er Merkel vorwirft, die CDU zu einer Art SPD light umgebaut zu haben. „Im Fußball heißt es, man soll das Spiel

26. Januar
Das bayerische Kabinett schickt einen Beschwerdebrief zur Flüchtlingspolitik an Merkel. Darin wird der Kanzlerin erneut eine Verfassungsklage angedroht. Die SPD sieht in dem Schreiben eine ***„Ankündigung des Koalitionsbruchs“.***

ARMIN WEIGEL/DPA

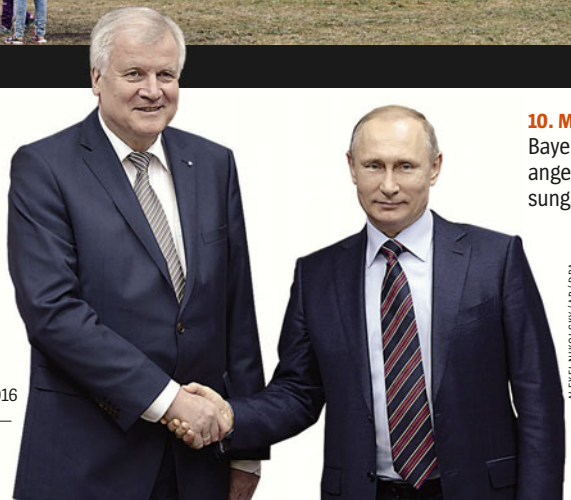
17. März
Seehofer im Interview auf die Frage, ob sich die CSU bundesweit ausdehnen solle, auch um abgewanderte Wähler von der AfD zurückzuholen. ***„Niemand kann Ewigkeitsgarantien abgeben.“***

Flüchtlinge an der deutsch-österreichischen Grenze 2015

2016

3. Februar
Horst Seehofer besucht den russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau und spricht sich für eine Lockerung der EU-Sanktionen aus, die wegen der Ukrainekrise verhängt worden sind.

10. Februar
Seehofer bezeichnet die deutsche Flüchtlingspolitik als ***„Herrschaft des Unrechts“*** und löst damit einen Sturm der Entrüstung aus.



ALEXEI NIKOLSKY/AP/DPA

Seehofer besucht Putin 2016

10. Mai
Bayern legt die angedrohte Verfassungsklage auf Eis.

22. Mai
Streit um das Dogma des früheren CSU-Chefs Franz Josef Strauß, ***rechts von der Union dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben:*** Merkel warnt davor, wichtige Grundsätze aufzugeben, um AfD-Wähler zurückzugewinnen. Seehofer jedoch will den Satz seines Amtsvorgängers nicht infrage stellen.

XINHUA / IMAGO

Pegida-Anhänger in Dresden: Kampf um den rechten Rand

breit machen“, schreibt Stoiber. „Es ist mir absolut unverständlich, warum CDU und SPD sich selbst so verengen und langfristig kleiner machen.“ Wo das ende, könne man ja in Österreich beobachten.

In Wahrheit aber treibt Stoiber und die CSU nicht nur staatsbürgerliche Sorge um. Wenn die AfD sich dauerhaft in den Parlamenten festsetzt, dann ist über kurz oder lang auch die absolute Mehrheit der CSU in Bayern verloren. Die CDU kann sich immer einen Koalitionspartner suchen. Eine geschrumpfte CSU, die um die Hilfe einer anderen Partei bitten muss, ist nur noch ein Anhängsel der CDU.

Will Stoiber Merkel stürzen? Nein, sagt er, es gehe nicht in erster Linie um einen persönlichen Streit. Nicht in erster Linie? In der CSU-Spitze heißt es, dass Stoiber bei Finanzminister Wolfgang Schäuble sondiert habe, ob er als Merkel-Nachfolger zur Verfügung stehe. Woher man das wisse, fragt Stoiber, wenn man ihm davon berichtet. Dann versichert er, dass er mit Schäuble nur allgemein die Lage der CDU erörtert habe, die allerdings, das räumt Stoiber gern ein, immer desolater werde.

Wo soll das alles enden? „Frau Merkel muss deutlich machen, dass das Verhältnis von CDU und CSU ein besonderes ist, es geht dabei auch um Emotionen“, sagt Stoiber. Aber wie das so ist in zerrütteten Ehen: Wenn das Misstrauen erst einmal die Liebe aufgefressen hat, kann man sie nicht so einfach zurückholen wie einen Ring aus dem Pfandhaus.

An einem Dienstag im Mai sitzt Seehofer mit seinen Ministern im Flugzeug von München nach Leipzig. Die bayerische Staatskanzlei hat eine Maschine gechartert, für den Tag ist eine gemeinsame Kabinettssitzung mit der sächsischen Landesregierung geplant. Seehofer sitzt in der ersten Reihe. Söder besteigt den Flieger zusammen mit seinem Kumpel Bildungsminister Ludwig Spaenle. „Komm, lass uns hinten sitzen, wie früher im Bus“, sagt Spaenle. Söder sagt: „Vorne sitzen die Streber.“

Seehofer wirkt zunehmend ratlos, auch wenn er das nie zugeben würde. Er hatte gehofft, dass die Landtagswahlen im März Merkel zur Einsicht bringen würden. In Rheinland-Pfalz hat Julia Klöckner den sicher geglaubten Sieg verpasst, in Baden-Württemberg ist die CDU zur Juniorpartnerin der Grünen geschrumpft. Und Merkel? Stellt die Grundsätze von Franz Josef Strauß infrage.

Was soll er noch tun? Seehofer ist schon an den Rand dessen gegangen, was unter Schwesterparteien noch möglich ist. Er hat ein Gutachten beim früheren Verfassungsrichter Udo Di Fabio in Auftrag gegeben, das die Rechtmäßigkeit der deutschen Flüchtlingspolitik anzweifelt. Er hat Merkel einen Brief geschrieben, er hat mit Klage gedroht. Er hat zugelassen, dass der CSU-Minister Dobrindt sie in einer Weise kritisiert, die unter normalen Umständen zu seinem Rausschmiss aus dem Kabinett führen müsste.

Merkel kennt Seehofer. Von allen Optionen, die ihr zur Verfügung stehen, hat sie die gewählt, die ihn am meisten schmerzt. Sie ignoriert ihn, obwohl er in der Sache auch gute Argumente hat. Merkels Politik der offenen Grenzen hat viele Menschen überfordert. Der Aufstieg der AfD ist auch eine Folge davon. Ihre Entscheidung, die Grenze für die Ungarnflüchtlinge zu öffnen, war richtig. Aber danach hatte sie keinen Plan, der Krise Herr zu werden. Sie kritisierte die Schließung der Balkanroute. Aber ihr Türkeideal ist moralisch genauso zweifelhaft.

Vor ein paar Wochen saß Seehofer mit einigen Parteifreunden im kleinen Kreis zusammen. Gemeinsam versuchten sie, Merkels Motive zu ergründen. Ob es möglich sei, dass die Kanzlerin die CSU zerstören wolle, fragte einer. Keiner wollte das ausschließen. „Ich werde nicht mehr schlau aus ihr“, sagte Seehofer.

Er hat nie verstanden, dass die Flüchtlingspolitik für Merkel mehr war als nur eine weitere Krise. Sie wollte zeigen, dass sie eine große Aufgabe mit Herz und Menschlichkeit lösen kann, dass auch in ihr ein bisschen Obama steckt. Merkel hatte in ihrer Karriere zwei Projekte, für die sie mit Überzeugung kämpfte. Die Reform des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Jahr 2003 und die Willkommenskultur. Beides hat Seehofer torpediert, so sieht es Merkel. Deshalb ist sie nun so unerbittlich.

Wie stoppt man eine Frau, die alle Angriffe dadurch pariert, dass sie so tut, als hätte es sie nicht gegeben? Seehofer hat gelesen, was sein Parteifreund Peter Gauweiler in einem Aufsatz geschrieben hat: Wer nicht klagt, wird unglaubwürdig.

Doch Seehofer kann jetzt nicht klagen, weil kaum noch Flüchtlinge kommen. Es würde lächerlich wirken. „Willst du die Koalition platzen lassen?“, hat Merkel ihn vor einigen Wochen gefragt. Das ist auch keine Option, das weiß er.

Seehofer hat den Streit mit Merkel so mit Bedeutung aufgeladen, dass viele in der CSU mittlerweile besorgt fragen, wie die Unionsparteien wieder zusammenfinden sollen. „Merkel wird nicht sagen, dass das Jahr 2015 ein Irrtum war, und ich werde nicht sagen, dass Merkel recht hatte“, sagt Seehofer. Aber wie soll es dann weitergehen?

Seehofer kann nicht klein beigeben. Dafür sorgt schon Markus Söder. Der Finanz-

minister würde gern so schnell wie möglich Nachfolger Seehofers werden. Der will das unter allen Umständen verhindern. Wenn er Merkel nachgäbe, würde das Söder in die Hände spielen.

Der mimt den treuen Parteigänger des Ministerpräsidenten. „Ich unterstütze Horst Seehofer 100-prozentig“, sagt er, um dann die Latte für eine Verständigung mit der CDU besonders hoch zu legen. „Es ist etwas passiert, was wir uns nicht hätten vorstellen können“, sagt Söder. „Da wird still und leise das Selbstverständnis von CDU und CSU einfach neu bestimmt.“

Das legt auch Seehofer fest. Wenn es um das Selbstverständnis der CSU geht, darf es keine Konzessionen geben. Dann geht es nur noch um Sieg oder Kapitulation.

Deshalb ist nicht ausgeschlossen, dass es zum endgültigen Bruch kommt, zum Ende der Fraktionsgemeinschaft im Bundestag. Ein kleiner Funke könnte genügen. Die CDU könnte sich, genervt vom Dauernörgeln, in einer nebensächlichen Frage mit der SPD einigen, ohne die CSU einzubeziehen – auch um zu zeigen, das Regieren ohne die Bayern funktioniert. Dann würde es schwer für Seehofer, noch in der Koalition zu bleiben.

Weder Seehofer noch Merkel wollen dieses Szenario, weil es nur Verlierer gäbe. Eine Versöhnung allerdings wird mit jeder Attacke unwahrscheinlicher. In Sachfragen können sich CDU und CSU vielleicht vor der Wahl wieder zusammenraufen. Eine überzeugende Union wird daraus nicht mehr. Dazu sind die Positionen in den grundsätzlichen Fragen zu unversöhnlich.

In der neuen CSU-Parteizentrale trifft sich seit einiger Zeit regelmäßig die CSU-Strategiekommission. Das Gremium legt Wert auf Vertraulichkeit, Söder ist ebenso wenig eingeladen wie seine Konkurrentin Ilse Aigner. Die Runde soll festlegen, mit welcher Botschaft die CSU in den Bundestagswahlkampf geht. Dabei ist noch nicht einmal klar, mit wem sie dies tun wird.

Auf der letzten Sitzung spielte Seehofer ein Szenario durch, das niemandem behagt. Wenn sich an der Haltung der CDU nichts ändere, müsse die CSU überlegen, ob sie nicht getrennt in den Bundestagswahlkampf ziehen sollen, sagte er. Er selbst würde dann den Spitzenkandidaten machen. Er wolle das nicht, fügte er hinzu.

Die Frage ist, ob es darauf noch ankommt.

Video: Wie Seehofer über Merkel spricht

spiegel.de/sp232016cdu
oder in der App DER SPIEGEL

ALTANA – global führend in reiner Spezialchemie. Wir setzen weltweit auf die Kunst, genau auf den Kundenbedarf zugeschnittene Produkte zu entwickeln. Deswegen entwickeln unsere Experten an rund 50 Standorten weltweit nicht nur die passende chemische Formel, sondern die optimale Lösung, damit zum Beispiel Verpackungen nicht nur schön aussehen, sondern jeder nur denkbaren Belastung standhalten.

Entdecken Sie dieses Plus für Ihr Geschäft:
www.altana.de/plus

MARCEL ALTENBURG, FORSCHER IM GESCHÄFTSBEREICH ACTEGA COATINGS & SEALANTS

ALTANA

BYK Additives & Instruments · ECKART Effect Pigments · ELANTAS Electrical Insulation · ACTEGA Coatings & Sealants

BEIDE HABEN
HANDWERKLICHES
TALENT. NUR EINER
HAT EINE PERSPEKTIVE.

Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen mussten, eine Perspektive schaffen – das ist unser Ziel.

Wir zusammen – das sind Unternehmen und ihre Mitarbeiter, die mit gemeinsamen Initiativen helfen, Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und in die Arbeitswelt zu integrieren.

Auch Sie und Ihre Kollegen möchten wir motivieren – egal wie groß Ihr Unternehmen ist. Jede Hilfe zählt. Schließen Sie sich uns an und werden Sie ein Teil von **wir-zusammen.de**

WIRTSCHAFT ZUSAMMEN

Integrations-Initiativen
der Deutschen Wirtschaft

Vorführung eines IS-Terrorverdächtigen in Karlsruhe

ULI DECK / DPA

Terrorismus

IS-Zelle sollte zehn Mitglieder umfassen

Ausreisepläne eines Verdächtigen lösten Zugriff aus.

Die am Donnerstag ausgehobene mutmaßliche Terrorzelle des „Islamischen Staates“ (IS) in Deutschland sollte offenbar mehr Mitglieder bekommen als bislang bekannt. Nach Angaben eines IS-Verdächtigen sollten insgesamt zehn Kämpfer einen Anschlag in der Düsseldorfer Altstadt begehen. Bislang war bekannt, dass vier junge Syrer diesen Auftrag hatten. Sie sollen als Flüchtlinge über die Balkanroute nach Deutschland gekommen sein. Drei von ihnen wurden diese Woche in Deutschland verhaftet, ein Vierter hatte sich bereits im Februar in Frankreich den Behörden gestellt. Die zusätzlichen Attentäter sollten sich noch zu den vier ursprünglichen Mitgliedern der Terrorzelle auf den Weg machen, sagte der in Frankreich inhaftierte Saleh A. Ermittlern. In Düsseldorf sollten sich demnach zwei Selbstmordattentäter in die Luft sprengen, die anderen Terroristen sollten mit Gewehren und Sprengsätzen weitere Menschen töten. Diese Aussagen hatten bei den deutschen Behörden Alarm ausgelöst. Über Monate ermittelten die Bundesanwaltschaft und die Ermittlungskommission „Anbieter“ der Polizei Düsseldorf gegen die Mitglieder der IS-Zelle. Zu den Verhaftungen am Donnerstag führte, dass einer der mutmaßlichen Terroristen nach Südeuropa reisen wollte. Aus Sorge, man verliere ihn aus den Augen oder er könne weitere Kämpfer nach Deutschland holen, erfolgte der Zugriff auf alle drei Männer, in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Der Vorgang ist der bislang konkreteste Hinweis auf einen womöglich geplanten Anschlag des IS in Deutschland. Terrorwarnungen hatte es zuletzt in der Silvesternacht in München und vor einem Fußball-Länderspiel in Hannover gegeben. Sie waren aber weniger konkret. fis, jdl

Bundestag

„Zweierlei Maß“

WILMA LESKOWITSCH / DER SPIEGEL

Der Hamburger Historiker **Jürgen Zimmerer,** 51, Vorsitzender des Weltverbandes der Genozidforschenden, über die Armenien-Resolution des Bundestags

SPIEGEL: Steht es dem Bundestag zu, eine Resolution zum Völkermord an den Armeniern vor 101 Jahren zu verabschieden?
Zimmerer: Historiker und Genozidforscher sind sich international nahezu geschlossen einig darin, dass es sich bei den Taten der damaligen türkischen Regierung um einen Völkermord handelte. Es ist nicht Aufgabe eines Parlaments, diese historische Wahrheit festzustellen. Wenn es aber darum geht, eine deutsche Mitschuld anzuerkennen, dann ist der Bundestag der richtige Ort. Denn das damalige deutsche Kaiserreich ließ die türkische Regierung gewähren. Sich dieser Verantwortung zu stellen finde ich richtig.
SPIEGEL: Die heutige Regierung in Ankara hat die Resolution heftig kritisiert.
Zimmerer: Die Türkei vertritt bis heute die Auffassung, dass es keinen Völkermord gab. Das ist ein Ausdruck großer Geschichtsvergessenheit. Aber die deutsche Politik hätte sich, bevor sie mit erhobenem Zeigefinger auf Ankara deutet, zu ihrer Verantwortung für einen anderen Genozid bekennen müssen.
SPIEGEL: Welchen meinen Sie?
Zimmerer: Den Völkermord an den Herero und Nama in Namibia durch das deutsche Kaiserreich. Dieser Genozid fand elf Jahre vor den Massakern an den Armeniern statt. Es ist schon sehr eigenartig, dass der Bundestag bislang nicht den Mut gefunden hat, diese deutsche Schuld klar zu benennen.
SPIEGEL: Macht das die Armenien-Resolution unglaubwürdig?
Zimmerer: Das nicht, aber es lässt den Eindruck zu, dass der Bundestag mit zweierlei Maß misst. Das spielt den Kritikern in die Hände, zumal die Resolution einen Partner verärgert, von dem man sich in der Flüchtlingsfrage komplett abhängig gemacht hat. Glaubwürdig wird die Resolution zudem erst, wenn Taten folgen: eine symbolische oder materielle Anerkennung der armenischen Opfer zum Beispiel. Sonst bleiben es leere Worte. csc

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel

Rechtsextremismus

Verfassungsschutz mit „Eigenleben“

In der Affäre um V-Mann „Corelli“ aus dem Umfeld des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) gerät Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen stärker unter Druck. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) schickt Aufsichtsbeamte nach Köln, das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags setzt Sonderermittler Jerzy Montag in Marsch. Er soll bis Juli Ergebnisse liefern.

In der SPD heißt es, der Verbleib Maaßens im Amt hänge auch davon ab. Maaßen hat diese Woche einen schweren Fehler einräumen müssen: Im Panzerschrank eines V-Mann-Führers hatten Kollegen Sim-Karten entdeckt, die der einstigen Topquelle Thomas R. alias „Corelli“ gehörten. Es war bereits der dritte auffallend späte Fund von Datenträgern aus dem Besitz des staatlich alimentierten Neonazis. 1995 hatte „Corelli“ den späteren NSU-Terroristen Uwe Mundlos getroffen. Etliche Jahre vor Auffliegen des NSU hatte „Corelli“ dem Verfassungsschutz eine CD mit der Aufschrift „NSU/NSDAP“ übergeben. Sie wurde erst 2014 entdeckt. Kurz bevor Ermittler „Corelli“ dazu befragen konnten, starb dieser – an einem Zuckerschock. Jüngst tauchte im Bundesamt ein angeblich über Jahre hinweg übersehenes Handy „Corellis“ auf, mit Kontaktdaten ins NSU-Umfeld. Heikel für Maaßen: Seine eigenen Leute ließen ihn über den Fund tagelang im Unklaren. Die nun entdeckten Sim-Karten „Corellis“ hatte dessen ehemaliger V-Mann-Führer in einem Ordner mit Rechnungen versteckt. Maaßen spricht intern von einem „Eigenleben“ seiner Behörde.

Der NSU-Untersuchungsausschuss im Düsseldorfer Landtag wollte den V-Mann-Führer jüngst befragen. Der Verfassungsschutz verweigerte diesem jedoch eine Aussagegenehmigung. jös, mba, mkn

Bundespräsident

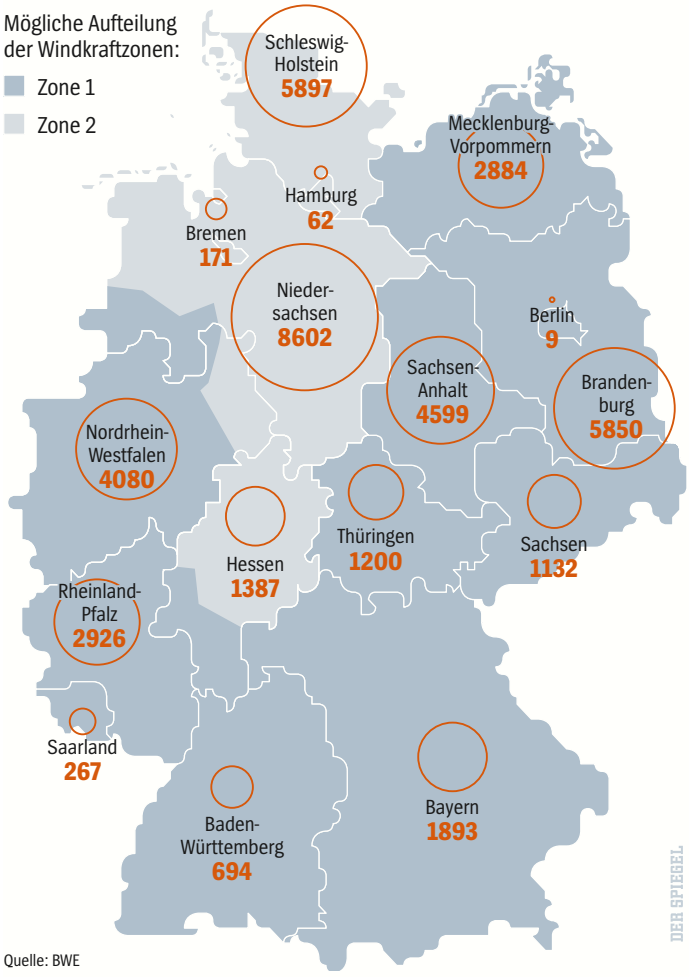
Merkel will eigenen Kandidaten

Die Union will bei der Wahl zum nächsten Bundespräsidenten mit einem eigenen Kandidaten antreten, falls Joachim Gauck, 76, keine zweite Amtszeit anstrebt. Bundeskanzlerin Angela Merkel wisse, dass die Partei das von ihr erwarte, heißt es in ihrem Umfeld. Kurz vor der Bundestagswahl könne die Union aus taktischen Gründen weder einen gemeinsamen Kandidaten mit der SPD noch mit den Grünen präsentieren. Als aussichtsreicher Bewerber aus Unionsreihen gilt Bundestagspräsident Norbert Lammert. Er würde von der Fraktionsspitze mitgetragen und könnte auch mit der Unterstützung der CSU-Führung rechnen. Gaucks Amtszeit endet im kommenden Jahr. In der Union rechnet man damit, dass das Staatsoberhaupt aus Altersgründen nicht weitere fünf Jahre im Amt bleiben will. Die Union hätte in der Bundesversammlung, die den Präsidenten wählt, keine absolute Mehrheit. Sie müsste darauf hoffen, ihren Kandidaten im dritten Wahlgang durchzusetzen, in dem die relative Mehrheit reicht. ran

Gauck, Lammert

WCRART / FACE TO FACE

Onshore-Windenergieanlagen
Installierte Nennleistung in Megawatt, 2015



Quelle: BWE

Windkraft

Neue deutsche Zonen

Weil der Ausbau der Netze stockt, kann Strom aus deutschen Windparks immer häufiger nicht abtransportiert werden. Deshalb haben sich die Ministerpräsidenten der Länder, die Bundeskanzlerin und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) bei ihrem Treffen diese Woche darauf geeinigt, Deutschland in zwei Zonen aufzuteilen: In Zone 1 (siehe Abbildung) soll das Gros der jährlich 2800 Megawatt neuer Windkraftkapazitäten errichtet werden. In Zone 2 darf in den kommenden Jahren nur noch ungefähr ein Drittel weniger an Windkraftleistung aufgebaut werden als im Durchschnitt der letzten drei Jahre, um die Netze nicht noch stärker zu belasten. Die Windkraftzonen sollen Teil der Eckpunkte des künftigen Erneuerbare-Energien-Gesetzes sein, die Gabriel am kommenden Mittwoch ins Bundeskabinett einbringen will. Demnach soll die ausgeschriebene Windleistung ab 2020 auf jährlich 2900 Megawatt steigen. Bei den Eckpunkten zum Ausbau der Biomasse-Anlagen hat sich Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer durchgesetzt. Nachdem Gabriel ursprünglich nur jährlich 100 Megawatt neuer Leistung aus biologischen Abfällen genehmigen wollte, hat ihm der CSU-Chef für die nächsten drei Jahre 150 Megawatt abgetrotzt. Anschließend soll der für die Stromkunden kostspielige Ausbau auf 200 Megawatt steigen. gt

Zeitgeschichte

Wer ergriff wessen Hand?

Ein Zeitzeuge bereichert eine skurrile Kontroverse um das berühmte Treffen von Kanzler Helmut Kohl mit Frankreichs Präsident François Mitterrand 1984 in Verdun. Beide Staatsmänner gedachten Hand in Hand der Schlacht des Ersten Weltkriegs, und bis heute ist ungeklärt, wer zuerst die Hand des anderen ergriff. Nach Kohls Erinnerungen war es Mitterrand; der Franzose hingegen hatte vor seinem Tod behauptet, es sei der Deutsche gewesen.

Paul-Werner von der Schulenburg, seinerzeit Leiter des Protokollreferats im Verteidigungsministerium, stand wenige Meter von beiden entfernt. Seiner Erinnerung nach, die er nach dem Ereignis in Tagebuchaufzeichnungen festhielt, hatte Mitterrand „zu fummeln“ begonnen. Es habe dann „einige Sekunden gedauert“, bis Kohl verstanden habe und die angebotene Hand ergriff.

FRANCOLON-SIMON / GAMMA / LAIF

Mitterrand, Kohl 1984 in Verdun

Der heute 79-jährige Schulenburg führt die Geste Mitterrands auf das Können des Stabsmusikkorps der Bundeswehr zurück. Dieses habe die Marseillaise „ungewöhnlich gefühlvoll“ intoniert, der französische Präsident sei „tief gerührt“ gewesen.

Beide Politiker hatten einen persönlichen Bezug zu Verdun: Kohls Vater hatte dort während des Ersten Weltkriegs gekämpft, Mitterrand war an dem Ort 1940 als junger Soldat verwundet worden. klw

Zuwanderung

EU will Blue Card verbessern

Die EU-Kommission plant, die legale Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nach Europa mit dem System der Blue Card einheitlich zu regeln. Eine Überarbeitung der entsprechenden Richtlinie will die Kommission am kommenden Dienstag vorlegen. Sie ist Teil der sogenannten Migrationsagenda, mit der Zuwanderung nach Europa besser gesteuert werden soll. Nach dem Willen der Behörde soll es künftig ein einheitliches Angebot der EU für hoch qualifizierte Migranten geben, die nicht aus der Union kommen. Die Frage, wie viele Zuwanderer die jeweiligen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des Blue-Card-Systems aufnehmen, entscheiden die Regierungen selbst. Das bisherige Blue-Card-System gilt als zu kompliziert, nur Deutschland nutzte es in größerem Umfang. Es gilt für Hochqualifizierte, die mindestens 50 000 Euro im Jahr verdienen müssen, außer sie arbeiten in sogenannten Mangelberufen, etwa in der IT-Branche. „Die Blue-Card-Richtlinie von 2009 hat ihr Potenzial, talentierte und hoch qualifizierte Drittstaatsangehörige anzuziehen, nicht ausgeschöpft“, bilanzierte die Kommission im April. Um das zu ändern, sollen sich Blue-Card-Inhaber künftig leichter innerhalb der EU bewegen können. Deutschland werde von den Änderungen kaum betroffen sein, heißt es im Bundesarbeitsministerium, die deutschen Blue-Card-Regeln gehörten zu den liberalsten. Anfang 2016 lebten in Deutschland rund 28 000 Drittstaatsangehörige mit einer Blue Card. mad, mp

Mindestlohn

„Deutlich über neun Euro“

Politiker der Großen Koalition fordern eine Erhöhung des Mindestlohns zum Januar 2017. „Der neue Mindestlohn sollte deutlich über neun Euro liegen“, sagt Klaus Barthel, Vorsitzender der SPD-Arbeitnehmerorganisation AfA. Bis Ende Juni muss eine unabhängige Kommission aus Gewerkschaftern, Arbeitgebervertretern und Wissenschaftlern entscheiden, wie stark der Mindestlohn 2017 steigen soll. Als Grundlage wird der Tarifindex des Statistischen Bundesamtes dienen, der die Lohnerhöhungen aller Branchen von Anfang 2015 bis Juni 2016 berücksichtigt. Demnach deutet sich bislang eine Erhöhung um etwa 30 Cent auf rund 8,80 Euro an. „Das Gesetz sieht aber auch vor, dass sich die Kommission nicht sklavisch an die Daten halten, sondern eine Gesamtbetrachtung der wirtschaftlichen Lage bei ihrer Entscheidung vornehmen soll“, sagt Barthel. Diese lasse eine stärkere Erhöhung zu. Auch Karl-Josef Laumann, Chef des Union-Arbeitnehmerflügels CDA, verweist auf einen Ermessensspielraum. „Dass sich die Kommission an der Tarifentwicklung orientieren soll, liegt auf der Hand. Zugleich steht es ihr aber auch frei, davon abzuweichen“, sagt CDU-Mann Laumann. cos, mad

Bundeswehr

Cyberstrategie wieder weg

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, CDU, verliert einen ihrer wichtigsten Berater. Zum Herbst 2016, nach gut zwei Jahren, wird Gundbert Scherf, der die neue Strategie der Bundeswehr zur elektronischen Kriegführung („Cyber War“) konzipiert hat, das Ministerium wieder verlassen. Scherf kam wie Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder 2014 von der Unternehmensberatung McKinsey und wurde im Wehrressort Beauftragter für nationale und internationale Rüstungsaktivitäten. Der Unternehmensberater war die treibende Kraft für die neue Ausrichtung der Truppe im elektronischen Kampf, er entwarf den Aufbau eines Cyberkommandos. Von der Leyen hatte sich persönlich für den 34-jährigen Quereinsteiger starkgemacht. Scherf geht, weil er ein Angebot aus der Wirtschaft hat. Die Cyberstrategie der Bundeswehr soll nun der ThyssenKrupp-Manager Klaus-Hardy Mühleck realisieren, der im Herbst anfängt. mgb

Von der Leyen, Scherf

Lohngleichheit

Merkel bleibt hart

Bundeskanzlerin Angela Merkel will der SPD im Streit um die Frage, wie eine gleiche Bezahlung von Männern und Frauen gesichert werden soll, nicht entgegenkommen. Der Koalitionsvertrag werde eins zu eins umgesetzt, sagte Merkel beim sogenannten Unionsfrühstück am Mittwoch vor der Sitzung des Bundeskabinetts. Aus Sicht der CDU bedeutet das: Arbeitnehmer können erst in Betrieben mit mehr als 500 Mitarbeitern Auskunft darüber verlangen, wie viel jeweils ihre Kollegen verdienen. Die SPD interpretiert die Vereinbarung dagegen so, dass sie weitaus mehr Betriebe beträfe. Im Kanzleramt heißt es, in diesem Punkt werde es keinen Kompromiss geben. ran

MATTHIAS GEBAUER / DER SPIEGEL

It's time to up your game.

TISSOT T-TOUCH EXPERT SOLAR NBA SPECIAL EDITION.

TAKTILE TECHNOLOGIE, ANGETRIEBEN DURCH SOLARENERGIE UND AUSGESTATTET MIT 20 PRAKTISCHEN FUNKTIONEN WIE HÖHENMESSER, BAROMETER UND KOMPASS.

TACTILE TECHNOLOGY

4478m

TISSOT. OFFICIAL TIMEKEEPER OF THE NBA.

POWERED BY SOLAR ENERGY

TISSOT
1853
NBA
TOUCH SOLAR

T TISSOT THIS IS YOUR TIME

BOUTIQUES: PARIS – LONDON – NEW YORK – BEIJING – HONG KONG – SINGAPORE – NEW DELHI – DUBAI – MOSCOW – ZURICH

TISSOTSHOP.COM
TISSOT, INNOVATORS BY TRADITION

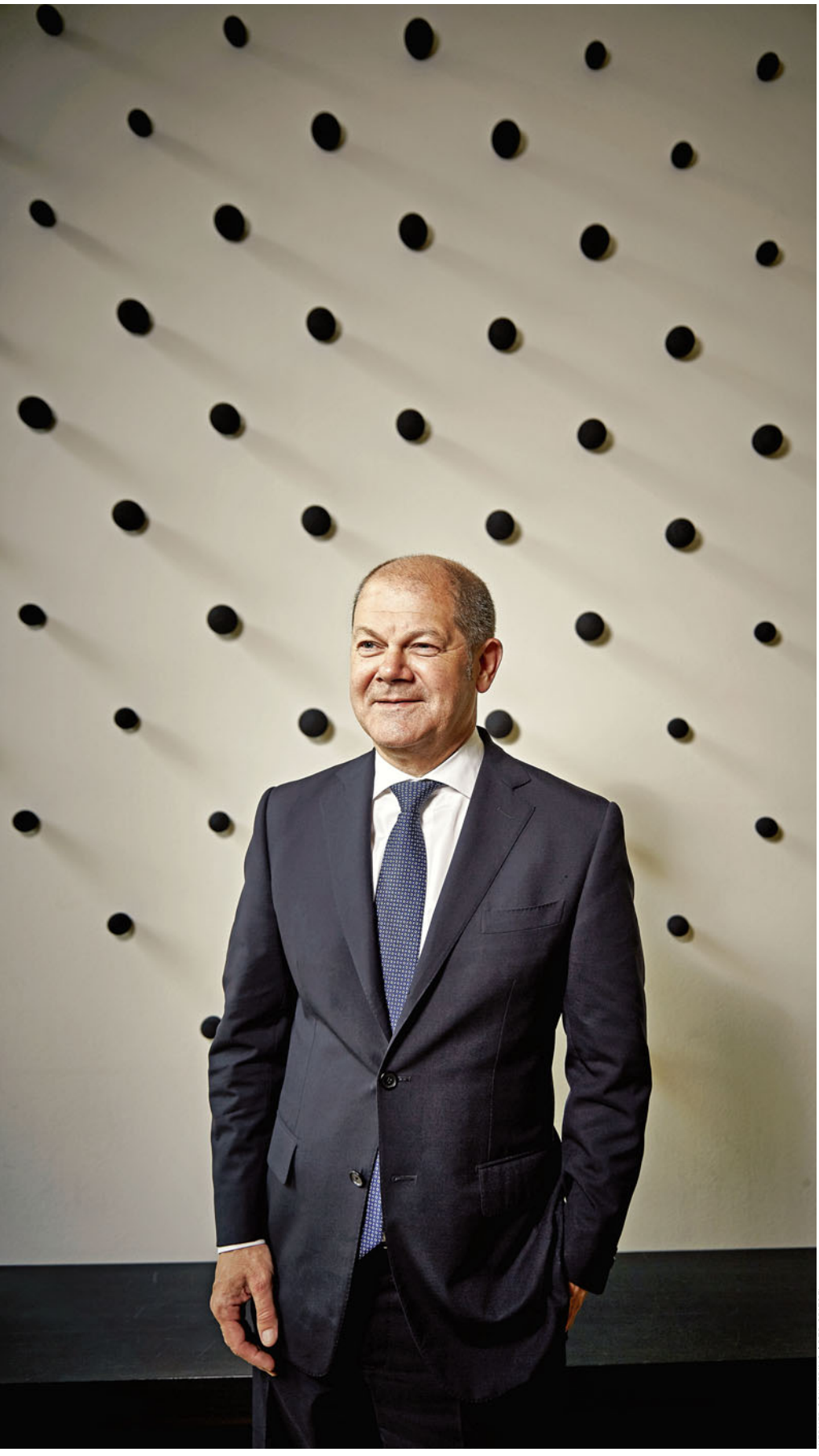
„Wer sagt, dass er nicht will?“

SPIEGEL-Gespräch SPD-Vize Olaf Scholz, 57, entwirft ein Regierungsprogramm für die Sozialdemokratie: Die Partei muss für Weltoffenheit stehen und Angebote für die bedrängte Mittelschicht machen.

SPIEGEL: Herr Scholz, ist die SPD verliebt ins Verlieren?
Scholz: Quatsch.
SPIEGEL: Ihre Partei hat in Umfragen einen Tiefpunkt erreicht, Vizekanzler Sigmar Gabriel hat so schlechte Popularitätswerte wie kaum ein sozialdemokratischer Parteiführer vor ihm. Und wer sich in der Partei umhört, spürt überall Resignation und Fatalismus.
Scholz: Ich verspüre das nicht. Die SPD ist in den Ländern durchaus erfolgreich, wir sind an 13 von 16 Regierungen beteiligt, bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz konnte Malu Dreyer einen beeindruckenden Erfolg erringen. Natürlich sind die Umfragen im Bund momentan nicht berühmt, aber ich sehe keinen Grund für Kleinmut.
SPIEGEL: So reden sich Sozialdemokraten seit Monaten die Lage schön. Auch in der Berliner Koalition verweisen Ihre Genossen gern auf angebliche Erfolge, weil sie den Mindestlohn oder die Frauenquote durchgesetzt haben. Trotzdem laufen Ihnen die Wähler davon. Woran liegt das?
Scholz: Die SPD muss nicht nur gute Arbeit leisten. Die Bürgerinnen und Bürger müssen ihr auch zutrauen, das ganze Land zu führen. Wenn uns das gelingt, wird sich das bei Wahlen auszahlen.
SPIEGEL: Das klingt, als würde Ihre Partei diesen Anforderungen derzeit nicht gerecht.
Scholz: In der Politik muss man nicht nur das Richtige tun, man muss auch lange Zeit das Richtige tun. Es gibt nun mal keine Knöpfe, auf die man kurz mal drückt, und dann ist alles so, wie man es sich wünscht. Die SPD hat den Auftrag, mit einer klugen Politik die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Sie muss dafür sorgen, dass die Wirtschaft sich gut entwickelt und der soziale Zusammenhalt gestärkt wird. Das wird uns nur gelingen, wenn wir die strategische Herausforderung verstehen, vor der unsere Volkswirtschaft steht.
SPIEGEL: Wie meinen Sie das?
Scholz: In allen traditionellen Industrieländern der Welt sind die Wachstumsraten seit den Achtzigerjahren zurückgegangen, die Einkommen der Mittelschichten stagnieren. Und für ungelernte Arbeitskräfte sind sie sogar gesunken. Diese Entwicklung hat inzwischen fast überall ressentimentbeladene und chauvinistische Bewegungen hervorgebracht, die ein pessimistisches Grundgefühl in Teilen der Bevölkerung und die Sehnsucht nach der guten alten Zeit bedienen, von der FPÖ in Österreich, über die Rechtspopulisten in Frankreich oder Skandinavien bis zu Donald Trump in den USA. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen dazu das Gegenprogramm bieten: eine zukunftszugewandte und optimistische Antwort auf die Herausforderungen von Globalisierung und Digitalisierung.
SPIEGEL: Die scheint derzeit aber viele Bürger nicht mehr zu überzeugen. Gerade Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, also die klassische Klientel der Sozialdemokratie, wendet sich den Rechtspopulisten zu.
Scholz: Ja, in vielen Ländern Europas haben die Bürgerinnen und Bürger nur die Wahl zwischen einer rechtspopulistischen Partei mit sozialer Fassade und liberalen Bewegungen, die sich keine Gedanken um den sozialen Zusammenhalt machen. In Deutschland ist das nicht so. Denn es ist die historische Leistung der Sozialdemokratischen Partei, ein politisches Angebot zu machen, das gesellschaftlichen Zusammenhalt und Liberalität verbindet.

„Bislang dachten viele, die Kanzlerin sei unschlagbar. Davon kann keine Rede sein.“

SPIEGEL: Viele Ihrer Genossen orientieren sich lieber am Vorbild des britischen Labour-Führers Jeremy Corbyn oder des US-Präsidentschaftsbewerbers Bernie Sanders. Die wollen zurück zu den Wurzeln ihrer Parteien – und das heißt: nach links.
Scholz: Es geht nicht um ein Zurück zu den Wurzeln. Die SPD war immer eine fortschrittliche, der Zukunft zugewandte Kraft. Dabei sind zwei Grundsätze zu beachten: Wir dürfen nicht mehr versprechen, als wir halten können, denn das macht unglaubwürdig. Und kein politischer Wille, sei er noch so kernig formuliert, kommt an den Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie vorbei. Den Kompass unserer Reformpolitik hat der frühere US-Präsident Bill Clinton gut formuliert: Wir machen Politik für diejenigen, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten.
SPIEGEL: Das Problem ist nur, dass sozialdemokratische Parteien unter diesem Motto Reformen des Arbeitsmarkts und des Sozialstaats durchgesetzt haben, die der eigenen Stammklientel nicht zu vermitteln waren. Wie entkommt die Sozialdemokratie diesem Dilemma?
Scholz: Natürlich sind auch der SPD in ihrer Regierungszeit Fehler unterlaufen. Wir hätten den Mindestlohn zum Beispiel, den wir in dieser Legislaturperiode durchgesetzt haben, zeitgleich mit den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder etablieren sollen. Trotzdem zweifelt heute kaum jemand daran, dass unsere damalige Politik dazu beigetragen hat, dass wir heute die Beschäftigung auf einem historischen Höchststand sehen.
SPIEGEL: In der SPD wird die Agenda 2010 eher als neoliberaler Sündenfall betrachtet. Müsste sich die Partei nicht klarer davon distanzieren?
Scholz: Mir ist letztlich egal, wer damals für oder gegen die Reformen war. Ich möchte mich mit allen gemeinsam den Zukunftsfragen zuwenden, und dazu gehören für mich all jene Herausforderungen, die heute die Mittelschicht und die unteren Lohngruppen gleichermaßen betreffen. Die steigenden Wohnkosten zum Beispiel, die Ausgaben für Krippen und Kitas oder die Studiengebühren, die wir mühsam wieder zurückgedrängt haben. Die SPD muss dafür sorgen, dass es gerecht zugeht im Land. Und sie muss sich dafür verantwortlich fühlen, dass wir genügend Leute haben, die ein Unternehmen gründen oder durch eine klassische Berufsausbildung oder ein Studium auf dem Arbeitsmarkt ein ordentliches Einkommen erzielen können.
SPIEGEL: Vielen in der SPD ist das zu wenig. Sie wollen die Vermögensteuer wieder einführen, um die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu bekämpfen. Was halten Sie davon?
Scholz: Wir sollten immer überlegen, was wir tun können, um mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Von höheren Steuern sollten wir aber keine finanziellen Wunder erwarten. Die steuerpolitischen Spielräume sind in jeder Hinsicht begrenzt. Deshalb stört es mich auch, wenn Politiker jetzt versuchen, Hoffnungen auf Steuersenkungen zu wecken.
SPIEGEL: Sie meinen Bundesfinanzminister Schäuble, der angekündigt hat, die Abgaben für mittlere Einkommen zu senken.
Scholz: Der Minister weckt Erwartungen, die er nicht erfüllen kann. Das wissen übrigens auch die Bürgerinnen und Bürger. Solche Vorschläge verschärfen das Glaubwürdigkeitsproblem der Politik.
SPIEGEL: Können wir festhalten, dass die SPD nicht beabsichtigt, im Wahlkampf Steuersenkungen zu versprechen?
Scholz: Ich sehe dafür kaum Spielraum. Der Staat hat jede Menge Aufgaben zu bewäl-



WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

Politiker Scholz: „Es gibt schönere Wahlergebnisse“

tigen, von der Flüchtlingskrise bis zum Ausbau der Infrastruktur. Außerdem haben sich Bund und Länder verpflichtet, keine neuen Schulden zu machen.

SPIEGEL: Ein anderes Gerechtigkeitsthema, das die SPD diskutiert, ist die Altersarmut. Das beschäftigt die Partei spätestens, seitdem die ehemalige Putzfrau Susanne Neumann auf einem Kongress vorgerechnet hat, wie wenig Rente ein Niedrigverdiener nach fast 40 Arbeitsjahren bekommt. Muss das Niveau der gesetzlichen Rente angehoben werden?

Scholz: Erst einmal hat die SPD in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass die gesetzliche Rente wieder stabil ist.

SPIEGEL: Das ist kein Kunststück, wenn man das Niveau der Rente senkt.

Scholz: Es gab viele Jahre, in denen auch der SPIEGEL das baldige Ende der gesetzlichen Rentenversicherung vorausgesagt hat, wenn das System nicht grundlegend reformiert werde. So etwas habe ich lange nicht mehr gelesen. Trotzdem stellen sich immer wieder neue Gerechtigkeitsfragen. Mich treibt zum Beispiel das Schicksal jenes Facharbeiters um, der mit Anfang fünfzig einen Unfall hat, der ihn aus dem Betrieb katapultiert. Kann er auf eine faire Rente hoffen? Das ist eines jener Rententhemen, denen wir uns dringend widmen sollten.

SPIEGEL: Sollte das auch Gegenstand des Wahlkampfs sein?

Scholz: Es wäre merkwürdig, wenn das bei Wahlen keine Rolle spielte. Die meisten von uns zahlen jahrzehntelang in die Rentenversicherung ein und erhalten mehrere Jahrzehnte lang Rente. Wir sollten die Debatte aber so führen, dass keine neuen Ängste um eines der krisensichersten Alterssicherungssysteme der Welt entstehen.

SPIEGEL: Die SPD hat in den vergangenen zwei Jahren stark auf die politische Mitte gezielt. Bloß, da war kaum Platz, weil Angela Merkel die CDU erfolgreich nach links gerückt hat. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Scholz: Mit der Forderung nach Innovation und Gerechtigkeit haben wir 1998 erfolgreich Helmut Kohl abgelöst. Ich finde, Innovation und Gerechtigkeit sind auch heute aktuelle Ziele. Im Übrigen steht die Union derzeit längst nicht mehr so erfolgreich da. Bislang dachten viele, die Kanzlerin sei unschlagbar. Davon kann nach dem jüngsten Absturz der Union in den Umfragen keine Rede mehr sein.

SPIEGEL: Was ist da passiert?

Scholz: Die Wählerinnen und Wähler haben eine ziemlich klare Vorstellung davon, was politische Führung heißt. Sie erwarten einen klaren Plan für die Entwicklung unseres Landes, und sie wollen darauf vertrauen, dass dieser Plan auch zum Erfolg führt. Die Bürgerinnen und Bürger haben den Glauben daran verloren, dass Angela Mer-

kel einen Plan hat und alle Krisen gut managen kann.

SPIEGEL: In der Flüchtlingskrise hatten die Bürger mitunter das Gefühl, der Staat verliert die Kontrolle.

Scholz: Das war nicht gut, und das darf sich nicht wiederholen.

SPIEGEL: Hätte sich die SPD gegen die weitere Aufnahme von Flüchtlingen aussprechen sollen?

Scholz: Nein. Die SPD ist eine weltoffene und humanistische Partei. Wir wollen eine Gesellschaft, die Flüchtlinge aufnimmt, wenn sie vor Krieg oder Folter davonlaufen, um das eigene Leben oder das ihrer Familien zu retten. Aber das bedeutet auch, dass wir uns auf die konzentrieren müssen, die tatsächlich verfolgt werden. Eine Politik nach dem Motto „Grenze auf für alle“ ist nicht sozialdemokratisch. 1,5 Millionen Flüchtlinge sind kein Problem für die EU mit 500 Millionen Einwohnern – wohl aber für einen einzelnen Staat, selbst wenn er so stark ist wie Deutschland. Deshalb brauchen wir eine konsistente europäische Flüchtlingspolitik.

SPIEGEL: Seit die Balkanroute geschlossen ist, sind die Flüchtlingszahlen stark gesunken. Ist die Krise vorbei?

Scholz: Vor diesem Eindruck möchte ich ausdrücklich warnen. Wie viele Flüchtlinge in diesem Jahr kommen, kann derzeit niemand seriös vorhersagen. Immerhin haben wir jetzt die Strukturen für die Behörden aufgebaut, um die Lage im Griff zu behalten. Aber wir dürfen nicht die Illusion verbreiten, dass die Sache bereits ausgestanden sei. Es geht um eine Daueraufgabe, die uns sehr lange begleiten wird.

SPIEGEL: Was muss geschehen?

Scholz: Das Erste ist, dass Europa seine Verantwortung für die gemeinsamen Außengrenzen wahrnimmt. Und Grenze heißt Grenze, da gehören manchmal auch Schlagbäume und Zäune dazu sowie Rückführungsabkommen wie jetzt mit der Türkei. Dazu gehören aber auch Übergänge, an denen Reisende, Geschäftsfrauen, Studierende die Grenzen passieren können – und auch Flüchtlinge, wenn sie einen Fluchtgrund vorweisen können. Zweitens benötigen wir mehr Solidarität in Europa. Wir dürfen nicht weggucken, wenn die Probleme gerade mal nicht bei uns, sondern in Italien oder Griechenland auflaufen. Und drittens müssen wir internationalen Organisationen helfen, die Flüchtlingslager in den Krisenregionen besser auszustatten.

SPIEGEL: Die SPD muss bald entscheiden, wer der Kanzlerkandidat für solche Programmpunkte sein soll – falls sie überhaupt noch einen Bewerber aufstellt. Parteichef Gabriel hat vorgeschlagen, bei mehreren Bewerbern die Mitglieder entscheiden zu lassen. Ist das eine gute Idee?

WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

Scholz, SPIEGEL-Redakteure*
„Wir spielen hier kein Kindertheater“

Scholz: Ich plädiere dafür, dass wir einen gemeinsamen Vorschlag entwickeln und ihn dann auch gemeinsam vertreten. Wir sind uns in der SPD einig, dass wir Anfang des nächsten Jahres eine Entscheidung treffen werden – und das ist gut so.

SPIEGEL: Gabriel glaubt, dass es die Partei beleben könnte, wenn man die Basis einbezieht. Da hat er doch einen Punkt.

Scholz: Das stimmt, Vorwahlen sind manchmal ein Ausweg, wenn ein Konflikt besteht, der nicht anders zu lösen ist. Ich bin aber der Auffassung, dass Zusammenhalt besser ist. Geschlossenheit ist in der Politik eine Tugend.

SPIEGEL: Gabriel hat in einem Gespräch mit dem SPIEGEL deutlich gemacht, dass er

„Die SPD hat eine Reihe von Personen, denen man das Kanzleramt zutraut.“

nicht an seinem Stuhl klebt. Wenn es andere, bessere Kandidaten gäbe, stünde er nicht im Wege. Können Sie sich vorstellen zu übernehmen?

Scholz: Wir haben uns auf ein klares Vorgehen verständigt. Dazu gehört, dass der SPD-Vorsitzende einen Vorschlag macht – und dazu gehört, dass der Vorsitzende immer auch ein guter Kanzlerkandidat ist.

SPIEGEL: Gilt das auch für den jetzigen Vorsitzenden?

Scholz: Klar.

SPIEGEL: Hat Gabriel noch den nötigen Rückhalt in der Partei?

Scholz: Natürlich, er ist im Dezember mit einem ordentlichen Ergebnis gewählt worden.

SPIEGEL: Sie scherzen. Gabriel hat auf dem jüngsten Parteitag gerade einmal 74,3 Prozent der Stimmen bekommen. Ein gutes Wahlergebnis sieht anders aus.

Scholz: Es gibt schönere Wahlergebnisse, da gebe ich Ihnen recht. Aber ich finde, dass ein Wahlergebnis von mehr als 70 Prozent nichts ist, womit man sich lange aufhalten sollte.

SPIEGEL: Das Problem der SPD ist nicht nur die ungelöste Personalfrage. Der Partei fehlt auch die Machtperspektive. Oder sehen Sie noch die Chance für ein rot-rot-grünes Bündnis nach der Wahl?

Scholz: Rot-rot-grün ist nicht realistisch. Die Partei Die Linke hat es versäumt, sich in wichtigen Fragen wie der Außenpolitik inhaltlich neu zu positionieren. Wir spielen ja hier kein Kindertheater. Es geht um die Frage, wer das größte Land der EU und eine der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt künftig regieren soll.

SPIEGEL: Anders gesagt, die SPD hat keine Machtperspektive.

Scholz: Ziel der SPD muss bleiben, stärkste Partei zu werden und den Kanzler zu stellen. Diesen Anspruch dürfen wir nicht aufgeben. Wenn die Bürgerinnen und Bürger uns zutrauen, das Land zu führen, kann das in den Umfragen schnell zusätzlich zehn Prozentpunkte bringen. Das ist im Übrigen ungefähr der Abstand, der uns derzeit von der Union trennt.

SPIEGEL: Es gibt Genossen, die Ihnen taktische Spielchen vorwerfen. Anstatt sich selbst zu positionieren, setzen Sie lieber auf die Wahl 2021, wenn Merkel nicht mehr antritt.

Scholz: Von Journalisten habe ich so etwas schon gehört, aber noch nie aus der Partei. Das wäre ja auch absurd. Es ist keine Strafe, Kanzlerkandidat der SPD zu werden. Und wenn die SPD bei der nächsten Wahl nicht gut abschneidet, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Chancen für die darauffolgende Wahl nicht besser werden.

SPIEGEL: Was muss der Kanzlerkandidat mitbringen, und was ist Aufgabe der Partei?

Scholz: Die SPD muss auf die Herausforderungen unseres Landes die richtigen Antworten geben. Sie muss einen klaren Kurs verfolgen, den jeder verstehen kann, ohne dass er die Details des Programms kennt. Die SPD muss sich so aufstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger sie als Kanzlerpartei wollen.

SPIEGEL: Stehen Sie als Kandidat zur Verfügung, falls Gabriel nicht will?

Scholz: Wer sagt denn, dass er nicht will? Es ist gut, dass die SPD eine Reihe von Personen hat, denen man das Kanzleramt zutraut. Personalspekulationen führen aber nicht weiter. Das können manche schwer ertragen, die von außen Unruhe in die Partei tragen wollen. Wir haben uns fest vorgenommen zusammenzuhalten.

SPIEGEL: Herr Scholz, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Michael Sauga, Klaus Brinkbäumer, Horand Knaup in Berlin.

Von hier. Von uns.

Spitzenmäßig.

Der auch.

Spitzenmäßiges zur Spargelsaison.

Viele wissen nicht, dass auch hier in Württemberg Spargel angebaut wird. Die passenden Weine von uns sind da schon viel bekannter, wie zum Beispiel dieser rassige Riesling. Seine fruchtigen Aromen von grünen Äpfeln und Weinbergspfirsichen machen diesen trockenen Wein zum perfekten Begleiter jedes „Spitzen“-Menüs. Entdecken Sie das Beste aus Württemberg: Achten Sie einfach auf das Siegel unserer Erzeuger.

WEIN ★★ HEIMAT ★★ WÜRTTEMBERG

Württembergische Weingärtner-Zentralgenossenschaft e. G.
Raiffeisenstraße 2 · 71696 Möglingen · Telefon 07141 4866-0 · www.wzg-weine.de · info@wzg-weine.de

Gewitterwolken über Straubing

ARMIN WEIGEL / PICTURE ALLIANCE / DPA

Gefangen im Jetstream

Katastrophen Die verheerenden Sturzfluten in Bayern und Baden-Württemberg haben Bürger und Behörden überrascht. Wie kommt es zu diesem Extremwetter?

Wer nimmt hierzulande das Wetter schon wirklich ernst? Heute so, morgen so, auf Regen folgt auch wieder Sonnenschein, wird schon nicht so schlimm. Aber jetzt folgt, seit Wochen, vielerorts auf Regen immer noch mehr Regen.

In manchen Gegenden wurde er zur Blitzflut, die ganze Ortschaften in den Ausnahmezustand versetzte und schwer verwüstete. Neun Menschen starben bis Donnerstagabend durch die Unwetter. Im niederbayerischen Simbach ertranken drei Frauen im Erdgeschoss eines Wohnhauses, offenbar überrascht von den Fluten. Das Wasser rauschte so schnell heran, dass sich etliche Bewohner in den überschwemmten Orten des Landkreises Rottal-Inn nur noch aufs Dach retten konnten. Sie hatten nicht einmal Zeit, sich Schuhe und Jacken anzuziehen.

„Kein Mensch konnte mit diesen Wassermassen rechnen“, sagte Heinz Grunwald, Regierungspräsident von Niederbayern, nach dem Unglück: „Innerhalb von sieben Minuten war der Wasserstand um fünf Meter angestiegen.“ In Simbach gingen 53 Liter pro Quadratmeter nieder, fast die Menge eines ganzen Monats. Das bayerische Umweltamt sprach von einem „1000-jährlichen Hochwasser“.

Ein Sturzbach hatte sich vergangenen Sonntag durch den kleinen Ort Braunsbach bei Schwäbisch Hall gefräst. Drei winzige Bäche verwandelten sich innerhalb von Minuten in reißende Flüsse. Eine Naturgewalt sei das gewesen, der man hilflos ausgeliefert gewesen sei, sagten der geschockte Bürgermeister und Politiker.

So ganz überraschend kam die Katastrophe aber keineswegs. Seit zwei Wochen lasten wie festgezurrt Gewittertiefs über dem Land und verteilen Regenschauer, Blitz und Donner; sie gehen einfach nicht mehr weg. Nur wie gefährlich das sein kann, ist den Leuten kaum bewusst. Wer weiß schon, dass man besser nicht mehr in den Keller geht, wenn dort schon das Wasser steht? Dass man bei Starkregen Senken besser meidet?

Schon länger scheint es so zu gehen mit den verheerenden Wetterlagen: Einmal etabliert, weichen sie lange nicht mehr von der Stelle. Zuletzt dörrte die Rekordhitze des vergangenen Sommers weite Teile Deutschlands aus.

Im August 2002 suchte ein Tief namens Ilse weite Landstriche Sachsens heim. Schon Ilse war ähnlich beharrlich wie in diesen Tagen Elvira und Friederike: Das Tief zog nicht weiter, sondern ging über Ostdeutschland in Stellung und regnete sich komplett aus – es folgte die „Jahrhundertflut“ an der Elbe. Aus kleinen Bächen wurden reißende Ströme, 20 Sachsen verloren ihr Leben.

Seither häufen sich, zumindest gefühlt, die Wetterextreme. Aber warum scheint das Wetter immer häufiger stecken zu blei-

ben? Ist das nur eine Verkettung böser Zufälle? Und: Ist wirklich keinerlei Schutz davor möglich?

Einige Klimaforscher vermuten, dies habe mit dem Jetstream zu tun, mit jenem mächtigen Höhenwind, der unablässig rund um die Arktis kreiselt. Er braust dabei nicht in gerader Linie dahin, sondern schwingt in großen Kurven nach Norden und Süden aus. An dieser Schlangenlinie bilden sich immer wieder neue Hochs und Tiefs, die über die Nordhalbkugel ziehen. Sie sind es, die unser Wetter bestimmen.

In den letzten Jahren scheint dieser globale Wettermotor schwächer zu werden. Der Höhenwind weht häufig langsamer, er zieht dann weitere Schleifen, er verliert an treibender Kraft. Womöglich aus diesem Grund fallen auch die Hoch- und Tiefdruckgebiete, die seitwärts vom großen Strom entstehen, oftmals behäbiger aus. Viele strudeln wochenlang auf der Stelle herum, ehe sie wieder vergehen.

Noch ist nicht gewiss, ob der Jetstream wirklich schwächelt und was die Ursache dafür ist. Einige Forscher vermuten, dass der Klimawandel dahintersteckt: Denn die ungeheure Energie des Windstroms speist sich aus dem Temperaturgefälle zwischen dem heißen Äquator und der eisigen Arktis. Dieses Gefälle, so scheint es, wird immer flacher, weil sich die Arktis schneller erwärmt als andere Weltregionen.

Bislang ist das nur eine Theorie. „Es ist hochgradig unsicher, ob und wie sich die atmosphärische Zirkulation tatsächlich ändert“, sagt der Klimaforscher Jochem Marotzke, Direktor am Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie. „Selbst großräumige Wetterlagen wie die sogenannte Russenpeitsche, ein ausgedehntes Hoch, das im Winter häufig auftritt, können wir deshalb nicht gut vorhersagen. Noch weitaus schwieriger ist die Prognose bei eher kleinräumigen Ereignissen wie den derzeit so stabilen Gewittertiefs.“

In jedem Fall ist es ratsam, auf extreme Wetterlagen gefasst zu sein – mit guten Vorhersagen und, falls nötig, gezielten Warnungen in den gefährdeten Gebieten.

Einfach ist das nicht. Gewittrige Wetterlagen, zumal wenn sie über Tage anhalten, sind in ihren lokalen Auswirkungen kaum kalkulierbar. Mancherorts rauschten an einem Tag bis zu 120 Liter pro Quadratmeter vom Himmel – mehr als sonst in einem Monat. Ein paar Kilometer entfernt fiel kein Tropfen. „Bei Starkregen und Gewittern ist es sehr schwierig, die genaue Lage und die Höhe des Niederschlags vorherzusagen“, sagt Daniel Varga von der Hochwasservorhersagezentrale in Karlsruhe.

Dass es am Mittwoch ausgerechnet den Landkreis Rottal-Inn und am schlimmsten das Städtchen Simbach treffen würde, hätte noch am Dienstag niemand wissen können. Aber gut eine Stunde vorher, so Experten, ist in der Regel schon klar, wo genau die Wassermassen niedergehen werden – Zeit genug eigentlich, Alarm zu schlagen. Warum mussten allein in Simbach dennoch fünf Menschen sterben?

Eine Stunde vor dem Hochwasser, sagt die örtliche Feuerwehr, seien die Sirenen losgegangen – aber das war nur der allgemeine Alarm. Die Leute sind gehalten, das Radio einzuschalten. „Hätten die Regionalprogramme des Bayerischen Rundfunks mit Sondersendungen gewarnt, hätten die Menschen genug Zeit gehabt, sich in Sicherheit zu bringen“, sagt der Meteorologe Jörg Kachelmann. Hatte der Sender dafür rechtzeitig genug Informationen?

Zwar gab es frühzeitig die großflächigen Unwetterwarnungen des Deutschen Wetterdienstes. Aber in solchen Fällen, sagt Kachelmann, genüge das nicht. Allgemeine Warnungen seien für die Bürger vor Ort zu abstrakt. „Wir müssen nicht nur an die Ursache denken, das Gewitter, sondern auch an die Wirkung – das Hochwasser. Irgendjemand muss die tatsächlich vom Himmel fallenden Regenmengen im Auge behalten und den entsprechenden Landrat anweisen, notfalls auf den Alarmknopf zu drücken oder Lautsprecherwagen über die Dörfer zu schicken. Irgendjemand muss den Leuten sagen: Lasst eure Autos stehen, flüchtet in höher gelegene Stockwerke, geht bloß nicht mehr in den Keller!“

„Starkregen und Sturzfluten in Städten sind keine vorübergehende Erscheinung.“

In vielen Gemeinden sind freilich die Alarmsirenen längst abgebaut. Kachelmann hält das für einen Fehler: „Schon weil sie mit ihrem unangenehmen Ton wirklich jeden alarmieren, wären sie bei Unwettern extrem wichtig.“

Auch im Katastrophenschutz ist noch einiges zu tun, um kleinräumigen Überschwemmungen besser vorzubeugen. Das fängt schon mit den Hochwassergefahrenkarten an. In Braunsbach wurden Flächen überflutet, die gar nicht als gefährdet galten. Die Modelle der Forscher berücksichtigen nur teilweise, dass mitgerissener Schutt und Fels, dass Bäume und Autos an Engstellen die Wassermassen aufstauen und umlenken und damit das Unheil vergrößern können.

Beim Jahrhunderthochwasser in Sachsen haben die Experten auf die harte Tour gelernt, dass Computersimulationen nicht immer stimmen. Dort hatte sich beispielsweise die Müglitz, ein gemütlicher Nebenfluss der Elbe, in einen reißenden Strom verwandelt; die Wassermenge stieg jäh auf das 350-Fache. Unvergessen die Bilder des zerstörten Orts Weesenstein, aus dem Menschen per Hubschrauber von Hausdächern inmitten tosender Fluten gerettet werden mussten.

Weesenstein ist heute ein anderer Ort. Sieben Familien wurden umgesiedelt, die Häuser abgerissen. Nun gibt es einen Flutbereich und eine Fläche, auf der sich bei Hochwasser Geröll und Treibgut verteilen können. Brücken wurden neu begutachtet – denn wenn sich Treibgut unter ihnen verkeilt, werden sie zu gefährlichen Staumauern. Manche Pfeiler wurden deshalb aus der Strömung versetzt, manche Brücken angehoben, um den Durchfluss zu verbessern.

Die Sachsen bauten riesige Rückhaltebecken und rissen alte Industrieanlagen in Flussauen ab. Überschwemmungsgebiete wurden abgesenkt, damit sie künftig mehr Wasser aufnehmen können. Zu zwei Dritteln seien die Bauarbeiten zum Hochwasserschutz nun umgesetzt, schätzt Martin Socher vom Umweltministerium in Dresden. Im Jahr 2020, so der Plan, soll Sachsen nach menschlichem Ermessen sicher sein.

In Bayern und Baden-Württemberg waren es nicht die Flüsse, die die großen Schäden anrichteten, sondern winzige Rinnsale, die teilweise überbaut mitten durch die Orte fließen. So auch in Braunsbach: Die unterirdischen Röhren konnten das zu Tal fließende Wasser nicht mehr aufnehmen, es sprengte die Überbauung einfach weg. Umweltschützer fordern deshalb, den Bächen und Flüssen ihre Überschwemmungsflächen zurückzugeben.

Künftig könnten insbesondere dicht bebaute Gebiete betroffen sein. Die Zunahme von „Starkregen und Sturzfluten in Städten“ sei „keine vorübergehende Erscheinung“, heißt es in einer Arbeitshilfe des Deutschen Städtetages dazu, „sondern Ausfluss des Klimawandels“. Die Kommunen werden deshalb dazu aufgerufen, „dem Wasser wo nötig und möglich mehr Platz einzuräumen“.

Dass Gefahrenlagen künftig verstärkt dezentral und kurzfristig auftreten werden, hält auch Jörn Birkmann, Professor für Raumordnung in Stuttgart, für absehbar. Nach der Losung „Unser Dorf soll schöner werden“ müsse es nun heißen: „Unser Dorf soll sicherer werden“.

Die Menschen in Simbach und dem nahe gelegenen Triftern waren am Donnerstag noch damit beschäftigt, die gröbsten Schäden aufzuräumen, Schlamm wegzuschieben, um ihre Häuser wieder bewohnbar zu machen. Auch am Abend gaben die Meteorologen noch keine Entwarnung.

Manfred Dworschak, Jan Friedmann, Dietmar Hipp, Conny Neumann, Olaf Stampf, Steffen Winter
Mail: manfred.dworschak@spiegel.de

HANNIBAL HANSCHKE / DPA

Abgeordneter Gysi: „Es gibt heute schon eine gute Nachricht – mein Solitaire ist aufgegangen“

Er will doch nur reden

Karrieren Vor sieben Monaten zog sich Gregor Gysi freiwillig als Fraktionschef zurück. Aber aufhören kann er nicht. Für die Linke wird er zunehmend zur Last. *Von Marc Hujer*

Gregor Gysi hat gerade erst auf der Rückbank Platz genommen und auf seinem Mobiltelefon eine Partie Solitaire zu Ende gespielt, da rollt sein Taxi schon auf die Schranke vor dem Bundesverfassungsgericht zu. Es war nur eine kurze Fahrt, vom Hotel Kübler aus, wo er übernachtete, ein Trip für 6,50 Euro, so kurz, dass er ihn gut auch zu Fuß hätte zurücklegen können.

Aber darum geht es an diesem Morgen nicht, sondern allein um die letzten Meter von der Schranke bis auf den Platz vor dem Gericht, wo die Reporter schon mit Kameras warten. Was jetzt zählt, ist die perfekte Ankunft: an der Schranke vorbei, ohne Kontrolle, weil er sofort erkannt wird als Prominenter, selbst durch das Taxifenster hindurch.

Gysi beugt sich im Taxi nach vorn, damit ihn der Sicherheitsbeamte besser erkennen kann. Er merkt nun, dass es ein Fehler gewesen sein könnte, sich im Taxi nach hinten zu setzen. „Er muss mich sehen“, ruft Gysi. „Er muss mich sehen.“ Aber der Sicherheitsbeamte erkennt ihn nicht. Er winkt das Taxi zu sich, zur Personenkontrolle. „Immerhin“, sagt Gysi auf der Rückbank, „es gibt heute schon eine gute Nachricht: Mein Solitaire ist aufgegangen.“

Gut sieben Monate ist es her, dass sich Gregor Gysi von seinem Amt als Fraktionsvorsitzender zurückgezogen hat. Freiwillig. Ohne dass ihn jemand gedrängt hätte. Sein Rückzug war auch der Versuch, seiner Partei eine neue Chance zu geben, mit einer Doppelspitze aus Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, die seit Oktober die Fraktion im Bundestag führen. Sie sollten die alten Grabenkämpfe zwischen den Flügeln überwinden. Sie sollten schaffen, was ihm als Fraktionschef nie gelang: die Partei auf Bundesebene als möglichen Partner eines linken Bündnisses aus SPD, Grünen und Linken zu empfehlen.

Von Beginn an war klar, dass es ein schwieriges Experiment werden würde, aber ein Experiment, das eigentlich auch Gysi unterstützte. Nun aber passt ihm das Experiment nicht mehr. Es läuft, wie Gysi findet, nicht gut für seine Partei. Seine ewige Widersacherin Sahra Wagenknecht ist ihm zu laut. Sein einstiger Verbündeter Dietmar Bartsch ist ihm zu leise. Sein einstiger Koparteivorsitzender Oskar Lafontaine, der inzwischen mit Wagenknecht verheiratet ist, ist ihm zu einflussreich. Und seine eigene Rolle hatte er sich auch irgendwie anders vorgestellt, sichtbarer.

Er nimmt deshalb mit, was er mitnehmen kann, auch um zu korrigieren, was er für nötig hält. In Talkshows sitzt er heute so häufig wie vor seinem Rücktritt, in „Riverboat“, in „Menschen bei Maischberger“, bei Anne Will, Markus Lanz und Jan Böhmermann, und macht weiter, als hätte es seinen Rückzug nie gegeben. Vor dem Parteitag in Magdeburg, den er boykottierte, weil er selbst dort nicht reden durfte, kritisierte er sogar offen und pauschal seine Partei, die ihm, wie er sagte, „saft- und kraftlos“ vorkomme. Es ist ihm egal, dass er kein großes Amt mehr hat, er hat dafür eine neue Mission: die Linke vor seinen Nachfolgern retten.

Ein Tag mit Gysi ist ein steter Wortfluss. Man verpasst nichts von seinem augen-

blicklichen Leben, nicht einmal seine Spam-Mail. „Ich hab was von Rewe bekommen“, sagt er, wenn er nach einiger Zeit wieder einmal auf sein Mobiltelefon schaut, „Das lösch ich dann gleich. Und was von Apple. Das besser auch.“ Gysi kann Stille nicht ertragen. Er füllt sie mit Text.

Dabei gäbe es manchmal Momente, in denen er besser schweigen würde.

Nach seinem Termin im Bundesverfassungsgericht sitzt Gysi im Rih, einem Café in der Karlsruher Innenstadt. Er hat dort nach einem Tisch für „drei Helden und eine Heldin“ gefragt, so nennt er seine Begleiter an diesem Tag, obwohl sie eigentlich zu den Verlierern gehören.

Das Bundesverfassungsgericht hat sein Urteil verkündet, auf eine Klage, die Gysi für seine Fraktion vor knapp zwei Jahren eingereicht hatte, und eigentlich hätte er nicht deutlicher verlieren können. Drei Anträge hat Gysi für seine Fraktion gestellt, für mehr Kontrollrechte der Opposition, und ausnahmslos alle drei hat das Bundesverfassungsgericht abgewiesen.

Aber so einfach gibt sich Gysi nicht geschlagen. Bei Gysi ist alles immer ein dialektischer Prozess. Gewinnen. Verlieren. Rücktritt. Comeback. Wenn er sich zurückzieht, bleibt er trotzdem da, und wenn alle denken, dass er verloren hat, will er beweisen, dass es in Wahrheit ein Sieg war. Er will dazu erst einmal eine Pressemitteilung nach Berlin durchtelefonieren, um Deutungshoheit zu gewinnen. Es wird ein Diktat, auf Punkt und Komma genau. Gysi beginnt mit der Überschrift: „Verloren und doch gewonnen“.

Er produziert so nicht nur Nachrichten, sondern auch seine eigene Realität. Dazu gehört, dass er glaubt, er würde mit seiner ungebrochenen Präsenz der Partei Gutes tun, vor allem aber die Vernünftigen unterstützen, die Reformer, die eigentlich seine Freunde sind.

Dietmar Bartsch zum Beispiel, seinem Nachfolger, einem eher unauffälligen Parteiarbeiter, der sich zum Wagenknechtversteher verbiegt, um den Frieden in der Fraktionsspitze nicht zu gefährden. Dem populistischen Lärm Wagenknechts hat er wenig entgegenzusetzen. Er wirkt eher wie überrollt davon, wie die stille Nummer zwei hinter Wagenknecht, die zudem Hilfe aus dem Off hat.

Gysi sympathisiert mit der Marionettentheorie, um Wagenknecht kleiner zu machen. Sie würde beraten und geleitet von ihrem Ehemann aus dem Saarland, der ihr populistische Parolen einrede, mit denen sie die Linke nach rechts rücken solle, um bei der AfD Stimmen zu fangen. Wagenknecht, die ferngesteuerte Frau. Es ist eine schöne Verschwörungstheorie, die Gysi auch als Rechtfertigung dafür dient, selbst aus dem Off einzugreifen, um, wie er offenbar glaubt, die Gewichte in einer Fraktion neu justieren zu können, die nach sieben Monaten Schlagseite bekommen habe.

Aber er macht die Probleme, die es tatsächlich gibt, nicht kleiner. Je lauter Gysi wird, desto offensichtlicher wird das Unvermögen des Mannes, der die Reformer nach außen als gleichberechtigten Partner in der Fraktion zu vertreten hat. Statt Bartsch zu helfen, sorgt Gysi dafür, dass dieser noch hilfloser wirkt, als er ohnehin schon ist. Seine Kritik, die Partei erscheine „saft- und kraftlos“, bezog Gysi auf keine konkrete Person, aber es ist eine Beschreibung, die vor allem auf einen passt: nicht auf Wagenknecht. Nicht auf Lafontaine. Sondern auf Dietmar Bartsch. So gesehen war es insbesondere für Bartsch von Vorteil, dass Gysi auf dem Parteitag nicht reden durfte. Er hätte Bartsch mehr geschadet als genutzt.

Gysi ist ein Ausnahmetalent, redegewandt, schlagfertig, witzig, ein Unterhaltungskünstler, auch wenn er dabei manchmal zu seiner eigenen Karikatur zu werden droht. Es ist dabei zweitrangig, ob er recht hat. Recht zu behalten, ohne recht zu haben, begreift er als Sport. Das hat ihm über Parteigrenzen hinweg ein dankbares Publikum beschert, auf das er sich bis heute verlassen kann. Die Leute mögen ihn, allein für seinen Unterhaltungswert.

Nachdem er die Pressemitteilung nach Berlin durchdiktiert hat, liest Gysi noch einmal die, wie er findet, entscheidenden Passagen des Urteils, die ihm recht geben sollen, die „Randnummern 87 und 88 groß C Punkt eins klein b und c“, da ist er genau. Er weiß, dass er mit seiner Interpretation des Urteils ziemlich allein dasteht. Aber Alleingänge ist er gewohnt. Und Gründe, dass er am Ende recht behalten könnte, hat Gysi schon immer gefunden.

„Wie heißt noch mal der Richter links neben Voßkuhle?“, fragt er.

Neben Gysi sitzt der Verfassungsrechtler Hans-Peter Schneider, der dessen Interpretation voll unterstützt und schon vorhin mit ihm am Tisch der Antragsteller saß, als vor ihnen die acht Bundesverfassungsrichter in ihren roten Roben im Gerichtssaal unter dem hölzernen Adler Platz genommen hatten, in der Mitte der Vorsitzende Andreas Voßkuhle, und das Urteil verlasen. Schneider weiß alles, auch wer vorhin neben Voßkuhle saß.

„Das war der Huber“, sagt der Verfassungsrechtler.

„Richtig“, sagt Gysi. „Also der Huber lächelte mich während der Urteilsverkündung richtig an, und das unterstreicht meine Interpretation.“

Das hätte Gysi genügt, aber in diesem Moment betritt auch noch Voßkuhle persönlich das Rih, begleitet von zwei Kollegen. Gysi springt auf. Er will Voßkuhle fragen, was er von seiner Interpretation hält. Zur Sicherheit.

Gysi tänzelt eilfertig auf Voßkuhle zu, dann schaut er ihn von unten erwartungsvoll an. Niemand kann so demütig selbstverliebt sein wie Gregor Gysi.

Voßkuhle lächelt. Würde er Gysi ernsthaft widersprechen? „Kann man drüber nachdenken“, sagt Voßkuhle zu Gysis Interpretation, ein Satz, den Gysi wie eine Trophäe an seinen Tisch zurückträgt. „Er hätte auch sagen können: War nicht so gemeint“, sagt Gysi. „Hat er aber nicht.“

Formal ist Gysi jetzt nur noch ein ganz normaler Bundestagsabgeordneter, der direkt gewählte Kandidat des Berliner Wahlkreises Treptow-Köpenick. Es gäbe dort genug zu tun, auch für einen wie ihn, ein Schloss und ein See, die touristisch gefördert werden müssten, Konflikte zwischen dem Grünflächenamt und der Bauaufsichtsbehörde, Termine beim „Regierenden“ von Berlin, sein altes Leben in klein. Aber Gysi mag es nicht klein.

Obwohl Gysi dauernd auf Sendung ist, hat er das Gefühl, nicht ausreichend vorzukommen. Anfang April beschwerte er sich schriftlich bei der neuen Fraktionsspitze, dass er nicht richtig eingebunden werde: keine Vorschläge für neue Aufgaben, keine Redeanfragen, keine neue Fachzuständigkeit für Europa und keine Rede seit

Obwohl Gysi dauernd auf Sendung ist, hat er das Gefühl, nicht ausreichend vorzukommen.

dem Wechsel im Fraktionsvorsitz. Dabei will er pro Jahr „wenigstens sechs Reden im Bundestag“ halten. Die Mängelliste eines Verschmähten.

Einen Monat nach seinem Rückzug, im November 2015, hatte Gysi in die Volkshochschule nach Treptow-Köpenick eingeladen. Es war eine Art Antrittsbesuch zurück in der Provinz. Er redete fast 40 Minuten über Weltpolitik, über Obama, über Putin und wie alles zusammenhängt, IS, Kapitalismus und Flüchtlingswelle, bevor er das Podium für Fragen aus dem Publikum freigab. Eine Frau stand auf, die sich als stellvertretende Vorsitzende des Bürgervereins zu erkennen gab. Sie dankte Gysi für sein Versprechen, sich mehr um seinen Wahlkreis zu kümmern. Dann sagte sie: „Ich möchte nur ein Stichwort geben, nämlich: Schwimmbadhalle.“

Von da an ging es um Öffnungszeiten, um das „Frühschwimmen“, das wegfallen soll, die öffentliche Sauna, die gesamte „Schwimmhallen-Badesituation“, ein- oder zweimal fragte Gysi noch nach, und dann passierte, was sonst niemals passiert: Alle redeten, und er schwieg.

Sein Rückzug als Fraktionschef war der vierte seiner Karriere. Davor hatte Gysi

SPIEGEL TV

SPIEGEL GESCHICHTE

SAMSTAG, 4. 6., 22.00 – 23.00 UHR | SKY

David Bowie

Der im Januar verstorbene Musiker gilt als einer der Erfinder der modernen Popmusik. Im Laufe seiner mehr als 40-jährigen Karriere hat David Bowie nie aufgehört, Trends aufzugreifen und sich immer wieder neu zu erfinden.

SONNTAG, 5. 6., 20.15 – 23.20 UHR | RTL

Mensch Gottschalk – Das bewegt Deutschland

Unterhaltsam und journalistisch gleichermaßen führt Thomas Gottschalk durch ein breites Themenspektrum des Zeitgeschehens.

RTL / NADY EL-TOUNSY?

Entertainer Gottschalk

In Einspielfilmen und mit seinen Studiogästen geht er Fragen und Emotionen nach, die die Deutschen aktuell bewegen.

SPIEGEL TV WISSEN

MITTWOCH, 8. 6., 20.15 – 21.00 UHR | PAY-TV
BEI ALLEN FÜHRENDEN KABELNETZBETREIBERN

Die Klick-Millionäre – YouTube-Stars hautnah

Längst sind sie die Lieblinge der Werbeindustrie, denn hinter den spaßigen Clips steckt oft eine ausgefeilte Marketingstrategie.

SPIEGEL TV REPORTAGE

MITTWOCH, 8. 6., 23.20 – 0.15 UHR | SAT.1

Auf Verfolgungsjagd – Unterwegs mit der Kölner Fahrradpolizei

Wenn die Fahrrad-Cops um die Ecke biegen, legt so mancher Verkehrssünder noch mal einen Gang zu. Rote Ampeln, falsche Richtung, kein Licht: Die Liste der alltäglichen Vergehen auf zwei Rädern ist lang.

schon dreimal freiwillig seine großen Ämter geräumt. 1993 als Parteichef. 2000 als Fraktionschef. 2002 als Wirtschaftssenator. Und immer wieder kam er zurück in ein wichtiges Amt. Auch das ist ein Grund, warum ihm seinen endgültigen Rückzug aus der großen Politik niemand so recht glaubt. Jüngst bot ihm die Brandenburger Linke einen Posten als Justizminister an. Er lehnte ab. Aber was heißt das schon? War das Amt nicht viel zu klein für einen der größten Stars der Partei?

Am 1. Mai ist er in Berlin unterwegs, er besucht ein Maifest nach dem anderen, Köpenick, Johannisthal, Kreuzberg. In Köpenick redet er von der „schwarzen Null“, dem Ziel der Bundesregierung eines ausgeglichenen Staatshaushalts. „Die Bundesregierung hat ein sexuell-erotisches Verhältnis zur schwarzen Null“, ruft Gysi in die Menge. „Sie alle hatten schon mal sexuell-erotische Momente: Da ist man triebgesteuert.“ Er liest sein Lieblingszitat aus „Worte des Vorsitzenden Gregor Gysi“, einer Sammlung seiner besten Sprüche, die er im Oktober von seiner Fraktion zum Abschied geschenkt bekam. „Kann schon sein, dass sie mehr Ahnung haben als ich“, liest Gysi, „aber hier geht es nicht um Ahnungen, sondern um Kenntnisse.“ Danach besucht er Johannisthal und lobt die Bratwürste, die hier verkauft werden: „Ich habe neulich am Tegernsee vor Reichen gesprochen“, sagt er. „Die wissen schon, wo sie tagen. Traumhafter Blick. Aber das Essen können Sie vergessen. Da essen Sie lieber hier. Da kriegste so ’n Duddelchen, angeblich durch 18 Soßen gezogen.“

Für die Linke ist Gregor Gysi lange ein Glücksfall gewesen. Nach der Wende brauchte die Partei eine neue Identifikationsfigur, einen Mann wie Gysi, der die SED-Vergangenheit der Partei vergessen helfen sollte und bundesweit zu vermitteln war. Im Westen war er der lustige Gregor, der gar nicht so graugesichtig war, wie man sich den Osten sonst so vorgestellt hatte. Im Osten war er der lebende Beweis, dass man sich als Ossi auch im Westen zurechtfinden konnte, ein Politiker für alle Fälle.

Sein Humor war sein Mittel, seine Gegner zu entwaffnen, die Vorbehalte, die seiner Partei im Bundestag entgegenschlugen, zu neutralisieren. Sein Humor diente seiner Partei, er wurde ihr politisches Kapital. Trotz aller Zweifel an seiner eigenen Biografie schaffte er es immer wieder, die dunkle Vergangenheit seiner Partei einfach wegzulachen.

Für die Partei geht es jetzt um die Frage, ob sie regierungsfähig ist oder nicht. Ob sie Verantwortung übernehmen kann. Es geht nicht mehr darum, sich mit einem freundlichen Gesicht zu präsentieren, nicht mehr um Humor, sondern um Ernsthaftigkeit. Die Linke muss nicht mehr zeigen, dass sie salonfähig ist, dass sie es mit allen kann, auch mit den Reichen. Um sich von der AfD abzugrenzen, muss sie sich als Anwalt der Armen inszenieren, als linke Alternative, die nicht nur Fundamentalopposition sein will.

OLIVER BERG / DPA

Fraktionschef Gysi*
Die Linke vor seinen Nachfolgern retten

Gysi hat viel Witz, aber wenig Ernst. In gewisser Weise hat sich Gregor Gysi damit als Botschafter seiner Partei überflüssig gemacht. Der Magdeburger Parteitag am vergangenen Wochenende war der erste in der Geschichte der Linken, der ohne Gysi zu Ende ging. Er ist nicht mehr gefragt. Er fällt der Partei sogar zunehmend zur Last.

Vielleicht war Gysis Reise nach Karlsruhe einer der letzten großen Auftritte, die er wirklich genießen konnte, die große Bühne Bundesverfassungsgericht, das Machtspiel, nicht nur Unterhaltung.

Er ist auf dem Weg zum Karlsruher Flughafen, um heimzufliegen nach Berlin, und steckt im Stau auf der A 5. Er checkt sein Mobiltelefon, das wieder voll ist von neuen Terminen. Lanz will ihn wieder haben. Anfragen. Anfragen. Anfragen. Sagt er. Und so kommt er auf Günther Jauch zu sprechen. Jauch hat ihn schon unzählige Male zu „Wer wird Millionär?“ eingeladen, aber Gysi hat sich immer Ausreden überlegt, andere Termine, die er vorschob. Er wollte sich einfach nicht blamieren, sagt er.

Auf der A 5 ist noch immer Stau. Gysi tippt wieder einmal auf seinem Mobiltelefon herum. Es gibt keine neuen Anfragen. Er öffnet eine App, die wie Jauchs Sendung heißt, aber andere Joker hat. Er vertreibt sich gern die Langeweile damit.

Einen Moment ist es still. Dann fragt Gysi: „Wollen wir alle zusammen ‚Wer wird Millionär?‘“ spielen?“ ■

* Auf dem Parteitag der Linken in Bielefeld im Juni 2015.

MAZDA6

Firmenauto des Jahres 2016
FIRMENAUTO DEKRA 3)

Der Mazda6 ist auch 2016 wieder zum Firmenauto des Jahres gekürt worden. Und damit Sie sich in Ihrem neuen Business-Fahrzeug vollkommen auf Ihre Arbeit konzentrieren können, ist er natürlich mit komfortabler Automatik erhältlich. Mehr über unsere Firmenkunden-Angebote unter www.mazda6-business.de.

ZOOM-ZOOM

WWW.MAZDA.DE

Kraftstoffverbrauch im kombinierten Testzyklus: 4,9 – 4,2 l/100 km; CO_2-Emissionen im kombinierten Testzyklus: 129 – 110 g/km.

1) Monatliche Rate für ein gewerbliches Leasingangebot der Mazda Finance – einem Service-Center der Santander Consumer Leasing GmbH, Santander-Platz 1, 41061 Mönchengladbach – bei 0 € Sonderzahlung mit 36 Monaten Laufzeit und 60.000 km Gesamtlaufleistung für einen Mazda6 Kombi SKYACTIV-D 150 Prime-Line. 2) Monatliche Service-Rate für Wartung und Verschleißreparaturen in Verbindung mit einem Leasingvertrag über 36 Monate/20.000 km p. a. der Mazda Finance – einem Service-Center der Santander Consumer Leasing GmbH, Santander-Platz 1, 41061 Mönchengladbach –, gültig für Neuwagenbestellungen für Mazda Gewerbekunden bis 30.06.2016. 3) Mazda6 Kombi SKYACTIV-D 150 i-ELOOP FWD Sieger in der Kategorie Mittelklasse/Importwertung. FIRMENAUTO, Heft 06/2016. Abbildung zeigt Fahrzeug mit höherwertiger Ausstattung. Nur bei teilnehmenden Mazda Vertragshändlern. Alle Preise zzgl. Überführungs- und Zulassungskosten.

Parteivize Gauland am Tiefen See in Potsdam

WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

„Boateng will jeder haben“

AfD Der stellvertretende Parteichef Alexander Gauland, 75, spricht über Nationalspieler mit Migrationshintergrund, den Mekka-Besuch Mesut Özils und den Rassismus in der AfD.

SPIEGEL: Herr Gauland, die Aufnahmegeräte laufen. Sind Sie ein Rassist?

Gauland: Nein, ich bin natürlich kein Rassist. Ich habe in einem Gespräch mit der „FAS“ darauf hingewiesen, dass manche Menschen mit Fremdheit in ihrer Nachbarschaft ein Problem haben. Dabei haben die Redakteure mir den Fall des Fußballspielers Boateng präsentiert, der dazu überhaupt nicht passt, weil er Deutscher und Christ ist. Jérôme Boateng war ein falsches Symbol.

SPIEGEL: Was meinten Sie, als Sie von „einem Boateng“ sprachen? Meinten Sie da einen Schwarzen, einen Ausländer?

Gauland: Da ich gar nicht wusste, dass er ein Schwarzer ist, meinte ich: Das wird wohl jemand sein, der fremd in Deutschland ist. Ein Muslim, denn darum ging es. Mir ist der Herr Boateng gewissermaßen vor die Füße gelegt worden, und ich bin darüber gestolpert.

SPIEGEL: Verzeihung, aber gerade deshalb war Ihre Aussage doch rassistisch. Rassismus fängt damit an, dass man Kategorien bildet und sagt: Leute sind aufgrund ihrer Religion oder Herkunft so anders, dass man etwa nicht mit ihnen leben möchte.

Gauland: Ich kann nicht alles als Rassismus abtun, was eher eine Sorge vor zu viel Fremdem in der Nachbarschaft ist. Wenn Menschen in ihrer Umgebung Wert darauf legen, dass sie nicht das verlieren, was sie als Heimat betrachten, ist das kein Rassismus.

SPIEGEL: Was ist, bitte schön, ein „Fremder“? Bitte, Ihre Definition, nicht die der ominösen anderen, für die Sie immer sprechen.

Gauland: Ich würde sagen: Kein Europäer ist mir fremd. Amerikaner auch nicht. Menschen aus dem Inneren der Türkei oder manchen nahöstlichen Ländern sind mir dagegen fremder. Weil sie nicht zum europäischen Kulturkreis gehören.

SPIEGEL: Ihre Liste ist reine Willkür und reduziert Menschen auf ihre Herkunft.

Gauland: Entscheidend ist natürlich auch die Frage: Wie anpassungsbereit ist der Mensch? Ich halte es für richtig, wenn mein Freund Björn Höcke sagt: Indem ich die deutsche Grenze überschreite und einen deutschen Pass habe, bin ich noch kein Deutscher.

SPIEGEL: Was macht Leute für Sie eher „fremd“: Hautfarbe oder Religion?

Gauland: Nach den Erfahrungen, die wir mit Parallelgesellschaften gemacht haben, würde ich sagen: diese spezielle Religion, der Islam. Ich glaube nicht, dass es zum Beispiel schwierig ist, Vietnamesen zu integrieren. An der Hautfarbe alleine würde ich mich überhaupt nicht stören, eher an einem Konglomerat von Fremdheitsfaktoren: fremde Kultur, andere Religion, andere Lebensauffassung – und eine schwierige soziale Herkunft. Natürlich gibt es Ausnahmen: Die vielen klugen Fernsehjournalistinnen, die einen türkischen oder iranischen Namen haben, sind natürlich in einer Weise integriert, dass wir darüber gar nicht reden müssen.

SPIEGEL: Die sind nicht integriert, die sind einfach Deutsche. Aber wie kommen Sie eigentlich darauf, dass Leute „einen Boateng“ nicht als Nachbarn wollen? Aus welchen Quellen speist sich Ihr Wissen?

Gauland: Wenn Sie die deutschen Regionalzeitungen in den letzten Monaten lesen, finden Sie überall Fälle von Ablehnung von Asylbewerberheimen, Ablehnung von Nachbarn aus dieser Einwanderung. Eltern, die ihre Kinder in eine andere Schule mit weniger multikulturellen Sprachdefiziten schicken – bis hin zu Hausverkäufen. Es ist doch eine Heuchelei

zu sagen, das gibt es bei uns in Deutschland nicht.
SPIEGEL: Interessant. Ihre Quelle ist also die vermeintliche Lügenpresse?
Gauland: Ich verwende diese Bezeichnung nicht. Aber es ist doch so: Den Fußballstar Boateng will natürlich jeder neben sich haben. Aber nun stellen Sie sich mal viele Fremde vor, ohne die Bekanntheit, ohne Fußballstar zu sein. Dann ist die Frage, ob Sie die alle als Nachbarn haben wollen, schon ganz anders zu beantworten.
SPIEGEL: Warum schieben Sie die ganze Zeit andere Leute vor, anstatt über sich selbst zu sprechen? Warum verstecken Sie sich?
Gauland: Ich wohne nun mal in einer Gegend, in der es diese Probleme nicht gibt. Die Menschen, die bei mir in die Nachbarschaft ziehen, sind sozial so gestellt, dass es überhaupt keine Konflikte gibt.
SPIEGEL: Sie wohnen in Potsdam am Heiligen See. Da heißen die Nachbarn Mathias Döpfner oder Günther Jauch.
Gauland: Genau, das sind die „Problemfälle" bei uns. Aber wir alle lesen Zeitungen. Und bei Wahlkundgebungen erlebe ich, dass viele Menschen sagen: Nein, wir wollen in unserer Nachbarschaft nicht zu viele Fremde.
SPIEGEL: Sie reden wieder nur über andere. Wäre es für Sie selbst ein Problem, wenn Fremde in Ihre Nachbarschaft zögen?
Gauland: Nur wenn diese Fremden eine völlig andere Lebensweise bei uns einführten und, sagen wir, Riesenkrach machten. Wenn man am Sonntag laute Tanzmusik spielt, dann habe ich ein Problem. Aber das habe ich auch mit Deutschen.
SPIEGEL: Indem Sie sagen, die Leute wollen das Fremde nicht, billigen Sie diese Haltung. Und Sie wollen denen ja nicht die Leviten lesen, Sie wollen sie als Wähler. Sie geben denen das Gefühl: Die AfD versteht euch, und wir tun alles, um euch fremde Nachbarn zu ersparen. Sie machen Ressentiments salonfähig.
Gauland: Den Vorwurf höre ich oft. Natürlich plädiere ich für Toleranz. Auf der anderen Seite sagen wir, dass diese Toleranz nur möglich ist, wenn die von Frau Merkel in Gang gesetzte Einwanderung gestoppt wird. Weil nur dann eine langsame, ruhige Integration die Lage ändert. Ich akzeptiere, dass die Menschen sich überfremdet fühlen, weil die unkontrollierte Einwanderung von einer Million Menschen in kürzester Zeit nicht verkraftbar ist.
SPIEGEL: Sogar Ihre Chefin Frauke Petry hat sich bei Herrn Boateng entschuldigt für den Eindruck, der entstanden ist.
Gauland: Ich bin nicht ganz glücklich mit ihrer Äußerung. Frau Petry hätte ohne Schwierigkeiten sagen können: Da ist ein falscher Eindruck entstanden, als Parteichefin will ich den geraderücken. Aber sie sprach von Erinnerungslücken. Dass sie mir dies ohne Kenntnis des Vorgangs unterstellt hat und damit auf mein Alter angespielt hat, fand ich illoyal.
SPIEGEL: Was wäre schlimmer für Sie: ein EM-Titel für Deutschland, dessen Mannschaft aus Muslimen, Schwarzen und anderen Deutschen mit Migrationshintergrund besteht, oder ein frühes Ausscheiden eines Teams aus elf weißen Christen?
Gauland: Die deutsche Nationalmannschaft sollen der Trainer und der Mannschaftskapitän aufstellen. Da ich nichts davon verstehe, vertraue ich denen. Und da ist mir auch egal, ob das eine weiße, gelbe, grüne oder schwarze Mannschaft ist.
SPIEGEL: Ist es nicht verlogen, einerseits gegen Zuwanderung zu sein, dann aber die Tore der Nationalspieler mit Migrationshintergrund zu bejubeln?
Gauland: Der Profifußball folgt eben anderen Regeln, und eine deutsche oder eine englische Nationalmannschaft sind eben schon lange nicht mehr deutsch oder englisch im klassischen Sinne. Fußball ist letztlich eine Geldfrage und keine Frage der nationalen Identität mehr. Für viele Menschen ist es aber offenbar nach wie vor eine gelungene Aufführung.
SPIEGEL: Im deutschen EM-Kader stehen neun Fußballspieler mit Migrationshintergrund. Zeigt das nicht, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland ist?

Wo liegt die Loyalität der Leute, die nach Mekka wandern? Beim Grundgesetz oder beim Islam?

Gauland: Ich glaube nicht, dass die Nationalmannschaft dafür das passende Symbol ist. Eben weil der Profifußball anderen Gesetzen folgt. Ich glaube auch nicht, dass das Lebensgefühl der meisten Deutschen so multikulti ist. Da gibt es noch immer eine starke Verbundenheit zu Land und Leuten und Geschichte und Tradition. Sie fiebern zwar mit dem Fußball mit, aber diese multikulturelle Welt ist den meisten noch immer fremd.
SPIEGEL: Die AfD Sachsen hat Mesut Özils Reise nach Mekka als „antipatriotisches Signal" kritisiert. Er solle sich nicht demonstrativ zum Islam bekennen, sondern „zum eigenen Land", etwa durch Singen der Nationalhymne. Denken Sie auch so?
Gauland: Dass Herr Özil an die Kaaba von Mekka gewandert ist, ist sehr gewöhnungsbedürftig für eine Partei, die den Islam nicht als Teil Deutschland betrachtet. Was die Kollegen aus Sachsen erklärt haben, zeigt, dass es gerade im kulturellen Raum noch Dinge gibt, die die Menschen voneinander trennt. Dass Fragen aufkommen, wenn einer nach Mekka geht und um die Kaaba wandert, ist völlig klar.
SPIEGEL: Die Frage war: Finden Sie es selbst problematisch?
Gauland: Da mich Fußball nicht interessiert, ist mir relativ egal, wo Herr Özil hinwandert. Aber bei Beamten, Lehrern, Politikern und Entscheidungsträgern würde ich sehr wohl die Frage stellen: Ist jemand, der nach Mekka geht, in einer deutschen Demokratie richtig aufgehoben?
SPIEGEL: Warum sollte er das nicht sein?
Gauland: Weil wir von der AfD deutlich sagen, der Islam ist nicht Teil unserer Kultur und gehört nicht zu Deutschland. Es gibt ein Zitat von Ajatollah Khomeini: Der Islam ist entweder politisch, oder er ist es nicht.
SPIEGEL: Die meisten Muslime sehen das völlig anders.
Gauland: Mag so sein. Ich muss aber fragen dürfen, wo die Loyalität dieses Menschen liegt. Liegt sie beim deutschen Grundgesetz, oder liegt sie bei einem Islam, der ein politischer Islam ist? Und will er, wenn er um die Kaaba wandert, zeigen, dass er diesem politischen Islam nahesteht? Aber Fußballer wie Herr Özil sind für mich keine Entscheidungsträger.
SPIEGEL: Die Zahl ausländerfeindlicher Straftaten ist massiv gestiegen. Kann es sein, dass viele Täter denken: Also wenn der feine Herr Dr. Gauland zum Widerstand aufruft, zur Verteidigung Deutschlands, dann muss ich handeln?
Gauland: Diese Debatte habe ich vor vielen Jahren in der CDU geführt, über die Frage, ob Jürgen Habermas für sein Lebenswerk den Adorno-Preis erhalten sollte. Viele meiner Parteifreunde lehnten das ab, weil die Habermas-Denkschule auch den Terrorismus der RAF hervorgebracht habe. Ich habe schon damals gesagt: Man kann einer Denkschule nicht kriminelle Taten zuschreiben. So wie Karl Marx nicht für die Verbrechen Josef Stalins verantwortlich ist, haften wir nicht für brennende Asylbewerberheime.
SPIEGEL: Auffällig ist, dass die Kommunikation der AfD stets nach gleichem Muster verläuft. Erst die Provokation, dann folgt der öffentliche Aufschrei, dann rudern Sie mit herrlichen Entschuldigungen zurück: Wir sind auf der Maus ausgerutscht, wurden falsch zitiert oder ohne Autorisierung.
Gauland: Da kann ich nur erwidern, was die „FAZ" zum Thema ganz klug geschrieben hat: Fehler sind keine Strategie.
SPIEGEL: So unschuldig, wie Sie tun, sind Sie nicht. Frauke Petry schrieb in einer Mitglieder-Mail, dass „provokante Aussagen unerlässlich" seien, „um sich medial Gehör zu verschaffen". Habe man erst die Aufmerksamkeit, könne man korrigieren.
Gauland: Das ist sehr klug formuliert, aber auf meinen Fall nicht anwendbar und wäre hier ja auch nicht aufgegangen. Auch Frauke Petrys Aussage zur Frage, ob man auf Flüchtlinge an der Grenze schießen soll, war ein Ausrutscher und keine Strategie und hat echten Schaden angerichtet.

Interview: Melanie Amann, Markus Feldenkirchen

Begradigung des Bauches

Steuern Finanzminister Schäuble will die Bürger in der nächsten Wahlperiode um zwölf Milliarden Euro entlasten. Tatsächlich ist sein Spielraum viel größer.

Nach elf Legislaturperioden im Bundestag und rund drei Dutzend Jahren in höchsten Partei- und Regierungsämtern hat Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ein Stadium seiner Karriere erreicht, in dem er sich selbst als Orientierungsgröße genügt. Besonders gilt das für sein jüngstes Vorhaben, in der nächsten Legislaturperiode die Steuern zu senken – aber nur ein bisschen, weil er glaubt, dass zu wenig Geld in der Kasse sei.

Schäubles Rechnung geht so: Bei seinem Amtsantritt im Finanzressort habe die Steuerquote, also der Anteil der Steuereinnahmen an der Wirtschaftsleistung (BIP), bei 22,4 Prozent gelegen. Jetzt belaufe sich der Wert auf 22,8 Prozent. Macht also einen Entlastungsspielraum von 0,4 Prozentpunkten. In absoluter Höhe: rund zwölf Milliarden Euro.

Auch wenn Schäuble als gebürtiger Badener nicht dem sprichwörtlichen Geiz seiner schwäbischen Landsleute verfallen ist, zeigt er sich in dieser Angelegenheit von bemerkenswerter Knauserigkeit. Tatsächlich stellt sich sein Spielraum, die Bürger zu entlasten, viel größer dar, wie Zahlen seines eigenen Ministeriums belegen. Schäuble, der künftige Steuersenker, war bislang eher ein Steuererhöher, so geht es aus den Daten hervor.

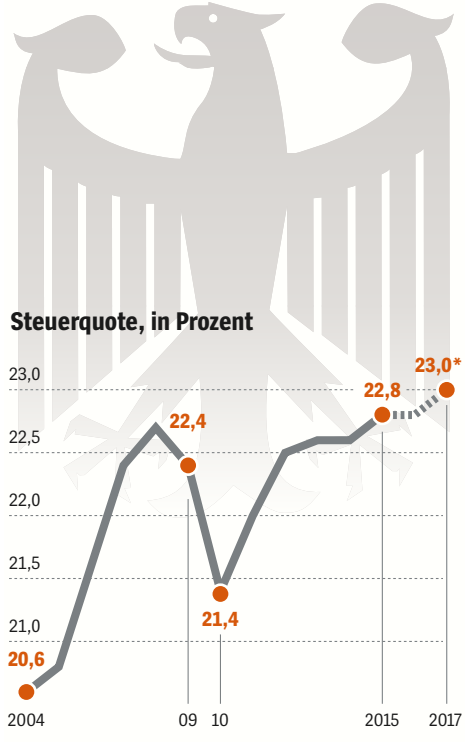
Im Jahr 2010 zum Beispiel, ein Jahr nach Schäubles Amtsantritt, lag die Steuerquote bei nur 21,4 Prozent, als der Staat während der Finanzkrise zum vorerst letzten Mal kräftig die Steuern senkte, um die Konjunktur anzuschieben. Seitdem steigt die Quote steil an.

Die Entwicklung ist leicht zu erklären. Bei guter Konjunktur sprudeln auch die Steuereinnahmen kräftig. In den vergangenen Jahren legten sie schneller zu als die Wirtschaftsleistung.

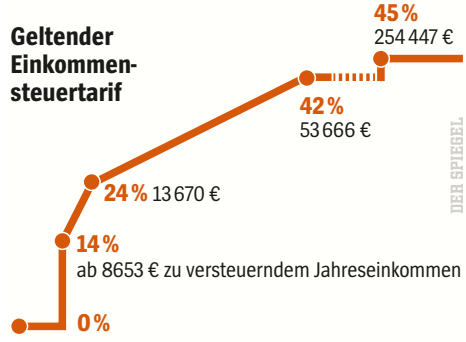
Der Grund dafür liegt in einer Eigenart der Einkommensteuer. Mit steigendem Gehalt müssen Arbeitnehmer einen immer größeren Anteil von jedem zusätzlich verdienten Euro ans Finanzamt abführen – in der Spitze 42 Cent, seit 2007 sogar 45 Cent bei sehr hohen Verdiensten. Fachleute sprechen in diesem Zusammenhang von einem progressiven Steuertarif.

Seit einigen Jahren steigen die Löhne wieder merklich, in den Augen des Fiskus werden die Steuerzahler also immer wohlhabender. Mit der Gehaltssteigerung greift ein höherer Steuersatz. Als Folge beansprucht der Staat einen wachsenden Anteil der Wirtschaftsleistung für sich, die Steuerquote steigt.

Geht die Entwicklung weiter, wird die Kennziffer 2017 und in den Folgejahren bei 23 Prozent liegen, haben Schäubles Experten ausgerechnet, so hoch wie nie zuvor in seiner Amtszeit. Erst 2019 aber will Schäuble den Bürgern seinen Steuerrabatt gewähren. Der Vergleich zwischen Höchst- und Tiefstand der Steuerquote in der Ära Schäuble zeigt, dass der Finanzminister seinen Entlastungsspielraum mit 0,4 Prozent vom BIP viel zu niedrig ansetzt. In Wirklichkeit könnte der Staat, politischer Wille vorausgesetzt, auf Einnahmen in Höhe von 1,6 Prozent des BIP verzichten – viermal so viel wie von Schäuble in Aussicht gestellt.



Quellen: BMF-Monatsbericht, Stabilitätsprogramm; * Prognose



Würde der Fiskus diese Spanne ausschöpfen, müsste Schäuble in absoluten Zahlen gerechnet 2019 eine Entlastung von fast 50 Milliarden Euro auf den Weg bringen. Sie fiele noch größer aus, würde sich Schäuble an der Steuerquote orientieren, wie sie nach der rot-grünen Steuerreform während der Nullerjahre herrschte. Damals lag sie bei rekordverdächtig niedrigen 20,6 Prozent.

Der Vergleich belegt, dass ein großer Wurf in der Steuerpolitik überfällig ist, denn die Tarife sind längst nicht mehr zeitgemäß. Das zeigt sich nirgendwo so deutlich wie beim Spitzensteuersatz von 42 Prozent. Der setzt für Singles bei einem Jahreseinkommen von rund 53 000 Euro ein, wie vor Jahrzehnten schon. Solch ein Gehalt ist heute kein Spitzensalär mehr. Es liegt noch nicht einmal beim Doppelten des Durchschnittslohns. Zum Vergleich: In den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts musste den Spitzensteuersatz zahlen, wer das 17-Fache des Durchschnittslohns verdiente.

Die Stauchung des Tarifs ist fatal. Schon mittlere Einkommen fallen unter die Spitzensätze, weshalb es sich vielfach nicht lohnt, mehr zu arbeiten. Hinzu kommt, dass die Einkommensteuer für über 80 Prozent der Firmen in Deutschland die Unternehmensteuer darstellt. Auch deren Steuerlast steigt.

Um die Unwucht zu beseitigen, dürfte der Spitzensatz erst bei deutlich höheren Einkommen greifen. Eine weitere Maßnahme wäre die Begradigung des sogenannten Mittelstandsbauchs, also jenes Tarifverlaufs, in dem die Steuersätze besonders stark steigen (siehe Grafik). Das Problem an der Operation: Beide Maßnahmen wären mit erheblichen Steuerausfällen verbunden. Allein den Mittelstandsbauch abzuspecken, würde den Fiskus rund 25 Milliarden Euro kosten.

Schäuble scheut den Aufwand aus zwei Gründen. Er muss sich die Einnahmeausfälle mit den Ländern teilen. Die verspüren aber nur wenig Neigung für größere Entlastungen, wie etwa Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz im SPIEGEL-Gespräch klarstellt (Seite 26). „Der Minister weckt Erwartungen“, sagt er, „die er nicht erfüllen kann.“ Ab 2019 dürfen die Länder nach den Vorgaben der Schuldenbremse keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Der Verzicht auf Steuern macht es den Ländern nicht leichter, dieses Ziel zu erreichen.

Außerdem will Schäuble die schwarze Null, also einen dauerhaft ausgeglichenen Bundeshaushalt ohne neue Schulden, nicht gefährden. Als beherzter Reformer wird der am längsten dienende Minister der Republik deshalb wohl kaum in die Geschichte eingehen.

Christian Reiermann

Deutsche Bank

Das Wissen zu den Anlagetrends von morgen.

Und die Wertpapierkompetenz meines Beraters.

Unsere Experten analysieren globale Trends, wie die Bedeutung moderner Infrastrukturprojekte. Welche Themen morgen interessant werden und wie Sie Ihr Depot auf Basis unserer Markteinschätzung ausrichten können, erfahren Sie jetzt im Gespräch mit Ihrem Berater.
www.deutsche-bank.de

Unser Wissen für Ihr Vermögen.

Leistung aus Leidenschaft

Gardens by the Bay, Singapur

RAINER JENSEN / DPA

Verkehrsminister Dobrindt: „Das wird Einnahmen bringen“

Vergoldete Kontrollbrücken

Lkw-Maut Daimler und Telekom nutzen ihr Monopol aus: In Geheimverträgen mit dem Bund sichern sich die Toll-Collect-Gesellschafter zusätzliche Prämien in dreistelliger Millionenhöhe.

Alexander Dobrindt war zufrieden, als er Mitte Mai im Bundestag über die Lkw-Maut sprach. Ab 2018 werde für Laster auch auf allen Bundesstraßen eine Verkehrsabgabe fällig. „Das wird zwei Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen bringen“, jubelte der Verkehrsminister im Parlament.

15 000 Kilometer umfasst das Mautsystem auf deutschen Fernstraßen. Nun kommen weitere 40 000 Kilometer Bundesstraßen hinzu. Die Folgen sind gewaltig, für das Transportgewerbe, für den Bund. Und vor allem für die beiden Hauptgesellschafter Daimler und Telekom, die mit ihrem Konsortium Toll Collect das Mautsystem betreiben.

Beide Konzerne kassieren seit Jahren Milliardenbeträge mit der Lkw-Maut. Wettbewerb müssen sie nicht fürchten. Den Vertrag für die Autobahnen hat der Bund ohne Ausschreibung verlängert. Es gilt als sicher, dass Toll Collect auch für die Bundesstraßen den Zuschlag erhält.

Doch die Verhandlungen und die bisherigen Vereinbarungen sind geheim. Wie viel Daimler und Telekom insgesamt an dem System verdienen und welche Bedingungen sie dafür erfüllen müssen, sollen im Detail nicht mal die Abgeordneten im Bundestag erfahren.

Nun konnte der SPIEGEL zentrale Verträge auswerten, die das bisherige Verhältnis zwischen Bund und Toll Collect regeln. Die Dokumente zeigen, dass das Konsortium zahlreiche bislang unbekannte Prämien ausgehandelt hat. Zwischen 2007 und 2014 kassierte Toll Collect 185 Millionen Euro Boni für die Autobahnen, dazu kommen bis zu 42 Millionen Euro Prämien für die Bundesstraßen. Zusätzlich zu Betriebskosten von mehreren Hundert Millionen Euro pro Jahr, die das Konsortium erstattet bekommt.

Die Boni sind an bestimmte Ziele geknüpft, die allerdings leicht zu erreichen sind. Was hinter den Kulissen von Toll Collect abläuft, können Dobrindt (CSU) und seine Beamten ohnehin kaum nachvollziehen: Nur Daimler und Telekom kennen das Mautsystem in allen Details und nutzen diesen Informationsvorsprung offenkundig aus, um der Regierung die Regeln ihrer Partnerschaft zu diktieren.

Schon der erste Vertrag über die Lkw-Maut auf Autobahnen aus dem Jahr 2002 fiel zugunsten des Konsortiums aus. Die bundesweit errichteten Kontrollbrücken über den Autobahnen haben sich für Toll Collect schnell vergoldet: Über die Laufzeit von zwölf Jahren betrugen die Renditen insgesamt mehr als eine Milliarde Euro; damit sollten die Kapitalkosten und das unternehmerische Risiko abgedeckt werden. Das ging aus wichtigen Teilen des 17 000 Seiten starken Betreibervertrags hervor, der durch die Enthüllungsplattform WikiLeaks und den „Stern“ bereits 2009 bekannt geworden war.

Allerdings fehlten damals brisante Passagen der Vertragsanlage F 1.1., die der SPIEGEL nun komplett auswerten konnte. Demnach kassiert Toll Collect zusätzliche Millionenboni. Und zwar allein dafür, dass das System ganz normal funktioniert.

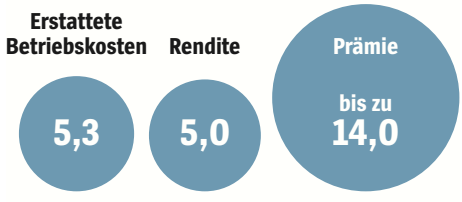
Solche Zahlungsmodalitäten dürfte jeder Handwerker als einen Sechser im Lotto empfinden: Liefert ein Installateur eine Heizungsanlage, schließt sie an, und anschließend funktioniert sie auch noch, bekäme er unter Toll-Collect-Bedingungen nicht nur den vertraglich vereinbarten Preis – sondern eine üppige Prämie obendrein. Einzig dafür, dass er bei der Arbeit nicht geschlampt hat.

Bei Toll Collect heißt die entsprechende Bonusformel „Gesamterfassungsquote“. Gelingt es dem Unternehmen, sämtliche Laster auf allen Autobahnen zu erfassen, darf es eine Sonderzahlung von 20 Millionen Euro kassieren. Zusätzlich wird das Unternehmen belohnt, wenn es Nicht- und Falschzahler identifiziert. Für die „Aufdeckungsquote“ gibt es nochmals bis zu zehn Millionen extra vom Bund.

Theoretisch sieht der Vertrag auch Strafzahlungen vor, falls Toll Collect mal zu wenige Lastwagen erfasst. Doch seit 2008, als die Prämien erstmals in der Bilanz des Betreibers ausgewiesen wurden, kamen solche Bußgelder nicht vor. Stattdessen erklomm Toll Collect stets die höchsten Stufen der Bonusleiter, wie ein Blick in die Jahresabschlüsse offenbart.

Toll verhandelt

Wie der Staat das Mautkonsortium bei 1100 km Bundesstraßen begünstigt*, in Millionen Euro, pro Jahr



DER SPIEGEL

*laut Vertrag in den Geschäftsjahren 2012/13 bis 2014/15

Jahr für Jahr gab es mehr als 20 Millionen Euro an erfolgsabhängigen Prämien. Im Geschäftsjahr 2013/14 erreichte das Konsortium offenbar Gesamterfassungs- und Aufdeckungsquoten von 100 Prozent: Es kassierte den höchstmöglichen Bonus von 30 Millionen Euro.

Toll Collect war das erste satellitengestützte Mautsystem der Welt. Dem Bundesverkehrsministerium muss es entsprechend schwerfallen, die Forderungen des Konsortiums zu überprüfen. Ob wirklich 100 Prozent oder womöglich nur 99,75 Prozent aller Lkw erfasst werden, entscheidet am Ende aber darüber, ob Toll Collect 15 oder 20 Millionen Euro an Boni bekommt.

Die Boni entsprächen den vertraglichen Festlegungen, erklärte ein Toll-Collect-Sprecher auf Anfrage. Man sei „stolz“ auf die Zuverlässigkeit des Systems.

Weil es bei den Autobahnen so gut lief, brachten die Mautbetreiber das profitable Bonussystem auch in die Verhandlungen über die Bundesstraßen ein.

Den Anfang machten 1100 Kilometer, die als erstes Teilstück für Lkw ebenfalls gebührenpflichtig wurden. Nach monatelangen Beratungen erschienen am 27. März 2012 Vertreter des Bundes und Toll Collects in der Kanzlei WilmerHale in der Berliner Friedrichstraße. Dort unterzeichneten sie die „Vereinbarung über die Erhebung von Maut auf Bundesstraßen“.

Das Konsortium hatte gut verhandelt: Die Betriebskosten übernahm wie üblich der Bund. Zusätzlich garantierte er eine jährliche Rendite von fünf Millionen Euro. Und eine „erfolgsabhängige Prämie“. Sie sollte Toll Collect in den folgenden Jahren bis zu 42 Millionen Euro extra einbringen.

Außerdem baute Toll Collect eine komfortable Sicherheitsklausel ein. Sollte die neue Bundesstraßenmaut zu Problemen bei der Autobahnmaut führen, würde das Konsortium nur eingeschränkt haften.

Daimler und Telekom durften mehr als zufrieden sein. Eine interne Kalkulation aus der Phase des Vertragsabschlusses offenbart, wie gut sie an dem Deal verdienen konnten: Das Konsortium rechnete bereits im Vorfeld für die nächsten drei Betriebsjahre mit einem Gewinn vor Zinsen und Steuern von gut 90 Millionen Euro – pro Jahr also 30 Millionen Euro. Die jährlichen Betriebskosten betrugen laut Vertrag dagegen nur 5,3 Millionen Euro.

Solche Details waren dem damaligen Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) kaum der Rede wert. Er rechne mit „zusätzlichen Einnahmen von 100 Millionen Euro“ sagte Ramsauer stolz, als er über die Ausweitung informierte.

An der privilegierten Partnerschaft hat sich wenig geändert. Ende 2014 einigten sich Ramsauers Nachfolger Dobrindt und das Konsortium darauf, weitere 1100 Kilometer Bundesstraßen mautpflichtig zu machen. Wieder musste ein Vertrag geschlossen werden, wieder konnte sich Toll Collect ordentliche Renditen sichern. Laut der „Vereinbarung über die Erhebung von Maut auf weiteren Bundesstraßen“ kassiert das Konsortium eine Vergütung über 3,3 Millionen Euro sowie eine Rendite in gleicher Höhe.

Der Juraprofessor Hans-Peter Schwintowski von der Humboldt-Universität in Berlin hat schon viele Verträge zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen untersucht. Für den SPIEGEL nahm er sich nun die Geheimpapiere von Toll Collect vor. Er sagt: „Hier werden Steuermittel zum Fenster rausgeworfen.“

Toll Collect sei ein Monopolist, der keine Konkurrenten fürchten müsse. Die einzige Aufgabe bestehe darin, die Maut zu erheben. Dafür würden dem Konsortium sowieso schon alle Aufwendungen erstattet. „Es ist nicht normal, dass der Staat Renditen und Boni in dieser Größenordnung an Toll Collect bezahlt“, sagt Schwintowski. „Damit könnte die Bundesregierung gegen das Beihilfeverbot verstoßen.“

Das hätte vor allem für die Gesellschafter Daimler und Telekom Folgen, die je 45 Prozent an dem Konsortium halten. Zahlt die Regierung unerlaubte Beihilfe für deutsche Großkonzerne?

Dobrindt will sich zur möglichen Beihilfe-Problematik nicht äußern. Auch zu Boni und Renditen schweigt sein Ressort. Eine Beantwortung der Fragen sei nicht möglich, so ein Sprecher, da die Verträge „der Vertraulichkeit unterliegen“.

Intern jedoch wurden im Ministerium längst Zweifel laut. Als das Konsortium mit dem Bund darüber verhandelte, den Vertrag über die Autobahnmaut zu verlängern, schrieb ein Beamter eigens einen Warnbrief an seinen Minister.

Bei der Höhe der Vertragsstrafen und anderen zentralen Fragen, fürchtete der Ministeriale, werde das Konsortium wohl als Sieger aus den Verhandlungen hervorgehen. Die Regelungen seien „ganz überwiegend zum Vorteil von Toll Collect“.

Dobrindt störte das nicht. Der Vertrag wurde anstandslos verlängert.

Sven Becker, Andreas Wassermann

Mail: sven.becker@spiegel.de, andreas.wassermann@spiegel.de

Ihr Kampf

Rechtsextremisten Nicht nur juristisch fürchtet die NPD derzeit um ihr Überleben. Auch politisch stürzt die Partei ab.

Die Plakate, mit denen die rheinland-pfälzische NPD in ihren letzten Landtagswahlkampf zog, sollten Selbstbewusstsein und nationale Tatkraft demonstrieren. Ein startendes Flugzeug war darauf zu sehen, dazu die Parole „Konsequent abschieben“. Dann folgte der Satz: „Unser Volk zuerst“.

Bundesweit sorgte der verunglückte Slogan für Heiterkeit. „Das ganze Volk? Wie wollt ihr das denn logistisch hinbekommen?“, fragte einer von vielen, die das Motto auf Facebook und Twitter kommentierten. Kleinlaut musste die NPD-Spitze einräumen, dass man die „womöglich missverständliche“ Wortkombination im Eifer des Wahlkampfs „wohl übersehen“ habe.

Dabei ist die Werbepanne eines der geringsten Probleme, mit denen sich die NPD derzeit plagen muss: Demnächst will das Bundesverfassungsgericht über ein Verbot der braunen Partei entscheiden (SPIEGEL 9/2016). Zuletzt lief die Verhandlung nicht gut für die NPD und ihren jungen Prozessbevollmächtigten, den rechtsextremen Anwalt Peter Richter, ein Parteimitglied.

Auch politisch stehen die Prognosen schlecht. Während die AfD bei den Landtagswahlen im März zweistellige Ergebnisse feierte, stürzte die NPD ab. In Baden-Württemberg holte sie gerade einmal 0,4 Prozent der Stimmen, in Rheinland-Pfalz 0,5 Prozent. Selbst in Sachsen-Anhalt, wo die Partei vor fünf Jahren noch 4,6 Prozent erzielen konnte, landete sie bei 1,9 Prozent.

Dabei schien der politische Nährboden diesmal bestens bestellt für die Blut-und-Boden-Ideologie der braunen Truppe. Das heiß diskutierte Flüchtlingsthema, so träumte man in der Parteizentrale, könnte endlich den Weg in die Parlamente öffnen. Doch die Erfolge am rechten Rand verbuchten andere – die Landtagskandidaten der AfD.

In der NPD-Führung herrscht Ratlosigkeit, wie mit der Alternative für Deutschland umzugehen ist. Momentan bleibt den Rechtsextremisten kaum mehr als die vage Hoffnung, die Newcomer könnten sich in den Parlamenten irgendwann entzaubern. Aber das kann dauern, und viel Zeit hat die NPD nicht mehr.

Besonders bitter für die Partei: Die Konkurrenten von der AfD greifen inzwischen weite Teile jenes Protestwählerpotenzials ab, in das die Rechtsextremisten so große Hoffnungen gesetzt hatten.

Die Wahlschlappen in den Ländern offenbaren ein programmatisches Dilemma, das die NPD seit Jahren zermürbt. Einerseits will sie sich für konservative Wähler öffnen, andererseits muss sie ihre neonazistische Stammklientel bei der Fahne halten.

Wie schwer es der NPD fällt, ihre Reihen geschlossen zu halten, zeigt sich besonders im Umgang mit dem Islam. Die antisemitische Neonazifraktion in der Partei betrachtet Islamisten bisweilen als natürliche Verbündete im Kampf gegen Israel und die Juden. Der gemäßigte Flügel dagegen setzt auf antimuslimische Propaganda und will damit bei nationalkonservativen Deutschen punkten.

So konnte es dazu kommen, dass die Partei in der Islamdebatte von der Alternative für Deutschland mit dem Satz „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ sogar rechts überholt wurde. Die NPD hingegen argumentiert moderater, die Gefahr gehe „nicht vom Islam als Religion aus, sondern von der Islamisierung“.

Verfassungsschützer sehen die Partei als „maßgebliche Triebkraft“ der rechtsextremen Anti-Asyl-Agitation.

Der Versuch, die verfeindeten NPD-Flügel auf eine gemeinsame Linie einzuschwören, hat schon mehrere Parteivorsitzende verschlissen. So füllte der ehemalige Bundeswehroffizier Udo Voigt, NPD-Chef von 1996 bis 2011, die sich lichtenden Parteireihen einst mit Truppen aus der militanten Kameradschaftsszene auf. Deren Mitglieder lebten ihre NS-Nostalgie offen aus – zum Ärger ihrer gemäßigteren Parteifreunde.

Voigts Nachfolger Holger Apfel suchte das Heil der Partei dann in einem Konzept der „seriösen Radikalität“. Das sah vor, die NPD ein Stück weit in Richtung Demokratie zu trimmen, ohne die radikalen Straßenkämpfer zu vergraulen. Doch für so viel Dialektik war die Partei nicht bereit. Aus dem Hardcoreflügel schlugen Apfel bald Vorwürfe entgegen, er sei zum „Systembonzen“ mutiert. Es folgte eine Schlammschlacht: Rechte Kameraden bezichtigten den Vorsitzenden, in betrunkenem Zustand einen jungen Wahlkampfhelfer unsittlich berührt zu haben. Apfel gab entnervt auf, kehrte der Partei den Rücken und wanderte nach Mallorca aus, wo er heute die Kneipe Maravillas Stube betreibt.

Als Nächster übernahm 2014 der wegen Volksverhetzung verurteilte Schweriner Fraktionschef Udo Pastörs das Ruder der Partei. Elf Monate später wurde er von Frank Franz, 37, beerbt.

Franz trägt gern modisch geschnittene Anzüge und gibt sich als eine Art rechtsextremer Managertyp. Er will die NPD von ihrem braunen Schmuddelimage befreien und zu einer nationalistischen Volkspartei für „Arbeit, Familie, Heimat“ umbauen. Genau diese Strategie brachte der NPD bei den Landtagswahlen kein Glück. Lediglich auf lokaler Ebene konnten die Rechtsextremisten zuletzt Strukturen festigen und kommunale Mandate verteidigen, besonders in Ostdeutschland.

Allerdings passen die lokalen NPD-Abgeordneten anscheinend nicht ganz ins Konzept der braunen Sympathieoffensive – immer wieder fallen Parteifunktionäre durch Straftaten auf. So wurde im brandenburgischen Nauen im März der NPD-Stadtrat Maik Schneider verhaftet. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm unter anderem vor, gemeinsam mit rechtsextremen Komplizen einen Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft verübt zu haben. Gegenüber den Ermittlern schwieg Schneider bislang zu den Vorwürfen. In der Vergangenheit trat er als Anmelder von Antiflüchtlingsdemonstrationen auf, er gilt als einer der Köpfe der brandenburgischen Kameradschaftsszene.

Flüchtlingsfeindliche Aktionen in unterschiedlicher Radikalität bleiben ein Markenzeichen der Partei. Vor allem in Sachsen, der Heimat von Pegida, versuchte die NPD mit allen Mitteln, Wutbürger für sich zu gewinnen. Der sächsische Verfassungsschutz sieht in der Partei die „maßgebliche Triebkraft bei der rechtsextremistischen Anti-Asyl-Agitation“ – und macht sie in einer internen Analyse für 76 flüchtlingsfeindliche Aktionen verantwortlich.

Die Strategie der NPD war dabei zweigleisig. Teils rief sie offen zum Protest auf, teils tarnte sie ihr Engagement, um im bürgerlichen Milieu anzukommen. Die Geheimdienstler sprechen von „verschleierten Pseudo-Bürgerinitiativen“.

In der Sächsischen Schweiz treibt die Initiative „Nein zum Heim“ ihr Unwesen, die mindestens als parteinah eingestuft werden kann. So hat der einstige NPD-Stadtrat Rico Rentzsch in Heidenau bundesweit beachtete Aufzüge organisiert.

JENS MEYER / AP / DPA

NPD-Anhänger bei Fackelmarsch in Schneeberg im Erzgebirge*: „Ursprünglich bürgerlich geprägt“

THOMAS LOHNES / GETTY IMAGES

Wahlplakat in Ludwigshafen: „Das ganze Volk? Wie wollt ihr das hinbekommen?“

Im Erzgebirge rief der örtliche NPD-Kreischef Stefan Hartung schon 2013 und 2014 zu sogenannten Lichtelläufen gegen Flüchtlinge auf, Tausende Menschen machten mit. Erst im April organisierte Hartung wieder einen Marsch. Der Verfassungsschutz konstatiert, es zeichne sich im Erzgebirge die „Übernahme einer ursprünglich bürgerlich geprägten Protestbewegung durch Rechtsextremisten ab“.

Die NPD war angetreten, die Parlamente zu erobern. Das Scheitern dieser Strategie führt nun zu einem Umdenken in der Bewegung – die Partei verliert bei Rechtsextremen an Einfluss. Denen gehe es nun da rum, so die sächsischen Verfassungsschützer, „politische Bedeutung an den Parteistrukturen vorbei zu erlangen“. Andere Hardcoreaktivisten sind inzwischen zu den noch radikaleren Splitterparteien „Die Rechte“ oder „Der Dritte Weg“ übergelaufen.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern, dem einzigen Bundesland, in dem die NPD noch im Landtag sitzt, registrieren Parlamentsbeobachter seit geraumer Zeit „Rückzugsbewegungen“. Große Hoffnungen, dass es bei der Wahl am 4. September mit einem Wiedereinzug ins Schweriner Schloss klappt, hat in der Partei kaum noch einer, auch wenn Fraktionschef Udo Pastörs den „härtesten Wahlkampf“ angekündigt hat, den das Land je erlebt habe.

Solche Sprüche erinnern eher an Durchhalteparolen: Die Zielvorgabe von „8 Prozent plus x“, mit der Pastörs’ Landesverband im Jahr 2011 angetreten war, wurde für die jetzt anstehende Wahl bereits nach unten korrigiert – auf „6 Prozent plus x“. In der neuesten Umfrage von Infratest dimap kam seine Partei lediglich auf 4 Prozent, während die AfD bei 18 landete.

Von der Verzweiflung der Rechtsextremisten zeugt eine Aktion kurz vor den Landtagswahlen im März: Bei einem PR-Auftritt versuchte NPD-Chef Franz, seine Partei der AfD anzudienen, und verkündete eine angebliche „strategische Allianz“: Er hielt ein Plakat in die Kameras, auf dem „Erststimme AfD, Zweitstimme NPD“ stand. Prompt folgte die Abfuhr: „Mit der NPD möchte die AfD nichts zu tun haben“, erklärte ein Sprecher.

Als wären Verbotsverfahren und Wahlverluste nicht genug, hadert die NPD auch mit ihren Finanzen. Noch immer leidet sie an den Spätfolgen zahlreicher Affären: Mal sanierte die Partei ihre Kassen mithilfe fingierter Spendenquittungen, mal versickerten mehr als 700 000 Euro Parteigeld auf Privat- und Geschäftskonten des früheren Schatzmeisters.

Ein Großteil der Mittel, mit denen die Rechtsextremisten ihre Politik finanzieren, stammt vom verhassten „BRD-System“, das sie eigentlich überwinden wollen. Laut ihrem neuesten Rechenschaftsbericht kassierte die NPD im Jahr 2014 rund 1,4 Millionen Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung – fast die Hälfte ihrer Gesamteinnahmen.

Mit der Alimentierung aus dem Steuersäckel könnte es bald vorbei sein: Wenn das Bundesverfassungsgericht die NPD wirklich verböte, würde ihr Vermögen eingezogen.

Angesichts der düsteren Lage durchweht die NPD inzwischen ein Hauch von Agonie. Manchen Kameraden, so formuliert es ein Parteifunktionär, wäre es inzwischen lieber, die Partei stürbe den „Heldentod in Karlsruhe“, als qualvoll im Schatten der AfD dahinzusiechen. Ihr Kampf wäre endgültig verloren.

Selbst der altgediente NPD-Mann Karl Richter, einstmals Landesvorsitzender in Bayern und stellvertretender Parteichef im Bund, scheint kaum noch Hoffnung zu haben, dass seine Truppe in Zeiten der AfD überleben kann. „Es wäre vermutlich der richtige Zeitpunkt“, schrieb Richter nach den verlorenen Landtagswahlen auf seiner Facebook-Seite, „von den zuhauf herumliegenden toten Pferden abzusteigen.“

Maik Baumgärtner, Christina Hebel, Sven Röbel, Steffen Winter

* 2013.

„Großer Gangster“

Zeitgeschichte In der jungen Bundesrepublik herrschten türkische Verhältnisse: Kanzler Adenauer und seine Minister stellten Hunderte Strafanträge wegen „politischer Beleidigung“.

Der 7. Juni 1951 war ein schwerer Tag für Willy Idler. Der arbeitslose Kaufmann hatte gerade einen Nervenzusammenbruch überstanden. Seine Frau musste ihn stützen, als er den Saal des Schützenhofs in Wilhelmshaven betrat. Dort sollte er seinen Rechenschaftsbericht für die „Vereinigung der Erwerbslosen Wilhelmshavens“ geben, deren Vorsitz er kurz zuvor abgegeben hatte. Der Versammlungsleiter mahnte den sichtlich erregten Idler, sachlich zu bleiben, doch der 42-Jährige konnte seine Wut nicht unterdrücken. Die Bundesregierung bestehe aus „Feiglingen und Lumpen“, schimpfte er, sie habe kein Herz für Arbeitslose und traue sich nicht, sich mit der DDR-Führung „an einen Tisch zu setzen“.

Pech für Idler, dass zwei Polizisten im Saal waren und das Gehörte an höhere Stellen weitergaben – mit harschen Folgen: Kanzler Konrad Adenauer unterzeichnete drei Monate später einen Strafantrag gegen Idler wegen Beleidigung der Bundesregierung. Der Vater von vier Kindern wurde am Ende zu drei Monaten Gefängnis verurteilt – und hatte damit noch Glück. Die Richter hielten ihm seine angegriffene Gesundheit zugute, sonst wäre die Strafe deutlich höher ausgefallen.

Heute käme kein deutscher Regierungschef auf die Idee, wegen einer solchen Verbalattacke eines Wutbürgers die Staatsanwaltschaft zu bemühen. Angela Merkel wurde bereits als „Volksverräterin“ geschmäht, Helmut Kohl als Birne und sein SPD-Vorgänger Helmut Schmidt sogar als „schnapsgeiler Arschkriecher der Amerikaner“ beleidigt, den Rechtsweg beschritten sie dennoch nicht.

Von dieser demokratischen Gelassenheit war im Adenauer-Deutschland noch nichts zu spüren, wie nun Akten im Bundesarchiv in Koblenz belegen, die der SPIEGEL eingesehen hat. Sie stammen aus den Anfangsjahren der Republik, als in Bonn noch Männer regierten, die im Kaiserreich aufgewachsen waren, wo ein falsches Wort zum tödlichen Duell führen und auf Majestätsbeleidigung lebenslange Zuchthausstrafe stehen konnte.

Den Unterlagen zufolge stellte die erste Bundesregierung – Durchschnittsalter um 60 Jahre – Hunderte Strafanträge wegen „politischer Beleidigung“: gegen Journalisten, Kleinunternehmer, Handwerker, Arbeiter, Erwerbslose, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Nazis und vor allem Kommunisten.

Das Vorgehen erinnert ein bisschen an die heutige Türkei, wo Präsident Recep Tayyip Erdoğan, Typ überempfindlicher Autokrat, Tausende Kritiker und sogar Kinder wegen Beleidigung zu belangen versucht und damit inzwischen international Aufsehen erregt.

Wer in den Fünfzigerjahren in Deutschland behauptete, Bonn sei „ein Eldorado der Korruption“, Adenauer „ein großer Gangster“ und die Bundesregierung eine Ansammlung von „Lumpen und Gaunern“, der riskierte monatelange Gefängnis- oder beträchtliche Geldstrafen und musste mitunter sogar die Anzeigen in Tageszeitungen bezahlen, die das Urteil bekannt machen sollten. Allein bis Ende 1952 führten Strafanträge der Bundesregierung zu mehreren Dutzend Gefängnisstrafen. Durchschnittliche Strafdauer: drei Monate.

Es reichte schon, dass eine Gewerkschaftszeitung sich über Bundesjustizminister Thomas Dehler (FDP) beklagte, der auf die Gewerkschaften mit „unwahren Behauptungen, Beleidigungen und Zuchthausdrohungen losgehen“ wolle. Ein anderes Mal hatte die „Fränkische Tagespost“ geschrieben, die Bundesregierung habe militante Rechtsradikale finanziell unterstützt – Chefredakteur Wilhelm Riepekohl wurde zu vier Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Immer wieder drängte die Bundesregierung aus Abschreckungsgründen auf rasche Urteile. Nur dann ließe sich ein „psychologischer Ausgleich zwischen Tat und Strafe in der Öffentlichkeit erzielen“, erklärte Adenauer.

Gelassenheit zählte nicht zu den Stärken des ebenso autoritären wie rachsüchtigen Adenauer.

Obwohl es im fünften Jahr nach Kriegsende dringendere Probleme gab – viele Städte lagen noch in Trümmern, die Arbeitslosigkeit war hoch, ein Großteil der NS-Verbrechen ungesühnt –, beschäftigte sich das Kabinett mit Politikerbeschimpfungen in fast groteskem Ausmaß.

Das Justizministerium führte eine „Beleidigungskartei“ der Übeltäter, hohe Beamte des Kanzleramts zerbrachen sich den Kopf über „Allgemeine Richtlinien für das Verhalten der Bundesregierung bei politischen Beleidigungen“. Der Kanzler, seine Minister und ihre Mitarbeiter koordinierten in umfangreichem Schriftverkehr das Vorgehen, wenn sie sich gemeinsam beschimpft sahen.

Unter welchen Umständen es denn „staatspolitisch notwendig“ sei, dass er sich „beleidigt fühle“, wollte etwa Bundespräsident Theodor Heuss von den Experten im Justizministerium wissen. Das liberale Staatsoberhaupt zählte zu den wenigen, die sich nach Aktenlage Adenauers Feldzug gegen Kritiker entzogen.

Ein weites Netz an Zuträgern aus der CDU und den Justizverwaltungen der Länder sorgte dafür, dass Informationen über justiziable Beleidigungen Kanzler und Kabinett erreichten. Sicherheitshalber schaute der misstrauische Adenauer die Presse auch persönlich durch.

So entdeckte er 1952 in einem Pressespiegel, dass die oppositionelle SPD den Satz plakatierte: „Adenauer hätte erfunden werden müssen, wenn er nicht schon da gewesen wäre, um die Politik der Westmächte durchzusetzen!“ Der Kanzler stellte sofort Strafantrag und wies seinen Amtschef an, mit „möglichster Intensität (Beschlagnahme usw.) vorzugehen“.

Regelmäßig stand das Thema Beleidigungen auf der Tagesordnung des Kabinetts. Da saßen dann der Kanzler und andere Ikonen der Nachkriegsdemokratie wie Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, Justizminister Dehler oder Finanzminister Fritz Schäffer (CSU) beieinander und berieten, ob sie gegen einen Mann vorgehen sollten, der behauptet hatte, die Regierung würde Gelder für deutsche Flüchtlinge zur Wahlpropaganda zweckentfremden.

Oder gegen einen Dreher und einen Wäscher, die in den Abendstunden des 12. September 1950 Flugblätter in Hamburg verteilt hatten. Adenauer sei ein „Lakai“ der Briten und Amerikaner und bereite einen neuen Weltkrieg vor, stand darauf.

In allen Fällen schlug die Staatsmacht zu. Dabei hatte die Bonner Männerrunde durchaus erkannt, dass Strafanträge den Beleidigungen oft erst Gewicht gaben. Aber Minister wie Dehler taten sich schwer, mit der Tradition des deutschen Obrigkeitsstaates zu brechen. Und Gelassenheit zählte nicht zu den Stärken des ebenso autoritären wie rachsüchtigen Adenauer, der immerhin rückblickend einräumte, Politik sei ein schmutziges Geschäft, das den Charakter verderbe und auch seinen verdorben habe.

KURT ROHWEDDER / BPK

Kanzler Adenauer (vorn, 2. v. l.), Minister in Bonn 1957: „Vergiftung des öffentlichen Lebens“

Sogar einen psychisch Kranken wollte der Kanzler in den Bau schicken. Patient Bernhard N. hatte während eines verbotenen Umzugs der DDR-Jugendorganisation FDJ in Köln gebrüllt, Adenauer sei der „Oberpharisäer des 20. Jahrhunderts“ und: „Nieder mit den Verbrechern!“ Adenauer wusste um die Erkrankung und stellte trotzdem Strafantrag. Erst nach Widerspruch von Kollegen zog er ihn zurück.

Viele Zeitgenossen glaubten, die Weimarer Demokratie sei auch deshalb 1933 untergegangen, weil deren Repräsentanten durch die Rechtslage nicht ausreichend geschützt worden seien. Rechtsradikale hatten Reichspräsident Friedrich Ebert und andere Demokraten oft ungestraft verunglimpft und das Ansehen der Demokratie geschwächt. Adenauer erntete daher nur selten Widerspruch im Kabinett, und fast immer setzte er sich durch.

Bereits wenige Monate nach Gründung der Bundesrepublik wurde auf sein Drängen hin sogar das Strafrecht um einen „Ehrenschutz für Personen im öffentlichen Leben“ ergänzt. Begründung des Kölner Patriarchen: Andernfalls drohe eine „Vergiftung des öffentlichen Lebens“, und dann sei niemand bereit, sich für die junge Demokratie zu engagieren.

Ein Teil der Strafanträge richtete sich gegen unverbesserliche Nazis und insbesondere Kommunisten. Bei der Durchsicht der Unterlagen in Koblenz fällt allerdings auf, wie häufig Adenauer und Kabinettskollegen die Beleidigungsparagrafen nutzten, um gegen die Presse vorzugehen. Die Vermutung liegt nahe, dass der Regierungschef die Medien einschüchtern wollte. Zahlreiche Strafanträge betrafen Journalisten, etwa der „Stuttgarter Zeitung“, des „Kölner Stadtanzeigers“, der „Bremerhavener Volksstimme“, der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ oder des SPIEGEL.

Als das Magazin 1952 die Aussage eines Agenten des französischen Geheimdienstes wiedergab, wonach Adenauer seine Flucht mit der Familie nach Spanien für den Fall eines sowjetischen Angriffs vorbereite, stellte der Kanzler Strafantrag. Die Auflage des Heftes wurde weitgehend beschlagnahmt.

Doch obwohl Adenauer dementierte („Wenn der Russe kommt, dann fliehe ich nicht, dann vergifte ich mich“), endete der jahrelange Rechtsstreit zu seiner Enttäuschung mit einer Einstellung des Verfahrens.

Denn die Justiz begann sich zu verändern. Schon 1953 jammerte Justizminister Dehler über die vielen Freisprüche bei „Strafverfahren wegen Beleidigung von Organen der Bundesrepublik“. Und da die Bundesregierung immer weniger durchbekam, stellte sie schließlich kaum noch Strafanträge. Später stellte das Bundesverfassungsgericht mit Grundsatzurteilen sicher, dass Presse- und Meinungsfreiheit unter dem Vorwand der Beleidigung nicht ausgehebelt werden konnten.

Den Rest besorgte der gesellschaftliche Wandel während der aufmüpfigen Sechzigerjahre. Als Willy Brandt 1969 Kanzler wurde und vor der Frage stand, wie er mit Beleidigungen umgehen sollte, notierte ein Beamter, die Öffentlichkeit erwarte in der Regierungszentrale einen „über Anwürfe erhabenen Staatsmann“. Frei nach der orientalischen Lebensweisheit: „Der Frosch quakt, und der Strom fließt still dahin.“

Felix Bohr, Klaus Wiegrefe
Mail: klaus.wiegrefe@spiegel.de

DANIEL VON LOEPER

Anwälte Ufer, Strate, Voges, Angeklagte Meier
„Ich wusste nicht mehr, was ich tun sollte“

Das Gesetz der Wiesn

Strafjustiz Eine Frau wehrt sich mit einem Taschenmesser gegen obszöne rassistische Angriffe. Die Staatsanwaltschaft macht daraus versuchten Mord. *Von Gisela Friedrichsen*

Worte sind manchmal wie Waffen. Sie können schwer verletzen, wenn auch nur im übertragenen Sinn. Wie kann, wie darf man sich dagegen wehren? Am besten gar nicht? Ist der Tatort das berühmteste Massenbesäufnis der Welt, das Münchner Oktoberfest, hat ein durch Worte Verletzter, wenn er sich wehrt, mit Härte im Übermaß zu rechnen.

Die dreifache Mutter Melanie Meier, 34, aus Hamburg ist genau in eine solche Sache hineingeraten. Sie hat etwas getan am Ende eines feuchtfröhlichen Abends im Festzelt, was sie heute unter Tränen bereut. Sie würde es am liebsten ungeschehen machen, man merkt es ihr an. Doch das Gesetz der Wiesn fordert seinen Tribut. Dieses folkloristische Nationalheiligtum darf um keinen Preis beschädigt werden.

Melanie Meiers Lebensgefährte, der Hamburger Immobilienkaufmann Detlef Fischer, 63, hatte am ersten Wiesn-Samstag vergangenen Jahres, es war der 19. September, Gäste zu Speis und Trank ins Käfer-Zelt eingeladen, darunter Geschäftsfreunde wie Norbert Haug, den Ex-Motorsportchef von Mercedes-Benz, oder Hanjo Schneider, Konzernvorstand der Otto Group. Auch Fußballprominenz war zu Gast: der frühere Nationaltorwart Jens Lehmann und Ex-Außenverteidiger Patrick Owomoyela samt Begleitung.

Die Herren in Lederhose und Trachtenjanker oder -weste, die Damen im Dirndl, von Schneiderinnen, Haarstylisten und Visagisten hochgerüstet. Dazu, unpassend zwar, aber eben Dresscode, extravagante Stilettos. Zum Brotzeitbrettl gab es für die Schönen Champagner in Krügen. Bier und Schnaps flossen in Strömen. In den frühen Morgenstunden des 20. September war nur noch der Chauffeur nüchtern, den Gastgeber Fischer zur Abfahrt bestellt hatte.

Melanie Meier trug an jenem Abend ein ausgefallenes Dirndl in Schwarz, was sogar in der Anklage erwähnt wird („ein vollständig schwarzes Dirndl“), mit einem Mieder aus Leder. Das Haar, hell blondiert, war kunstvoll hochgesteckt, ihre künstlichen Fingernägel glichen blutroten Krallen. Sie war wohl eine der auffallendsten Erscheinungen des Abends. „Toll sah sie aus“, beschreibt sie ihr Lebensgefährte vor Gericht.

Wer je auf dem Münchner Oktoberfest bis Zeltschluss durchgehalten hat, bei Käfer schlossen sich die Tore gegen ein Uhr früh, der weiß, unter welch ohrenbetäubendem Lärm die schwankenden Gestalten – sich schiebend und schubsend, dabei singend und schunkelnd – von der Blasmusik aus den Zelten „hinausgespielt“ werden. Bis dahin herrschte beste Stimmung.

Dies änderte sich schlagartig, als zwei Männer, die weder zu der Hamburger Gesellschaft noch zu einer anderen Gruppe gehörten, unangenehm auffielen. Einer fing zu pöbeln an. Owomoyela erregte seinen Unmut: „Jetzt san die Flüchtlinge scho auf der Wiesn! Bist a Flüchtling, ha?“

Der dunkelhäutige Ex-Profi, der unter anderem für Werder Bremen und Borussia Dortmund spielte und von 2004 bis 2006 zur Nationalmannschaft gehörte, ist gebürtiger Hamburger. Er schob den angetrunkenen Kerl von sich weg. Der ging zu Boden, stand aber gleich wieder auf und sagte, es sei nicht so gemeint gewesen. Was bei seinem Begleiter Marco Sch., 34, Lkw-Fahrer der Bayerischen Staatsoper, einem weiteren Nationalheiligtum, nichts an dessen flammender Wut änderte. Fünf Maß Bier und der mutmaßliche Konsum von „magic mushrooms“, also Drogenpilzen, taten bei ihm ihre Wirkung.

„Wie ein Irrer“, so sagen Zeugen, „wie eine Dampfwalze“ sei Sch. dahergekommen. Mit erhobenen Fäusten habe er geschrien: „Du Bimbo, schleich dich dahin, wo du herkommst!“ Und: „Scheißneger, ich bring dich um!“ Owomoyela als Zeuge: „Vor mir stand ein Mann, der mein Leben bedrohte! Ich rechnete damit, dass er gleich zu schlagen anfängt. Meine Freundin drängte mich zum Glück weg.“

Umstehende regten sich auf. „Die Leut haben uns als Schweine und Nazis beschimpft“, beschwert sich Sch. vor Gericht. Ein älterer Herr und eine blonde Dame hätten hysterisch herumgeschrien.

Melanie Meier? Sch. weiß noch, dass sie ihn als „primitiv“ bezeichnete. Worauf er sie angeschrien habe: „Du Flietschn“ (zu Deutsch Flittchen), „du fickst den Bimbo!“ Weitere rassistische, obszöne Beleidigungen („Negerfotze, Negerhure“) fielen, weil Sch. die Frau im schwarzen Dirndl für Owomoyelas Freundin hielt.

Was dann geschah, hat entweder niemand beobachtet, weil die meisten dem aggressiv aufgeladenen Gedränge zu entkommen versuchten. Oder es wollte niemand etwas gesehen haben, weil weggeschaut wurde. Die dritte Möglichkeit wäre, dass Melanie Meier von Sch. gar nicht angegriffen wurde. Dann aber hätte sie ihm grundlos ein Taschenmesser in die Seite gestoßen. Ist das realistisch?

Wären nicht Rettungskräfte gleich zur Stelle gewesen, der Mann hätte innerlich verbluten können. Denn zunächst merkte er selbst von dem Stich kaum etwas. In einer Notoperation wurde ihm wenig später die Milz entfernt. Vor Gericht behauptet er nun: „Ich hab a Trauma.“

Den Tathergang beschreiben Opfer und Täterin unterschiedlich. Von Sch. gibt es mehrere Versionen, etwa die, dass die Frau im schwarzen Dirndl 20 Meter hinter ihm hergelaufen sei, ehe er sich zu ihr umdrehte und gestochen wurde. Oder dass er drei oder fünf Meter rückwärtsgegangen sei und die Frau ihn gefragt habe: Warum schubst du mich? Er habe sich sogleich dafür entschuldigt. Ist es dann plausibel, dass sie zustach?

Melanie Meier hingegen sagt, Sch. sei auf sie zugekommen, habe sie derb an der Schulter gepackt mit den Worten: „Jetzt bist du dran, Schlampe, du bist fällig!“ Wiederholt habe er gedroht, sie umzubringen. Niemand habe auf ihre Hilferufe gehört.

Der Vorsitzende Richter zweifelnd: „Es standen doch allerlei Leute in direkter Nähe! Eine Frau schreit um Hilfe gegen einen rasenden Sch. – und keiner reagiert?“ Melanie Meier: „Mir hat niemand geholfen. Der war wie irre! Ich war vollkommen gefangen in meinem Kopf! Ich wusste nicht mehr, was ich machen sollte! Ich hatte nur noch Angst! Ich wollte das wirklich nicht!“ Mit tränenerstickter Stimme versucht sie, dem Gericht ihre Gefühlslage zu beschreiben. Und stößt auf Unverständnis.

Richter Norbert Riedmann, der als Vorsitzender der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts München I die Anklage wegen versuchten Mordes verhandelt, hat eigene Vorstellungen, was man in einer solchen Situation tut. Er versteht nicht, dass sich die Angeklagte, „fix und fertig“ wie sie gewesen sein soll, als sie schließlich von einer Freundin zum Auto geführt wurde, nicht sofort ihrem Lebensgefährten an den Hals warf, um ihm von der Konfrontation mit Sch. zu berichten. Er versteht nicht, dass sie sich im Auto still verhielt und mit Gästen zum P1 mitfuhr, zum „Oanser“, dem legendären Münchner Klub, wo man sich zur „After-Wiesn-Party“ traf. Er versteht auch nicht, warum sie bis zum nächsten Tag schwieg und insgeheim hoffte, es möge nichts Schlimmes passiert sein.

Riedmann fragt die Zeugen, ob sie Hilfeschreie gehört hätten. Bei dem Lärm? Er fragt, ob jemand das Messer gesehen habe. In dem Gedränge? Er fragt, wieso sich zwei ortsunkundige alkoholisierte Frauen wie die Angeklagte und ihre Freundin von

Kaum zu glauben, dass die verzweifelte Angeklagte sich wie eine Furie verhalten haben soll.

ihrer Gruppe abdrängen ließen: „Da erwartet man doch, dass man sich an der Hand packt. Jeder weiß schließlich, wie es auf der Wiesn zugeht!“ Jeder?

Die Angeklagte wird von den Hamburger Strafverteidigern Gerhard Strate und Annette Voges verteidigt sowie von dem Münchner Steffen Ufer. Der hat bereits einen strafmildernden Täter-Opfer-Ausgleich herbeigeführt: Die Angeklagte zahlt 80 000 Euro an Sch. und entschuldigt sich, was dieser unterdessen annahm. Strate dagegen, seit der Affäre Mollath nicht unbedingt Freund der bayerischen Justiz, wirft den Anklägern und den Richtern des Landgerichts vor, dem Verfahren eine falsche Sachverhaltsannahme zugrunde zu legen.

Der Anwalt macht dies daran fest, dass ein Münchner Amtsrichter trotz Beschwerde der Staatsanwaltschaft zweimal einen Haftbefehl gegen Melanie Meier ablehnte. „Nach der Aussage des vom Geschädigten beleidigten Schwarzen war der Geschädigte ‚richtig aggressiv‘ und fing auch an, ‚die Mädels anzupöbeln‘. Ihm gegenüber hatte er geäußert, ‚du Bimbo, du Neger, ich bring dich um‘“, schrieb der Amtsrichter in einem Beschluss. Dies mache die Angaben der Beschuldigten, der Geschädigte habe sie bedroht und angegriffen, als es zu dem Messereinsatz kam, „in überwiegendem Maß plausibel“. Die Situation sei als in hohem Maße bedrohlich erlebt worden. „Dass die Beschuldigte dann panisch reagierte, ist überwiegender plausibel als ein andernfalls kaum lebensnah zu erklärender Angriff durch eine Frau auf einen körperlich deutlich überlegenen Mann.“

Die Staatsanwaltschaft aber glaubt Melanie Meier nicht. Dass ihre Panik zu einem Ausschluss eines bedingten Tötungsvorsatzes geführt haben soll, „ist schlicht nicht nachvollziehbar“, lautet ihre Argumentation. Demnach müsste die Angeklagte Sch. in einer „zwar unangenehmen, jedoch nicht ernsthaft bedrohlichen Situation“ gestochen haben. Einfach so? Ohne Anlass? Das Landgericht erließ Haftbefehl.

Kaum zu glauben, dass die augenscheinlich verzweifelte, von Weinkrämpfen geschüttelte Angeklagte, die seit dem 7. Oktober in U-Haft sitzt, sich damals wie eine Furie verhalten haben soll. Zeugen berichten von ihrer Ängstlichkeit, ihrer steten Sorge um die Kinder, das jüngste ist erst sechs. Ihre Biografie bietet Anhaltspunkte dafür, dass sie, beeinträchtigt durch ungewohnt viel Alkohol, in einer Art Angstaffekt gehandelt haben könnte.

Den Weg zum versuchten Mord findet die Staatsanwaltschaft über das Mordmerkmal der Heimtücke, weil Sch. kein Messer sah. Strate aber zitiert den 1. Strafsenat des BGH, der sagt, ein Angreifer müsse grundsätzlich damit rechnen, dass der Angegriffene von seinem Recht zur Notwehr Gebrauch mache. „Mit *seinem* konkreten Angriff hat das spätere Opfer des Gegenangriffs in aller Regel seine Arglosigkeit zuvor verloren“, so der BGH. Sch. habe damit rechnen müssen, dass eine Frau sich wehrt, wenn er sie anpackt. Hat er sie gepackt? Aussage steht gegen Aussage.

Der Vorsitzende Riedmann gilt in München als eigenwilliger Kopf, der nicht immer der Staatsanwaltschaft folgt. Deren Sprecher teilte bereits mit: „Es ist auch bei einem versuchten Mord möglich, die Höchststrafe von Lebenslänglich zu verhängen.“ Wie absurd, in einem Fall, für den selbst nach dem Gesetz der Wiesn eher das Notwehrrecht gelten dürfte. ■

Wie sieht die Welt von morgen aus? Wie könnte sie aussehen?
Jetzt ist eure Fantasie gefragt: Welche Erfindung wäre nötig, um das Leben für die Menschen in Zukunft besser und sicherer zu machen?

Der Wettbewerb wird in zwei Altersgruppen veranstaltet.
Teilnehmen können alle Kinder, die in der 3. bis 5. Klasse sind (8–11 Jahre) oder Kinder der Klassen 6 bis 8 (12–14 Jahre). Ihr könnt als Schulklasse, Arbeitsgruppe oder als Team eines Vereins mitmachen.

Und darum geht es:
Welche Erfindung braucht die Welt noch? Das könnte beispielsweise eine Wassersparmaschine, ein Konzept zur Müllvermeidung oder auch etwas ganz anderes sein! Prämiert werden die besten Ideen und Konzepte. Eure Ideen können in einem Film, Fotobuch, in Textform oder als Präsentation vorgestellt werden. Ihr müsst eure Erfindungen also nicht bauen.

Und das sind die Preise:
Der erste Platz in jeder Altersgruppe gewinnt 1500 Euro. Die Gewinner des zweiten Preises können sich bei „WIRmachenDRUCK“ einen selbst gestalteten Kalender im Wert von 300 Euro herstellen lassen. Der Preis für die beiden Drittplatzierten: je drei „Dein SPIEGEL“ Jahres-Abos.

Wie kann man sich bewerben?
Alle Informationen zum Wettbewerb und den Teilnahmebedingungen findet ihr unter:
www.wasunsmorgenerwartet.de
Einsendeschluss ist der 1. September 2016.

WAS UNS MORGEN ERWARTET

Dein SPIEGEL
EINFACH MEHR WISSEN

In Kooperation mit

WirmachenDruck.de
Sie sparen, wir drucken!

Die Porsches und der Ziehfix

Oldtimer Ältere Sportwagen vom Typ 911 sind bei Dieben beliebt wie nie. Fahrzeuge und Teile erzielen Rekordpreise. Die Besitzer können nicht einmal in Ruhe essen gehen.

Den schwarzen Porsche 911 Targa, Baujahr 1980, hatte der Hamburger Francesco Rallo, 24, gerade von Sizilien geholt. Der Sportwagen war dort seit 1991 im Besitz seiner Familie.

Noch mit den italienischen Kennzeichen stellte Rallo ihn am Abend des 7. April vor einem Klub in der Hamburger Innenstadt ab. Eine Stunde später, als der Kfz-Händler zurückkam, war der Wagen weg. Rallo ist noch immer fassungslos. „Ich würde ihn sogar am Geruch erkennen“, sagt er, „es ist der Geruch meiner Kindheit.“

Nicht nur in Hamburg, auch in Berlin und Nordrhein-Westfalen sind Porsche-Oldtimer zum besonders begehrten Diebesgut geworden. Die Klassiker sind Preziosen, für die Sammler horrende Preise zahlen.

Als Bernd K., 50, im vergangenen Winter sein weißer Gemballa-Porsche, Baujahr 1984, mit Ruf-Motor und Sebring-Auspuff gestohlen wurde, war er 75 000 Euro wert. Heute werden solche Autos für mehr als 100 000 Euro gehandelt. K. hatte den auffälligen Sportwagen im edlen Hamburger Stadtteil Eppendorf geparkt, um einen Happen zu essen.

Als er aufgegessen hatte, war der Wagen weg. Bis heute fragt er sich, wie das passieren konnte. „Der Motor ist so laut, das hätte ich hören müssen“, sagt der Porsche-Liebhaber. Seine Erklärung: Der Dieb wartete auf eine der U-Bahnen, die dort auf einem Viadukt vorbeifahren, und nutzte den Lärm zum Start. K. rief bei der Polizeiwache an, um eine sofortige Fahndung nach dem Wagen in Gang zu setzen, aber der Schutzmann bestand auf persönlichem Erscheinen. Das Ausfüllen der Formulare dauerte ewig, sodass der Dieb nicht mehr zu finden war.

Mit 32 000 Euro Kaufpreis für einen schwarzen 911er, Baujahr 1987, mit gut erhaltener schwarzer Lederausstattung hatte Thomas Maresch im vergangenen Sommer ein echtes Schnäppchen gemacht. Der Wagen stammte aus Magdeburg und hatte gerade frische Hamburger Kennzeichen bekommen, als er in der zweiten Woche auf Nimmerwiedersehen vor seiner Haustür verschwand. Als Trost blieb ihm nur, dass die Versicherung den Wiederbeschaffungswert erstattete, und der lag deutlich höher.

Genau da findet sich die Ursache. Alte Porsches haben in den vergangenen Jahren eine exorbitante Preissteigerung erfahren. Wer vor zehn Jahren noch 25 000 bis 50 000 Euro für einen solchen Wagen bezahlt hat, bekommt heute dafür das Drei- bis Fünffache. Für manche seltenen Stücke – besonders leichte, besonders schnelle oder beides – wird mehr als eine Million Euro hingelegt. Kaum eine andere Geldanlage erbringt derzeit steuerfrei solche Wertzuwächse.

„Wir befürchten eine erneute Steigerung der Oldtimerdiebstähle in diesem Jahr“, sagt Carsten Möller, Geschäftsführer beim Versicherungsmakler OCC in Lübeck, der sich auf alte Karossen spezialisiert hat. Schon 2015 habe sich die Zahl der Diebstähle alter exklusiver Autos verdoppelt. Besonders beliebt sei der normale 911er bis etwa Baujahr 1991. Diese Autos lassen sich leicht knacken, sie haben in der Regel keine elektronischen Wegfahrsperren.

2015 wurden in Hamburg 29 solcher Wagen gestohlen, in diesem Jahr sind es bislang 7. In Berlin ermittelt die Polizei gegen eine Gruppe mutmaßlicher Autodiebe aus Polen, die es auf den beliebten luftgekühlten Sechszylinder abgesehen hat. In Nordrhein-Westfalen kamen in diesem Jahr bereits so viele Porsche-Oldtimer abhanden wie im gesamten Jahr 2014.

Besonders begehrt sei der Targa mit herausnehmbarem Dach. „Für solch ein Dach werden bis zu 25 000 Euro gezahlt“, sagt Möller. Der Versicherungsexperte vermutet, dass die meisten Wagen auf Bestellung geklaut werden. Ein gut erhaltener Motor kann bis zu 70 000 Euro bringen, Sitze, Lenkräder und Armaturen erzielen Höchstpreise. Ein Paar Original-Sonnenblenden aus Kunststoff, Siebzigerjahre, ohne Schminkspiegel, kostet rund 1200 Euro, 2000 Euro ein Tankdeckel aus Aluminium für einen Renn-Porsche.

Selbst Schrottkarossen werden im Internet noch für mehrere Tausend Dollar angeboten. Dafür gibt es eigentlich nur eine vernünftige Erklärung: Kriminelle Schrauber brauchen die Fahrzeugidentifizierungsnummer und den Kfz-Brief, um einem geklauten Porsche eine scheinbar legale Identität zu verpassen. So wird aus Schrott Gold.

Porsche-911-Treffen beim Oldtimer-Grand-Prix auf dem Nürburgring 2012

ERHARDT SZAKACS / PICTURE ALLIANCE / DPA

Und je mehr Fans auf diese Autos stehen, je höher das Prestige des Besitzers steigt, desto mehr Ganoven wittern das Geschäft ihres Lebens. Eingefleischte Porsche-Fahrer sind nervös. War man früher noch unter sich, treiben sich heute allerlei zwielichtige Typen auf Porsche-Treffen herum. Die Besitzer werden unruhig, wenn auf dem Rückweg ein Auto zu lange hinter ihnen herfährt oder fremde Menschen Fotos von ihren Lieblingen machen. Könnte das ein Dieb sein?

Manch Geschädigter wird den Verdacht nicht los, dass der Verkäufer oder ein Mitarbeiter seiner Werkstatt die Finger im Spiel hatte. Denn dort kennt man den Wagen und den Wohnort des Besitzers. Zwischen Kauf, Reparatur oder Begutachtung und Diebstahl liegen mitunter nur wenige Tage.

Überdies sind solche Werkstätten häufig Treffpunkt für Autofreaks, die Teile brauchen oder fachsimpeln wollen. Da kommen die nötigen Informationen schnell zusammen. Mitunter reicht ein Foto des Schlüssels, um ein funktionierendes Duplikat anzufertigen.

Für einige Sammler gerät das Hobby zu einer Leidenschaft, die kaum noch zu kontrollieren ist. Da verschwimmt auf der Suche nach dem richtigen Teil womöglich schon mal die Grenze zwischen legal und illegal, zwischen korrekt und kriminell, zumal bestimmte Teile eben Mangelware sind. Dass ihnen Polizei und Staatsanwaltschaft nur selten auf die Spur kommen, erleichtert das Geschäft.

Nachdem Stefan Cunzes roter Porsche 911 Turbo im Juli 2013 aus seiner Tiefgarage an der Hamburger Elbchaussee verschwunden war, wurde der Dieb ausnahmsweise geschnappt. Der gebürtige Montenegriner war mit einem Auto liegen geblieben und wurde von einer Polizeistreife kontrolliert. Die Beamten fanden Fotos vom geklauten Porsche auf seinem Handy, im Wagen diverse Kennzeichen und 9000 Euro Bargeld – ziemlich viel für einen Hartz-IV-Empfänger. Die Beamten nahmen den Mann vorübergehend in Gewahrsam.

Eine Woche später war er schon wieder unterwegs – und wurde erneut kontrolliert: Diesmal fuhr er einen Porsche, der auf eine Autowerkstatt zugelassen war, aber sein Initial im Kennzeichen trug. Auf dem Rücksitz lagen ein sogenannter Ziehfix, ein Spezialwerkzeug zum Autoknacken, und zwei Paar Handschuhe.

Auf seinem Handy entdeckte die Polizei später diverse Aufnahmen gestohlener Porsches samt dazugehörigen Schlüsseln. In den Tagen um den Diebstahl von Cunzes Porsche war das Telefon häufig in der Nähe bestimmter Werkstätten eingebucht; von dort wurden zahlreiche Telefonate geführt, unter anderem rund 120 Gespräche mit einem stadtbekannten Porsche-Monteur.

Als Cunze davon erfuhr, begann er selbst, Spuren zu verfolgen, die zu seinem Wagen führen könnten. So entdeckte er unter anderem auf einem Grundstück des Porsche-Mechanikers, der auch Rallyefahrer ist, diverse Porsche-Karossen, teilweise mit herausgetrennten Fahrzeugidentifizierungsnummern. Dabei fühlte er sich von den Ermittlungsbehörden, insbesondere der Staatsanwaltschaft, im Stich gelassen. „Meine Hinweise haben anscheinend niemanden interessiert“, sagt er.

Porsche-Dieb auf Radarfoto
Spezialwerkzeug zum Autoknacken

In Hamburg gestohlener 911er
Aus der Tiefgarage verschwunden

Vielleicht lag das auch daran, dass Kfz-Diebstahl ein Massendelikt ist. Im Schnitt werden jeden Tag allein in Hamburg sechs Autos gestohlen, Porsche-Klassiker machen lediglich einen winzigen Anteil aus. Hinzu kommt, dass 2013 nur solche Fälle von der Spezialdienststelle der Kripo bearbeitet wurden, bei denen die Autos mindestens 30 000 Euro wert und höchstens zwei Jahre alt waren. Erst seit Kurzem gilt der Zeitwert, „und der ist gerade bei alten Porsches oft um ein Vielfaches höher“, sagt Kriminalhauptkommissar Peter Klink. Der Ermittler geht davon aus, dass die geklauten Klassiker im Ausland ausgeschlachtet werden. Cunze glaubt dagegen an eine regionale Verwertung: „Hier sind Nachfrage und Preise am höchsten.“ Weil die meisten Fälle ungeklärt bleiben, fehlt für beide Thesen ein Beleg.

Immerhin stieß die Polizei auf einige Autos, die von dem Hamburger Porsche-Schrauber auf dubiose Weise zugelassen wurden. Mithilfe eines Diplomingenieurs der Dekra in Hamburg und eines Mitarbeiters der Zulassungsstelle Eutin soll er für diverse Porsches neue Kfz-Briefe organisiert haben. Dabei hatte, so die Ermittlungen der Polizei, der Dekra-Prüfer gar keine Gutachterlizenz und der Mann aus der Zulassungsstelle keine Zuständigkeit.

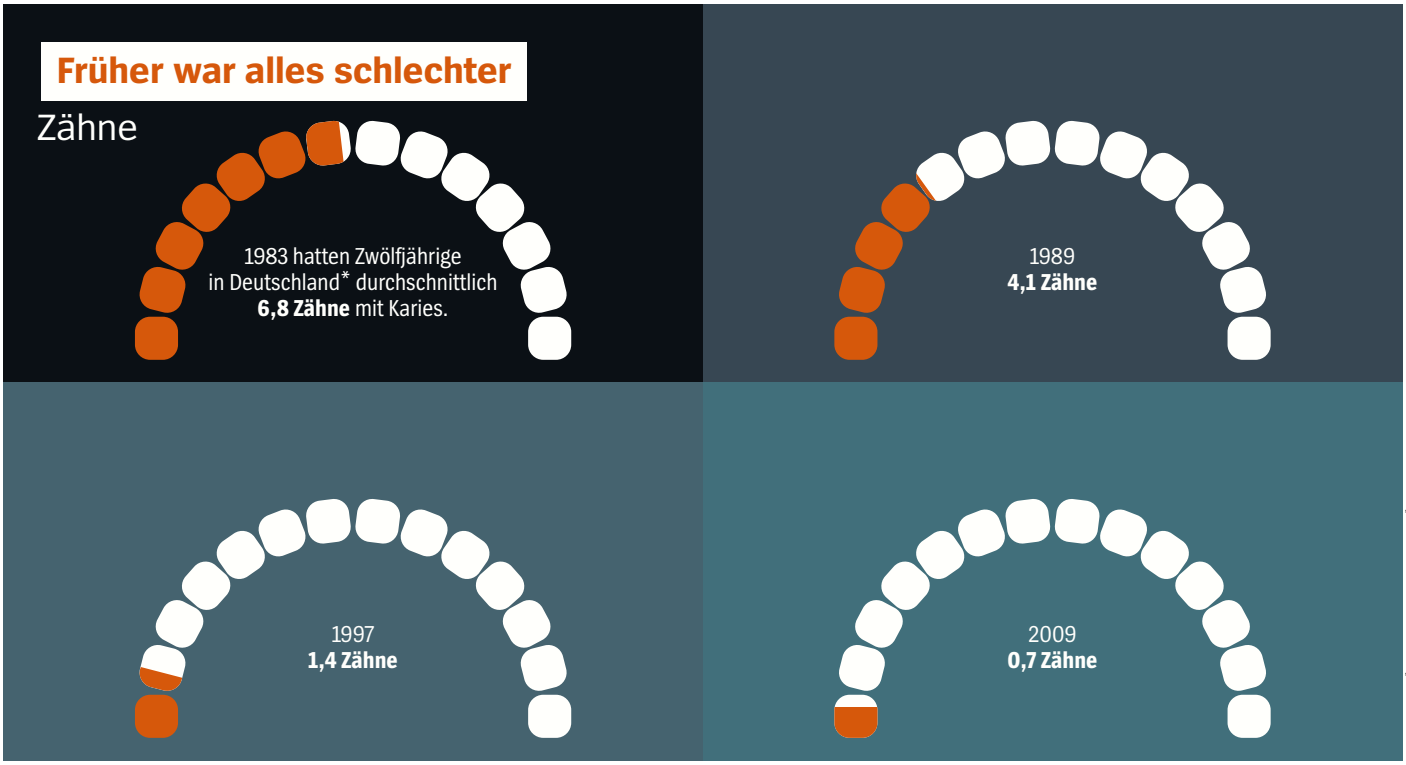
„Der Verdacht, dass er mit Diebstählen von Fahrzeugen zu tun haben könnte, wird erhärtet, da es ihm durch umgangene Kontrollmechanismen möglich war, gestohlene Fahrzeuge oder deren Teile zu verbauen“, heißt es in einem internen Kripobericht.

Cunze wirft der Staatsanwaltschaft vor, sie habe nur zögerlich ermittelt. Die Porsches mit den dubiosen Papieren würden weiter unbehelligt herumfahren. Erst nach zwei Jahren und mehreren Anfragen Cunzes bei der Staatsanwaltschaft stand der mutmaßliche Porsche-Dieb endlich vor Gericht. Das Amtsgericht verurteilte ihn lediglich zu einer Bewährungsstrafe von 17 Monaten, obwohl er die Aussage verweigerte und 27 Aliasnamen sowie 17 Vorstrafen im Register hat. Er befindet sich seit 2009 im Asylverfahren.

Empört schrieb Cunze an die Staatsanwaltschaft, den Ersten Bürgermeister und den Justizsenator – offenbar mit Erfolg. Kurz bevor das milde Urteil gegen den mutmaßlichen Dieb seines Porsche rechtskräftig wurde, legte die Staatsanwaltschaft wegen des Strafmaßes noch Berufung ein.

Aus Verzweiflung hat Cunze 50 000 Euro Belohnung für die Klärung des Falls und die Wiederbeschaffung seines Porsche ausgelobt – auf dem Geschädigtenportal GGP „für gestohlene und gefälschte klassische Porsche“.

Andreas Ulrich



Der Sieg gegen die Karies. Bis zur Jungsteinzeit, um 4500 vor Christus, kam der Mensch mit seinen Zähnen ganz gut zurecht, weil Nahrung und Beißwerkzeug noch harmonierten; fasrige Pflanzen und Fleisch tun dem Zahnschmelz nichts. Dann, durch die Erfindung des Getreideanbaus und den gesteigerten Konsum von Kohlehydraten, eilten wir quasi der Evolution davon – ein Zuckerschock, den die Zähne bis heute nicht überwunden haben. Ein paar Tausend Jahre lang lebte der Mensch, das Tier mit den schlechtesten Zähnen, so gut wie wehrlos mit der Karies, auch Zahnfäule genannt. Verbürgt ist, dass George Washington zur Zeit seines Amtsantritts als erster Präsident der USA nur noch einen einzigen Zahn besaß und sich mit einer Prothese aus Flusspferd- und Menschenzähnen behelfen musste. Meilensteine auf dem Weg zur modernen Zahnmedizin waren etwa Porzellan als Zahnersatz (1808), Amalgam als Füllmaterial (1826), Fluorpastillen zur Prophylaxe, Röntgenverfahren (1895), örtliche Betäubung, luftgetriebene Turbinenbohrer (1952) sowie Kronen- und Brückentechnik. Die Fortschritte der jüngeren Vergangenheit in Deutschland zeigt die Darstellung der durchschnittlichen Anzahl von „Zähnen mit Karieserfahrung“ der Bundeszahnärztekammer: Waren 1983 noch 6,8 Zähne jedes Zwölfjährigen betroffen (erkrankte, entfernte oder gefüllte Zähne), so sind es 2009 nur noch 0,7.

Mail: guido.mingels@spiegel.de

Familie

Wieso sind unsere Kinder Nesthocker, Herr Thiel?

Michael Thiel, 56, Kinder- und Jugendpsychologe aus Hamburg, über Wohnen im „Hotel Mama“

SPIEGEL: 1972 lebten rund 20 Prozent der 25-Jährigen noch bei den Eltern, nun sind es etwa 30 Prozent. Warum?
Thiel: Eine eigene Wohnung ist teuer. Statt das Lehrlingsgehalt in den Luxus der Unabhängigkeit zu investieren, genießen die Kinder lieber Muttis Vollpension. Ist bequemer so. Wer heute studiert, will schnell Karriere machen, aber nicht abends kellnern, um die eigene Bude zu finanzieren. Und was macht Vati? Sponsert das Auto. Vor allem junge Männer haben nicht mehr das Bedürfnis zu sagen: Die Alten gehen mir auf den Geist, ich muss hier raus!
SPIEGEL: Sondern?
Thiel: Die denken: Läuft doch. Es gibt Nesthocker, die Verantwortung für das eigene Leben aus Angst ablehnen. Andere sind so gerissen, die dressieren ihre Eltern: Mutti putzt und kocht, Vati mäht den Rasen, der Sohn genießt.
SPIEGEL: Die Eltern haben Schuld?
Thiel: Sie erziehen ihr Kind nicht so, dass es ohne sie zurechtkommt. Sie setzen ihm keine Grenzen, wollen seine besten Freunde sein. Das ist doppelt problematisch.
SPIEGEL: Warum?
Thiel: Wer sein Leben so lange dem Kind widmet, kann in ein tiefes Loch fallen, wenn es irgendwann doch auszieht. Wer es nicht geschafft hat, eigene Hobbys zu pflegen, wer keine andere Leidenschaft hat als das Kind, der kann schwer loslassen. Die Eltern sind plötzlich ein älteres Paar, das sich kaum noch etwas zu erzählen hat.
SPIEGEL: Wieso ziehen Töchter viel früher aus als Söhne?
Thiel: Töchter haben oft weniger Freiheiten, das kann die Motivation erhöhen, das Weite zu suchen. Sie helfen häufiger im Haushalt und sind daher selbstständiger.
SPIEGEL: Sind Nesthocker bindungsunfähig?
Thiel: Viele Nesthocker sagen: Ich ziehe erst aus, wenn ich eine Freundin habe, die ist wie Mama. Sie sind für Frauen aber nicht so attraktiv, weil sie ein großes Lebensdefizit aufweisen. Und wenn sie dann eine Frau kennenlernen, müssen sie die mit in ihr Kinderzimmer nehmen – das ist doch schrecklich. mag

ALAMY / MAURITIUS IMAGES

Amsel mit Nachwuchs

Unter dem Gras

Eine Meldung und ihre Geschichte *Wie ein Brite in seinem Garten auf das Ende der römischen Zivilisation stieß*

Anno 43 nach Christus: Die Römer überquerten den Ärmelkanal mit vier Legionen. Die Soldaten, so heißt es bei den Geschichtsschreibern, eroberten rasch große Teile der Insel, und es scheint so, als hätten die Einheimischen den Zivilisationsschub mit britischer Höflichkeit hingenommen. Schon einige Jahrzehnte später nämlich sprachen die britischen Eliten Latein und besuchten in neu errichteten Städten Badehäuser und Amphitheater. Familien aus der römischen Oberschicht ließen sich auf dem Land Villen errichten und verzierten diese mit Fresken und Mosaiken. Eine davon, besonders prachtvoll, wurde gut 150 Kilometer westlich von Londinium erbaut, und der damalige Besitzer des Hauses konnte nicht ahnen, dass irgendwann, fast 2000 Jahre später, ein englischer Teppichdesigner in dessen Obergeschoss einziehen würde, sozusagen.

Anno 2015 nach Christus, ein Tag im Februar: Luke Irwin folgte einem Handwerker in seinen Garten in Brixton Deverill, einer Ansammlung gedrungener Häuser, 83 Einwohner. Gemeinsam blickten sie in ein 50 Zentimeter tiefes Loch.

„Da ist irgendwas da unten“, sagte der Mann.

Irwin, 48, hatte den Handwerker gebeten, ein Stromkabel zu verlegen, von seiner Garage bis zu einer Scheune aus roten Backsteinen. Der Mann war in einem halben Meter Tiefe auf etwas Hartes gestoßen. Er fragte Irwin, was er tun solle. Ein Stromkabel müsse mindestens in einem Meter Tiefe verlaufen, Vorschrift.

Irwin schüttete einen Eimer Wasser in die Grube und fegte mit einem Handbesen den Dreck weg. Da sah er das Mosaik: kleine Würfel aus Sandstein, Schiefer und Terrakotta, makellos in einem Muster angeordnet. Die Steine funkelten rötlich und schwarz in der Sonne.

Ein Jahr später, im April 2016, steht Luke Irwin in seiner Scheune und erzählt von seinem Fund. Er trägt eine modische Brille, sein Haar ist zerstrubbelt; er passt besser in seine Londoner Teppichgalerie als nach Brixton Deverill. Dort, in der Hauptstadt, verkauft er handgeknüpfte Teppiche. Edelware.

„Mir war sofort klar, dass das Mosaik aus der Zeit der Römer stammt“, sagt er. Als Kind hatten ihm seine Eltern in Pompeji die freigelegten Bodenmuster gezeigt, die die Vesuv-Asche einst unter sich begraben hatte.

An jenem Februartag stieg Irwin einen halben Meter hinunter in die Vergangenheit und stellte sich auf den Steinboden. „Ich habe gedacht: Über diese Steine sind einmal Menschen geschritten. Menschen, die liebten und hassten, die das Schöne begehrten und das Hässliche verschmähten. Menschen wie ich.“ Irwin fragte sich, welche Geschichten von Aufstieg und Fall sich hier abgespielt haben könnten, unter seinem Haus.

Am nächsten Morgen reiste die Chefarchäologin der Grafschaft Wiltshire an. Sie brachte eine Kamera mit, ein Maßband und eine Assistentin und katalogisierte den Fund. Kurz darauf gruben Archäologen des Instituts Historic England in seinem Garten sechs Löcher, legten Mauern frei, Feuerstellen und fanden einen getöpferten Krug. Auf dem Grundstück, so ergaben ihre Untersuchungen, stand einst eine römische Villa, gebaut zwischen 175 und 220 nach Christus, mit mindestens 20 Zimmern. 20 Zimmer, allein im Erdgeschoss! Der leitende Archäologe sagte, in der Villa hätte einmal eine wohlhabende Familie gewohnt.

Im „Guardian“ stand: Ein unglaublicher Fund!

Der „Telegraph“ schrieb: Eine beispiellose Entdeckung!

Der Oberbefehlshaber Magnus Maximus führte seine Truppen im Jahr 383 zurück aufs Festland. Sie hatten ihn in Britannien zu ihrem Kaiser erhoben, nun griff er im Westen des Römischen Reiches nach der Macht. Die Insel hinterließ er weitgehend ohne Schutz. Die zurückgelassenen Truppen versuchten, die Macht zu sichern, scheiterten, und Britannien fiel den Angelsachsen zum Opfer. Die nächsten Jahrhunderte werden gern „Dark Ages“, das dunkle Zeitalter, genannt, in dem die römischen Städte zerfielen und die Menschen das Latein verlernten. Unter dem Boden des Teppichdesigners Luke Irwin breitete sich eine kulturelle Wüste aus.

LUKEIRWIN.COM

AERIAL FILMING SERVICES

Irwin, Grabungen

Sensationsfund in Großbritannien

18. April 2016 17:13 Uhr

Mann entdeckt römische Villa in seinem Garten

Eigentlich wollte er nur ein Stromkabel verlegen: Ein Brite hat in seinem Garten die Überreste einer römischen Villa entdeckt. Sie stammt vermutlich aus dem zweiten Jahrhundert - und ist in einem sensationell guten Zustand.

Von der Website Stern.de

Irwin zeigt, was die Ausgrabung zutage gefördert hat. Es liegt auf einem langen Tisch in seiner Scheune: Mosaiksteine, Austernschalen und das abgebrochene Rohr einer antiken Heizung. „Die ließen sich gezüchtete Austern liefern und heizten ihre Fußböden“, sagt Irwin. Später, darauf weisen verkohlte Stellen hin, hausten in der Villa Vagabunden, die offene Feuer machten, genau dort, wo kurz zuvor Menschen noch Delikatessen kredenzten.

Irwin hat der Entdeckung eine eigene Teppichserie gewidmet, „The Mosaic Collection“, inspiriert von den römischen Mustern. Teppiche, sagt Irwin, „sind ja nichts anderes als die Mosaiken unserer Zeit“.

Die Grabungen ruhen seit bald einem Jahr. Der leitende Archäologe sagt, er würde gern weitermachen, die Villa könnte helfen, Licht ins Dunkel der britischen Dark Ages zu werfen. Doch nichts passiert. Es fehlt das Geld. Luke Irwin, an einer Zigarette ziehend, sagt, das sei ihm nicht unrecht. Die Grabungen, einmal ernsthaft begonnen, könnten Jahre dauern, und er möchte keine Sehenswürdigkeit in seinem Garten haben. Bei aller Liebe zu dem Schatz unter seinen Füßen, Irwin mag die Ruhe. Ihm gefällt der Gesang der Amseln und das Plätschern des Baches hinter seinem Haus.

Die Gräben sind erst einmal zugeschüttet. Die römische Villa von Brixton Deverill liegt wieder unter einer Wiese, auf der vier Schafe laufen.

Martin Schlak

Flur im BAMF in Nürnberg: Ministerium für außen und innen und alles, was dazwischenliegt

Amt und Würde

Reformen Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entscheidet über das Schicksal von einer Million Flüchtlingen – und vielleicht auch über das der Kanzlerin. Nun wird es zur Hochleistungsbehörde umgebaut. *Von Alexander Smoltczyk und Wolf Wiedmann-Schmidt*

ESPEN EICHHÖFER / DER SPIEGEL

BAMF. Das klingt, als würde im Comic ein Superheld zuschlagen: BAMF! Ein dumpfer Schlag dahin, wo's richtig wehtut. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Vor einem Jahr noch kaum ein Begriff. Dann kamen – BAMF! – über eine Million Migranten und Flüchtlinge ins Land, und jetzt hängen am Funktionieren dieses Amtes Schicksale, unter anderem: das Schicksal der Kanzlerin.

In seine Pförtnerloge hat sich Albert Adloff Fotos von Frank-Jürgen Weise und Georg Thiel gepinnt. Diese Herren sind neu hier, die meisten anderen kennt Adloff mit Vor- und Zunamen. Da ist die imposante Dame mit der schweren Bobfrisur, seit über 30 Jahren im Amt und hier nur „die Gräfin" genannt. Da sind die drei von der Personalvertretung und der Inder von der IT und die zarte Frau Zips aus der Bibliothek. Wenn einer seinen Dienstausweis vergessen hat, öffnet Albert Adloff die Pforte. Er macht das, was hier alle machen: Er entscheidet über rein und raus.

Neulich sei ein Flüchtling gekommen, was denn nun mit seinem Antrag sei. Da musste Albert Adloff lachen. Flüchtlinge kommen nicht durch seine Schranke.

Nach Dienstschluss schreibt Adloff, unter falschem Namen, Fantasyromane mit Titeln wie „Blutende Erde" oder „Geweihtes Blut". „Das BAMF ist schon ein besonderer Arbeitsplatz", sagt der Mann an der Pforte.

Hinter der Loge erhebt sich das Amt wie eine Festung. Tausend Räume, 90 000 Quadratmeter auf drei Geschossen. Das BAMF. Ziegelmauer mit Sandsteinkanten. Es ist ein sehr mächtiger Rest NS-Geschichte am Rande des Reichsparteitagsgeländes, der an der Frankenstraße in Nürnberg-Hasenbuck steht. Eigentlich als SS-Kaserne gebaut, in aller Hast, weil Hitler drängelte und sich in die Planung einmischte. Dennoch wurde alles kurz vor Kriegsbeginn fertig, mit Hakenkreuzmosaiken und Marmorfluren, lang wie Landepisten: „Triumph des Willens" hieß es damals. Wir schaffen das.

Ein deutsches Amt kommt mit allem zurecht, auch mit dem Ausnahmezustand, wenn der dienstrechtlich geregelt ist. Aber das war er hier nicht. „Es gab kein Lagezentrum, das rund um die Uhr Informationen aus dem Feld aufnahm. Und keine Verfahrensabläufe, die regeln, wie die Informationen an die richtigen Stellen kommen", sagt Georg Thiel, seit Kurzem stellvertretender Leiter des Amtes.

Thiel sieht nicht mehr so frisch aus wie auf dem Foto in der Pförtnerloge. Schwer pendelt sein Kopf vor der Brust. Thiel war beim Zivilschutz und beim Technischen Hilfswerk, jeweils in leitender Funktion. Als Referent im Innenministerium hat er die Asylbewerberkrise Anfang der Neunziger mitbewältigt. Der Mann hat eine Schwäche für Katastrophen.

„Als ich am 1. Oktober zum BAMF geholt wurde, kannte ich manches schon von früher", sagt Thiel. Die Führungsstruktur, die IT, alles sei noch wie vor 25 Jahren. Nur die Zeiten nicht.

Es war der Sommer, als in Deutschland die Hydraulik herrschte. Von Strömen, Schwemmen und Fluten war die Rede, von Deichen und Lecks. Im BAMF liefen die Ablagen voll. Täglich kamen 10 000 Flüchtlinge über die Grenzen, mehr als sich vorschriftsmäßig registrieren ließen. Kosovaren, Eritreer, Syrer, Afghanen, alles durcheinander.

„Wir fanden im BAMF sehr engagierte Mitarbeiter, die mit untauglichen Mitteln gegen immer größere Berge vor der Tür arbeiten mussten. Es gab kein Aktenmanagement. Kein Controlling. Das führte zu völliger Überlastung, Frustration und dem Gefühl, draußen nicht verstanden zu werden. Wir mussten die Zentren in Passau und Rosenheim über Nacht hochziehen. Diese Agilität ist für eine auf Zuständigkeiten gepolte Behörde, ich sag mal: ungewohnt", sagt er. Im BAMF nennt man Thiel „Dr. Wahnsinn".

An diesem Tag, einem Dienstag, wird sich Georg Thiel mit der Außenstelle Gießen beschäftigen (aus Versehen vier Wochen zu spät besetzt), mit dem Fall Glückstadt (noch ohne Führungskräfte) und dem Zustellzentrum in Bonn (IT-Absturz). Er muss die Innenminister der Länder anschreiben, um an verlegte Adressen von Asylbewerbern heranzukommen, und dann ist da der Landrat in Ostwestfalen, der 2600 registrierte Flüchtlinge hat, bereit zur Antragstellung, aber der Leiter der Außenstelle macht nur 800 pro Woche und will die Schlagzahl nicht erhöhen.

Als nach dem Krieg Nürnberg in Trümmern lag, hatte die SS-Kaserne nur ein paar Kratzer abbekommen. Befreite ausländische Zwangsarbeiter zogen ein, ins heutige BAMF-Gebäude, Deportierte, vom Krieg Entwurzelte. Die Amerikaner hatten als Erstes den Nazi-Adler überm Tor zerschossen und brachten im Kalten Krieg ihr 2. Panzeraufklärungsregiment in dem Gebäude unter, schon damals mit dem Auftrag, die Grenzen zu sichern. Der Faden der Geschichte ist manchmal ziemlich verknotet.

Das BAMF versucht erst gar nicht, die Geschichte des Ortes zu verstecken. Ins Parkett des Konferenzsaals ist eine Öffnung geschnitten, um die Hakenkreuz-Mosaike zu zeigen. Die Marmortreppen sind die alten, die mattschimmernden Dienstflure, auf denen jedes Husten, jedes Absatzklacken nachhallt, die indirekte Beleuchtung, das Labyrinth der Gänge, in dem sich Neulinge auch nach Monaten noch verirren – man glaubt, durch einen Visconti-Film über die Nazizeit zu laufen. Ein Eindruck, der sich verstärkt, wenn aus den Büros plötzlich eilig Offiziere in „Flecktarn B"-Gefechtskleidung auftauchen, Leihgaben des Verteidigungsministeriums für den Asylnotstand. Das Lagezentrum unterm Dach leitet der Oberstleutnant einer Panzerdivision.

Auf den Marmorfluren des Bundesamts für Migranten und Flüchtlinge begegnet man allem, nur keinem Migranten und Flüchtling. Denn das hier ist die Zentrale, das Stammhirn der mehr als hundert Liegenschaften zwischen Rendsburg und Rosenheim, all jener „Außenstellen", „Ankunftzentren", „Bearbeitungsstraßen", „Warteräume", „Entscheidungszentren".

Das BAMF ist das Amt für Menschen, die nach Deutschland wollen oder müs-

Pförtner Adloff

ESPEN EICHHÖFER / DER SPIEGEL

Abteilungspräsidentin Praschma, genannt „die Gräfin“

ESPEN EICHHÖFER / DER SPIEGEL

sen. In den tausend Räumen der Zentrale liegt die Zuständigkeit für Asyl, Flüchtlinge, Integration, Immigration und Radikalisierung. Ein Ministerium für außen und innen und alles, was dazwischenliegt.

Von hier aus werden die mobilen Teams auf Lesbos koordiniert. Unterm Dach findet sich das Ausländerzentralregister, im Erdgeschoss wird die Deutsche Islam Konferenz organisiert, und im Keller ruhen, in Zigtausenden blauen Hängeordnern, die Asylanträge.

Urkunden und Pässe werden in Raum 1501 physikalisch-technisch geprüft. Es gibt das Referat 313 für jüdische Zuwanderung, ein Büro für Länderanalysen, ein anderes für die Koordination der Dolmetscherdienste. Mitten auf dem Gang ein Schild: „Basisschulung Sonderbeauftragte unbegleitete Minderjährige“, in den Blumenkübeln der Hinweis: „Pflege erfolgt über Fachfirma“. Im Raum 1638 sitzt Frau Baumann, eine studierte Anglistin, in der Hotline „Arbeiten und Leben in Deutschland“ und erklärt einem Informatiker aus Kasachstan, wie sein Abschluss anerkannt wird: „... Sie gehen auf die Website anabin.kmk.org ... dann Schrägstrich ... Ja? ... Super!“

Von Zeit zu Zeit schaut Baumann auf die Wand vor sich. Dort hängen Fotos, schottische Landschaften.

Die heroischen Bürosprüche an den Türen, die fröhlichen Plakate vom Multi-Kulti-Miteinander – das wirkt in den Marmorgängen wie der Versuch, diesen Mauern ihren Geist auszutreiben. Bei der Führung durchs Gebäude fiel der Satz: „Man kann unsere Arbeit durchaus als Heilung von dunkler Zeit verstehen.“ Vielleicht ist das ganze BAMF ein Exorzismus.

Kurz nach seiner Ernennung zum Leiter dieser Behörde, im September 2015, stand Frank-Jürgen Weise im Torhaus und stellte sich den Mitarbeitern vor. An der Decke über ihm ein Mosaik mit zwei brennenden Fackeln. Das passte zu seiner neuen Doppelfunktion als Chef des BAMF und der Bundesagentur für Arbeit, auch in Nürnberg, nur die Straße hinunter.

Er sei kein Mann für „Blut, Schweiß und Tränen“-Reden, sagt Weise. „Sinngemäß habe ich damals gesagt: Es läuft nicht gut, das ist objektiv so.“ Die Reaktion der Mitarbeiter darauf beschreibt er heute als „eher neutral“.

Für Gerhard Schröder hat Weise die Arbeitsvermittlung umorganisiert und geholfen, aus einer Anstalt eine Agentur zu machen. Das war ein Schlüsselprojekt von Schröders Kanzlerschaft.

Für dessen Nachfolgerin hat der Umbau des BAMF eine vergleichbare Bedeutung. Deswegen machte sie Frank-Jürgen Weise das Jobangebot.

Weise ist CDU-Mitglied und Reserveoffizier. Er hat als Manager genug verdient und brauchte keinen Nebenjob. Zumal er beim BAMF auch nicht bezahlt wird. „Ich habe auch zugesagt, weil ich es beschämend für Deutschland fand, dass hier Menschen doppelt oder gar nicht registriert sind“, sagt er.

Weise erinnert sich, wie er im Sommer beim BAMF nachgefragt hatte, wer denn da gerade mit welcher Qualifikation so zahlreich ins Land komme: „Ich habe ins Nichts gefasst.“ Niemand wusste, wer wo seit wann im Land war.

Viele Asylentscheidungen waren bereits fertig, konnten aber nicht zugestellt werden, weil Adressen fehlten. Die waren in anderen Bundesländern gespeichert, schlummerten in anderen Dateien. So blieben die Bescheide im Postkorb liegen.

Aus der Behörde soll – BAMF! – eine leistungsstarke, effiziente Agentur werden. Der gleiche Turnaround wie beim Exarbeitsamt gegenüber, nur, wie Weise sagt, „aus einem Mangel heraus, nicht als planmäßiges Vorgehen“. Und alles innerhalb von wenigen Monaten.

Bürokratien reformieren sich nur, wenn es nicht mehr anders geht. Aber irgendwie geht es ja immer. Das BAMF hatte jahrelang kaum Neueinstellungen machen dürfen. Immer wieder ist auf die veraltete IT hingewiesen worden. Aber es ist Haushältern schwer beizubringen, weshalb es mit der neuen Software nicht bis zum nächsten Haushalt warten kann.

Weise gibt zu, dass der Druck zuvor natürlich nicht so stark gewesen sei: „Aber in ruhigen Zeiten muss man angespannt sein, damit man in angespannten Zeiten ruhig bleiben kann. Hier hat man das Gegenteil erlebt.“

Das sei nicht die Schuld der Mitarbeiter. „Es ist die vornehmste Pflicht der Führungskräfte, dafür zu sorgen, dass sich die Leistung der Beschäftigten auch in Erfolg niederschlägt.“

Die alte Führung wusste, was da jenseits der Grenzen auf das BAMF zukam.

„Zu Friedenszeiten“, sagen sie in den Büros, wenn von früher die Rede ist.

Bibliothekarin Zips

ESPEN EICHHÖFER / DER SPIEGEL

Leiter Weise

ESPEN EICHHÖFER / DER SPIEGEL

Jeden Monat wurden die anlaufenden Rückstände beim Innenministerium gemeldet, deutlich mehr Personal wurde angefordert. Vergebens. Nur an die Arbeitsprozesse traute sich niemand heran. Für Weise war das der Fehler: „Für neues Personal war das Computersystem gar nicht ausgelegt. Als Erstes haben wir die IT im BAMF abgeschaltet und bei uns in der Bundesanstalt angeschaltet."

Im Torhaus, der Eingangshalle des Amtes, hängt ein Zettel. Auch Weise muss ihn sehen, jedes Mal, wenn er das Haus betritt. Auf dem Zettel ist ein Diagramm zu sehen. Aus ihm ergibt sich die „EASY-Gap", derzeit so etwas wie der Fluch des Amtes. Die EASY-Gap ist die Differenz zwischen der Zahl der im Computersystem EASY registrierten Flüchtlinge und der Zahl der tatsächlich angenommenen Asylanträge.

Die EASY-Gap ist wie ein Limbo, ein Zwischenreich, aus dem sich die armen Seelen nach und nach vor den Schreibtischen melden. Und je besser die Außenstellen arbeiten, desto mehr Flüchtlinge bekommen einen Termin. Deswegen ist, trotz sinkender Flüchtlingszahlen, trotz aller Reformen, die Zahl der offenen Anträge nicht gesunken. Im Gegenteil.

Das muss einem Politiker in Berlin oder Düsseldorf erst mal klargemacht werden. Bis Jahresende will Weise noch im Amt bleiben. Bis dahin, so hat er versprochen, soll eine Million Asylanträge abgearbeitet sein. Eine Million, das wären 400 000 Anträge aus dem Rückstau, 300 000 aus der EASY-Gap und 300 000 neue Flüchtlinge. Mehr dürften es nicht sein.

Bitte nicht.

Worum es eigentlich ging, vergangenen Spätsommer, als er nach Berlin bestellt wurde, das sagt Frank-Jürgen Weise eher beiläufig: „Meine Zielsetzung war, wir lassen es nicht zu, ins Wahljahr mit Bildern von Zuständen zu gehen, die nach Überflutung, Unordnung und fehlender Rechtmäßigkeit aussehen und manchen in die Hände spielen."

Das Amt lebt also in einer doppelten Überforderung. Es muss (a) eine Massenflucht in verwaltungstechnische Bahnen bringen. Aber weil das nicht ganz einfach ist, wird das BAMF auch (b) für alles in Haftung genommen, was so schiefläuft im Land. Brandanschläge und Pegida, AfD-Erfolge, besetzte Turnhallen und Antänzer in der Silvesternacht.

Das erklärt manch bitteren Ton und gibt auch jener Sottise ihren Sinn, ausgehängt an einer Bürotür im zweiten Stock: „Die ganze Welt ist ein Irrenhaus, aber hier ist die Zentrale."

„Wir stehen im Feuer", sagt Dirk van Führen, ein Veteran, seit 1989 im BAMF. „Wertgeschätzt werden wir jedenfalls nicht. Das schmerzt natürlich, wenn man Überstunden im dreistelligen Bereich stehen hat. Dennoch, wir arbeiten an der Aufgabe, und das muss man sich in solchen Momenten immer wieder sagen."

Es gibt einen Ausdruck im Amt für die Zeit, als Dienst noch Dienst war und kein Heilsauftrag: „Zu Friedenszeiten", sagen sie in den Büros, wenn von früher die Rede ist.

In der Kantine gibt es „Currywurst mit pikanter Soße". Wie jeden Dienstag. Das war zu Friedenszeiten so, das ist jetzt so. Dienstag ist Currywursttag.

Der Eckstein von Frank-Jürgen Weises Reform liegt auf dem Schreibtisch von Katja Wilken-Klein, im dritten Stock. Es ist eine Zeichnung: „Der Sollprozess im Ankunftszentrum". Man sieht einen aufgeschnittenen Raum, Männchen, Stühle, Bildschirme, Pfeile weisen hinein und auf der anderen Seite wieder hinaus.

So sieht „Integriertes Flüchtlingsmanagement" aus. Katja Wilken-Klein hat es sich ausgedacht. Wenn sie von „stabilem Hochlauf", von „Controlling" und „Zugängen pro Tag" spricht, lebhaft und leicht angestrengt, hat sie eine gewisse Ähnlichkeit mit der Schauspielerin Claire Danes aus der „Homeland"-Serie. Auch Wilken-Klein ist von der Bundesagentur herübergekommen, wie Weise, wie viele andere.

„Wir hatten Arbeitsprozesse wie in einer Manufaktur", sagt Wilken-Klein. „Es war unvorstellbar, was allein an Postzustellung lief. Dienstsiegel, Zustellungsurkunden, Kuvertierung, Postbuch: alles händisch bearbeitet. Jedes Dokument von Hand gescannt."

Die neuen Ankunftszentren sollen bis Sommer arbeiten, 20 sind bereits in Betrieb. Der Prozess ist durchgetaktet. Arbeitsteilig. Ingenieursmäßig. Eine Maschine, kein Manufakt.

Module können aneinandergesetzt werden, für Registrierung, ärztliche Untersuchung, Anhörung und letztlich Bescheiderstellung. Alles an einem Ort. Plus Schnittstelle zur Arbeitsagentur.

„Beschleunigtes Asylverfahren heißt aber nicht, dass schneller geprüft wird. Wir nehmen nur die Warte- und Liegezeiten heraus." Die Pässe etwa werden nicht mehr herumgeschickt, sondern gleich vor Ort untersucht. Dolmetscher sollen per Skype zugeschaltet werden können.

Der Plan ist bis in die Quadratmeterzahlen ausgearbeitet. Es sind Raumtypen aufgelistet (Typ „Warteraum"), es gibt Handreichungen zur Kommunikation und den Hinweis: „Für den Fall unerwarteter Komplikationen (z. B. kurzfristige Änderungen bei der Zuführung oder Abholung von Asylbewerbern) sind Eskalationswege zu definieren, die eine schnelle Umsteuerung ermöglichen."

„Wir clustern die Fälle in A, B, C, D, von einfach bis komplex", sagt Wilken-

Das BAMF ist allzuständig, allgegenwärtig und schuld an allem sowieso.

Klein. Syrien ist einfach. Ein Erwartungswert von 60 Minuten für die Anhörung. Komplexere Fälle können doppelt, dreifach so lange dauern.

„Durch die Cluster können wir die neuen Mitarbeiter an einfache Fälle heranführen, die Wertschöpfung bringen. Das erfahrenere Personal kann sich auf komplexere Fälle konzentrieren."

Sie hat „Wertschöpfung" gesagt.

Ebenerdig, am äußersten Ende des Ostflügels, hat die Personalvertretung ihren Sitz, Siegfried Dachs, Gernot Hüter und Rudolf Scheinost. Die drei sitzen nebeneinander, Dachs und Scheinost halten die Arme vor der Brust verschränkt. Hüter sagt, es sei ihm wichtig, etwas zu betonen: „Ich sitze hier jetzt nicht als Personalrat, sondern vor allem als Gesamtschwerbehindertenvertreter."

Es ist kein Geheimnis, dass die Personalräte Frank-Jürgen Weises Umbauplan als unangemessen verstehen. „Wir entscheiden hier über Menschenschicksale! Meinen Sie, da reichen drei Wochen Schulung aus?"

Manche Crashkurse für neue Mitarbeiter dauern 15 bis 25 Tage. Früher dauerte die Ausbildung von Asylentscheidern drei bis vier Monate.

„Konkreter Fall", sagt Dachs. „In einer Außenstelle arbeiten 3 Alteingesessene und 49 Neue. Wie soll das funktionieren?"

Der Personalrat hat sich gegen ein Schnelleinstellungsverfahren gestellt, weil dadurch seine Beteiligungsrechte missachtet würden. Es laufen vier Klagen beim Verwaltungsgericht Ansbach gegen die neue BAMF-Führung.

„Cluster". „Fallzahlen". Scheinost betont jede Silbe. Das ist eine andere Welt. Keine bessere.

Es gibt im Amt grundsätzliche Vorbehalte gegen Weises Managementmethoden, die strengen Zielvorgaben, seine Orientierung an Zahlen. Auf einer Personalversammlung war von „Fließband"-Rekrutierungen die Rede.

Als in den Außenstellen die Luft brannte, erinnerte die Personalvertretung an Qualitätssicherung und Gesundheitsprävention. Sie wehrte sich gegen Wochenend- und Schichtdienste. Bei der letzten Personalratswahl gewannen die „Neue Basis" und die Liste „Frontal" – „Aufbruch BAMF" landete hinten. „Die Mitarbeiter werden nicht mitgenommen, sie werden überrollt", sagt Scheinost. „Alles haben wir durch Zufall erfahren. Erst seit Kurzem wächst erkennbar guter Wille", sagt Hüter.

„Muss man zugeben." Sagt Dachs.

„Fairerweise." Sagt Hüter.

Manche BAMFler befürchten eine feindliche Übernahme durch die Bundesagentur für Arbeit, eine Megabehörde mit bundesweit rund 100 000 Mitarbeitern. Aus manchen Büros kann man sie sehen, keine 1500 Meter. Auf einige im Amt wirkt der Bau mit seinen 17 Stockwerken so bedrohlich wie das Auge von Sauron aus „Der Herr der Ringe".

Das „Geschwisterchen in Nürnberg" hatte Weise das BAMF genannt, damals, bevor er es richtig kennenlernte.

Es ist wie ein Menetekel, wenn morgens die „Mackis" durch die Gänge eilen, die externen Berater von McKinsey und Roland Berger, ihre Rollkoffer hinter sich, leicht vornübergebeugt, paarweise meist und in der Kantine ganz für sich allein.

Es geht auch um Ängste. Da sind jetzt viele neue Gesichter im Haus, Leute, die ratlos auf den Fluren stehen, weil sie sich verlaufen in der Zentrale.

Aus den Ämtern und Dienststellen des Landes haben sich Helfer gemeldet. Hunderte. Zollbeamte, Postler, die Sprecherin der Minijob-Zentrale Dortmund, Stabsoffiziere, 250 Mitarbeiter von der Telekom („Telekom hilft Flüchtlingen"), Logistiker von der Arbeitsagentur. Alle sind erst mal für ein halbes Jahr ausgeliehen worden, hören Flüchtlinge an, tragen den Postberg ab, helfen bei der IT.

Es hat eine stille Mobilisierung gegeben, über alle Tarif- und Altersgruppen hinweg. „Das ist einmalig", sagt Hans-Christian Witthauer, der mit Weise kam, um neues Personal zu rekrutieren, „vergleichbar mit der Wiedervereinigung."

Auf dem Flipchart vor ihm steht blau die Zahl 7300. Auf so viele Mitarbeiter soll das BAMF anwachsen. Daneben in Grün der Iststand April: 4812.

Witthauer ist Maschinenbauingenieur. Und er ist in Verzug. Und damit das ganze Projekt. Er muss nun wöchentlich bis zu 600 neue BAMFler rekrutieren, also aus einem Berg von 73 000 Bewerbungen herausfiltern. Jetzt werden auch angehende Juristen geholt, die gerade mit dem Studium fertig sind, und Anwälte, die unausgelastet sind. Da gibt es Pannen. Mehrere Dutzend Neue mussten in der Probezeit wieder entlassen werden, manche hatten sogar einen Eintrag im Führungszeugnis.

„Man kann einen Führerschein in acht Wochen machen, zur Not schafft man es aber auch in einer Woche", sagt Witthauer. „In beiden Fällen können Sie sich auf der Straße bewegen."

Dachs, Hüter und Scheinost würden jetzt zusammenzucken.

Es ist eben ein ständiges Balancieren zwischen Effizienz und Gründlichkeit, zwischen modernem Asylmanagement und einem alten Grundrecht. Zwischen Amt und Würde.

Es muss schneller gehen. Je länger ein Verfahren dauert, desto häufiger fragen Asylbewerber und ihre Anwälte den Sachstand an, was wiederum beantwortet werden muss. Die Post wächst weiter, und gleichzeitig stehen hundert neue Flüchtlinge vor der Tür. Alte Akten brauchen mehr Zeit, weil der Entscheider nach einem Jahr keine konkrete Erinnerung mehr an den Fall hat.

Es muss schnell gehen, damit auch schneller entschieden werden kann, wer wieder gehen muss. Gut die Hälfte der Antragsteller wird anerkannt.

Noch dauert ein Verfahren im Schnitt 152 Tage. Nicht gerechnet die Monate des Wartens, bis der Antrag überhaupt gestellt werden kann. Als die Außenstellenleiter einmal nachrechneten, wie lange ein Verfahren bei idealen Abläufen dauern müsste, kamen sie auf acht Stunden. Acht Stunden statt 152 Tage.

Bei Probeläufen, etwa in Heidelberg und Bamberg, ist man jetzt in manchen Fällen auf 48 Stunden gekommen. Aus Rechtlosigkeit wird ein Verfahren, aus Schicksal eine Akte. Bürokratie ist eine zivilisatorische Leistung.

Gabriele Zips ist Bibliothekarin im Amt. Sie verwaltet eine der größten Mediensammlungen zu Flucht und Migration in Deutschland, vom Stadtplan von Dakar bis zum Bayerischen Staatsanzeiger, es sind regalweise Leitz-Ordner mit Länderanalysen und Studien zur Integration. Gabriele Zips weiß, so gesehen, eigentlich alles über Flüchtlinge. Fast alles.

„Aber persönlich", sagt sie, „persönlich bin ich bis vor Kurzem noch keinem Flüchtling begegnet." Und deswegen geht sie nach Feierabend einmal die Woche auf die andere Straßenseite. Denn ausgerechnet dort, gleich vis-à-vis vom BAMF, hat das Bayerische Rote Kreuz Flüchtlingszelte aufgestellt. Gabriele Zips hat sich hier als Freiwillige eintragen lassen, teilt Essen aus nach Dienstschluss. Sie sei nicht die Einzige aus dem BAMF.

Wer in Deutschland um Asyl ersucht, bekommt es letztlich mit Ursula Gräfin Praschma zu tun, im BAMF nur „die Gräfin" genannt. Gräfin Praschma ist Abteilungspräsidentin für Asyl und Migration und seit über 30 Jahren im Dienst. Damals hatte das Amt noch 587 Mitarbeiter.

Sie erzählt von dem Putsch in der Türkei und dem Pogrom an den Tamilen auf Sri

ESPEN EICHHÖFER / DER SPIEGEL

BAMF-Archiv in Nürnberg: Beben der Weltgeschichte

Lanka. Vom geheimen Standort des Amtes am Checkpoint Charlie, als die Mauer noch stand. Die Gräfin hat die Beben der Weltgeschichte an ihrem Schreibtisch gespürt. Sie sagt: „Das BAMF ist kein Katasteramt. Alles ändert sich ständig. Wir sind gedanklich in der ganzen Welt unterwegs. Schon deswegen ist das eine ganz fantastische Behörde."

Als es jetzt darum ging, sich für den Einsatz in Griechenland zu bewerben, hätten sich 300 Interessenten aus den eigenen Reihen gemeldet: „Das sagt doch was über uns."

Von ihrem Schreibtisch aus schaut sie ins Auge eines Gepards. „Namibia, mein Mann hat das Foto geschossen." Gräfin Praschmas Familie kommt aus dem Ruhrgebiet, Bergbaumaschinen.

Früher war die Welt einfacher. Es gab noch kein Dublin-Verfahren und keine EU-Zuständigkeiten. Es gab den deutschen Asylartikel. Früher war es Daumen rauf oder Daumen runter.

Meistens runter. In den Neunzigerjahren hatte das heutige BAMF den Ruf einer harten Behörde. „Als zum Beispiel Anfang der Neunziger 100 000 Bulgaren kamen, nachdem das Regime gefallen war, konnten wir solche Antragsteller nicht anerkennen", sagt Gräfin Praschma. „Das erklärt die Quote."

Die „Entscheider" durften richtergleich ihre Urteile sprechen. Aus dieser Zeit haftet ihnen die Aura einer alten Garde an, eines Ordens der Reinen. Mit der Gräfin an der Spitze.

Die Entscheider sitzen draußen an der Front, Auge in Auge mit dem Elend der Welt, auf der anderen Seite des Schreibtischs all die Vertriebenen, Entrechteten, Gemarterten, Verlassenen. Und auch all die Lügner natürlich, Trickser und Gewitzten, die nur so tun als ob, und das mit gutem Grund.

Alles änderte sich mit dem Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Regierung Schröder. Das BAMF erhielt zusätzlich die Zuständigkeit für Integration, und Sozialforscher, Völkerkundler, Islamexperten, Politologen tauchten auf, wo bislang Juristen geherrscht hatten. Und fühlten sich als – nun, jedenfalls deutlich cooler als die Entscheider mit ihrem Juristenhorizont. „Integration" war das neue In-Wort.

Ein Viertel der Mitarbeiter hat inzwischen selbst Migrationshintergrund. Es ist ein buntes Amt geworden.

„Wir können jetzt alle Phasen abdecken. Legale Migration, Asyl, Integration, illegale Migration, Rückkehr. Wir haben im Grunde den vollen Überblick über das Geschehen."

Das BAMF ist ein komplexes Wesen, und deswegen verbietet sich auch voreilige Kritik: „Eine Behörde, die aus dem Stand mit einer solchen Zahl von einer Million Asylsuchenden klarkommt, die gibt es nicht", sagt Gräfin Praschma. „Nein, wir waren in dem Sinne natürlich nicht vorbereitet."

Die Arbeitsteilung in den neuen Ankunftszentren schmeckt ihr ein bisschen zu sehr nach Taylorismus. „Das ist eine Frage der Philosophie", sagt sie. „Für uns war immer auch das Ganzheitliche wichtig. Der Entscheider hat eine herausgehobene Verantwortung, auch in der Vielfalt der Sachverhalte, die er zu beurteilen hat."

Die Gräfin fürchtet die Gefahr des Abstumpfens, auch wenn man jetzt nicht anders handeln könne.

In ihrem Büro mit dem Gepard hängt auch ein Kreuz. Ja, als Christin sei sie stolz, dass dieses Land es geschafft habe, keinen der Flüchtlinge ohne Obdach zu lassen. „Und da ist dieser Hölderlin-Spruch: Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch."

Das BAMF ist eine besondere Behörde. Allzuständig, allgegenwärtig und schuld an allem sowieso. Eine Wohngeldbehörde kann sich mal um 20 Euro vertun. Beim Asyl kann jedes Versehen zum Drama werden. Das ist der Unterschied.

Dieses Amt reagiert nicht nur auf die Erschütterungen weit jenseits der Grenzen sehr empfindlich. Weil jeder Putsch auf den Komoren irgendwann einmal bei ihm in Nürnberg ankommen wird. Das BAMF reagiert deshalb auch sensibler auf den Versuch, im öffentlichen Dienst das Denken nach Zahlen einzuführen. Wer hier arbeitet, der hat einmal genau hier arbeiten wollen. Beim BAMF.

Einem Amt, das vom Weltgeschehen auf offene See getrieben wurde, mitsamt dem Gepäck von Zuständigkeiten und Standards, und das jetzt damit hadert, was an Bord bleiben kann und was nicht.

An der Spitze ein Offizier der Reserve, der bei der Kanzlerin im Wort steht, und unter ihm eine altgediente Mannschaft, die Kurs halten will. Überstunden machen sie alle.

Eine Behörde, die in einer alten SS-Kaserne untergebracht wurde und in der Mitarbeiter nach Dienstschluss noch in der Suppenküche aushelfen.

Eben ein ziemlich deutsches Amt.

Animation: Was macht das BAMF?

spiegel.de/sp232016bamf
oder in der App DER SPIEGEL

Stahlbad

Leitkultur *Eine Kolumne von Alexander Osang*

Ich habe im vorigen Jahr das Wochenendgrundstück meiner Eltern übernommen. Es liegt im Süden Berlins. Die erste Frage meiner Berliner Freunde lautete: Wie lange fährt man? 55 Minuten, war meine Antwort. Es ist die Antwort, die fast alle Berliner geben, die ein Grundstück in Brandenburg besitzen. Auch wenn sie anderthalb Stunden fahren. Manche fahren zwei. Aber natürlich will niemand etwas falsch machen.

Welche Autobahnabfahrt?, fragte ein Freund nach.

Halbe/Teupitz, sagte ich.

Ach, bei den Nazis, sagte der Freund. Er selbst hat im vorigen Jahr ein Haus in der Uckermark bezogen, die von den Berlinern gern mit der Bretagne verglichen wird. Ich erinnerte mich dunkel an den Soldatenfriedhof in Halbe, wo vor ein paar Jahren Aufmärsche deutscher Neonazis stattgefunden haben. Ich war nie da, aber was heißt das schon. Mein Freund lächelte. Er in der Bretagne, ich auf dem Schlachtfeld deutscher Geschichte. An alles andere hatte ich gedacht: Ich hatte mich intensiv mit Abflug- und Anflugrouten der Berliner Flughäfen beschäftigt, mit Bebauungsplänen, Windparks, Biogasanlagen und sogar mit Wölfen, aber die Nazis hatte ich völlig vergessen.

ALEXANDER OSANG / DER SPIEGEL

Soldatengräber in Brandenburg

Jetzt sind sie natürlich drin in meinem Kopf. Wenn man den Prenzlauer Berg nach langer Zeit hinabsteigt, wirkt eine Kaufhalle in Brandenburg schnell wie eine Kaserne der Wehrmacht.

Mein erster Brandenburger Sommer als Grundstücksbesitzer war lang und warm. Ich habe die 20 Sommerferien davor im Ausland verbracht, mir ist nie aufgefallen, wie tätowiert die Brandenburger Landjugend inzwischen ist. Und nicht nur die Jugend: Das ganze Land erinnert im Sommer an ein einziges großes Bikertreffen. Ich verbrachte viel Zeit damit, an Badestellen Tätowierungen zu studieren. Das meiste ist natürlich chinesischer Kokolores, Heavy-Metal-Kram und Mädchennamen, anderes ist schwerer zu deuten, auch weil man nicht so glotzen will, als mittelalter Gast aus der Stadt. Im Strandbad Halbe spielte ein Mann, der zwei große altdeutsche Lettern auf die Brust tätowiert hatte, mit seiner Familie Mau-Mau. Auf seiner rechten Seite ein A, auf der linken ein F. Vielleicht hieß er Axel Fuchs. Vielleicht war er Fan von Arcade Fire oder vom Augsburger Fußball. Vielleicht war es ein Gruß an Hitler. Adolf Führer? Ich dachte an „Schtonk“. Spielen Nazis Mau-Mau? Auf dem Tresen der Strandbar stand ein Porträtfoto von Armeegeneral Heinz Hoffmann, dem Chef der ehemaligen Nationalen Volksarmee. Hoffmann, so las ich später nach, war ein Mannheimer Kommunist, der im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft hatte und vor den Nazis in die Emigration geflohen war. Er heiratete eine Russin, die er im sowjetischen Exil kennengelernt hatte, und wurde Vater zweier Söhne, Jura und Sascha. Obwohl Hoffmann als DDR-General für den Schießbefehl mitverantwortlich gewesen war, muss man wohl sagen, dass er mit seiner Vergangenheit für einen Brandenburger Nazi nur bedingt als Vorbild taugte.

Meiner Frau waren das alles zu viele Erklärungen. Sie wollte nur in Ruhe baden.

Wir entdeckten eine andere Badestelle, einen anderen See, aber irgendwann saß dort mitten im Wald auch jemand mit tätowierten Adlerflügeln auf den Schultern und kurz geschorenen Haaren. Er saß auf einem grünen, faltbaren Anglerstuhl auf einer kleinen Anhöhe, von der aus er den See überschaute wie ein Feldherr. Er las in einem Buch. Er war auch an den folgenden Tagen da, immer mit Buch. Baden sah ich ihn nie. Keine Ahnung, ob man einen See mit einem Mann teilen darf, den man für einen Neonazi hält. Ich grüßte ihn nicht, was in etwa so mutig war wie die Tat des Friseurs von Adolf Hitler, der in einer Kurzgeschichte von Woody Allen dem Führer ein paar Haare in den Hemdkragen fallen lässt.

An einem Augusttag ging ich an derselben Stelle mit meinem Vater baden. Ich schwamm mitten auf den See, mein Vater blieb zurück, in Ufernähe. Ich hörte ihn husten, drehte mich um, sah, wie mein Vater mit den Armen ruderte und dann abtauchte. In dem Moment, als ich zurückschwimmen wollte, sah ich den Mann mit den kurz geschorenen Haaren ins Wasser rennen, um zu helfen. Da tauchte mein Vater, der offenbar nur kurz den Boden unter den Füßen verloren hatte, wieder auf und schwamm ruhig weiter. Der Mann verließ den See und kehrte auf seinen Anglersitz zurück.

Später, als wir den Weg durch den Wald zu unserem Haus zurückliefen, nickte ich ihm zu, ganz leicht, kaum spürbar, wobei ich versuchte, den Titel des Buches zu erkennen, das er las. Darf man sich bei einem Mann bedanken, der vielleicht ein Neonazi ist? Ich konnte den Titel des Buches nicht erkennen. Irgendwann verschwand der Mann, und an einem Herbstnachmittag traf ich an der Badestelle ein mittelaltes Paar, das seine Gesichter im abnehmenden Sonnenlicht wärmte. Als ich sah, dass die Frau das „Neue Deutschland“ las, hätte ich sie fast zum Essen eingeladen, so verwirrt war ich am Ende meines deutschen Sommers. Den Winter habe ich in Sicherheit verbracht. In unserem Prenzlauer Berg gibt es keine Nazis. Es gibt auch kein Flüchtlingsheim. Es gibt nur uns.

Aber jetzt geht wieder alles von vorn los. Es ist warm, und es sind, wie gesagt, nur 55 Minuten. ■

www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de

SO EXKLUSIV WAR EIN PREISVORTEIL NOCH NIE.

Auto Bild allrad '16 AUTO DES JAHRES

DIE MULTIVAN ORIGINAL-PAKETE:
bis zu 5.000,– €* Preisvorteil.

Der Multivan. Jetzt mit exklusiven Multivan Original-Paketen.

Entscheiden Sie sich nicht zwischen Komfort und Sparsamkeit – der Multivan bietet Ihnen beides. Denn jetzt profitieren Sie mit den Multivan Original-Paketen von bis zu 5.000,– € Preisvorteil und einer exklusiven Ausstattung.

Multivan Comfortline: Navigationssystem „Discover Media Plus" mit Mobilen Online-Diensten, Klimaanlage „Climatronic", Dämmglaspaket mit verbesserter Außengeräuschdämmung und Privacyverglasung, Sitzheizung vorn

Multivan Highline: „ParkPilot" im Front- und Heckbereich mit Rückfahrkamera „Rear View", Automatische Distanzregelung ACC und Umfeldbeobachtungssystem „Front Assist" mit City-Notbremsfunktion, Spurwechselassistent „Side Assist", Wasserzusatzheizung mit programmierbarer Standheizfunktion mit Funkfernbedienung, Vordersitze mit elektrischer stufenloser Bedienung sowie mit Memory-Funktion für den Fahrersitz

Sichern Sie sich jetzt die Multivan Original-Pakete bis zum 30.06.2016.
Der Multivan. So vielseitig wie Ihr Leben.

Volkswagen

*Modellabhängiger Preisvorteil von bis zu 5.000,– €. Die Aktion ist gültig bis zum 30.06.2016 und in der Stückzahl begrenzt. Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Volkswagen Nutzfahrzeuge Partner. Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

„Es wird hässlich werden“

USA CNN-Starmoderator Jake Tapper über die Fehler der Medien im Umgang mit Donald Trump und den bevorstehenden Wahlkampf zwischen Trump und Hillary Clinton

Tapper, 47, zählt zu den prominentesten Journalisten der USA. Bei CNN moderiert er mehrere Sendungen, darunter die Talkshow „State of the Union“. Im Vorwahlkampf war er Gastgeber von zwei der republikanischen TV-Debatten.

SPIEGEL: Mr Tapper, in dieser Woche hat Donald Trump während einer Pressekonferenz ausgiebig Journalisten beschimpft. Und per Twitter klagte er, die Medien würden „eine Hexenjagd“ auf ihn veranstalten. Wird er unfair behandelt?
Tapper: In Amerika ist es Tradition, sich die Kandidaten intensiv anzuschauen, das ist unsere Aufgabe. Ich bin nicht sicher, ob der Begriff „Hexenjagd“ dafür der richtige ist, besonders in einem Land, in dem es früher echte Hexenverfolgungen gab. Auch Hillary Clintons Team hat sich neulich über eine Geschichte im „Wall Street Journal“ beschwert, in der es um die Clinton-Stiftung und Geld ging. Es ist Aufgabe der Medien, alle Kandidaten genau unter die Lupe zu nehmen. Medienschelte sollten die Kandidaten anderen überlassen.
SPIEGEL: Trump hat sich vor Kurzem beschwert, dass CNN ihn absichtlich schlecht aussehen lasse, und angekündigt, den Sender nicht mehr zu beachten. Wie zerrüttet ist Trumps Verhältnis zu den Medien?
Tapper: Ich habe die Sendung, auf die er sich bezieht, nicht gesehen und kann deshalb zu dem konkreten Fall nichts sagen. Aber Trump ist jemand, der gern die Medien kritisiert. Im Sport gibt es den Ausdruck: „die Schiedsrichter bearbeiten“. Man wirft den Schiedsrichtern eine unfaire Entscheidung vor, in der Hoffnung, beim nächsten Mal besser behandelt zu werden. So ist es auch hier.
SPIEGEL: Laut einer Studie hatte Trump allein bis März eine Bildschirmpräsenz im Gegenwert von 1,9 Milliarden Dollar an Werbegeldern. Haben die Sender zu viel berichtet?
Tapper: Es ist doch ein akademisches Konstrukt, dass er zwei Milliarden bekommen hätte. Und bei einem Teil davon hat es sich um kritische Berichterstattung gehandelt, die er sicher nicht mochte. Aber ich verstehe die Kritik an den Medien an einem Punkt: Es wurde zu viel von Trumps Veranstaltungen ohne eine journalistische Begleitung und inhaltliche Überprüfung berichtet. Es wurden einfach Veranstaltungen vom Anfang bis zum Ende übertragen. Und die Sendezeit war unter den Bewerbern nicht gerecht verteilt.
SPIEGEL: In den ersten Monaten des Wahlkampfs ist Trump kaum mit kritischen Fragen und Recherchen konfrontiert worden.
Tapper: Einige meiner Kollegen haben ihn mit jeder noch so wüsten Behauptung davonkommen lassen. Allerdings wäre es nicht fair, das über alle Journalisten zu sagen. Ich habe ihm seit Juni vergangenen Jahres harte Fragen gestellt.
SPIEGEL: Trump hat eine neue Disziplin erfunden: Er hat einfach live in diverse Talkshows hineintelefoniert, wenn es ihm passte. Warum hat man das zugelassen?
Tapper: Hillary Clinton macht das mittlerweile auch. Persönliche Interviews sind immer besser als Satellitenschaltungen, die wiederum besser sind als Telefoninterviews – aber alle Varianten sind besser als gar nichts. Als früherer Zeitungsreporter würde ich den potenziellen Wert eines Telefoninterviews nicht herabwürdigen. Das größere Problem waren Reporter, die die Bewerber nicht hartnäckig befragt haben. Die Berichterstattung über Donald Trump und Hillary Clinton muss grundsätzlich härter werden. Es geht hier um das wichtigste Amt der Welt. Der Weg dahin muss entsprechend schwierig sein.
SPIEGEL: Wenn Trump kritisch befragt wird, macht er oft Fehler. Schadet ihm das?
Tapper: Seine Anhänger sind sehr treu. Sie stören sich nicht an Aussagen, die unentschlossene Wähler, moderate Republikaner oder SPIEGEL-Leser alarmieren würden.

„Ich denke, es wird ein sehr, sehr harter Kampf, in dem Trump einige Vorteile hat.“

SPIEGEL: Vielen seiner Wähler scheint es überraschend egal zu sein, was er sagt.
Tapper: Trump hat das vielleicht talentierteste Feld republikanischer Präsidentschaftsbewerber, das ich je gesehen haben, leicht abgehängt. Politiker wie Bobby Jindal, Lindsey Graham, George Pataki und Rick Santorum durften noch nicht einmal an den Hauptdebatten im Fernsehen teilnehmen. Zwischen dem, was Leute wie wir und seine Unterstützer über seine Auftritte denken, liegen Welten.
SPIEGEL: Welche Rolle spielt dabei die Empörung, die er hervorruft?
Tapper: Je wütender die Medien und führende Republikaner wie Mitch McConnell und Paul Ryan reagierten, desto mehr schien Trumps Beliebtheit bei seinen Anhängern zu steigen.
SPIEGEL: Was haben die etablierten Politiker, aber auch die Medien in den vergangenen Jahren versäumt?
Tapper: Trump spricht zentrale Probleme an. Natürlich steckt ein gutes Stück Nationalismus in seiner Forderung, eine Mauer gegen Einwanderer zu bauen. Aber dahinter steht die Erwartung seiner Anhänger, dass die Regierung die Grenzen kontrolliert – eine Grundpflicht des Staates. Illegale Einwanderung hat wiederum große Folgen für die Volkswirtschaft. In den Augen von vielen Amerikanern hat die Regierung das nicht ernst genug genommen.
SPIEGEL: Welche weiteren Themen halten Sie für entscheidend?
Tapper: Auch bei der Angst vor Terror sowie dem Thema Handel spricht Trump die Ängste und Sorgen vieler Amerikaner an. Es gibt ein weitverbreitetes Gefühl im Land, dass die Regierung Handelsabkommen geschlossen hat, durch die Arbeitsplätze nach Mexiko oder China verloren gegangen seien. Die betroffenen Gemeinden fühlen sich zurückgelassen. Das Thema verbindet Trumps Anhänger mit den Unterstützern von Bernie Sanders. Das ist eine der Ursachen für Trumps Aufstieg.
SPIEGEL: Das klingt so, als ob endlich jemand mal auf den Tisch haut.
Tapper: Das ist ein Aspekt davon, obwohl Teile des Wahlkampfs hässlich waren. Ich verstehe das und will nichts von dem aggressiven Verhalten rechtfertigen. Ich will nur klarmachen, um welche politischen Themen es geht, die von der Republikanischen Partei über Jahre ignoriert oder nicht ernst genommen wurden. Die Republikaner haben das Gefühl für einen Großteil ihrer eigenen Wähler verloren.
SPIEGEL: Wie wird der Wahlkampf zwischen Trump und Clinton aussehen?
Tapper: Schmutzig, hässlich, furchtbar. Schon bei den Debatten in den Vorwahlen wurden Dinge gesagt, über die ich nur ungern mit meinen Kindern spreche. Und das waren nur die Vorwahlen.
SPIEGEL: Auf was muss sich Clinton einstellen?
Tapper: Dieses ist nicht ihre erste Schlacht. Sie hat ein Team um sich, das bereits Werbekampagnen gegen Trump begonnen hat. Und wir werden eine Menge aus dem Leben vieler Menschen erfahren. Ich denke, es wird sehr schmutzig.
SPIEGEL: Trump hat bereits Anspielungen auf Bill Clintons Sexualleben gemacht, un-

BROOKS KRAFT / DER SPIEGEL

Journalist Tapper in seinem Büro in Washington: „Der Weg ins wichtigste Amt der Welt muss schwierig sein“

ter anderem auf dessen ehemalige Praktikantin Monica Lewinsky.

Tapper: Monica Lewinsky ist das kleinste Problem. Das war damals einvernehmlicher Sex mit einer 25-Jährigen. Aber da draußen sind auch Frauen, über deren Anschuldigungen gegenüber Bill Clinton noch geredet werden wird. Und in diesen Anschuldigungen geht es nicht um einvernehmliche Dinge.

SPIEGEL: Hat nicht auch Hillary Clinton den Kontakt zu ihrer Wählerschaft verloren, ähnlich wie die Republikaner?

Tapper: Hundertprozentig. Das Thema Handel zum Beispiel ist eine echte Achillesferse für sie. Sie hat für das Freihandelsabkommen im Pazifikraum gefochten, sich als Bewerberin geweigert, eine Position dazu einzunehmen – und es schlussendlich verurteilt. Aber es geht in diesem Wahlkampf nicht nur um linke oder konservative Politik. Trump gegen Hillary, das ist der Kampf Outsider gegen Insider, unkonventionell gegen Establishment.

SPIEGEL: Wer ist im Vorteil?

Tapper: Die Mehrheit der Amerikaner glaubt, dass sich das Land auf einem falschen Kurs befinde. Und dass etwas passieren muss. Dies wird eine Wahl, in der es um Veränderung geht. Für das Washingtoner Establishment zu stehen ist da keine gute Ausgangsposition. Ich sage nicht, dass Trump gewinnt. Aber ich denke, es wird ein sehr, sehr harter Kampf, in dem er einige Vorteile hat. Allerdings ist er nach wie vor sehr unbeliebt, und die Demokraten haben demografisch bedingte Vorteile – und Trump ist sicher ein Grund für Latinos, sich hinter Clinton zu versammeln.

SPIEGEL: Trump hat seinen Gegnern Spitznamen gegeben, „der kleine Marco“ für Rubio oder „Niedrigenergie“ für Jeb Bush.

Tapper: Diese Art des Wahlkampfs ist völlig neu. Niemand hat dies bisher so effektiv betrieben wie Trump. Die Frage ist, wie es auf der internationalen Bühne aussehen würde, sollte er gewinnen. Trump hat bereits sehr unschöne Dinge über Angela Merkel gesagt. Auch über den britischen Premierminister David Cameron und den neuen Bürgermeister von London.

SPIEGEL: Sie haben sowohl Clinton als auch Trump in Ihrer Show gehabt. Wer ist der härtere Brocken?

Tapper: Beide sind eine Herausforderung, wenn auch völlig unterschiedlich. Er ist sehr unvorhersehbar. Sie ist sehr vorhersehbar. Mit beiden ist es schwierig, ein gutes Nachrichtengespräch zu führen. Es gab eine Zeit, da war es einfacher, Trump zu interviewen. Man konnte ihn jede Woche etwas fragen, und es wurde großartig. Aber es ist schwieriger geworden. Er gibt nicht mehr so gern Interviews.

SPIEGEL: In Ihrem Büro hängen Poster ehemaliger Präsidentschaftskandidaten, die die Wahl jeweils verloren haben. Wer wird im November neu an die Wand gelangen?

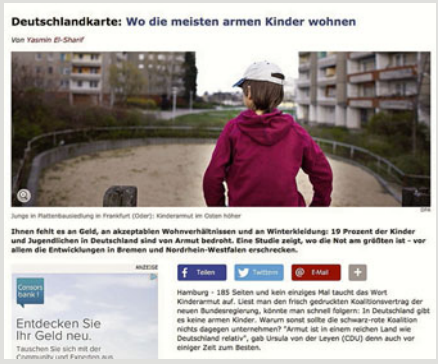
Tapper: Wenn ich es wüsste, wäre ich ein reicher Mann. Datenjournalisten sagen, Trump habe keine Chance, aber das haben sie auch im Vorwahlkampf gesagt und sich geirrt. In meiner erweiterten Familie will die eine Hälfte Trump wählen, die andere Hälfte nicht. Dass so viele ihn wählen, lässt mich glauben, dass viele Beobachter in New York, Washington und Kalifornien das Phänomen überhaupt noch nicht verstanden haben.

Interview: Gordon Repinski, Holger Stark

„Berliner Kurier“, 11.10.2015

„Tagesschau“, 31.5.2016

Onlineportal Der Westen, 12.6.2012



SPIEGEL ONLINE, 9.1.2014

Cicero Online, 22.10.2012

„Frankfurter Allg. Sonntagszeitung“, 15.5.2016

PATRICK PLEUL / DPA

Falsche Armut

Illustrationen Wie eine inszenierte Fotoserie unser Bild von bedürftigen Kindern prägt

Es sind Bilder, die traurig und betroffen machen. Ein etwa sechs Jahre altes Mädchen steht inmitten einer Plattenbausiedlung, die Wände sind mit Graffiti beschmiert. Das Kind sieht niedergeschlagen aus, es hält eine Puppe im Arm, die zwei verschiedene Söckchen trägt. Auf einem der Fotos wühlt das Mädchen in einem Mülleimer. Vielleicht, weil es hungrig ist. Es gibt auch Bilder eines Jungen, er ist etwas jünger und wohnt offenbar im selben Viertel. Er sitzt nachdenklich herum, neben ihm liegt Müll, er würde gern Fußball spielen, aber der alte Lederball, den er unter dem Arm trägt, ist leider platt.

Die Aufnahmen stammen aus den Jahren 2008 und 2012, sie sind seitdem etliche Male von Zeitungen, Onlinemedien und TV-Sendern veröffentlicht worden, auch von SPIEGEL ONLINE. Fast immer werden sie verwendet, um Nachrichten über Kinderarmut in Deutschland zu illustrieren. Diese Woche wurde eines dieser Bilder in der Tagesschau gezeigt. Denn die Linkspartei hatte Daten der Bundesagentur für Arbeit ausgewertet und festgestellt, dass die Zahl der unter 15-Jährigen Kinder, die auf Hartz IV angewiesen waren, im vergangenen Jahr um 33 700 auf 1,54 Millionen stieg.

Diese Entwicklung ist beschämend für Deutschland, und die Zuschauer und Leser können sich wohl vorstellen, dass arme Kinder so leben müssen wie das Mädchen und der Junge auf den Fotos. In trostlosen Trabantenstädten, mit Eltern, denen das Geld fehlt, ihnen genug zu essen zu kaufen.

Doch die Fotos erzählen eine Geschichte, die so nicht stimmt. Und sie tragen dazu bei, den Blick auf die reale Kinderarmut zu verstellen.

Die beiden Kinder sind nicht arm. Sie wohnen nicht in einer Hochhaussiedlung, sondern in einem Häuschen im Grünen. Sie sind die Kinder des Fotografen, der für die Deutsche Presseagentur (dpa) arbeitet. Der verfrachtete seinen Sohn und seine Tochter an einen trostlosen Ort und trimmte sie mit Billigklamotten und kaputtem Spielzeug auf arm.

Die dpa vermarktet diese Bilder mit dem Zusatz „Symbolbild“ oder „Illustration“. Symbolbilder sind Fotos, die nicht bestimmte Personen oder Geschehnisse zeigen, sondern ein Thema illustrieren sollen; solche Bilder werden häufig verwendet. In diesem Fall jedoch sind die Fotos vollkommen inszeniert. Wie weit darf so etwas gehen? Der Fotograf sowie sein Arbeitgeber, die dpa, wollen sich zu diesem Thema nicht äußern.

Die Fotos wurden gemacht, weil der Fotograf oder die Agentur eine Nachfrage nach solchen Bildern vermuteten. Sie hatten recht: Die Fotos wurden von Journalisten wohl so häufig ausgewählt wie kein anderes Motiv zum Thema bedürftige Kinder. Es sind in diesem Sinne erfolgreiche Bilder, und sie sind es, weil sie Klischees bedienen, die wir mit Armut in Verbindung bringen. Sie verstärken diese Klischees noch, weil sie suggerieren, dass arme Kinder hierzulande im Müll suchen müssen, um über die Runden zu kommen.

Doch Armut hat in Deutschland seltener mit Hunger zu tun, dafür viel mit Scham, mit geringen Bildungschancen, mit Stigmata, die schon ein junges Leben verbauen können. Und mit Angst. Angst davor, dass die Waschmaschine kaputtgeht oder das Geld für die Klassenfahrt nicht reicht. Es ist oft eine versteckte Armut. Und wenn wir glauben, Armut sehe aus wie auf diesen Bildern, könnten wir die reale Armut leicht übersehen.

Die verwahrlosten Plattenbauten auf den Fotos stammen übrigens aus DDR-Zeiten, sie standen im Stadtteil Neuberesinchen in Frankfurt (Oder) und wurden bereits abgerissen.

Guido Kleinhubbert

SOMMER im Weinglas

Wein *Nie war er so gut wie heute: Grauburgunder aus Deutschland. Genießen Sie drei Paradebeispiele aus dem Spitzenjahrgang 2015!*

GESPÜR FÜR BESTE GRAUBURGUNDER: Stefan Huschle vom VDP-Weingut Freiherr von Franckenstein

Grauburgunder ist der wohl unaufhaltsamste Trend der Weinszene. Verdopplung der Rebfläche in kurzer Zeit, stetig steigende Verkäufe – Pinot Gris ist im wahrsten Sinne in aller Munde. Das haben wir auch daran gemerkt, dass unser Grauburgunder-Paket des letzten Jahrgangs innerhalb kürzester Zeit ausverkauft war. Aus den frischen 2015er-Grauburgundern des Spitzenjahrgangs haben die VICAMPO-Weinexperten deshalb erneut für Sie drei hervorragende Siegerweine ausgewählt. Mit dabei ist ein absolut finessenreiches Exemplar von einem der vielversprechendsten Winzertalente der Pfalz, ein Parade-Burgunder aus dem sonnenverwöhnten Baden vom VDP-Weingut und einen Preis-Genuss-Champion unter 6 €. Bestellen Sie Ihr 3x2-Sparpaket zum Angebotspreis von nur 39,90 €!

Gleich bestellen unter:
www.vicampo.de/spiegel
oder *06131 - 30 29 397*

GRAUBURGUNDER AUS DEUTSCHLAND
Bestellnr.: SP-25966

Dieses 3x2-Probierpaket zum Spitzenpreis von nur 39,90 € (8,87 €/l) statt 66,60 € UVP haben wir exklusiv für Sie zusammengestellt. Alle Weine erhalten Sie auch einzeln zum Sparpreis. Nur solange der Vorrat reicht.

Hensel Grauer Burgunder Aufwind Business Class trocken 2015

GRATIS-UPGRADE
Er ist „[...] eine feste Bank in der Pfalz", lobt Feinschmecker. Gemeint ist Hobbyflieger und Aufsteiger-Winzer Thomas Hensel. Buchen Sie mit seinem „Aufwind" jetzt ihr Gratis-Upgrade in die Grauburgunder-Business-Class: Schmelz, Frucht, Finesse – himmlisch!

Deutschland, Pfalz
Bestellnr.: SP-24826
Preis/0,75 l: **7,50 €** statt 11,50 € UVP
Preis/Karton: 6 Flaschen für 45,00 €
Preis/Liter: 10,00 €, 13 % vol.

Freiherr von und zu Franckenstein Grauburgunder trocken „Fass 15" 2015

SÜDLICHE EXOTIK
Die Grauburgunder von VDP-Weingut Franckenstein sorgen regelmäßig für Aufsehen. Der „Fass 15" ist ein echtes Burgunder-Meisterstück: Waldhonignoten und schöne Exotik erinnern an hochwertigen Pinot Grigio – ein genialer Frühlingstipp und idealer Speisenbegleiter.

Deutschland, Baden
Bestellnr.: SP-24904
Preis/0,75 l: **7,90 €** statt 11,90 € UVP
Preis/Karton: 6 Flaschen für 47,40 €
Preis/Liter: 10,53 €, 13,5 % vol.

Sternenmühle Grauburgunder trocken 2015

PREIS-GENUSS-TIPP
Der Sternenmühle zeigt genau das, was einen guten Grauburgunder ausmacht: Frische, Saftigkeit und schönen Schmelz. Durch den Direktvertrieb über VICAMPO ist dieser Pfälzer zum sensationell günstigen Preis unter 6 € zu haben. Der Preis-Genuss-Tipp!

Deutschland, Pfalz
Bestellnr.: SP-19314
Preis/0,75 l: **5,90 €** statt 9,90 € UVP
Preis/Karton: 6 Flaschen für 35,40 €
Preis/Liter: 7,87 €, 12 % vol.

Wunderbar Bio-Riesling 1 Liter trocken 2015

Deutschland, Rheinhessen
Bestellnr.: SP-24671
Preis/0,75 l: **5,90 €** statt 8,50 € UVP
Preis/Karton: 6 Flaschen für 35,40 €
Preis/Liter: 5,90 €, 12 % vol.

RIESLING-LITER-SPEZIAL BIO
Von wegen „Schoppenwein": Dieser Bio-Riesling ist eigentlich viel zu gut für die Literflasche – und der flüssige Beweis dafür, dass 2015 einer der besten Jahrgänge seit langem ist. Frisch, fruchtig, genialer Trinkfluss! Wegen der großzügigen Produktionsmengen konnte uns ein rheinhessischer Bio-Betrieb ein Kontingent seines beliebtesten Weines (regulär 8,90 € pro 0,75 L) zum Sonderpreis zur Verfügung stellen. Das Ergebnis: Ein Spitzen-Riesling zum Wahnsinnspreis!

Ausgezeichnet
Wein vom Testsieger

VICAMPO ist Testsieger! Die Deutsche Gesellschaft für Verbraucherstudien (dtgv.de, Test 12/2014) wählte in Kooperation mit N24 VICAMPO zum Testsieger unter den 12 größten Online-Weinhändlern Deutschlands.

TESTSIEGER Online-Weinhändler N24

WINZERWEINE VICAMPO DIREKT

Vicampo.de GmbH, Taunusstraße 59-61, 55118 Mainz • **Alle Preise inkl. MwSt., Versand 4,90 €, ab 12 Flaschen (2 Kartons) versandkostenfrei innerhalb Deutschlands. Alle Weine enthalten Sulfite. Nur solange der Vorrat reicht.** • **ABFÜLLER:** SP-24826 Weingut Hensel, In den Almen 13, 67098 Bad Dürkheim • SP-24904 Weingut Freiherr von und zu Franckenstein, Weingartenstraße 66, 77654 Offenburg • SP-19314 DRP - 142373, Vertrieb durch Vicampo.de GmbH, Taunusstraße 59-61, 55118 Mainz • SP-24671 DRP - 4396224, Vertrieb durch: Vicampo.de GmbH, Taunusstraße 59-61, 55118 Mainz

Juncker

GEERT VANDEN WIJNGAERT / AP / DPA

EU-Defizitverfahren

Rüffel für Juncker

Rechtsdienst kritisiert Rücksicht auf Spanien.

Die EU-Kommission hat einen ungewöhnlichen Rüffel durch ein Rechtsgutachten des Europäischen Rates erhalten. Die Juristen monieren, dass der Rat einer Verlängerung der Fristen, bis zu der Spanien und Portugal ihre Haushaltsdefizite in den Griff bekommen müssen, in der vorliegenden Form nicht zustimmen könne. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte unlängst persönlich durchgesetzt, dass die beiden Länder ein Jahr länger Zeit bekommen, um ihre Haushaltsdefizite auf unter drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zu verringern. Sowohl Spanien als auch Portugal hätten diese Auflagen im Rahmen des „Übermäßigen Defizitverfahrens“ (EDP) erhalten, heißt es in dem Gutachten vom 31. Mai, „Fristen für dortige Korrekturen können nur im Rahmen von EDP verändert werden“. Die EU-Kommission will die Fristverlängerung aber über das weniger strikte „Stabilitäts- und Konvergenzprogramm“ abwickeln. Der Wortlaut für die Entscheidung, die die europäischen Regierungschefs am 28. Juni absegnen sollen, müsse zumindest dahingehend geändert werden, dass die Autonomie des Rates bei der eigentlichen EDP-Entscheidung betont werde, mahnen die Juristen. mp, pau

Bilfinger

Unverhoffte Harmonie

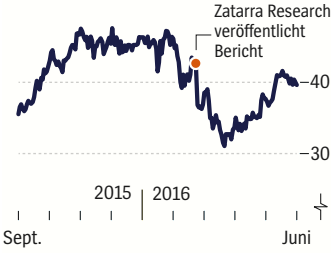
Der umstrittene Verkauf des Kerngeschäfts des Mannheimer Bau- und Dienstleistungskonzerns Bilfinger ging Ende der Woche deutlich schneller und harmonischer über die Bühne als erwartet. Obwohl noch auf der Hauptversammlung am 11. Mai Aktionäre teils heftige Kritik an dem Vorhaben geäußert hatten, gab es bei der Aufsichtsratssitzung am Donnerstag eine Mehrheit für die Veräußerung der Hochbau- und Gebäudeservicesparte an den schwedischen Finanzinvestor EQT. Chefaufseher Eckhard Cordes musste nach Angaben von Vertrauten nicht einmal von seinem Doppelstimmrecht Gebrauch machen. Befördert wurde der positive Ausgang offenbar auch durch eine Erklärung, die der Vorstand im Umfeld der Sitzung formuliert und den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären übermittelt hatte. Darin versichert die Firmenleitung, die Einnahmen aus dem Verkauf „mindestens für die nächsten drei Jahre“ zu behalten und bevorzugt zur Stärkung der verbliebenen Industriesparte zu verwenden – also nicht an die Anteilseigner und den Finanzinvestor Cevian als Großaktionär auszuschütten. „Betriebsbedingte Kündigungen“, heißt es an anderer Stelle, „werden vermieden.“ Sollte am Ende noch Geld übrig bleiben, wird den Mitarbeitern sogar ein „Sonderbonus“ in Aussicht gestellt. Auch wann der neue Chef kommt, steht nach Aussagen von Insidern inzwischen fest: Der Linde-Manager Thomas Blades soll am 1. Juli anfangen. did

Wirecard

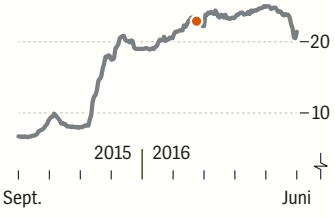
Short Seller auf der Flucht

Für viele Spekulanten, die auf einen Kurssturz des Technologiekonzerns Wirecard gewettet haben, wird es eng. Am 24. Februar hatte eine unbekannte Gruppe unter dem Namen Zatarra Research im Internet einen Bericht mit Vorwürfen gegen Wirecard veröffentlicht. Wirecard vermutete eine gezielte Attacke. Zuvor hatten Hedgefonds in großem Stil Wetten auf fallende Kurse, sogenannte Leerverkäufe, abgeschlossen. Nach der Publikation schlossen sich zahlreiche weitere Anleger den Leerverkäufern an. Zatarra leugnete eine Zusammenarbeit mit den Hedgefonds. Bis zu einem Viertel aller Wirecard-Aktien waren zeitweise an solche Short Seller verliehen, die die Papiere verkauften – in der Hoffnung, sie zu einem späteren Zeitpunkt günstiger nachkaufen und die Differenz als Gewinn einstreichen zu können. Doch seit dem Kursrutsch im Februar und März ist die Wirecard-Aktie um fast 30 Prozent gestiegen. Wer erst nach der Zatarra-Attacke auf einen Absturz gewettet hat, wie etwa die Hedgefonds Falcon Edge, Miura, TT International und Thunderbird, verzeichnet zumindest auf dem Papier hohe Verluste. Je höher der Kurs steigt, desto mehr Hedgefonds sind gezwungen, die Aktien zu kaufen, um ihre Verluste zu begrenzen, was den Kurs weiter treibt. „Wir sehen, dass eine solche Eindeckung begonnen hat, etwa zehn Prozent der Short Seller haben in den vergangenen Wochen die Flucht ergriffen“, sagt Simon Colvin von der Marktanalysefirma Markit. Noch hätten aber viele Fonds, die zu höheren Kursen eingestiegen waren, einen Puffer. mhs

Aktienkurs von Wirecard
seit September 2015, in Euro



Wertpapierleihe
Anteil der zu Spekulationszwecken verliehenen Aktien an allen Wirecard-Aktien, in Prozent



Quellen: Thomson Reuters Datastream, Markit

Buchhandel

Thalia erholt sich

Die angeschlagene Buchhandelskette Thalia entwickelt sich besser als vom Eigentümer, dem Finanzinvestor Advent, erwartet. Seit er Thalia Ende 2012 übernommen hat, stieg der operative Gewinn von weniger als 20 Millionen Euro auf über 40 Millionen. Finanzkreisen zufolge profitiert Thalia von Kunden, die sich von Amazons E-Reader Kindle abwenden und lieber das europäische Konkurrenzprodukt Tolino nutzen. Aber auch das Geschäft mit gedruckten Büchern habe sich stabilisiert. In den vergangenen Jahren hatte Thalia zahlreiche Filialen, die mit Verlust arbeiteten, geschlossen und die Verkaufsflächen verkleinert. Mittelfristig will Advent die Handelskette wieder verkaufen. sh

Finanzmärkte

BaFin prüft Internetwährung

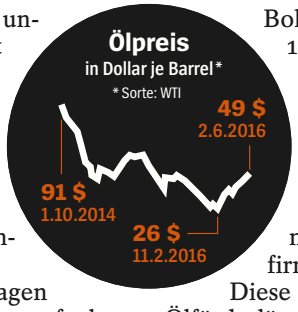
Die Finanzaufsicht BaFin hat die Internetwährung OneCoin im Visier. Die Behörde prüft, ob die von der Bulgarin Ruja Ignatova gegründete Firma OneCoin Ltd. in Deutschland genehmigungspflichtige Finanzgeschäfte betreibt. Das geht aus einem Schreiben der BaFin hervor. Die Finanzaufsicht will sich dazu nicht äußern. Die Firma OneCoin erklärt, „in voller Übereinstimmung mit deutschen Gesetzen“ zu arbeiten und das auch in Zukunft immer tun zu wollen. OneCoin will die Erfolgsgeschichte der Digitalwährung Bitcoin wiederholen, die zwischenzeitlich gigantische Kurssteigerungen verzeichnete und frühe Investoren reich gemacht hat. Allerdings können derzeit nur „Mitglieder“ einer geschlossenen Gemeinschaft OneCoins erwerben. Dafür müssen sie „Schulungspakete“ kaufen. Außerdem können sie Geld verdienen, wenn sie neue Mitglieder anwerben. Verbraucherschützer warnen deshalb vor einem möglichen Schneeballsystem. ase

QUELLE ONECOIN

Ignatova

Die Samstagsfrage Warum steigt der Ölpreis wieder?

Seit fünf Monaten klettert der Preis für Rohöl fast ununterbrochen in die Höhe, ein Fass der Sorte West Texas Intermediate kostet heute annähernd 50 Dollar, im Februar lag die Notierung noch unter 30 Dollar. Verantwortlich für den rapiden Anstieg ist in erster Linie das knappere Angebot aus den USA. Insbesondere die Schieferölproduzenten haben die Förderung erheblich gedrosselt. Sie reagieren damit auf die Niedrigpreise vom Winter. Damals lohnte sich für viele Unternehmen die Ölproduktion nicht mehr, sie schalteten Förderanlagen ab, einige Anbieter mussten ihr Geschäft sogar ganz aufgeben. Nach Zählung der Energieservicefirma Baker Hughes wird gegenwärtig nur noch an 316 Bohrstellen in den USA gearbeitet, das ist der niedrigste Stand seit fast sieben Jahren. Vor einem Jahr waren mit 646 Projekten noch mehr als doppelt so viele Bohrungen aktiv. In der Spitze lag die Zahl sogar bei 1609, das war im Oktober 2014, als mit einem Fass mehr als 80 Dollar erzielt wurden. In den vergangenen Wochen allerdings hat sich der Trend zur Stilllegung von Bohrprojekten abgeschwächt. Mit rund 50 Dollar ist offenbar ein Preisniveau erreicht, das die Ölförderung vielfach wieder lukrativ erscheinen lässt. 50 Dollar ist nach Meinung von Anatole Kaletsky, Chef der Beratungsfirma Gavekal, „die neue Grenze für Rohölpreise“. Diese Grenze werde heute weniger von der Politik der Ölförderländer bestimmt, sondern vielmehr von den Kosten der Anbieter des Rohstoffs, letztlich also von Marktgesetzen, so Kaletsky, „wie es in jedem Standardlehrbuch der Ökonomie beschrieben wird“ – eine ungewohnte Erfahrung für die Akteure im Ölgeschäft. aju



Stahlproduktion bei ThyssenKrupp in Duisburg

OLIVER TJADEN

Ein bisschen Marktwirtschaft

Welthandel Chinas Doppelstrategie bedroht die westliche Industrie: Das Land kauft ausländische Hightechfirmen und überflutet die Märkte mit Billigprodukten. Jetzt regt sich Widerstand – auch in der deutschen Regierung.

In Toledo, im US-Bundesstaat Ohio, tanzen 259 Roboter jeden Tag Ballett in einer Autofabrik. Geschmeidig bewegen sie ihre Arme im menschenleeren Raum, schweißen, kleben und biegen die Bauteile, aus denen ein Jeep Wrangler entsteht. Gerade einmal 77 Sekunden dauert es, bis eine Karosserie fertig ist.

Die Roboter stammen von Kuka, dem bayerischen Maschinenbauer; gemeinsam mit Microsoft hat die Firma für Chrysler eine vernetzte Vorzeigefabrik aufgebaut. Der Clou: Auf derselben Fertigungsstraße lassen sich verschiedene Modelle bauen, der Zwei- genauso wie der Viertürer.

Kuka ist weltweit Technologieführer in der Industrierobotik, einer der „Hidden Champions“, bestaunt von Managern und Politikern. „Wir können stolz sein, dass in Deutschland Unternehmen wie Kuka zu Hause sind“, sagte Kanzlerin Angela Merkel (CDU), als sie im vergangenen Jahr eigens zu einem Besuch nach Augsburg kam.

Inzwischen ist die Bewunderung allerdings in Sorge umgeschlagen. Kuka, unter Vorstandschef Till Reuter stark gewachsen, könnte übernommen werden. Dass die um das Unternehmen buhlende Midea-Gruppe Haushaltsgeräte herstellt, ist dabei noch das geringste Problem. Viel mehr Sorge bereitet, dass sie in China beheimatet ist.

Angesichts des zunehmenden chinesischen Expansionsdrangs stellt sich dringender denn je die Frage, wie Deutschland und Europa, ja die westliche Welt insgesamt, mit China als Wirtschaftsnation umgehen sollen. Darüber wurde bislang fast nur in Fachzirkeln debattiert. Doch nun nimmt die Diskussion in der Politik Fahrt auf. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) unterstützt Versuche, deutsche und europäische Firmen für eine Übernahme von Kuka zu gewinnen. Ob das gelingt, ist fraglich.

Zumindest sind es keine guten Vorzeichen für die deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen, die in der kommenden Woche in Peking stattfinden. Zumal China nicht nur Firmen kauft. Das Riesenreich will endlich internationale Anerkennung für seine ökonomische Leistung. Und nichts wäre dabei ein so großer Prestigegewinn wie die Anerkennung durch den Westen als Marktwirtschaft.

Was technisch klingt, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als äußerst brisant. Gegen ein Land, das offiziell den Status einer Marktwirtschaft hat, lassen sich nur noch sehr schwer sogenannte Anti-Dumping-Maßnahmen verhängen. Aber eben jenes Preis-Dumping ist noch immer eines der zentralen chinesischen Elemente zur Wirtschaftsförderung. Weil das Land über riesige Überkapazitäten verfügt, könnte es den Weltmarkt mit seinen unschlagbar günstigen Produkten überschwemmen.

Das ist kein theoretisches Szenario – schon gar nicht für Deutschland. „Die Frage, ob China den erhofften Status bekommt, hat für die deutsche Wirtschaft viel größere Auswirkungen als das in der Öffentlichkeit so heftig diskutierte Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP“, heißt es in der Bundesregierung.

Die Solarindustrie, hierzulande groß gemacht, ist unter dem Druck der Konkurrenz aus Fernost nahezu zusammengebrochen. Gerade kämpft die Stahlindustrie ums Überleben. Und morgen vielleicht schon der Hochtechnologiesektor mit Firmen wie Kuka.

China betreibt seine wirtschaftliche Expansion ähnlich konsequent wie die KP die Sicherung ihrer Macht. Die Regierung in Peking verfolgt die Strategie, gezielt in deutsche Unternehmen der „Industrie 4.0“ zu investieren, also in Betriebe, die Vorreiter sind bei der Digitalisierung und Vernetzung ihres Geschäfts. „Made in China 2025“ nennt sich der Plan, er liest sich wie eine globale Einkaufsliste.

Gesucht werden vor allem Maschinenbauer, die Zugang zu Know-how und Kunden versprechen. Vor vier Jahren begann die Jagd auf deutsches Hightech, damals wurde der schwäbische Betonpumpenhersteller Putzmeister übernommen, der Weltmarktführer in seiner Branche.

Inzwischen laufen fast wöchentlich Meldungen über Millionenengagements aus Fernost ein. In diesem Jahr stiegen Chinesen bereits bei Krauss-Maffei ein, einem klangvollen Namen der deutschen Industriegeschichte. Zuletzt haben sie mit Manz, einem Apple-Zulieferer, dem Chipanlagenbauer Aixtron und dem Chemieunternehmen SGL Carbon weitere namhafte deutsche Adressen ins Visier genommen.

Die chinesische Regierung sichert sich durch solche Direktinvestitionen im Ausland den gezielten Zugriff auf die Technologien von morgen. Aber sie überschwemmt bereits heute die Weltmärkte mit Waren aus eigener Produktion.

Noch können sich Chinas Handelspartner gegen die Dumping-Preise für Bügelbretter, Solarmodule, Aluminiumheizkörper und Keramikgeschirr wehren. Aber damit könnte es schon bald vorbei sein. Denn kaum ein Ziel verfolgt die chinesische Regierung derzeit so konsequent wie die offizielle Anerkennung als Marktwirtschaft.

Als China 2001 der Welthandelsorganisation WTO beitrat, war dies ein so gewaltiger Integrationsschritt in die globalen Märkte, dass es eine Einschränkung akzeptierte: Andere WTO-Mitglieder mussten das Land 15 weitere Jahre nicht als Marktwirtschaft behandeln. Am 11. Dezember 2016 läuft diese Frist allerdings ab. Deshalb stellt sich für die anderen WTO-Mitglieder nun die Frage: Wie hältst du es mit China?

Was nach diplomatischem Geplänkel klingt, ist in Wahrheit eine Grundsatzfrage, die für

CHRISTIAN THIEL

Kanzlerin Merkel, Kuka-Chef Reuter 2015
„Wir können stolz auf solche Firmen sein“

etablierte Volkswirtschaften – und vor allem für Deutschland – gefährliche Folgen haben kann.

Das hat wiederum mit dem komplizierten Mechanismus zu tun, nach dem Strafzölle verhängt werden. Dumping liegt vor, wenn ein Land ein Produkt auf dem Weltmarkt zu einem Preis verkauft, der unterhalb des nationalen Preises liegt. In einer Marktwirtschaft lässt sich der heimische Preis leicht ermitteln, er bildet sich ja am Markt. In China greift der Staat jedoch so massiv ins Marktgeschehen ein, dass er die Preisfindung verzerrt.

Solange China nicht der Status einer Marktwirtschaft zuerkannt wird, können andere WTO-Staaten harte Gegenmaßnahmen ergreifen. Beispielsweise kann die EU, die in Europa für die Handelspolitik zuständig ist, für ein chinesisches Produkt einen Preis festsetzen, indem sie Daten aus vergleichbaren Ländern heranzieht. Entsprechend hoch fallen die Schutzzölle aus.

Würde die EU China als Marktwirtschaft anerkennen, könnte sie nicht mehr auf Vergleichspreise aus Drittstaaten zurückgreifen. Ein wichtiger Schutzmechanismus für die Industrie fiele weg – oder würde zumindest deutlich abgeschwächt.

Welche Auswirkungen das hätte, lässt sich wohl nirgendwo so gut beobachten wie in der Stahlindustrie. Seit Monaten läuft die Branche Sturm gegen chinesische Dumping-Preise und eine regelrechte Flutung der europäischen Märkte mit Billigstahl aus dem Reich der Mitte.

Die Situation ist bedrohlich. Seit Jahrzehnten steckt die Stahlindustrie in einer Dauerkrise. Hohe Energie- und Rohstoffpreise, Konkurrenz aus Fernost und eine deutlich geringere Nachfrage nach einfachen Stahlprodukten führten in Europa in der Vergangenheit schon zu hohen Überkapazitäten und damit zu Pleiten, Übernahmen und der Schließung großer Standorte. Doch während sich die Industrie in Europa darauf einstellte, indem Kapazitäten abgebaut wurden oder sich Stahlriesen wie ThyssenKrupp auf schwierig zu produzierende Spezialstähle konzentrierten, fuhren die Chinesen die Produktion hoch.

In vielen Provinzen entstanden große Stahlwerke mit gewaltigen Kapazitäten, die inzwischen nicht mehr gebraucht werden. Allein 2016, heißt es in einem internen Strategiepapier der Stahlindustrie, werden die Kapazitätsüberhänge in China auf ein „Rekordlevel von 430 Millionen Tonnen steigen“. Das entspricht etwa 50 Prozent der Stahlnachfrage der restlichen Welt und ist fast dreimal so viel, wie die EU jährlich verbraucht.

Und genau das ist das Problem: Weil sich asiatische Staaten und die USA mit allerlei Importzöllen und Handelsbeschränkungen gegen die Billigware wehren, schiebt China große Mengen nach Europa. Dabei würden Preise aufgerufen, mit denen die hiesigen Hersteller einfach nicht konkurrieren können, schimpft Hans Jürgen Kerkhoff von der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Das liege vor allem daran, dass die Industrie in China unter staatlicher Kontrolle stehe und allerlei Sondervergünstigungen erhalte. In einem internen Branchenpapier sind einige davon aufgelistet. Danach erhalten chinesische Stahlproduzenten „kostenlosen oder verbilligten Strom“, „verbilligte Frachtraten“, „bevorzugte Kredite“, „Unterstützung bei der Erschließung von Rohstoffquellen“ und produktionsfreundliche „Umwelt- und Arbeitsstandards“.

Angesichts der dramatischen Folgen für die europäische Stahlindustrie verhängte die EU-Kommission im Februar Strafzölle von 13 bis 16 Prozent auf diverse chinesische Stahlerzeugnisse. Damit ist die Branche nicht gerettet. Inzwischen dämmert sogar auch der Aluminium-, der Chemie- und der Maschinenbauindustrie, dass China mit dem Marktwirtschaftsstatus die EU ungehindert mit Billigwaren überschwemmen könnte.

Auch deshalb schlägt Bundeswirtschaftsminister Gabriel Alarm: „Wenn ein Land international den Status einer Marktwirtschaft bekommen will, darf es sich nicht wie eine staatlich gelenkte Wirtschaft verhalten.“ Folgerichtig stellt der SPD-Chef klar: „China kann den Status einer Marktwirtschaft erst dann bekommen, wenn es sich auch wie eine Marktwirtschaft verhält.“ Staatliche Subvention der Preise unter Herstellungskosten, Export-Dumping oder Lohn- und Umwelt-Dumping seien damit nicht zu vereinbaren.

In Berlin deutet sich ein veritabler Koalitionskonflikt an. Kanzlerin Merkel vertritt eine pragmatische Position. Sie will die Chinesen nicht vergrätzen. Und verweist zudem darauf, dass China als Handelspartner für Deutschland immer wichtiger werde. Aus keinem Land importiert die Bundesrepublik so viele Waren. Und das Milliardenvolk ist inzwischen auch die fünftwichtigste Exportdestination für Produkte „made in Germany“.

Die Frage, ob China den Status erhält, wird allerdings nicht in Berlin, sondern in Brüssel entschieden. Die Antwort steht noch nicht fest, sie wird allerdings eher nach politischen als nach ökonomischen Kriterien gefällt werden. Die USA und Japan werden China den ökonomischen Ritterschlag nach jetzigem Stand verweigern.

Dass das Land keine Marktwirtschaft nach westlichen Kriterien ist, machte jüngst auch der deutsche Botschafter in Peking, Michael Clauss, in einem „Drahtbericht“ nach Berlin deutlich (Betreff: „Warum wir dringend eine strategische Antwort auf Chinas Aufstieg brauchen“).

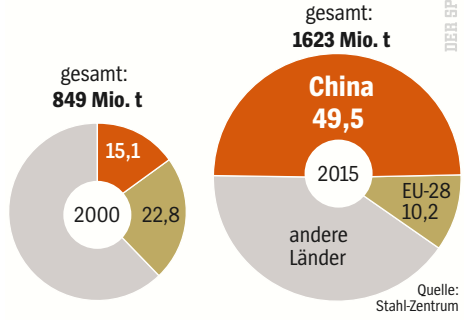
Clauss stellte klar: „Wir müssen davon ausgehen, dass China sein staatskapitalistisches Wirtschaftssystem mit marktwirtschaftlichen Elementen – schon allein aus Gründen der sozialen und politischen Stabilität – beibehalten wird.“ Dies führe zu Asymmetrien: „Während unsere Märkte offen sind, unterliegen ausländische Firmen in China zahlreichen Einschränkungen, etwa beim Marktzugang.“

Trotz solcher Hindernisse aber ist der chinesische Markt für viele deutsche Unternehmen unverzichtbar geworden. Nirgendwo verkaufen Daimler und BMW so viele Oberklassefahrzeuge. Vor nichts fürchtet sich die wichtigste Branche des Landes deshalb so sehr wie vor einem Handelskrieg mit China. Und selbst die Stahlindustrie weiß, dass eine totale Verweigerung illusorisch ist – die EU den Chinesen also auch entgegenkommen muss.

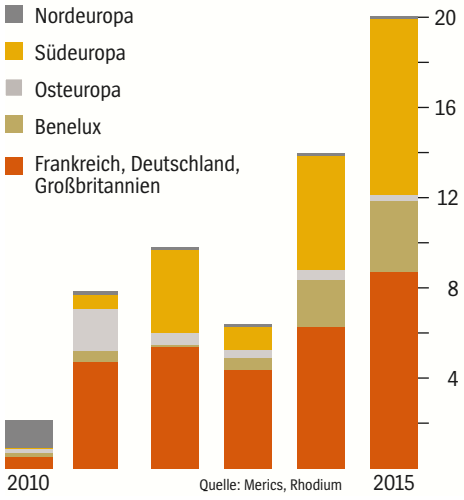
Deshalb hat sie ein Kompromisspapier ausgearbeitet, für das sie nun im Kanzleramt und beim Industrieverband BDI wirbt. Es sieht vor, dass China in der europäischen Anti-Dumping-Verordnung nicht mehr explizit als „Nicht-Marktwirtschaftsland“ genannt wird. Das sei gesichtswahrend für China und stelle sicher, dass Strafzölle nicht mehr anhand von Preisen von

Konsequente Expansion

Weltweite Rohstahlproduktion, Anteile in Prozent



Chinas Direktinvestitionen in der EU, in Milliarden Euro



Vergleichsländern berechnet werden dürfen. Dagegen hatten sich die Chinesen am meisten gewehrt.

Stattdessen sollen die Anti-Dumping-Regeln so verändert werden, dass China seine tatsächlichen Produktionskosten im Verdachtsfall auf „Unternehmens-, Sektoren- und Länderebene“ konkret nachweisen müsste. Damit müsste China belegen, dass es faire Preise hat – und nicht die EU, dass sie unfair sind. Länder wie die USA, heißt es in dem Strategiepapier, würden das ähnlich handhaben.

Auch das EU-Parlament dringt auf bessere Verteidigungsinstrumente für die EU, um künftig unfairen Handelspraktiken begegnen zu können. Eine große Mehrheit der Abgeordneten will den Marktwirtschaftsstatus für China ablehnen, wenn ihre Forderung nicht erfüllt wird. „Wir brauchen einen funktionierenden Handelsschutz“, sagt selbst der im Allgemeinen für den Freihandel kämpfende FDP-Abgeordnete Alexander Graf Lambsdorff.

Die Parlamentarier haben in Handelsfragen ein Vetorecht. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will deshalb neue Maßnahmen vorschlagen, wie sich Europa künftig gegen Dumping besser wehren kann. „Europa kann nicht ohne Verteidigung dastehen“, sagte er jüngst. Allerdings hatte seine Behörde bereits vor zehn Jahren Vorschläge dazu gemacht. Doch geschehen ist wenig bis nichts. Die EU-Staaten, die solchen neuen Instrumenten ebenfalls zustimmen müssen, konnten sich nicht einigen. Dem Freihandel verpflichtete Mitglieder wie Großbritannien und die Niederlande standen Länder wie Frankreich und Italien gegenüber, die eher auf Protektionismus setzen.

Die Firmen waren manchmal schon pleite, wenn über Gegenmaßnahmen entschieden wurde.

Jetzt allerdings kommt Bewegung in die Sache. In 22 EU-Ländern gibt es Stahlwerke, deren Arbeitsplätze durch den brutalen Importdruck aus China bedroht sind. Da knicken selbst überzeugte Freihandelsjünger ein. Zurzeit sondiert die EU-Kommission mit den Mitgliedstaaten, welche Kompromisse machbar sind.

Die Bundesregierung versucht, die anderen Europäer auf eine Linie einzuschwören: China bekommt im Prinzip den ersehnten Status als Marktwirtschaft, gleichzeitig werden die handelspolitischen Verteidigungsinstrumente aber verschärft – und unter Umständen einige in Europa besonders anfällige Branchen ausgenommen.

Die Erfolgsaussichten sind auch deshalb gewachsen, weil sich Deutsche und Franzosen auf einen gemeinsamen Vorschlag verständigt haben. Sie wollen etwa erreichen, dass die EU-Kommission spätestens innerhalb von 13 Monaten über Anti-Dumping-Maßnahmen entscheidet. Bisher waren die Firmen manchmal schon pleite, wenn endlich über Gegenmaßnahmen entschieden wurde. Zudem soll die EU-Kommission bei Marktauffälligkeiten leichter selbst die Initiative ergreifen können.

Allerdings könnte der Prozess weit mehr Zeit beanspruchen, als die EU hat. Eigentlich muss eine Entscheidung bis zum 11. Dezember fallen, wenn die entsprechende Chinaklausel im WTO-Protokoll ausläuft. Doch die Kommission wird wohl erst im Juli eine Folgeabschätzung der Handlungsalternativen vorlegen. Dann muss sie sich noch mit dem Mitgliedstaaten und dem Parlament auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Dafür bleiben nur wenige Monate.

Sven Böll, Frank Dohmen, Alexander Jung, Christoph Pauly, Michael Sauga

Verräterisches Muster

Autoindustrie Opel bestreitet, dass seine Modelle Abgastests erkennen. Neue Untersuchungen der Motorsoftware legen das Gegenteil nahe.

Es sind nüchterne Schaubilder, die bei Felix Domke aus dem Drucker laufen, rote, grüne und blaue Linien. Diesen Auswertungen ging eine monatelange, akribische Detektivarbeit voraus – und sie enthalten einige Sprengkraft. Felix Domke, IT-Spezialist aus Lübeck, holt die Schaubilder aus dem Drucker. Er erkennt darin ein verräterisches Muster. „Was wir hier sehen, sind Messdaten aus der Motorsoftware eines Opel Zafira“, erklärt Domke. Dieses digitale Schaltzentrum des Wagens erkenne, ob es sich in einer Fahrsituation befindet, wie sie bei einem Abgastest vorkommt.

„Ist das der Fall, dann arbeitet die Abgasreinigung so sorgfältig, dass der Wagen die Grenzwerte einhält“, sagt Domke und tippt auf das geordnete Bündel blauer Striche. In den meisten anderen Fahrsituationen, die so beim Abgastest nicht vorkommen, ist die Abgasreinigung drastisch reduziert. „Der Wagen stößt deutlich mehr giftige Stickoxide aus“, sagt Domke.

Schon mit seinen früheren Untersuchungen der Motorsoftware eines Opel Zafira 1,6 Liter Diesel, ausgelöst durch gemeinsame Recherchen von SPIEGEL (20/2016), dem ARD-Magazin „Monitor“ und der Deutschen Umwelthilfe, hatte Domke den Rüsselsheimer Hersteller schwer düpiert. Verkehrsminister Alexander Dobrindt bestellte Opel-Chef Karl-Thomas Neumann zum Rapport. Neumann sollte erklären, warum sein Zafira unter anderem bei schnellen Autobahnfahrten die Abgasreinigung abschaltet. Der Minister meldete auch nach dem Besuch des Opel-Chefs in Berlin große Zweifel an der Legitimität der von Domke entdeckten Abschaltvorrichtungen an.

Neumann und seine Begleiter hatten die Existenz zweier dieser Vorrichtungen eingeräumt. Angeblich dienen sie dem Schutz der eigenen Motoren. Eine dritte Einrichtung haben sie bestritten. Neumann wiederholt in den letzten Wochen immer wieder: „Wir setzen keine illegale Software ein.“ Auch auf eine Anfrage zu Domkes neuen Auswertungen betont der Konzern, man habe „keine Testzykluserkennung“.

Die Verteidigungsstrategie der Rüsselsheimer ist klar: bloß nicht so dastehen wie Konkurrent Volkswagen, der eine betrügerische Software hatte einräumen müssen und seither schwer angeschlagen ist. Doch die blauen Linien sind für Domke ein wichtiges Indiz, dass Opel nach einem ähnlichen Schema vorgegangen ist wie VW: Das Auto erkennt zwar nicht den Prüfstand – aber genau jene Fahrsituationen, nach denen die Abgastests ablaufen, überall in Europa.

TIM WEGNER / LAIF

Opel-Chef Neumann
Angeblich zum Schutz des Motors

VW verwendete in seiner Motorsoftware dafür eine Kombination aus Fahrzeit und zurückgelegter Strecke. Opel setzte nach Domkes Befunden auf eine Kombination aus der Motordrehzahl und der Menge des eingespritzten Diesels, um sicherzustellen, dass der Wagen bei der Abgasprüfung nicht durchfällt.

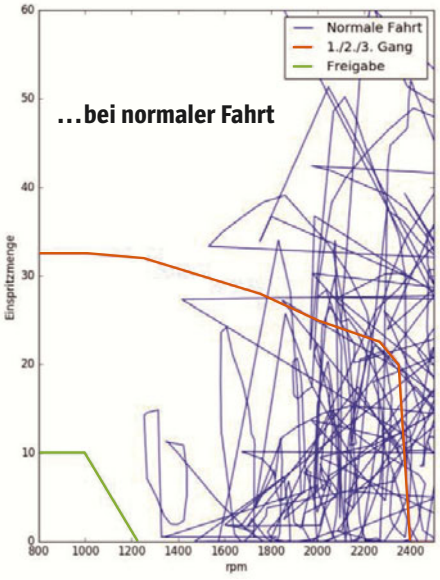
Opel befindet sich in einer gefährlichen Situation. Immerhin hat der Konzern genau das bislang abgestritten – gegenüber dem Verkehrsministerium genauso wie gegenüber der Öffentlichkeit. So verwundert es auch nicht, dass der Konzern, mit den Vorwürfen aus der Analyse Domkes konfrontiert, energisch dementiert: „Diese Interpretationen sind falsch.“ Allerdings tut Opel das mit einem neuen, erstaunlichen Argument: Es handle sich deshalb nicht um eine Zykluserkennung, weil sich die Autos auf der Straße genauso verhielten, „wenn sie nach den gleichen Bedingungen gefahren werden, wie sie während eines Testzyklus vorherrschen“. Das wird jedoch, wie man bei Opel weiß, kaum vorkommen: Der Test hat mit realen Fahrsituationen fast nichts zu tun.

Würde dieses Argument gelten, hätte auch VW nichts zu befürchten, und Fiat wäre ebenfalls fein raus: Dort schaltet die Abgasreinigung nach 22 Minuten ab – die Prüfstandstests dauern knapp 20 Minuten. Der neuen Opel-Definition von „Zykluserkennung“ folgend, könnten die Italiener argumentieren, solange Autofahrer alle 20 Minuten den Motor ausmachten, seien die eigenen Abgaswerte doch in Ordnung und alles total legal.

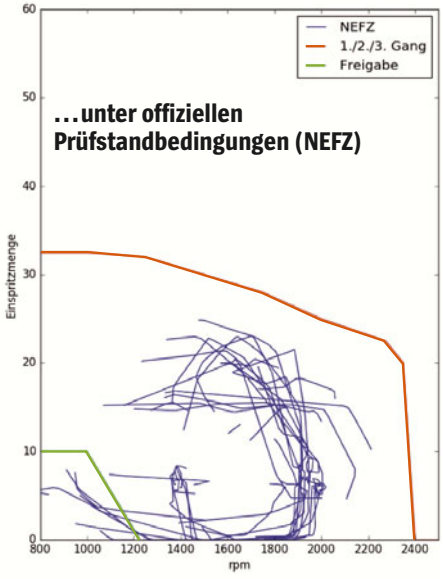
Genau deshalb sind Domkes Analysen, die er jetzt auf 14 Seiten zusammengefasst hat, so brisant für Opel. Die roten und grünen Grenzlinien auf seinen Schaubildern beschreiben nämlich recht genau die Bedingungen des standardisierten, immer gleich ablaufenden europäischen Emissionstests NEFZ. Die blauen zeigen das Fahr-

Im roten Bereich

Abgasverhalten eines Opel Zafira 1.6 Liter Diesel…



Wird die rote Begrenzung einmal überschritten, wird die reguläre Abgasrückführung erheblich reduziert. Das Auto schaltet dauerhaft in den dreckigen Modus und kommt erst heraus, wenn es sich praktisch im Leerlauf befindet.



Bei Bedingungen, die dem offiziellen Prüfzyklus entsprechen, wird die rote Linie nicht überschritten. Der Motor bleibt also im sauberen Modus der Abgasrückführung.

verhalten an. Solange der Fahrer sich exakt an die Testvorgaben hält, befinden sich die Werte im erlaubten Korridor, also im rotgrün umrandeten Bereich.

Weicht der Fahrer nur ein wenig von diesen Testvorgaben ab, schießen die blauen Linien wild darüber hinweg. Die Motorsteuerung schaltet dann vom Modus „3“, so hat Domke festgestellt, in den sogenannten Modus „9“ um – gewissermaßen der Schmutzmodus –, weil dann die Abgasreinigung deutlich reduziert wird. Vor allem aber verharrt er dort, selbst wenn der Fahrer längst wieder in geringeren Drehzahlen unterwegs ist.

Domke hat seine neue Analyse in dieser Woche dem Kraftfahrt-Bundesamt übermittelt, das bereits nach seinen ersten Funden auf ihn zugekommen war. SPIEGEL und „Monitor“ haben sie zudem unabhängigen Experten zur Bewertung vorgelegt. Für Markus Ledermann, Professor für Mechatronik an der Hochschule Esslingen, ergibt sich daraus ein eindeutiges Bild: Die vollständige Abgasnachbehandlung werde von Opel „möglichst oft abgeschaltet und möglichst selten wieder angeschaltet“.

Vor allem aber sei „das einzig erkennbare Kriterium für das Abschalten, ob dieser Betriebszustand im NEFZ vorkommen kann“. Die Abschaltkriterien seien „nur dadurch zu verstehen, dass es darum geht, bei allen nicht NEFZ-relevanten Zuständen abzuschalten“.

Kai Borgeest, Motorenexperte der Hochschule Aschaffenburg, hält eine weitere Entdeckung von Domke für besonders verräterisch. Demnach unterscheidet die Software von Opel, wann sie bei einer Beschleunigung die Abgasreinigung reduziert, je nach eingelegtem Gang. „Will ich den Motor schützen, bräuchte ich diese Differenzierung nach Gängen eigentlich nicht“, sagt Borgeest. Das Argument vom „Motorschutz“, mit dem Opel die Abschaltvorrichtung begründet, hält er deshalb für vorgeschoben.

Verkehrsminister Dobrindt und seine Experten hatten Opel beim Ortstermin im Ministerium eine Frist eingeräumt, innerhalb deren der Konzern Dokumente und Erklärungen nachliefern sollte. Die Rüsselsheimer schöpften diese Frist voll aus und lieferten am Mittwoch mehrere Hundert Seiten an Unterlagen. Diese würden nun „technisch und juristisch geprüft“ und „zügig“ bewertet, heißt es im Ministerium.

Opel-Chef Neumann hatte in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, bei der Abgasreinigung handle es sich um ein komplexes System – und zu insinuieren versucht, Domke habe es nicht voll durchdrungen und liege mit seiner Analyse daneben. Anderswo bewertet man die Qualitäten des Lübeckers anders: Im Verkehrsministerium überlegt man gerade, ihn als Berater unter Vertrag zu nehmen.

Marcel Rosenbach, Gerald Traufetter

www.spiegel-geschichte.de

Jetzt im Handel

▶ *Auch als App für iPad, Android sowie für PC/Mac. Hier testen: spiegel-geschichte.de/digital*

Kaiser *Das goldene Prag von Karl IV.*
Zünfte *Die Herrschaft der Handwerker*
Identität *Das späte deutsche Wir-Gefühl*

MANSI THAPLIYAL / REUTERS

Dorfbewohner bei der Registrierung für eine Datenkarte im Bundesstaat Rajasthan: Verarmte Regionen aus dem Mittelalter in die Moderne katapultieren

Hundert Jahre Rückstand

Digitalisierung Indien will seine Milliardenbevölkerung mit biometrisch lesbaren Ausweisen ausstatten. Was die einen als Fortschritt bejubeln, halten andere für riskant.

Bis der indische Staat den dreijährigen Sai Krishna digital erfasst hat, dauert es gerade mal fünf Minuten. Ein Angestellter tippt die Daten des kleinen Jungen – Name, Geschlecht, Geburtsdatum und Adresse – in den Computer. Dann macht er noch ein Foto von Sai, das sofort auf dem Bildschirm erscheint. Und fertig.

Wäre Sai ein paar Jahre älter, müsste er auch seine Fingerabdrücke und die Iris scannen lassen. Aber der Kleine wächst noch, seine biometrischen Daten verändern sich ständig. Deshalb reicht es, dass stattdessen seine Mutter ihren bereits registrierten Fingerabdruck scannen lässt.

In wenigen Tagen soll Sai dann seinen Ausweis mit einer zwölfstelligen persönlichen Nummer per Post erhalten. Aadhaar, zu Deutsch: „Basis“, heißt dieses Dokument. „Ohne Aadhaar würde Sai für unsere Regierung praktisch nicht existieren“, sagt dessen Großvater, der mit der Familie zur Registrierung in Visakhapatnam, der größten Stadt im Bundesstaat Andhra Pradesh, gekommen ist. Stolz zeigt der Greis seine eigene Aadhaar-Karte.

Egal ob sie Schulgeld, Sozialhilfe, Lebensmittelrationen oder Renten beantragen – bei fast jedem Kontakt mit der Obrigkeit müssen die Inder inzwischen ihre Personalnummer nennen und häufig auch Fingerabdruck oder Iris scannen lassen.

Die Daten werden automatisch mit der Zentraldatei in Delhi abgeglichen. Über eine Milliarde Inder sind dort bereits registriert, es ist die größte biometrische Datensammlung, die ein Staat je von seinen Bürgern angelegt hat. Vor sieben Jahren hat die indische Regierung das Projekt angeschoben, inzwischen fehlen nur noch 250 Millionen Inder, die bislang nicht biometrisch erfasst sind.

„Digital India“ lautet die Parole, mit der Premierminister Narendra Modi Indiens verarmte ländliche Regionen aus dem Mittelalter in die Moderne katapultieren will: Im März paukte er ein Gesetz durch das Parlament, das die Aadhaar-Daten zur Grundlage für die Kommunikation zwischen Staat und Bürgern macht.

Mit der kompletten digitalen Erfassung seiner Landsleute hofft Modi, die Korruption einzudämmen, die Indiens Sozialsysteme beherrscht. Hilfreiche Argumente liefert die Weltbank: Deren Experten schätzen, der indische Staat könne durch Aadhaar jährlich rund eine Milliarde US-Dollar, etwa an fehlgeleiteten Subventionen, einsparen.

Modi will aber auch die verarmte Hälfte seiner Riesennation stärker am Wirtschaftsleben beteiligen – als Sparer und langfristig auch als Verbraucher. Deshalb stattet die Regierung Besitzer von Aadhaar-Karten mit gebührenfreien Bankkonten aus. Mehr als 200 Millionen Inder haben bereits ein Konto, das mit der Aadhaar-Nummer verknüpft ist. Verlangten die Banken früher eine Mindesteinlage und schlossen damit die Ärmsten quasi komplett aus dem Wirtschaftsleben aus, reicht jetzt die Aadhaar-Nummer.

Doch während die Befürworter das System dafür bejubeln, dass man mit seiner Hilfe viele Millionen Inder in den Wohlstand katapultieren könne, stößt es bei anderen auf Skepsis. „Indien steuert auf ein Desaster zu“, warnt Sunil Abraham, der Chef des privaten Zentrums für Internet und Gesellschaft. Er kritisiert, dass sich die Planer für

eine Technologie entschieden hätten, die am Ende niemand kontrollieren könne. Die Daten würden in einer „Blackbox“ verschwinden, wer Zugriff habe, sei unklar.

Statt biometrische Daten zentral zu speichern, solle der Staat Personalausweise in Form von Smartkarten verteilen lassen. „Dann könnte jeder selbst entscheiden, welche der auf den Karten gespeicherten Daten er zur Verfügung stellt“, sagt Abraham.

Auch der mögliche Datenmissbrauch durch private Unternehmen bereitet den Kritikern Sorge. Nicht zufällig, so meinen viele, gehe das Aadhaar-Projekt auf eine Initiative von Nandan Nilekani zurück, dem ehemaligen Boss des indischen IT-Riesen Infosys. Er leitete als Gründungs-Chairman jahrelang die zuständige Aadhaar-Behörde in Delhi.

Tatsächlich tüfteln Softwarehäuser und Finanzinstitute bereits an neuen Geschäftsmodellen auf der Basis von Aadhaar. Die Liste der Dienstleistungen, die angedacht sind, reicht von sekundenschnellen Bonitätsprüfungen für Empfänger von Mikrokrediten bis hin zum Bestellen und Bezahlen von Taxis mittels Smartphone und Aadhaar-Nummer. Eines Tages könnte Aadhaar gar den Gebrauch von Bargeld überflüssig machen: Im April kündigte die Zentralbank die Einführung eines einheitlichen Bezahlsystems auf Basis der digitalen Kennnummer an.

Gowri Naidu ist die Debatte um das Für und Wider von Aadhaar ziemlich egal. Für den 26-, 27- oder 28-Jährigen – genau weiß er sein Alter nicht – zählt nur der tägliche Überlebenskampf in Gorlepalem, einem Dorf in Andhra Pradesh.

Dank des digitalen Fingerabdrucks kommt er bequemer und sicherer an staatliche Sozialleistungen. „Früher mussten wir oft erst mit Mittelsmännern verhandeln“, erzählt Naidu. Das waren mal Beamte, mal Dorfälteste, die sich gern ihren Anteil an den staatlichen Zuwendungen abzweigten. Umgekehrt kam es vor, dass sich Einwohner unter fremdem Namen für Sozialleistungen registrieren ließen und so mehrfach kassierten.

Ähnlich wie bei der Post funktioniert es im Fair Price Shop, wo Naidu und seine Familie sich mit staatlich subventionierten Lebensmitteln versorgen. Auch dort braucht er sich nur noch den digitalen Fingerabdruck abnehmen zu lassen: Der Monitor zeigt, welche Lebensmittelmengen Naidu tatsächlich zustehen.

Aadhaar beherrscht zunehmend den Alltag, selbst in den vielen Slums der indischen Städte. Zwar hausen die Bewohner dort nach wie vor in Elendshütten und zugigen Zelten; ihre Notdurft müssen sie oft neben Schutt und Abfällen im Freien verrichten. Doch fast alle besitzen ihre eigene Aadhaar-Nummer.

Es gibt deshalb Menschen wie Satya Prakash Tucker, den Verwaltungschef von Andhra Pradesh, der Indien eine rosige Zukunft verspricht. Er hofft, dass das Land dank Hightech jene Stufen der Entwicklung überspringen kann, die westliche Gesellschaften erst im Zuge ihrer Industrialisierung hinter sich ließen.

Für Modernisierer wie Tucker gibt es kaum einen Missstand, der sich nicht durch eine digitalisierte Verwaltung beheben ließe: fehlende Klos, mangelnde Hygiene, chaotische Grundstücksregister. Selbst die Trägheit der Staatsdiener bekämpft er mit Aadhaar: Jedes Mal, wenn

Im Alltag stößt das Indien der Zukunft noch immer auf die Hürden der Gegenwart.

die Beamten zur Arbeit kommen, müssen sie sechs Ziffern ihrer Aadhaar-Nummer in eine digitale Stechuhr tippen und den Fingerabdruck einscannen. In vielen Schulen würden so auch Lehrer auf Pünktlichkeit getrimmt.

Sorgen um den Schutz der Privatsphäre macht Tucker sich nicht, das sei für ihn ein Luxus, den sich nur führende Industriegesellschaften leisten könnten: „Wir müssen über hundert Jahre Rückstand aufholen.“

Im Alltag stößt das Indien der Zukunft noch immer auf die Hürden der Gegenwart. Viele der rund 600 000 indischen Dörfer sind noch nicht oder nicht ausreichend ans Internet angeschlossen. Dort müssen sogenannte Business-Correspondents die Personalnummern von Subventionsempfängern nach wie vor offline in Aadhaar-Terminals tippen und Fingerabdrücke nehmen.

Selbst im Zentrum der digitalen Revolution geht es noch erstaunlich gemütlich zu. In einem Büroturm in Delhi befindet sich die Unique Identification Authority of India, die Kommandozentrale von Aadhaar. Hier waltet Ajay Bhushan Pandey als Generaldirektor. „Die Daten der Bürger sind bei uns vor Hackern sicher“, beteuert der Herr der Milliardendatei. Nur wenn die nationale Sicherheit bedroht sei, dürfe seine Behörde Informationen an die Sicherheitsbehörden weitergeben – und dann auch nur unter strengen Auflagen.

Dann wird Pandey unterbrochen. Ein Amtsdiener kommt herein und legt einen Stoß Akten vor ihn auf den Schreibtisch. Aus den Deckeln quellen Schriftstücke, die der Chef gleich bearbeiten muss. Von der papierlosen Verwaltung, die die Regierung propagiert, ist man also selbst hier, im Herzen von „Digital India“, noch ein Stück entfernt.

Wieland Wagner

Lifta Treppenlifte

- Passt praktisch auf jede Treppe
- Saubere, schnelle Montage vom Fachmann
- Mehr als 120.000 installierte Liftas
- Lifta Kundendienst, 365 Tage im Jahr
- Über 200 Experten in Ihrer Nähe

Jetzt preiswert mieten!

Deutschlandweit vor Ort, immer für Sie da.

Jetzt gebührenfrei informieren:

0800 - 20 33 110

Lifta

Lifta GmbH
Horbeller Straße 33, 50858 Köln

www.lifta.de/unsere-kunden

*Pflegestärkungsgesetz: Jetzt ausführlich bei unseren Experten über die Voraussetzungen informieren.

Schmutz und Schmerz

Affären Oh, wie schön war Panama. Bis zu den Panama Papers. Der Bürgermeister von Panama-Stadt muss in Hamburg trotzdem für seine Stadt werben.

Eine dieser ehrenwerten Tagungen, die man nur mit einer Überdosis Kaffee schwarz aushält; schade, dass morgens um zehn noch keiner auf dem Tisch steht. Hotel Atlantic, der Große Festsaal: Bürgermeister aus Lateinamerika sind nach Hamburg geflogen, um sich in Deutschland etwas über „Lösungen der Städte und Kommunen für Herausforderungen der urbanen Entwicklung“ anzuhören. Klingt nach: Newtons Gesetz der Schwerkraft, angewandt auf zwei Augenlider. Die ersten Reden enthalten gefühlt fünf Zahlen, drei Abkürzungen und einmal „Herausforderung“ pro Minute.

Dann wird José Blandón Figueroa nach vorn gerufen, der Bürgermeister von Panama-Stadt, und für einen Moment erwacht hinten im Saal Leben in einem Mexikaner. „Panama“, sagt der Mexikaner zu sich selbst, mehr nicht. Aber damit ist alles gesagt.

Ja, Panama. Wussten wir alle eigentlich schon, dass Panama-Stadt seit dem Jahr 2000 im Schnitt satte 7,1 Prozent Wirtschaftswachstum hatte? Dass sich die Bevölkerung zwischen 1980 und 2010 fast verdoppelte, auf 880 000 Einwohner? Und nun aufgewacht, liebe Rentner: dass jeder Pensionär, der sich in Panama niederlässt, 25 Prozent Rabatt auf Flugtickets bekommt, 20 auf Arztrechnungen, 15 beim Optiker? Ja, so schön ist Panama. Und dass ein Mädchen, das sich im Haushalt um alles kümmert, für nicht mal 200 Dollar im Monat zu haben ist?

Gut zu wissen, aber wer will das wissen? Panama ist jetzt Panama Papers und José Blandón der Mann, der ständig von Journalisten danach gefragt wird. Wohin er auch kommt, Panama Papers sind schon da. Heute in Hamburg.

Blandón, 48, ist gelernter Anwalt und sieht auch so aus: Silberhaare, streng zurückgekämmt, zum schwarzen Anzug trägt er ein weißes Hemd mit eingestickten Initialen in der Manschette. Natürlich kennt er auch Ramón Fonseca von der berüchtigten Offshore-Kanzlei Mossack Fonseca. Panama ist klein und Blandón in derselben Partei wie Fonseca. Wenn Blandón nicht reden würde, wäre die Geschichte über ihn jetzt schon fertig.

Aber er redet, das ist er dem Amt schuldig und auch sich selbst. Richtig, sagt er in der Kaffeepause, er habe als Anwalt gearbeitet, aber er sei Strafverteidiger, nicht Wirtschaftsjurist. Fonseca habe er seit dem Skandal nicht mehr gesehen, und er nennt das auch so: „Natürlich ist das ein Skandal.“ Vor allem aber hat Blandón seine ganz eigene Geschichte mit Schmuddelsystemen. Eine gute.

Sein Vater war in den Achtzigern der engste Berater von General Manuel Noriega, dem Diktator und Drogendealer, der damals Panama beherrschte. José Blandón Figueroa war 20 und ging gegen Noriega auf die Straße, bekam bei einer Demo eine Ladung Vogelschrot ab, in die Hand, den Arm, den Rücken. Er brach mit seinem Vater, sagte ihm, das sei seine Regierung, die so etwas tue, auf Demonstranten schießen, auf seinen eigenen Sohn. Und der Vater, vor die Wahl gestellt, ob er mit seinem Jungen oder seinem Staatschef brechen sollte, entschied sich für den Jungen. Wurde zum Abtrünnigen. Belastete Noriega vor dem US-Kongress, um, wie er sagte, José zurückzugewinnen. Es ist eine große Geschichte, über Mut, Härte, Liebe, Ehre. Und jetzt kommt da also dieser Skandal und zieht Panama in den Schmutz, lässt es als Land der Opportunisten dastehen, nicht als das der Ehrenmänner. Und er, Blandón, wird mit beschmutzt, bei jedem öffentlichen Auftritt, in dem sein Panama zu Panama Papers wird.

JÖRG MÜLLER / AGENTUR FOCUS / DER SPIEGEL

Kommunalpolitiker Blandón: Paradies ohne Sünde

„Es ist ein Skandal, aber es ist nicht fair, daraus einen Panama-Skandal zu machen“, sagt Blandón. Wenn, dann sei das doch ein Skandal des internationalen Bankensystems, das anonyme Offshore-Konten ermögliche. Und warum überhaupt Panama Papers? „Wenn die Papiere einen Namen verdienen, dann nicht Panama, sondern British Virgin Islands Papers.“ Dort habe Mossack Fonseca die meisten Briefkastenfirmen gegründet, nicht zu Hause in Panama. Warum? Weil die Regeln ziemlich streng geworden seien. Strenger jedenfalls als auf den Britischen Jungferninseln. Dort könne man eine Briefkastenfirma zur Begünstigten einer anderen Briefkastenfirma machen. In Panama müsse dagegen hinter jeder Firma eine Person stehen.

Selbst wenn die nur ein Strohmann ist, denn so lief das eben auch in Panama.

Panama sei schon länger auf dem richtigen Weg gewesen, sagt Blandón, er selbst habe sich doch für eine Reform des Offshore-Wesens eingesetzt, als er noch im Parlament saß. Na immerhin, das werde jetzt schneller gehen, glaubt er, wenigstens dafür sei der Skandal gut.

Besonders eines will der Bürgermeister klarstellen: dass Panama auf solche Geschäfte gar nicht angewiesen sei. Klar, auf Niue, irgendwo in der Südsee, da hätten sie nichts anderes als Offshore. Aber Panama: der Kanal. Der Tourismus. Die Vogelwelt. Die perfekte Lage, Lage, Lage in der Mitte des Kontinents. „Panama ist der Platz, wenn man nach Lateinamerika gehen will“, wirbt Blandón. Er redet noch über die Häfen und den Flughafen, von dem man nun sogar direkt Frankfurt anfliegen könne.

Und so kriegt der Bürgermeister langsam die Flugkurve, dorthin, wo Panama nicht mehr das Briefkastenparadies ist, sondern das Investorenparadies, Touristenparadies, ein Paradies auf jeden Fall, ohne Sünde. Gut, nicht ganz, schon mit Problemen, die Blandón nicht wegreden will, aber eben nur die guten alten Sünden, über die sich in der Ersten Welt keiner aufregt: Slums, wilde Müllkippen, eine City, die im Verkehr erstickt.

Darüber mag er auf der Urbanisierungskonferenz im Atlantic auch gern noch länger reden. „Vision: eine kompaktere Stadt mit einer wiederbelebten Innenstadt“, damit endete vorhin seine Präsentation, und auf 21 Seiten stand 13-mal das Wort „Herausforderungen“.

So geht Panama ohne Papers. Kaffee, bitte.

Jürgen Dahlkamp

MACHEN SIE IHR PRODUKT ZUM SELBSTLÄUFER.

**Digitalisierung. Einfach. Machen.
Mit einer Homepage ganz einfach
mehr Kunden erreichen.**

Wenn Benjamin Klemann Maßschuhe fertigt, dauert es ein halbes Jahr bis zur ersten Anprobe: ein sehr seltenes Business. Deshalb hilft ihm seine Webseite, weltweit Kunden für sein Angebot zu begeistern. Mit der Telekom Homepage geht das ohne Programmier- oder Designkenntnisse, dafür aber viel schneller als ein Paar seiner Schuhe.
www.telekom.de/einfach-machen

ERLEBEN, WAS VERBINDET.

HOMEPAGE BASIC
MONATLICH NUR
8,36 €[1]
auf Wunsch Ersteinrichtungs-service für nur 83,99 €[2]

[1]Alle Preise zzgl. gesetzl. USt. Einmaliger Einrichtungspreis Homepage Basic 12,56 €. Bei Überschreitung des im gewählten Produkt enthaltenen Speicherplatzes fallen je weiteres angefangenes 1 MB Speicherplatz 0,0819 € pro Monat an. Mindestvertragslaufzeit 12 Monate. Kündigungsfrist 6 Werktage. Die Preise gelten zzgl. der nach dem gewählten Internet-Zugangstarif anfallenden Entgelte. [2]Ersteinrichtungs-Service Homepage: Aktionspreis einmalig 83,99 €. Aktionspreis ist gültig bis 30.06.2016. Buchbar über Homepage-Hotline 0800 525 2033. Der Service umfasst die telefonische Beratung während der Erstbefüllung von maximal 3 Homepage-Seiten auf Basis bestehender Designvorlagen des Homepage-Creators. Nur zusammen mit einem gebuchten Telekom-Homepage-Paket anwendbar.

„Alles durch den grünen Filter“

SPIEGEL-Gespräch Unilever-Chef Paul Polman, 59, will mit seinem Einsatz und seinen Produkten eine bessere Welt schaffen. Doch der Kunde spielt nicht immer mit.

CHRISTIAN O. BRUCH / LAIF / DER SPIEGEL

Unilever-Vorstandsvorsitzender Polman
„Wir brauchen einen langen Atem“

SPIEGEL: Herr Polman, Sie gelten als Weltverbesserer unter den Konzernchefs. Glaubt man Ihnen, hilft Unilever mit seinen Brühwürfeln, die Frauenrechte weltweit zu stärken. Meinen Sie das ernst?
Polman: Ob Sie es glauben oder nicht: Ja, wir meinen das ernst. In Indien und Afrika etwa haben wir den Bouillonwürfeln Eisen beigefügt. Das liefert den Menschen Nährstoffe, die sie sonst nicht bekommen würden. Außerdem spart das Kochen mit unseren Produkten Zeit – und das macht die Frauen unabhängiger.
SPIEGEL: Wieso das?
Polman: Wenn Frauen weniger Zeit am Herd verbringen, können sie sich besser weiterbilden. Wir unterstützen sie in Entwicklungsländern zum Beispiel darin, als Kleinstunternehmerinnen unsere Produkte zu verkaufen. Das ermöglicht ihnen ein eigenes Einkommen und damit Selbstständigkeit. Weltweit wollen wir so fünf Millionen Jobs für Frauen schaffen.
SPIEGEL: Das heißt also: Wer Ihre Produkte kauft, hilft, die Welt zu verbessern?
Polman: Das Wachstum vieler Länder bleibt begrenzt, solange sie sich nur auf ein Geschlecht konzentrieren. Wenn Frauen weltweit die gleichen Rechte und den gleichen Zugang zu Bildung hätten wie Männer, stiege das weltweite Wirtschaftsvolumen um 28 Billionen Dollar.
SPIEGEL: Finden Ihre Anteilseigner es denn gut, dass Sie sich so stark in Sachen Weltverbesserung engagieren?
Polman: Ein Unternehmen muss in erster Linie den Kunden und nicht den Investoren dienen. Wenn wir diesen Job gut machen, dann sind wir erfolgreich. Und davon profitieren auch unsere Aktionäre.
SPIEGEL: Sie haben deren Hunger nach kurzfristigen Ergebnissen einst mit dem Lechzen eines Junkies nach dem nächsten Schuss verglichen – und deshalb Ihre ausführlichen Quartalsberichte abgeschafft.
Polman: Die Fokussierung auf schnelle Gewinne ist kein Zukunftsmodell. Das ist in der Politik ein Problem, und in der Wirtschaft erst recht. Die durchschnittliche Lebensdauer eines börsennotierten Unternehmens in den USA beträgt heute 18 Jahre. Das kommt davon, wenn man nur in Quartalsberichten denkt. Unser Unternehmen ist inzwischen über hundert Jahre alt, und ich will, dass es uns auch in hundert Jahren noch gibt. Wenn ich an die großen globalen Probleme wie Hunger, Klimawandel und Wasserknappheit denke, dann müssen wir nach langfristigen Lösungen suchen.
SPIEGEL: Statt über Unternehmenszahlen reden Sie offenbar lieber über Bevölkerungswachstum, Klimawandel und die soziale Verantwortung von Wirtschaft und Politik. Wären Sie besser bei einer NGO oder der Uno aufgehoben?
Polman: In meiner jetzigen Position habe ich die Chance, etwas Sinnvolles zu tun und Veränderungen anzustoßen. Gäbe es einen Job, für den ich qualifiziert wäre und bei dem ich noch mehr bewegen könnte, würde ich diesen sofort annehmen. Momentan sehe ich den aber nicht.
SPIEGEL: Haben Sie Ihre Investoren in den vergangenen sieben Jahren denn überzeugen können, dass es richtig ist, auf Nachhaltigkeit zu setzen?
Polman: Unsere Aktionäre haben gelernt, dass unsere Strategie nicht zu ihrem Nachteil ist. Im Gegenteil: Wir reinvestieren unsere Überschüsse, was langfristig zu deutlich höheren Gewinnen führt. Wir machen auch unsere Wertschöpfungskette transparent. Das stärkt unsere Reputation, das wiederum zieht die richtigen Investoren an. Denn die erkennen mittlerweile, dass es riskant ist, in Firmen zu investieren, die nicht transparent sind oder die Menschen am anderen Ende der Welt ausbeuten. Diese Unternehmen werden hinweggespült werden.
SPIEGEL: Das bezweifeln wir. Marken wie Primark oder Kik laufen gut. Und die

PHOTOLIBRARY / GETTY IMAGES

Teepflückerinnen auf Sri Lanka: „Fokussierung auf schnelle Gewinne ist kein Zukunftsmodell“

Textilindustrie beharrt darauf, dass die Kontrolle der Lieferkette in einer globalisierten Welt kaum möglich sei.

Polman: Das ist eine Frage des Wollens. Unilever arbeitet weltweit mit 76 000 Zulieferern zusammen, und täglich kommen neue hinzu. Natürlich kann man nicht jeden einzelnen Mitarbeiter und Vertragspartner immer im Blick haben. Auch Unilever ist nicht perfekt, und das werden wir leider auch nie sein. Aber wir können für bessere Standards sorgen.

SPIEGEL: Was passiert mit den Lieferanten, die diese nicht einhalten?

Polman: Wir konfrontieren sie und versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden. Wir scheuen uns aber auch nicht davor, als Ultima Ratio Lieferbeziehungen zu beenden. Aber natürlich ist es kompliziert, nehmen Sie den globalen Teemarkt: Manche Teeblätter können Sie überhaupt nicht zurückverfolgen. Deshalb versuchen wir, hier grundsätzlich etwas zu ändern. In Indien und Kenia arbeiten wir mit lokalen NGOs und den Regierungen zusammen. Wir investieren bei Lipton ganz bewusst in unsere eigenen Teeplantagen, um zu zeigen, dass man eine profitable Plantage betreiben und gleichzeitig gerechte Lohn- und Lebensstandards schaffen kann. Jeder Arbeiter hat dort ein anständiges Haus, Zugang zu Toiletten und Elektrizität. Auf unserer Teeplantage in Kenia leben und arbeiten rund 90 000 Menschen. Dort haben wir die besten Schulen des Landes, sechs Krankenstationen, 50 Prozent unserer Vorarbeiter sind Frauen. Den Leuten geht es gut. Und Lipton geht es daher auch gut.

SPIEGEL: So einfach ist das also? Warum folgen dann so wenige Ihrem Beispiel?

Polman: Ich sage nicht, dass es einfach ist. Wir hatten beispielsweise in Kenia Probleme, unter anderem mit sexueller Belästigung. Aber wenn man etwas verändern will, dann findet man einen Weg. Viele haben Angst vor dieser Reise, auch weil sie Kritik fürchten von Leuten wie Ihnen. Ein CEO ist heute durchschnittlich fünf Jahre im Amt, das ist nicht gerade ideal, um langfristige Veränderungen anzustoßen. Wenn man sich traut, die großen Dinge anzupacken, macht man sich als Führungsperson und als Unternehmen angreifbar. Unter anderem, weil durch das Internet alles sehr schnell transparent wird.

SPIEGEL: Das bekamen Sie im vergangenen Jahr selbst zu spüren: In Südindien kämpften ehemalige Unilever-Mitarbeiter 15 Jahre lang für eine Entschädigung, weil sie in einer Thermometerfabrik gesundheitliche Schäden davongetragen hatten. Aber erst als das Video einer jungen Rapperin im Netz kursierte und Unilevers Ruf auf dem Spiel stand, wurde man sich einig. Warum hat es so lange gedauert, bis Sie gehandelt haben?

Polman: Das Video hat nicht viel zu dieser Einigung beigetragen, auch wenn das jetzt

Nur für Studenten!

12 x den SPIEGEL + UNI SPIEGEL testen und 62% sparen.

Prämie zur Wahl

Abus-Fahrradschloss
Mit spezialgehärteter 6-mm-Vierkantkette, Stahlschloss und Textilschlauch gegen Kratzer. Länge: ca. 75 cm. Zuzahlung: € 1,–

€ 10,– Tankgutschein
Der universelle DriversChoice Gutschein ist deutschlandweit bei über 8 000 Tankstellen einlösbar.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Ja, ich möchte 12 x den SPIEGEL für nur € 19,90 testen, **über 62 % sparen** und eine Prämie!

Meine Wunschprämie: ☐ Abus-Fahrradschloss, Zzlg. € 1,– (4246) ☐ € 10,–DriversChoice (5034)

☐ Frau ☐ Herr Name/Vorname

Straße/Hausnr. Geburtsdatum 19

PLZ Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen) E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Gleich mitbestellen! ☐ Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für ~~€ 3,99~~ im Einzelkauf. SD16-036

Wenn ich mich nach Erhalt der 10. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL weiterbeziehen, dann für zurzeit € 2,95 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

☐ Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Ich nutze die bequemste Zahlungsart: per SEPA-Lastschrift*

DE IBAN Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Datum X Unterschrift SP16-860

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZZ00000030206

Coupon ausfüllen und senden an: DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg **040 3007-2700** **abo.spiegel.de/stma**

Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Meine Prämie erhalte ich direkt nach Zahlungseingang. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und Ihrem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de *** SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

aus Ihrer Perspektive vielleicht so aussieht. Das war ein komplizierter Fall, bei dem auch die Aktivisten vor Ort dazu beitrugen, dass es keine schnelle Lösung gegeben hat. Das ist schade, und das wollen diese Helfer natürlich nicht hören, weil sie es eigentlich gut meinen.

SPIEGEL: Verfluchen Sie manchmal die Macht, die das Internet Ihren Kunden schenkt?

Polman: Ohne das Internet gäbe es viel weniger Bewusstsein für die Probleme dieses Planeten. Und als Unternehmen profitieren wir ja auch davon, dass wir über die sozialen Netzwerke heute wesentlich schneller erfahren, was unsere Kunden umtreibt, was sie stört oder was sie sich wünschen. Leider werden Diskussionen im Netz oft sehr emotional und verkürzt geführt. Man kann komplexen Zusammenhängen eben oft nicht auf 140 Zeichen gerecht werden.

SPIEGEL: Aber Sie können es als Konzern auch für sich nutzen.

Polman: Natürlich! Wir stellen eine Transparenz her, die es so vorher nicht gab. Wir haben zum Beispiel unseren Nachhaltigkeitsplan und unsere 60 Ziele veröffentlicht und berichten fortlaufend über die Fortschritte. Wir haben Webcams auf Farmen installiert. Unsere Kunden können verfolgen, was dort passiert – viele schätzen das.

SPIEGEL: Aber am Ende kaufen die Leute nicht den Kartoffelbrei, bei dem sie gesehen haben, wie der Bauer die Kartoffeln erntet. Sondern den, der gerade im Angebot ist.

Polman: Dieses Verhalten ändert sich gerade. In den USA etwa gehen 80 Prozent des Wachstums im Lebensmittelsektor auf Produkte zurück, die nachhaltig, fair gehandelt oder bio sind.

SPIEGEL: Aber der deutsche Kunde schaut immer noch zuerst auf den Preis. Vielleicht sind die Verbraucher noch nicht so weit, den Unilever-Weg mitzugehen.

Polman: Natürlich spielt der Preis, aber auch der Geschmack eine wichtige Rolle. Aber wenn man diese Hürden genommen hat, dann schauen die Verbraucher genauer hin. Ein Marktleiter in einem Hamburger Supermarkt erzählte mir, dass bei ihm derzeit vor allem die regionalen Produkte boomen – obwohl diese teurer sind! Das gilt auch für Textilien: Die Zeit, in der die Kunden Billig-T-Shirts cool fanden, ist spätestens seit dem Einsturz von Rana Plaza vorbei.

SPIEGEL: Bei dem Einsturz der Textilfabrik in Bangladesch starben vor drei Jahren mehr als 1000 Arbeiter, mehr als 2000 wurden verletzt. Die Umsätze mit Billigklamotten sind allerdings nicht eingebrochen.

Polman: Deswegen reden wir ja darüber. Die Leute müssen wissen, welche Entscheidung sie mit ihrem Einkauf treffen. Bei unseren Aktionärstreffen ging es früher nur um die harten Zahlen. Heute wird am längsten über unser „corporate responsible behaviour“ diskutiert, also wie wir uns als Unternehmen verhalten. Die Investoren haben Macht in der Wirtschaft. Aber bei Konsumgütern haben die Verbraucher einen noch größeren Einfluss – und den sollten sie bewusst nutzen.

SPIEGEL: Blöd nur, wenn der Kunde da einfach nicht mitspielt: zum Beispiel bei Ihren kleinen, komprimierten Deosprays. Da haben Sie eine teure Innovation lanciert, die Ressourcen sparen und Müll vermeiden soll. Aber der Kunde kauft die kleineren Dosen einfach nicht. Die Konkurrenz macht sich sogar über Sie lustig.

Polman: Wir brauchen eben einen langen Atem. Die Kunden müssen sich erst an etwas Neues gewöhnen und das Produkt verstehen. Wir haben in diesem Fall sogar unsere Technologie offengelegt und das Patent freigegeben, damit möglichst viele Unternehmen diesem Beispiel folgen und

1954

Die wahrscheinlich schönste Schlammschlacht vor Erfindung der Promi-Scheidungen: Beim „Wunder von Bern“ helfen Kampfgeist, Fritz-Walter-Wetter und leichtere Fußballschuhe mit den ersten **Schraubstollen aus Polyamid.**

1998

Wer auf Fußball steht, muss dies fortan im Sitzen tun: Einzelsitze werden bei europäischen Begegnungen Pflicht. Dank der Chemie sind die **Kunststoffsitze** farbig und robust.

In Frankreich schon sicher im

1996

Für alle, die lieber im Applaus baden als im Schweiß: In Trikots aus **atmungsaktiven Chemiefasern** kickt sich die deutsche Elf zum dritten EM-Titel.

2006

Deutschland wird Weltmeister – im Public Viewing: Allein in Frankfurt verfolgen rund 2 Mio. Zuschauer „Deutschlands Sommermärchen“ auf riesigen lichtstarken LED-Videowänden. **Halbleitern** aus der Chemie sei Dank!

die ökologischen Einspareffekte noch größer werden. Wir glauben an diese Technologie.

SPIEGEL: Ihr Ziel ist es, dass jedes neue Unilever-Produkt nachhaltig sein soll. Was darf man sich darunter vorstellen?

Polman: Wir jagen alles, also jede Produktinnovation, durch einen grünen beziehungsweise Nachhaltigkeitsfilter. Wir stellen immer die gleichen Fragen: Hat das Produkt eine bessere Umweltbilanz als vergleichbare Produkte? Ist es gesünder? Erfüllt es unsere Wasser- und CO_2-Ziele? Wie sieht das bei der Verpackung aus? In Deutschland bieten wir beispielsweise für eine Vielzahl unserer Duschgels Nachfüllbeutel an. All das ergibt für uns auch wirtschaftlich Sinn: Wir sind in den letzten acht Jahren deutlich stärker gewachsen als der Markt.

SPIEGEL: Das meiste Wachstum kommt aber aus Asien oder Südamerika.

Polman: Ich bin auch mit dem Europa-Geschäft zufrieden. Wir wachsen zwar nicht überall und nicht in allen Sparten, aber 2015 hatten wir zum Beispiel einen Rekordumsatz bei Langnese …

SPIEGEL: … was vor allem am guten Wetter lag!

Polman: Natürlich, aber auch daran, dass wir bei Eiscreme ebenfalls Neues ausprobieren. Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa haben wir in Italien und Spanien zum Beispiel ein Programm gestartet, das junge Leute als mobile Eisverkäufer schult und ihnen so immerhin einen saisonalen Job vermittelt.

CHRISTIAN O. BRUCH / DER SPIEGEL

Polman, SPIEGEL-Redakteurinnen*
„Die Chance, etwas Sinnvolles zu tun“

SPIEGEL: Ihr Engagement in allen Ehren. Aber wann gab es zuletzt eine wirkliche Innovation auf dem Eiscrememarkt? Und führen Sie jetzt bitte nicht Magnum an …

* Susanne Amann und Simone Salden in Hamburg.

Polman: Das ist in der Tat in den Achtzigerjahren entstanden. Aber sehen Sie: Bei den Körperpflegeprodukten ist unser Umsatz in den letzten acht Jahren von 12 auf 20 Milliarden Euro gestiegen. Unsere Sparte ist heute größer als Estée Lauder und Beiersdorf zusammen – und das liegt an unseren Innovationen in diesem Bereich. Nehmen Sie zum Beispiel die neue Dove-Pflegeserie für Männer.

SPIEGEL: Aber können diese Entwicklungen die Zukunft eines Riesenkonzerns wie Unilever sichern?

Polman: Es kommt darauf an, wie Sie Innovation definieren.

SPIEGEL: Wie definieren Sie Innovation?

Polman: Die nächsten großen Veränderungen werden sich auf die Wertschöpfungskette beziehen. Da wird es um weit mehr gehen als um die Neugestaltung eines Etiketts. Im Teegeschäft wird das nicht bedeuten, dass Sie „Earl Grey“ plötzlich rückwärts buchstabieren, sondern dass Sie künftig bei jeder Tasse genau wissen, von welchem Busch dieser Tee stammt und wie die Leute behandelt wurden, die diese Blätter für Sie gepflückt haben.

SPIEGEL: Herr Polman, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

2016

Ganz schön helle: **Hightechkunststoffe** im Dach von Lyons neugebautem „Stadion der Lichter“ sorgen für UV-Licht-Durchlässigkeit und verhelfen dem EM-Rasen so zu rasendem Wachstum.

2026

Endspiel dabei: die Chemie.

2020

Ob auf Hartplatz, Kunstrasen oder auf der großen Bühne bei internationalen Meisterschaften – die Chemie ist ein wichtiger Spielmacher des Rasenballsports: mit Polyamid für Stollen, mit atmungsaktiven Fasern für Trikots oder mit Hightechkunststoffen für Stadiondächer. Mehr Informationen gibt es in der Verlängerung: **www.ihre-chemie.de.**

Ihre Chemie.
Freuen Sie sich auf die Zukunft.

Versprengtes Häuflein

Luftfahrt In der Nähe Hamburgs unterhält Lufthansa eine Phantomarbeitsstätte. Schuld ist ein uralter Tarifvertrag – der jetzt gekündigt wurde.

Wer im neuesten Lufthansa-Geschäftsbericht das Kapitel über die eigenen Mitarbeiter liest, hat den Eindruck, die Fluglinie gehöre zu den Vorzeigearbeitgebern im Land. „Zukunft denken. Neues wagen. Verantwortung leben“ sei das Motto seiner Personalpolitik, rühmt sich der Konzern. Deshalb liege der Schwerpunkt auf der „Förderung und Stärkung der Leistungsorientierung“ seiner weltweit gut 120 000 Mitarbeiter.

Für die rund 50 Lufthansa-Beschäftigten, die sich regelmäßig in einem tristen Bürogebäude in Norderstedt bei Hamburg einfinden, müssen solche Sätze wie Hohn klingen. Sie sitzen in halb leeren Räumen mit mausgrauer Auslegeware und tun: nichts. Zumindest nichts, was ihrem Arbeitgeber nutzt.

Vom Computersystem wurden sie schon vor Längerem abgeschaltet. Jede Menge Socken habe sie in den vergangenen Monaten gestrickt, erzählt eine Mitarbeiterin. Ihre Kollegin wippt im Bürostuhl auf und ab und deutet auf einen Stapel lokaler Anzeigenblätter vor sich. „Das ist mein Tagespensum heute“, sagt sie sarkastisch.

Bis vor knapp drei Jahren bildeten die Damen und einige wenige Herren noch das zentrale Nervensystem des Vertriebs von Deutschlands größter Fluglinie. Sie rechneten von hier aus die Tickets der Lufthansa sowie befreundeter Airlines ab, addierten die Steuern und genossen Privilegien wie verbilligte Flüge. „Der Laden in Norderstedt war unsere zweite Heimat“, erzählt der kürzlich ausgeschiedene Exbetriebsratschef Andreas Liedtke, 60.

Die günstigen Trips sind den Angestellten geblieben, auch bezahlt werden sie immer noch. Sonst aber ist alles weg, die Arbeit, die Anerkennung – und in manchen Fällen auch das Selbstbewusstsein.

Seit die Lufthansa-Führung Anfang 2013 entschied, die Routinetätigkeiten nach Polen und Indien zu verlagern, gibt es für die Norderstedter Spezialtruppe nichts mehr zu tun. Viele ehemalige Kollegen sind schon gegangen, andere ließen sich erfolgreich fortbilden oder nahmen eine Abfindung. Weitere 41 Exangestellte nutzten Altersteilzeitverträge.

Rund vier Dutzend Mitarbeiter harren noch im Gewerbegebiet Stonsdorf nördlich des Hamburger Flughafens aus. Die Alternative zu ihrem tristen Dasein wäre noch trister: Arbeitslosigkeit. Ende 2019 ist aber auch für sie Schluss, dann wird die Phantomarbeitsstätte endgültig dichtgemacht.

Verantwortlich für die Situation, in der sie stecken, ist ein Tarifvertrag, den die Lufthansa vor über 35 Jahren mit der Vorläuferorganisation der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di geschlossen hat und den die Konzernführung kürzlich kündigte, um ihn zu ändern. Er gewährt den rund 33 000 Bodenmitarbeitern der Fluglinie Schutzrechte, von denen Beschäftigte anderer Unternehmen und Branchen nur träumen können.

Fällt eine Stelle wegen des technischen Fortschritts oder aufgrund von Sparmaßnahmen weg, muss die Lufthansa für jeden Mitarbeiter einen Ersatzarbeitsplatz im Konzern finden. Angestellten, die 15 Jahre und länger bei der Lufthansa beschäftigt sind – und das trifft inzwischen auf einen Großteil der Belegschaft zu –, darf laut dem Abkommen generell nicht gekündigt werden. Ihnen müssen „andere, angemessene Aufgaben“ übertragen werden. Finden sich keine, wie etwa bei den verbliebenen Mitarbeitern in Norderstedt, oder werden die Ersatzjobs schlechter vergütet, muss die Lufthansa trotzdem das alte Gehalt überweisen – und das je nach Betriebszugehörigkeit über mehrere Jahre hinweg.

„Besitzstandswahrung“ heißt das Schlagwort, mit dem solche und ähnliche sogenannte Rationalisierungsschutzabkommen einst gerechtfertigt wurden – nicht nur von der Lufthansa. Auslöser war Ende der Siebzigerjahre der legendäre Kampf von rund 30 000 Schriftsetzern und Metteuren in der Druckindustrie um ihre Arbeitsplätze. Diese drohten damals durch die Umstellung vom Blei- auf den elektronischen Lichtsatz wegzufallen. Nach mehrtägigen Streiks setzte die Gewerkschaft erstmals ein umfassendes Rationalisierungsschutzabkommen für ihre Stammklientel durch.

Angesichts des schnellen technologischen Wandels sind solche Vereinbarungen längst aus der Mode gekommen. Unternehmen müssen heute viel schneller als früher auf Veränderungen reagieren können. An die Stelle von Tarifverträgen zur bloßen Zementierung des Vorhandenen rückten Vereinbarungen zur Qualifizierung und Weiterbildung, etwa in der Metallindustrie.

Das Paragrafenwerk, das der Lufthansa-Vorstand nun gekündigt hat, wirkt heute wie aus der Zeit gefallen. Die Konzernführung betont allerdings, man wolle das Schutzabkommen ja gar nicht komplett abschaffen, sondern nur modernisieren. Die zuständige Ver.di-Funktionärin Christine Behle sieht darin einen „Angriff auf die Arbeitnehmer“ im Lufthansa-Konzern. „Wir werden das nicht hinnehmen“, sagt sie.

Nachgeben wird vorerst wohl keine der beiden Seiten. Denn es geht längst nicht mehr nur um das versprengte Häuflein im hohen Norden. Allein bei der Triebwerksinstandhaltung der Tochter Lufthansa-Technik sollen in den kommenden zehn Jahren bis zu 600 Stellen wegfallen. Außerdem will der Konzern bis 2021 seine Bodenstationen an acht Standorten wie Bremen, Stuttgart oder Hannover mit insgesamt 1300 Beschäftigten schließen. Für sie alle gilt – noch – das angestammte, mehr als 30 Jahre alte Schutzabkommen gegen Jobverlust.

Sollte der Konflikt auch dort eskalieren, redet über Norderstedt bald keiner mehr.

Dinah Deckstein, Martin U. Müller

JÖRG MÜLLER / AGENTUR FOCUS / DER SPIEGEL

Exbetriebsrat Liedtke: „Zweite Heimat“

WELCOME TO OUR WORLD

EXOSPACE
B55 CONNECTED

Breitling erfindet die Smartwatch neu. Eine bahnbrechende Idee für mehr Leistung! Der elektronische Multifunktionschronograf Exospace B55 ist ein Instrument der Zukunft, das neue Massstäbe in Sachen Komfort, Ergonomie und Effizienz setzt. Das innovative Konzentrat birgt im Titangehäuse ein exklusives SuperQuartz™-Kaliber mit offiziellem Chronometerzertifikat der COSC sowie eine breite Palette neuartiger und für Piloten und aktive Männer massgeschneiderter Funktionen. Herzlich willkommen in der Welt der Präzision, der Topleistungen und der Spitzentechnologie. Herzlich willkommen in der Avantgarde der Instruments for Professionals.

BREITLING BOUTIQUE
BÖRSENSTRASSE 2-4
FRANKFURT

BREITLING
1884

INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

Ausland

Japan

Schlafanzug auf Spesen

Handelt es sich bei einer Sushi-Mahlzeit um eine „politische Aktivität“? Dürfen Schlafanzüge über staatliche Zuwendungen abgerechnet werden? Und wer sollte eigentlich dafür bezahlen, wenn ein Politiker mit seiner Familie in einem Luxushotel mit heißer Quelle absteigt? Die Steuerzahler? Über diese und ähnliche Fragen erregt sich derzeit ganz Japan. Denn Yoichi Masuzoe, der Gouverneur von Tokio, soll Privates und Politisches allzu dreist vermengt haben. Fast täglich kommen neue Vorwürfe gegen den 67-Jährigen ans Licht. Und nicht nur in

YUYA YAMAMOTO / JIJI PRESS / DPA

Masuzoe

Tokio lebte Masuzoe, der früher dem japanischen Oberhaus angehörte und Gesundheitsminister war, demnach oft auf Kosten der Allgemeinheit. Auch seine luxuriösen Dienstreisen, etwa nach Berlin, London und Paris, schüren nun den Volkszorn. Zwar sind die Japaner an korrupte Politiker gewöhnt. Masuzoes Amtsvorgänger trat zurück, weil er einen fragwürdigen Kredit über umgerechnet 400 000 Euro nicht ausreichend erklären konnte. Doch gerade die Debatte über lächerliche Posten in Masuzoes Spesenabrechnungen, wie Unterwäsche, könnte ihn sein Amt kosten. Das Stadtoberhaupt will die Vorwürfe nun durch unabhängige Juristen prüfen lassen. Viel Zeit bleibt ihm nicht, denn im Sommer soll er in Rio de Janeiro feierlich den Auftrag für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2020 in Tokio entgegennehmen. Seine Kritiker hoffen, dass er diese Dienstreise nicht mehr antritt. ww

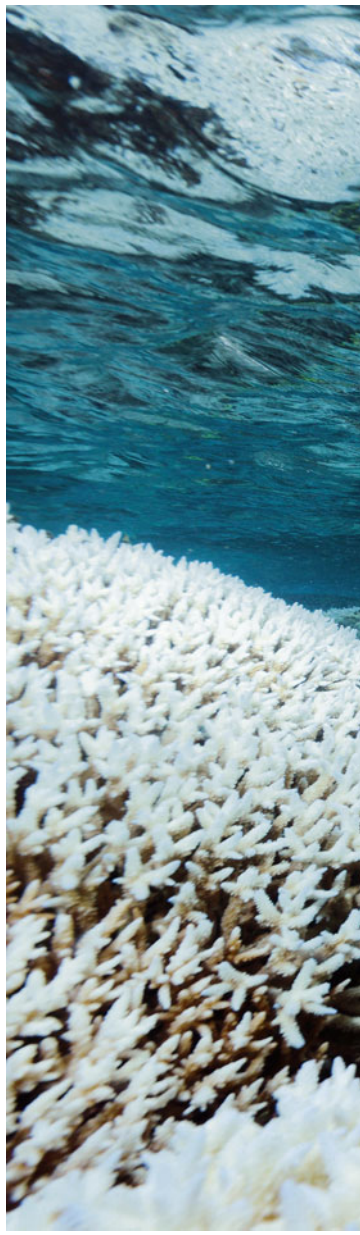
Lateinamerika

Die Russen kommen

Moskau baut im Wettstreit mit den USA und China seine Präsenz in Lateinamerika aus. Russland liefert verstärkt Industrie- und Rüstungsgüter in die Region, die Latinos versorgen die Russen dafür in erster Linie mit Lebensmitteln. Präsident Wladimir Putin pflegt vor allem die Beziehungen zu den einstigen Verbündeten der Sowjetunion. Nicaragua, das von dem Exguerillero Daniel Ortega geführt wird, will 50 Panzer und Kampfflugzeuge in Moskau bestellen. Venezuelas Krisenpräsidenten Nicolás Maduro hat Moskau bereits mit Militärgerät beliefert, auch in Kuba zeigt Putin wieder häufiger Flagge. Neben seiner machtpolitischen Strategie verfolgt er auch ein praktisches Ziel: Die Länder Südamerikas helfen Moskau, die von der Europäischen Union verhängten Wirtschaftssanktionen zu umgehen. Statt französischem und holländischem Käse liegt in russischen Supermärkten nun Käse aus Argentinien und Uruguay. Moskaus Außenhandel mit Lateinamerika hat sich seit 2000 verachtfacht, 2013 wurden Waren im Wert von 21,5 Milliarden Euro im- und exportiert. jgl

ITAR-TASS / IMAGO

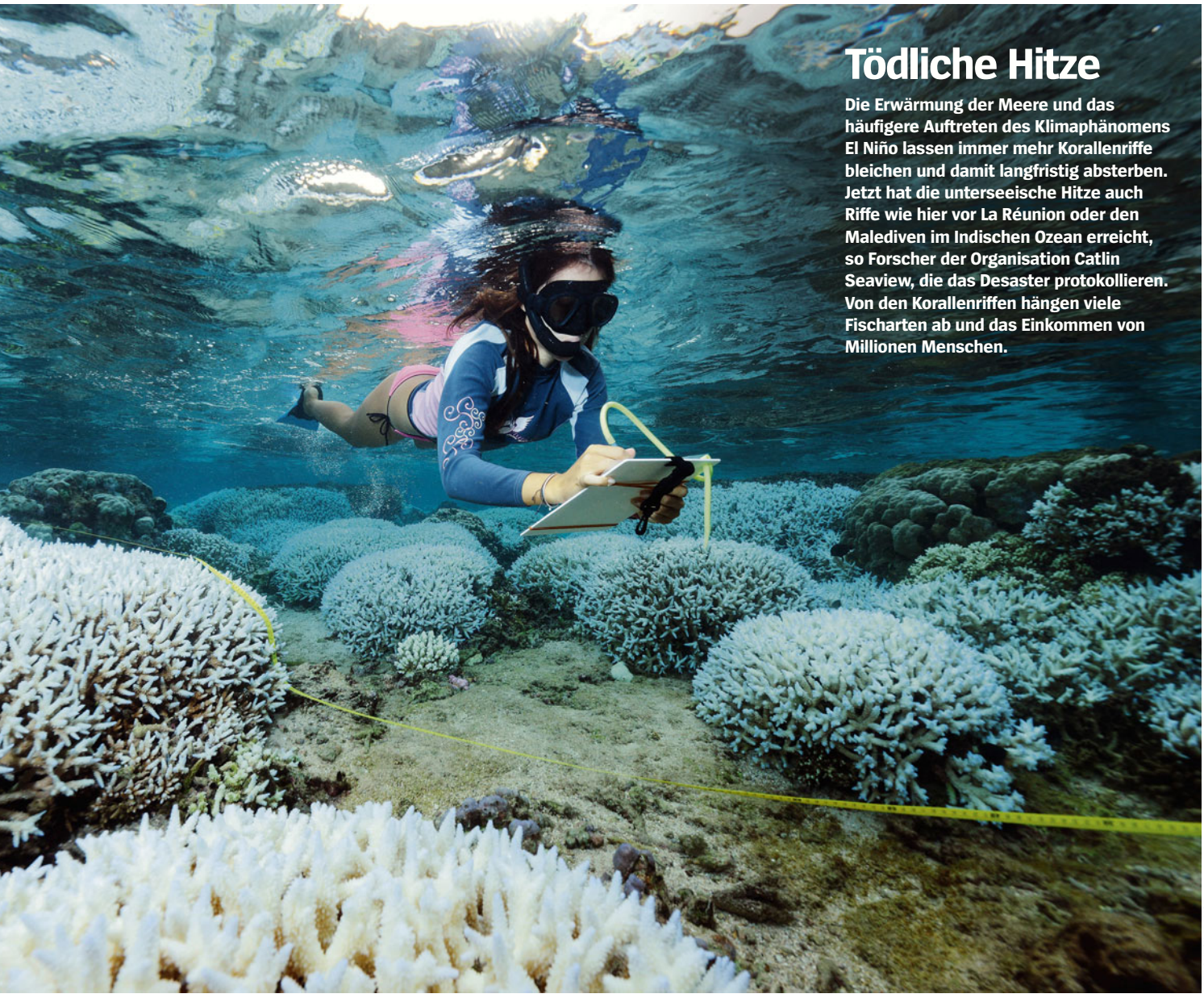
Maduro, Putin in Moskau



Fußnote

4 Asylbewerber

aus der Ukraine sind in den vergangenen zweieinhalb Jahren in Polen aufgenommen worden. Die polnische Ausländerbehörde erkennt Flüchtlinge aus dem Nachbarland selten an. Sie begründet ihre abwehrende Haltung: Die Ukraine sei so groß, dass es dort auch friedliche Zonen gebe, wo man vor Verfolgung sicher sei.



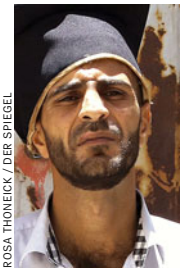
REEF CHECK FRANCE

Tödliche Hitze

Die Erwärmung der Meere und das häufigere Auftreten des Klimaphänomens El Niño lassen immer mehr Korallenriffe bleichen und damit langfristig absterben. Jetzt hat die unterseeische Hitze auch Riffe wie hier vor La Réunion oder den Malediven im Indischen Ozean erreicht, so Forscher der Organisation Catlin Seaview, die das Desaster protokollieren. Von den Korallenriffen hängen viele Fischarten ab und das Einkommen von Millionen Menschen.

Gaza

„Brutal unterdrückt“



ROSA THONEICK / DER SPIEGEL

Saeed Lulu, 29, arbeitsloser Kommunikationswissenschaftler, organisiert Proteste im Netz und einen Hungerstreik.

SPIEGEL: Herr Lulu, Sie haben 30 Tage lang gehungert und auf einem öffentlichen Platz in Gaza-Stadt protestiert. Was fordern Sie?
Lulu: Wir wollen auf die Probleme der jungen Generation in Gaza aufmerksam machen. Wir sind gut ausgebildet, haben Uni-Abschlüsse, aber keine Chance auf Jobs. Die gibt es nur für Leute, die zur Hamas gehören. Das System ist völlig korrupt.
SPIEGEL: Obwohl sich in den vorigen Monaten einige Menschen selbst angezündet haben, wird wenig demonstriert. Warum halten die meisten still?
Lulu: Die Hamas unterdrückt brutal jede Opposition. Und die Leute haben Angst. Im Internet stimmen uns Tausende zu, aber auf die Straße trauen sich nur wenige.
SPIEGEL: Sie wurden gerade erst aus dem Gefängnis entlassen. Haben Sie keine Angst?
Lulu: Man hat mich schon so oft eingesperrt. Zuletzt war ich sieben Nächte in einer 150 mal 80 Zentimeter großen Einzelzelle. Mir wurden die Haare abrasiert. Ich durfte weder telefonieren, noch habe ich einen Anwalt gesehen. Meine Familie und meine Freunde wussten nichts über meinen Verbleib.
SPIEGEL: Warum hat man Sie entlassen?
Lulu: Ich habe unterschrieben, dass ich weder mit Journalisten noch mit Menschenrechtsorganisationen reden werde und aufhöre zu demonstrieren.
SPIEGEL: Nun reden Sie aber doch mit uns, wieso?
Lulu: Ich kenne das Risiko. Aber ich muss einfach weitermachen.
SPIEGEL: Warum richtet sich Ihr Protest gegen die eigene Regierung statt gegen Israel?
Lulu: Man kann nicht alles auf die Besatzung schieben. Wir müssen erst mal unsere eigenen Probleme regeln. Es kann nicht sein, dass zwei Parteien sich streiten. Wir brauchen stattdessen eine funktionierende palästinensische Einheitsregierung. Wir haben an Ministerien geschrieben, auch an die Autonomiebehörde in Ramallah. Wir haben Pläne vorgelegt, wie man den jungen Leuten etwa durch Gründerkredite helfen kann. Doch wir haben nie eine Antwort erhalten. abe

ED ALCOCK / M.Y.O.P. / LAIF

Die Ausnahmeerscheinung

Frankreich Wirtschaftsminister Emmanuel Macron sagt, was er denkt, fordert radikale Reformen und kritisiert die eigene Regierung. Seit Wochen ist er beliebter als Präsident François Hollande. Ein Porträt. *Von Julia Amalia Heyer*

Draußen, hinter den Scheiben, unter verhangenem Himmel, fliegt flaches Land vorbei. In Wagen 23, Platz 76, rochiert Emmanuel Macron zwei taschenbuchgroße Smartphones auf dem Tisch und versucht, etwas zu erklären, das er selbst noch nicht so recht versteht: das Phänomen Emmanuel Macron.

Herr Minister, warum sind Sie derart beliebt?

„Ich habe mich um diese Popularität nie bemüht." Die Antwort kommt ein bisschen zu prompt.

Vor nicht einmal zwei Jahren wurde Emmanuel Macron Minister für Wirtschaft, Industrie und Digitales, aber er ist, zumindest im Augenblick, der Mann der Stunde in der französischen Politik. Macron ist 38 Jahre alt, er hat das glatte Gesicht eines sehr jungen Mannes. Ebenmäßige, intelligente Züge; wenn er sich konzentriert, wie jetzt, verengen sich seine Augen leicht. „Yeux de velours", Samtaugen habe er, steht in manchen Artikeln über ihn. Ein ungewöhnlich zärtliches Attribut für einen Politiker; ein Indiz für die ebenso ungewöhnliche Zuneigung, die ihm zuteilwird.

Er habe immer offen gesagt, was er denke – und versuche, dementsprechend zu handeln, sagt Macron. „Wahrscheinlich mögen die Menschen Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit." Rechtfertigt er sich? Kokettiert er?

Es ist merkwürdig: Während die Regierung, deren Mitglied er ist, quasi wöchentlich neue Negativrekorde in Umfragen aufstellt, wird Emmanuel Macron immer beliebter: Die Zustimmungswerte des unbeliebtesten Präsidenten der Fünften Republik, François Hollande, schwanken zwischen 11 und 13 Prozent. Rund die Hälfte der Franzosen glaubt, dass Macron einen guten Staatschef abgeben würde.

Macron ist eine Ausnahmeerscheinung in Zeiten nationalen Unmuts, er sticht heraus aus einem Kabinett von überwiegend blassen Ministern, die oft genauso glücklos agieren wie ihr Präsident. Selbst der einst beliebte Premierminister Manuel Valls wird von den Franzosen nicht mehr sonderlich geschätzt, sondern vor allem als mürrisch und autoritär wahrgenommen.

Macron dagegen kann sagen, was er will, die Leute mögen ihn. Er kann von Europa schwärmen, das für ihn eine Errungenschaft darstellt, kein Auslaufmodell. Er kann Angela Merkel für ihre Flüchtlingspolitik loben oder erklären, warum Frankreich nicht so bleiben kann, wie es ist: erstarrt, blockiert, deprimiert.

Auch deshalb können ihn seine Parteifreunde nicht ausstehen. Den einen ist er zu übergriffig, zu ambitioniert, weil er sich auch zu Themen äußert, die jenseits seines Portfolios liegen. Für die anderen ist er „der Wolf im Schafspelz", wie ihn ein Wochenmagazin bei seinem Amtsantritt nannte: ein verkleideter Neoliberaler, der den französischen Wohlfahrtsstaat aushöhlen will. Seit er im April seine eigene politische Bewegung „En Marche" gegründet hat, glauben viele, dass er 2017 antreten wird. Um mit dann 39 Jahren Präsident zu werden.

An diesem Vormittag, im Thalys 9473 auf dem Weg von Paris nach Brüssel, sagt Emmanuel Macron: „Mich motiviert, die Zukunft meines Landes zu gestalten. Ich glaube, wir müssen viele Dinge ganz anders machen." Und wiederholt, dass die Präsidentschaftswahl im Augenblick nicht zu seinen Prioritäten gehöre.

Aber was will er eigentlich? Testen, ob sich seine Beliebtheit in den Umfragen in politisches Kapital ummünzen lässt? Ob jemand, der gemocht wird, auch gewählt wird?

Macron hat Potenzial als Hoffnungsträger, allein seine Jugend ist eine Sensation in einem Land, an dessen Spitze sich seit Jahrzehnten die gleichen Gesichter, die gleichen Namen, die ewig gleichen Lebensläufe abwechseln. Es gelingt ihm immer wieder, den richtigen Ton anzuschlagen. Er kann versöhnlich klingen, aber auch forsch und fordernd. Dabei bleibt er stets höflich, laut wird er nie.

Doch wie und für wen wird er dieses Potenzial nutzen? Es gibt da jetzt eine gewisse Fallhöhe, Macron verdankt sie seinem Erfolg. Demütig macht ihn das nicht. Vor Kurzem hat er sich in einer Rede ziemlich unverhohlen mit Jeanne d'Arc verglichen, begriffen im furchtlosen Kampf für neue Ideen, gegen verkrustete Strukturen.

An diesem Vormittag im Zug trägt Macron einen dunkelblauen Anzug, perfekt sitzend, wie immer. Kurz vor Brüssel bittet er seinen Berater um eine Krawatte; er bindet einen Windsorknoten, ohne seinen Redefluss nur einmal zu unterbrechen. Frankreich, sagt Macron, wirke zwar blockiert. Aber sein Land sei nicht reformunfähig: „Es gibt mehrere Frankreichs." Der Großteil der Franzosen wolle durchaus in einem modernen Land leben. „Diejenigen, die im Augenblick protestieren, sind eine kleine Minderheit."

Das Problem ist, dass diese Minderheit es bisweilen schafft, das Land zu lähmen. Wenn wieder Kindergärtner und Müllmänner streiken, dann schnürt der Protest mit kalter Hand dem Alltag die Luft ab. Zurzeit herrscht Unmut allerorten, im ganzen Land wird gezetert. Durch Streiks in den Raffinerien kam es zu Treibstoffknappheit, Tankstellen mussten schließen. Auch die Piloten von Air France drohten mit Streik, die Fluglotsen und die Angestellten der Staatsbahn SNCF. Die Lehrer. Der Widerstand gegen jede Art von Veränderung wird vor allem in Staatsunternehmen und im öffentlichen Dienst orchestriert.

Im Frankreich der Gegenwart scheint der Blick auf das Wesentliche verstellt. Denn was als Protest gegen die Arbeitsmarktreform der Regierung begann, hat sich zu einem absurden Kräftemessen ausgewachsen, hinter dem allein der Wunsch zu stehen scheint, der Gegenseite einen möglichst heftigen Schlag zu verpassen. Längst hat die Regierung Fehler bei ihrer Vorgehensweise eingeräumt; sie hat das Reformgesetz dergestalt entkernt, dass mittlerweile alle betroffenen Parteien unzufrieden sind – auch diejenigen, die es ursprünglich lobten.

Macron selbst geht diese Reform nicht weit genug, er hat das laut und öffentlich gesagt, mitten im landesweiten Tumult. Es gab Ärger, mal wieder. Der Premierminister, sein Chef, schurigelte ihn, es war nicht das erste Mal. Macron lässt solche Zurechtweisungen einfach abperlen, als bekäme er sie gar nicht mit. Und Manuel Valls, der viel von Kraft, Stärke und Autorität spricht, wirkt zunehmend hilflos im Umgang mit seinem Wirtschaftsminister.

Macron findet nicht, dass man sich mit dem, was man denkt, zurückhalten muss. Gibt es etwas, das er gesagt und hinterher bereut hat? „Was ich bedaure, ist, dass ich manche meiner Ideen nicht umsetzen konnte, weil die politischen Bedingungen dafür zu schwierig waren." Er war noch keine fünf Tage im Amt, da bekannte er sich dazu, die in Frankreich sakrosankte 35-Stunden-Woche abschaffen zu wollen. Er kritisiert auch gern den privilegierten

BENAINOUS+PERUSSEAU / ALLPIX / LAIF

Ehepaar Macron: Dornröschen und Märchenprinz

französischen Beamtenstatus, der habe „mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun“, oder fordert die Jugend dazu auf, „Lust zu haben, Milliardär zu werden“. Liberalismus, erklärte er bei einer Podiumsdiskussion, sei ein Wert der Linken. Und das Leben eines Unternehmers sei härter als das eines gewöhnlichen Angestellten.

Was anderswo allenfalls banal klänge, hat in Frankreich das Zeug zum Skandal. Ein linker Wirtschaftsminister im Nadelstreifenanzug, der die Glaubenssätze der Linken aufspießt und dafür von der Rechten Applaus einheimst, begeht einen Tabubruch in einem Land, in dem sich das politische Leben bis heute einem starren Rechts-links-Schema unterwirft. „Ich stehe dazu, dass ich anders an die Dinge herangehe. Weder bin ich der klassische Politiker, noch beherrsche ich die gängigen Phrasen des Politikbetriebs“, sagt Macron.

Wer so etwas derart ostentativ für sich in Anspruch nimmt, weiß um seine Chance, von der gewaltigen Vertrauenskrise zwischen Bürgern und Regierenden zu profitieren. Macrons Verdienst besteht darin, die Franzosen aufwecken, das Land aus seiner Betäubung lösen zu wollen. Eben nicht zu beschwichtigen, sondern anzustacheln. Aber da ist auch diese ungeheure Selbstgewissheit, die immer wieder durchscheint. Von der man sich fragt, woher sie wohl kommt. Denn Macron meint es ernst. Er wolle „die Politik neu erfinden“, wolle einen „New Deal“ für Europa, einen neuen Gesellschaftsvertrag für Frankreich, sagt er. Aber noch hat er sich kein einziges Mal einer Wahl stellen müssen.

Seine Vorbilder sind Jacques Delors, der große sozialistische Europapolitiker, und der frühere Premier Michel Rocard, ein pragmatischer Reformer. Manchmal scheint es, als halte Macron Frankreich für Dornröschen und sich selbst für den Prinzen.

Als François Hollande ihn im August 2014 zum Minister machte, war das ein Coup für den Präsidenten: Macron war jung, smart, unverbraucht. Damals hieß es, er sei Hollandes letzter Joker. Mittlerweile stellt sich die Frage, wer hier von wem profitiert. Etwa 50 000 Mitglieder soll Macrons „En Marche“ mittlerweile haben, 12 000 Freiwillige arbeiten für ihn. Er hat dieselben Spezialisten angeheuert, die sich 2012 auch die Wahlkampfstrategie für François Hollande ausgedacht haben.

Es ist eine Gratwanderung. Die Angriffe auf Macron häufen sich, in und außerhalb der Regierung. Aber er pariert sie nicht, er macht einfach weiter. Hollande und Macron kennen sich gut, seit Langem. „Er weiß, was er mir schuldet“, sagte Hollande vor Kurzem, es klang wie eine Warnung. 2012 hatte er den früheren Investmentbanker zu seinem Berater gemacht und ihn nach seinem Wahlsieg mit ins Élysée genommen. Bis heute genießt der Wirtschaftsminister privilegierten Zugang zum Präsidenten. Es war Macron, der Hollande einst vor der Reichensteuer von 75 Prozent warnte. Durch sie würde Frankreich zu „Kuba ohne Sonne“. Kaum Präsident, führte Hollande die Steuer dennoch ein – und schaffte sie kurz darauf wieder ab. Eine Blamage.

Als Politiker müsse man immer auch Pädagoge sein, sagt Macron im Zug nach Brüssel. „Ich bin überzeugt davon, dass man vorwärtskommt, wenn man diesem Land erklärt, was man machen möchte und warum. Wenn man eine Richtung vorgibt.“ Ein Seitenhieb in Richtung Hollande, dessen Präsidentschaft auch in ihrem letzten Jahr einem einzigen Eiertanz gleicht.

Anfang April stand Emmanuel Macron an einer Hotelbar in Algier; aus den Lautsprechern dudelte eine Easy-Listening-Version von „Hotel California“. Der Minister, mit seinem Premier auf Staatsbesuch, trank Ginger Ale auf Eis. Wieder einmal sollte er den eigenen Erfolg erklären. Er sei „antisystème“, Nonkonformist, sagte er. Vielleicht sei es das.

Man kann diesen Nonkonformismus bei ihm durchaus übersehen, Macron hat, wie es das französische Kastensystem verlangt, die besten Schulen des Landes besucht, darunter die École nationale d’administration, kurz Ena. Den eher klassischen Karriereweg hat er allerdings mit einigen originellen Noten versehen: Gemeinsam mit dem Philosophen Paul Ricoeur verfasste er, noch keine 30, Abhandlungen für das Intellektuellenperiodikum „Esprit“. Es heißt, er spiele so gut Klavier, dass er auch Pianist hätte werden können.

In einer Sache allerdings trotzt er den Konventionen: Seit 2007 ist Macron mit einer 24 Jahre älteren Frau verheiratet, liiert sind die beiden schon seit zwei Jahrzehnten. Brigitte Trogneux war Macrons Lehrerin am Jesuitenkolleg in Amiens, wo er, Sohn eines Arztehepaars, aufwuchs. Gemeinsam schrieben sie jeden Freitag Theaterstücke um und verliebten sich ineinander. Macron wurde schließlich von seinen Eltern nach Paris geschickt, wo er das Abitur machen, vor allem aber seine Lehrerin vergessen sollte. Damals schwor er ihr: „Was Sie auch tun, ich werde Sie heiraten.“ Man kennt diese Details, weil Trogneux sie vor Kurzem „Paris Match“ anvertraute. Ihr Mann sei „ein Wesen von einem anderen Stern“, schwärmte sie da. Auf dem Titelbild flaniert Macron mit seiner Frau über einen roten Teppich, die Unterzeile lautet: Brigitte und Emmanuel, gemeinsam auf dem Weg zur Macht. Für die Homestory mit Macron in kurzen Hosen und den Enkelkindern seiner Frau auf dem Schoß gab es viel Häme: „Ah, so sieht also die neue Politik aus“, hieß es auf Twitter.

Bereut er diesen Artikel? „Bereuen bringt nichts, also bereue ich nicht“, antwortet er. Seine Frau habe sich das gewünscht, es sei gedruckt worden, damit sei die Sache erledigt. Er habe nicht vor, sein Privatleben weiter auszustellen.

In Brüssel „verteidige ich ein Europa, das uns beschützt“, twittert er, als er im Ratsgebäude in der Rue de la Loi verschwindet. Abends verpasst er den geplanten Zug zurück nach Paris, die graue Ministerlimousine steckt im Stau, auch hier wird gestreikt. Als er, 40 Minuten später, auf seinen Platz sinkt, lässt er sich seine Dossiers geben und beginnt zu arbeiten. Keine Pause? „Jetzt nicht.“

Fragt man ihn, wie ein perfekter Tag für ihn aussehe, fragt er zurück: „Perfekt in welcher Hinsicht? Als Minister?“

Später holen seine Berater Bier.

Macron bleibt bei Wasser.

Video:
Der Verführer

spiegel.de/sp232016macron
oder in der App DER SPIEGEL

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Gute Arbeit muss fair bezahlt werden. Mit dem Gesetz zur Verhinderung des Missbrauchs bei Leiharbeit und Werkverträgen setzen wir starke Leitplanken. Die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, klare Regeln bei der Überlassungshöchstdauer und bei den Informationsrechten von Betriebsräten über Werkverträge und Leiharbeit schaffen mehr Transparenz und Rechtssicherheit. Wer mehr Flexibilität will, muss auch mehr Sicherheit bieten – im Rahmen tarifvertraglicher Vereinbarungen. Mehr Informationen unter **www.leiharbeit-werkverträge.de**

Georgische Soldaten beim Manöver mit Nato-Partnern: „Demokratien haben das stärkste Bündnis geschmiedet, das es je gegeben hat“

„Eine fundamentale Wende“

SPIEGEL-Gespräch Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg wehrt sich gegen den Vorwurf, das Bündnis sei gegen eine russische Bedrohung nicht ausreichend gerüstet.

SPIEGEL: Herr Generalsekretär, drei ehemalige hochrangige Nato-Generäle haben die Russlandpolitik der Allianz scharf kritisiert. Sie schreiben, die Nato habe sich zu oft wie ein Hauseigentümer verhalten, der die Alarmanlage erst scharf stelle, wenn die Einbrecher schon wieder weg seien. Was antworten Sie auf diese Kritik?

Stoltenberg: Die Nato ist das erfolgreichste Bündnis der Geschichte. Bisher haben wir durch starke Verteidigung und Abschreckung Krieg verhindert. Jetzt stellen wir uns auf die Herausforderung durch ein zunehmend selbstbewusst auftretendes Russland ein. Wir haben unsere Präsenz im Osten des Bündnisses verstärkt wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr und senden damit ein starkes Signal an mögliche Gegner: Ein Angriff auf einen unserer Bündnispartner ist ein Angriff auf alle.

SPIEGEL: Genau diese Verstärkung kritisieren die Generäle. Sie sei unglaubwürdig, weil die Nato zu wenig Soldaten in die baltischen Staaten schicke und die Russen eine weitere Verstärkung jederzeit verhindern könnten.

Stoltenberg: Unsere Übungen zeigen das Gegenteil. Wir haben gerade erfolgreich unser Manöver „Brilliant Jump“ beendet und eine spanische Brigade nach Polen verlegt, die dort mit Einheiten aus Deutschland, Großbritannien und vielen anderen Ländern im Einsatz war.

SPIEGEL: Manöver sind das eine, die Realität ist oft eine andere. Der estnische Premierminister Taavi Rõivas fordert, dass Nato-Truppen in seinem Land ständig präsent sein sollen.

Stoltenberg: Wir haben detaillierte Pläne zur Verteidigung unserer osteuropäischen Partner ausgearbeitet und kombinieren dabei mehrere Elemente. Beim Nato-Gipfel Anfang Juli in Warschau werden wir beschließen, wie wir uns auch in Zukunft glaubwürdig verteidigen können. Unsere Planungsstäbe haben vorgeschlagen, Einheiten in Bataillonsstärke in verschiedene Staaten

WIKTOR DABKOWSKI / DER SPIEGEL

Stoltenberg, 57, begann seine politische Karriere als erklärter Gegner der Nato. Zweimal war der norwegische Sozialdemokrat Ministerpräsident seines Landes. In seiner zweiten Amtszeit ermordete 2011 der Rechtsradikale Anders Breivik 69 Menschen. Beim Gedenkgottesdienst nach der Tat sagte Stoltenberg: „Unsere Antwort lautet: mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.“

Das Gespräch führten die Redakteure Konstantin von Hammerstein und Peter Müller.

NURPHOTO / ZUMA PRESS / ACTION PRESS

im Osten des Bündnisgebiets zu schicken, die im Notfall schnell verstärkt werden können. Wir werden unsere Infrastruktur verbessern und Ausrüstung und Nachschub vor Ort lagern. Wir haben bereits acht kleine Hauptquartiere im Osten des Bündnisgebiets eröffnet, und außerdem ist die Schnelle Eingreiftruppe der Nato auf 40 000 Mann verstärkt und damit verdreifacht worden.

SPIEGEL: Die Nato tut sich schwer damit, noch mehr Truppen in ihre östlichen Mitgliedstaaten zu schicken, weil sie die Nato-Russland-Grundakte einhalten will. Mit dieser Vereinbarung wollten der Westen und Russland nach Ende des Kalten Krieges ihre Beziehungen auf eine neue Grundlage stellen. Ist das Papier für alle Zeiten unantastbar?

Stoltenberg: Wir halten uns an unsere internationalen Verpflichtungen und damit auch an die Nato-Russland-Grundakte. Unsere stärkere Präsenz im Osten mit rotierenden Truppen, verbunden mit der Fähigkeit, im Ernstfall Verstärkung heranzuführen, ist eine ausgewogene richtige Mischung und folgt dem Rat unserer militärischen Planer. Wir können Nato-Soldaten aus Deutschland, Spanien oder Norwegen in kurzer Zeit überall auf der Welt einsetzen, auch im Baltikum. Und vergessen Sie eines nicht: Wir sind nicht mehr im Kalten Krieg. Damals standen Hunderttausende Soldaten dauerhaft an den Grenzen der Nato. Heute ist schnelle Verlegbarkeit der entscheidende Faktor.

SPIEGEL: Verstehen wir Sie richtig: Die Nato-Russland-Akte wird nicht angetastet?

Stoltenberg: Dort ist festgehalten, dass es im Osten der Allianz keine dauerhafte Stationierung von substanziellen Kampfeinheiten geben wird. Das, was wir jetzt vorhaben, bleibt in jeder Hinsicht deutlich unter dieser Schwelle, egal wie man die Vereinbarung auslegt.

SPIEGEL: Und wenn sich die Sicherheitslage ändert?

Stoltenberg: Als Generalsekretär der Nato gibt es eine Grenze für die Menge an hypothetischen Fragen, die man beantworten kann. Alles andere schafft nur Verwirrung. Aber ich würde gern noch etwas zu Russland sagen.

SPIEGEL: Bitte.

Stoltenberg: Unsere Antwort auf die neue Sicherheitslage durch ein aggressiveres Russland ist defensiv, und sie ist verhältnismäßig. Wir haben deutlich gemacht, dass wir keine Konfrontation wollen. Wir wollen keinen neuen Kalten Krieg. Wir bemühen uns um eine konstruktivere Beziehung zu Moskau.

SPIEGEL: Wie wollen Sie die erreichen?

Stoltenberg: Indem wir weiter einen Dialog mit Russland anstreben und uns bemühen, zumindest für mehr Transparenz und Berechenbarkeit zu sorgen. Denn das Risiko für Zwischenfälle ist mit der stärkeren militärischen Präsenz der Russen an unseren Grenzen gestiegen. Nehmen Sie nur das abgeschossene russische Kampfflugzeug an der türkischen Grenze oder die riskanten Flugmanöver russischer Flugzeuge über der Ostsee. Wir sollten solche Zwischenfälle möglichst verhindern, und wenn sie sich doch ereignen, dafür sorgen, dass sie nicht außer Kontrolle geraten.

SPIEGEL: Das Bündnis hat es allein schon deshalb schwerer, weil sich 28 Mitgliedstaaten einigen müssen. In Russland entscheidet nur einer: Wladimir Putin.

Stoltenberg: Wenn es nötig ist, können auch wir sehr schnell entscheiden. Denken Sie an unsere Mission in der Ägäis, auf die ja gerade die Deutschen gedrängt haben. Wir haben die Entscheidung in wenigen Tagen getroffen und unsere Schiffe innerhalb von 48 Stunden an Ort und Stelle verlegt. Es ist eine Stärke und nicht eine Schwäche, dass die Nato ein Bündnis aus 28 offenen, transparenten und demokratischen Gesellschaften ist. Die Geschichte zeigt: Demokratien haben das stärkste Militärbündnis geschmiedet, das es jemals gegeben hat.

SPIEGEL: Umfragen zeigen, dass 60 Prozent der Deutschen keinen Krieg mit Russland riskieren wollen, um andere Nato-Partner wie etwa die baltischen Staaten zu verteidigen. Ist die öffentliche Meinung in Deutschland ein Problem für die Nato?

Stoltenberg: In Demokratien haben die Menschen nun einmal unterschiedliche Ansichten. Für mich als Nato-Generalsekretär ist wichtig, dass die Allianz bewiesen hat, dass sie Entscheidungen trifft, die sie dann auch umsetzen kann.

SPIEGEL: Unabhängig davon, was die Menschen davon halten?

Stoltenberg: Natürlich sind Sie in Demokratien auf die Unterstützung der Bürger angewiesen, weil Parlamente und Regierungen gewählt werden müssen. Aber wenn Sie sich die vergangenen sieben Jahrzehnte ansehen, waren wir immer in der Lage, uns neuen Herausforderungen anzupassen, und zwar aufgrund demokratischer Entscheidungen.

SPIEGEL: Wir sind uns einig, dass Putins Autokratie kein Vorbild sein kann. Militärisch allerdings hat er in den vergangenen Jahren den Westen immer wieder überrumpeln können.

Stoltenberg: Am Ende sind demokratische Gesellschaften stärker und widerstandsfähiger als jede Autokratie. Und auch anpassungsfähiger. Wir haben doch sehr schnell auf die veränderte Sicherheitslage reagiert und unsere gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen verstärkt. Das ist eine fundamentale Wende.

SPIEGEL: Seit Jahren beteuern die Verbündeten immer wieder, langfristig zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in ihre Verteidigungsbudgets investieren zu wollen. Aber sie halten sich nicht daran.

Stoltenberg: Auch da sehen wir gerade eine Trendwende. Im vergangenen Jahr ist der Schrumpfprozess bei den Verteidigungs-

S

IN DER SPIEGEL-APP

WEITWINKEL

Geisterwaffen

Geschätzt 875 Millionen Schusswaffen gibt es auf der Welt: Gewehre und Pistolen aus ehemaligen Militärbeständen, aber auch immer mehr illegale Selbstbauwaffen, vom „schießenden Schlüsselanhänger“ bis hin zu ausgefeilten Metall-Kunststoff-Hybriden aus dem 3-D-Drucker. Die „Liberator“-Pistole war erst der Anfang. Mittlerweile lassen sich sogar komplette Metallwaffen ausdrucken. Welche Bedrohung geht von ihnen aus? Wie bekämpfen die Behörden die neue Gefahr? Und werden selbst gebaute Schusswaffen die Tatwaffen der Zukunft?

Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.

JETZT DIGITAL LESEN

ausgaben nach langen Jahren gestoppt worden. Die Schätzungen für 2016 deuten darauf hin, dass wir in diesem Jahr zum ersten Mal wieder steigende Verteidigungshaushalte unter den europäischen Nato-Verbündeten sehen werden. Das Bild ist immer noch durchwachsen, aber es hellt sich auf.

SPIEGEL: Es sind nicht nur die russischen Streitkräfte, die von den osteuropäischen Verbündeten als Bedrohung gesehen werden. Westliche Geheimdienste sehen Moskau auch hinter Cyberangriffen. Hat die Nato diese Bedrohung unterschätzt?

Stoltenberg: Nein, wir haben unsere Fähigkeit verstärkt, unsere eigenen Nato-Netzwerke zu schützen. Wir haben auch die Zusammenarbeit unter den Alliierten verstärkt, weil sie es sind, die als Erste ihre eigenen Netzwerke schützen müssen. Wir haben Expertenteams aufgestellt, die den Mitgliedstaaten helfen können,

„Die Türkei ist Teil unserer Bemühungen, den politischen Dialog mit Russland zu verbessern.“

wenn sie angegriffen werden. Und wir haben eine sehr wichtige Entscheidung getroffen: Eine Cyberattacke kann als Angriff nach Artikel 5 des Nato-Vertrags bewertet werden und damit den Bündnisfall auslösen.

SPIEGEL: Welche Antwort hat die Allianz auf den Informationskrieg, den Moskau gegen den Westen führt?

Stoltenberg: Wir registrieren in der Tat eine Menge Propaganda, aber unsere Antwort auf Propaganda kann nicht auch Propaganda sein.

SPIEGEL: Sondern?

Stoltenberg: Die Wahrheit. Am Ende wird sie sich durchsetzen. Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, dass sich in einer offenen Gesellschaft wie der deutschen am Ende die Fakten gegen die Propaganda durchsetzen werden. Es mag sein, dass die Meinungsumfragen ein gemischtes Bild zeigen, aber gleichzeitig steigt die Zustimmung für die Nato. Irgendetwas müssen wir also richtig machen.

SPIEGEL: Sie haben jetzt mehrmals darauf hingewiesen, dass die Nato ein Bündnis aus 28 Demokratien sei. Ein wichtiges Mitgliedsland ist die Türkei. Passt sie in dieses Bild?

Stoltenberg: Die Nato basiert auf gemeinsamen Werten. Demokratie, individuellen Freiheitsrechten, Rechtsstaatlichkeit. Ich habe öffentlich und auch in Treffen mit den Alliierten immer wieder darauf hingewiesen, wie entscheidend diese gemeinsamen Werte sind. Sie sind die Grundlage für unsere Einigkeit, und diese Einigkeit ist die wichtigste Grundlage unserer Stärke.

SPIEGEL: Erfüllt das Erdoğan-Regime in der Türkei diese Anforderungen?

Stoltenberg: Diese Werte sind grundlegend für die Nato, sie sind auch für mich sehr wichtig. Und ich weise in verschiedenen Treffen mit den Alliierten immer wieder darauf hin.

SPIEGEL: Sehr diplomatisch, diese Antwort.

Stoltenberg: *(lacht)* Ich betrachte mich in meiner Position ja auch als Diplomaten.

SPIEGEL: Sie haben Berechenbarkeit und Transparenz versprochen. Das sind zwei Kategorien, die für den Nato-Verbündeten Türkei nicht zu gelten scheinen.

Stoltenberg: Sie gelten für alle Alliierten, und die Türkei ist Teil unserer Bemühungen, den politischen Dialog mit Russland zu verbessern.

SPIEGEL: Die russische Intervention in Syrien hat den Westen erkennbar überrascht. Hat die Nato die militärischen Fähigkeiten Moskaus unterschätzt?

Stoltenberg: Wir leben in einer Welt, in der sich die Entwicklungen schwerer vorhersagen lassen und die unsicherer geworden ist. In so einer Welt muss man sich auf Unvorhersehbares einstellen. Niemand hat den Fall der Berliner Mauer vorhergesagt oder den Arabischen Frühling.

SPIEGEL: Was heißt das für die Nato?

Stoltenberg: Dass wir neue Fähigkeiten brauchen. Verstärkung unserer Streitkräfte, mehr Aufklärung, mehr Überwachung. So werden wir bald neue modernste Überwachungsdrohnen auf Sizilien stationieren.

SPIEGEL: Um die Flüchtlingsströme aus Libyen zu überwachen?

Stoltenberg: Das hängt davon ab, wo die Drohnen benötigt werden. Was Libyen angeht: Wir haben der neuen Regierung Hilfe angeboten, falls sie die will. Ich habe mit dem libyschen Premierminister geredet. Er will ein Expertenteam nach Brüssel schicken, und dann wird man sehen, wie man Libyen helfen kann.

SPIEGEL: Ist das die neue Linie der Nato? Keine eigenen Einsätze mehr, sondern anderen Ländern helfen?

Stoltenberg: Wir müssen auch in Zukunft in der Lage sein, Kampftruppen bereitzustellen, wie wir das auf dem Balkan oder in Afghanistan gemacht haben. Aber gleichzeitig wird es immer mehr darum gehen, lokale Truppen in die Lage zu versetzen, in ihren Ländern für Stabilität zu sorgen. Wir arbeiten zusammen mit dem Irak an der Ausbildung von irakischen Truppen im Antiterrorkampf. In Afghanistan haben wir nach zwölf Jahren unseren Kampfeinsatz beendet, aber immer noch 12 000 Nato-Soldaten dort stationiert. Sie sollen jetzt den Afghanen helfen, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Auf Dauer ergibt das mehr Sinn.

SPIEGEL: Herr Generalsekretär, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

10 x digital lesen + Prämie!

Testen Sie 10 x den digitalen SPIEGEL mit vielen multimedialen Inhalten auf Tablet, Smartphone und PC/Mac – auch offline und schon ab freitags 18 Uhr. Alle SPIEGEL-E-Books und der digitale LITERATUR SPIEGEL sind inklusive!

10 € Amazon.de Gutschein

- ✓ **10 Wochen lesen, 50 % sparen**
- ✓ SPIEGEL-E-Books inklusive
- ✓ digitaler LITERATUR SPIEGEL inklusive
- ✓ 10 € Amazon.de Gutschein gratis

Prämie
zur Wahl

USB-PowerBank

- ✓ **10 Wochen lesen, 50 % sparen**
- ✓ SPIEGEL-E-Books inklusive
- ✓ digitaler LITERATUR SPIEGEL inklusive
- ✓ Mit Universalakku fürs Smartphone, Zzlg. € 1,–

(Lieferung ohne Smartphone)

Jetzt 10 x den digitalen SPIEGEL für nur € 19,90 + Prämie sichern!

abo.spiegel.de/digital10

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Sanft und entschlossen

Italien Mitte Juni entscheiden die Römer, wer sie künftig regieren soll. Die aussichtsreichste Kandidatin verspricht radikalen Wandel – sie kommt von der Protestpartei M5S.

Wenn Virginia Raggi wirklich Wichtiges sagen will, fixiert sie ihr Gegenüber mit festem Blick aus tiefbraunen Augen. Politik, sagt die Frau, die antritt, künftig Rom zu regieren, sei im Grunde nicht ihr Geschäft. „Wir alle hier sind normale Bürger – aber solche, die es satthaben, an der Nase herumgeführt zu werden."

„Wir", das sind die Frauen und Männer der Fünfsternebewegung (M5S), die sich an diesem regnerischen Nachmittag auf einer Piazza im Osten Roms vorstellen. Und sie, Virginia Raggi, ist die Spitzenkandidatin. Kurz vor der ersten Runde der Bürgermeisterwahlen liegt sie in allen Umfragen vorn. Raggi wäre die erste Frau in der mehrtausendjährigen Geschichte Roms, die den Kapitolshügel erobert.

Italiens Hauptstadt ist hoch verschuldet, von Korruptionsskandalen erschüttert und laut einer auf EU-Daten gestützten Studie die dreckigste Metropole Europas. Die Kandidatin, gebürtige Römerin, kennt die Probleme. Woher nimmt sie den Optimismus, es besser machen zu können? „Ich bin nicht optimistisch, ich bin entschlossen", sagt Raggi kühl.

Auf den ersten Blick gleicht der Kampf ums Rathaus von Rom einem ungleichen Duell. Denn die schöne, zierliche Raggi, 37 Jahre alt, steht einem eingeschworenen Clan Altvorderer gegenüber: den Meinungsführern und Meinungsmachern der Hauptstadt, Politveteranen, Wirtschaftsbossen, Leitartiklern. Sie alle sehen mit Sorge, wie diese Frau mächtigen Lobbys den Krieg erklärt und ankündigt, mit bisherigen Gewohnheiten brechen zu wollen, sobald sie erst einmal Bürgermeisterin ist.

Die Wähler finden diese Vorstellung weniger abschreckend. Bis hinaus auf die Straße reicht an einem nasskalten Mai-Abend die Menschenschlange vor dem Eingang zum Millennium Pub im Südosten Roms. Drinnen gibt es Bruschetta und Pizza für 20 Euro – fast die Hälfte davon geht als Spende an die Protestbewegung M5S. Die Anti-Establishment-Politiker unter Führung des Komikers Beppe Grillo lehnen staatliche Parteienfinanzierung zwar ab; aber irgendwie müssen auch sie sich finanzieren. Und so organisieren sie Abende unter dem doppeldeutigen Motto „Il sindaco che ti serve" – übersetzt: „Ein Bürgermeister, der dir nützt" oder: „der dich bedient". Weshalb die Markenrechts- und Patentanwältin Virginia Raggi nun im gelben T-Shirt Pizza Margherita serviert.

Politikverdrossenheit in Italien? Nicht dort, wo Raggi auftritt: Beifallsstürme, „Grande Virginia"-Rufe, Erinnerungsfotos. Noch vor Monaten war die verheiratete Mutter eines sechsjährigen Sohns nicht einmal innerhalb des M5S wirklich bekannt. Drei Jahre Erfahrung im Stadtparlament – mehr hat sie nicht vorzuweisen. Inzwischen aber steht sie ohne erkennbare Scheu auf großen Bühnen, predigt radikalen Wandel und lässt sich dafür feiern.

„Raggi X" – Italienisch für: Röntgenstrahlen –, so überschrieb das Magazin „Espresso" die Mission der M5S-Kandidatin und ihren Anspruch: zu durchleuchten, was tief im Inneren der von Korruption und Misswirtschaft gezeichneten Hauptstadt vorgeht. Rom ist ins Gerede gekommen. Nicht erst, aber verstärkt durch den unter dem Schlagwort „Mafia Capitale" berühmten, seit Herbst 2015 laufenden Prozess gegen Dutzende Beschuldigte eines kriminellen Netzwerks. Politiker des linken wie des rechten Lagers zählen dazu, Beamte und Unterweltgrößen. Wechselseitig schanzten sie sich jahrelang öffentliche Gelder im Millionenmaßstab zu.

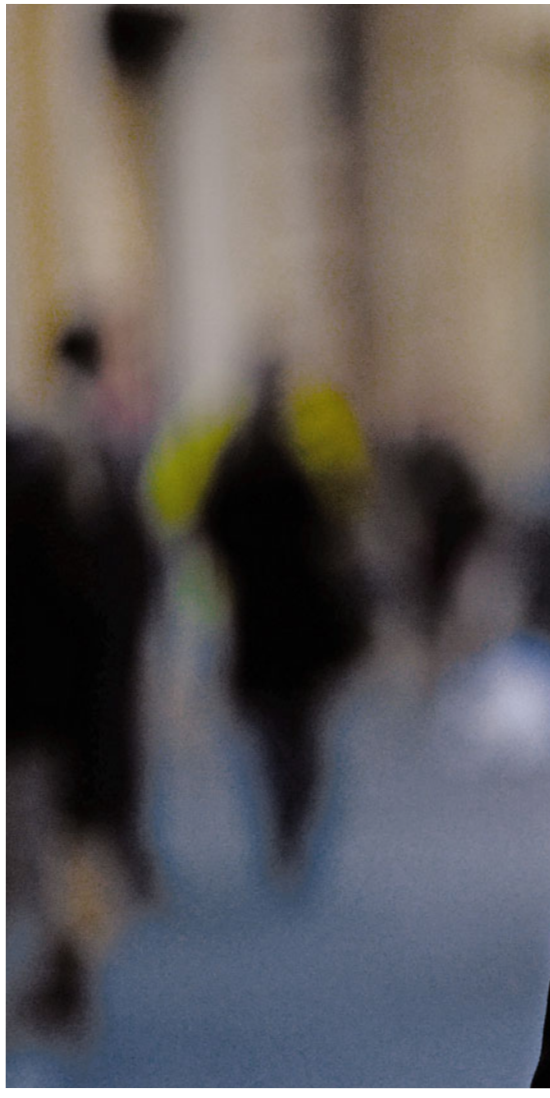
Seit der letzte Bürgermeister wegen angeblichen Spesenbetrugs zurücktrat, wird die Hauptstadt von einem staatlich bestellten Zwangsverwalter regiert. Unter den Metropolen Europas liegt Rom, EU-Angaben zufolge, bei der Lebensqualität an hinterster Stelle. Und während die Stadt unverändert Zehntausende Wohnungen zu Spottpreisen an Auserwählte vermietet, rätselt das Wahlvolk, ob der Schuldenstand zwölf Milliarden Euro beträgt oder mehr.

Wo also anfangen mit den Aufräumarbeiten in der „zynischsten und zornigsten Stadt Italiens" („Espresso"), Signora Raggi? „Die wahre Revolution für Rom wäre Normalität", sagt die Kandidatin, ohne zu zögern. Und das ist wie vieles, was sie sagt in diesen Tagen, so banal wie treffend.

Raggi selbst lebt Normalität. Sie steht mit ihrem winzigen Fiat im Stau wie alle anderen, radelt auf schlaglochübersäten Straßen, quetscht sich in U-Bahn-Waggons. „Mobilität, Müllbeseitigung, mehr Transparenz", das habe Vorrang, sagt die Kandidatin bei einem Gespräch im Café. Sie kann auch konkreter werden: Ob es um marode Asphaltbeläge, Müllmafia, Bilanzbetrug geht – Raggi ist sachkundig, schlagfertig und hat keine Angst vor unbequemen Antworten.

Die Fünfsternebewegung, der sie angehört, steht für eine der ungewöhnlichsten politischen Erfolgsgeschichten in Nachkriegseuropa. Das erste Kapitel dazu schrieb, vor gut sechs Jahren, Beppe Grillo, Komiker und wortgewaltiger Politberserker. Unter seiner Führung und mit dem öffentlichkeitsscheuen Internetguru Gianroberto Casaleggio im Hintergrund stiegen die „Grillini" schon 2013 zur stärksten Einzelpartei in Italiens Parlament auf.

Der Ideologe Casaleggio skizzierte die ideale Zukunft zuletzt als ein Cyber-Utopistan, als eine Welt ohne Büchereien, Tabakläden, Metzgereien, bevölkert von netzaffinen, selbstbestimmten Bürgern. Casaleggio starb am 12. April, sein Vermächtnis aber lebt fort. Beim M5S gelten strenge Regeln: Abgeordnete müssen die



Bürgermeisterbewerberin Raggi: Aufräumen in der

Hälfte ihrer Diäten abtreten; nach zwei Amtsperioden ist für sie Schluss. Den politischen Kurs der Bewegung bestimmt, zumindest offiziell, die Basis per Onlineabstimmung. Wer mit dem Verhaltenskodex der Bewegung oder der Justiz in Konflikt kommt, wird ausgeschlossen.

Das letzte Wort hat der in Genua lebende Grillo mit seinem Stab. Ohnehin darf in dieser Partei, die keine Partei sein mag, nur er tun und sagen, was er will. Als Grillo vor Kurzem äußerte, er warte nur darauf, wann der neu gewählte muslimische Bürgermeister von London sich „in die Luft sprengt“, schwieg der Rest der Bewegung.

Und Virginia Raggi? Sie beruft sich auf antiautoritäre Vorbilder wie Mahatma Gandhi oder Aung San Suu Kyi – musste aber als Kandidatin einen M5S-Verhaltenskatalog unterschreiben. Darin sicherte sie zu, dem Ansehen der Bewegung keinen „schweren Schaden“ zuzufügen. Andernfalls würde zusätzlich zum Parteiausschluss eine Strafgebühr von „mindestens 150 000 Euro“ fällig – zu zahlen von ihr selbst. Das klingt, als drohte Italiens stolze Hauptstadt künftig von einer Bürgermeisterin regiert zu werden, die nur die Handpuppe eines Genueser Komikers ist.

Alessandro Di Battista, Mitglied der feschen, als „Golden Boys“ bekannten parlamentarischen Führungstruppe der Bewegung, hält die wiederkehrenden Vorwürfe, beim M5S werde Stalinismus im Gewand der Basisdemokratie betrieben, für politisch motiviert. Der Totalitarismusverdacht werde durch die Altparteien seit Jahren geschürt, um von den Forderungen des M5S nach radikalem Systemwandel abzulenken, sagt Di Battista. Er lobt Raggis Mut und sieht die Bürgermeisterwahl als Meilenstein für seine Bewegung: „Wenn Virginia gewinnt und danach Rom in den Griff kriegt, öffnet sie uns den Weg, um später das ganze Land zu regieren.“ Die Bürger allerdings müssten die Wende auch mittragen: „Wer nur Raggi wählen und dann wieder die Hände in den Schoß legen will, sollte lieber gleich für den Kandidaten von Renzi stimmen.“

AUGUSTO CASASOLI / CONTRASTO / LAIF

zynischsten und zornigsten Stadt Italiens

Ein Abend im Mai, in einem Randbezirk von Rom: Virginia Raggi stellt sich auf der Piazza San Giovanni Bosco dem Wahlvolk, gemeinsam mit 48 anderen M5S-Politikern. Frauen aus sozialen Berufen sind darunter, Männer aus Bürgerbewegungen. Leute mit Feuer im Bauch, die den paralysierten römischen Politbetrieb verändern wollen.

Der Ort der Kundgebung ist bewusst gewählt. Genau hier fand im vergangenen August ein Spektakel statt, das viele Römer bis heute empört und für alles steht, was Raggi verachtet. Der auf Schutzgelderpressung spezialisierte Clan der Familie Casamonica versammelte sich da mit Wissen der römischen Behörden zum Begräbnis von Clanchef Vittorio. Während rundum der Verkehr zusammenbrach, glitt eine Kutsche mit dem Sarg durch die Menge, vom Himmel regnete es Rosenblätter, und zu Posaunentönen erklang die Titelmelodie aus Francis Ford Coppolas Film „Der Pate“. Auf einem Spruchband zu Ehren des Mafiabosses stand: „Rom hast du erobert, nun ist das Paradies dran.“

Dieser Ort, sagt Raggi in einer Wahlkampfpause am Rande der Piazza, sei ein „Symbol“ für das Multiorganversagen in ihrer Stadt – es fehle in Rom auf allen Ebenen an Respekt vor den Regeln: „Wir brauchen deshalb auch keine neuen Vorschriften – es reicht völlig, die bestehenden Normen anzuwenden.“

Und dafür will sie, einen Sieg in der Stichwahl am 19. Juni vorausgesetzt, künftig selbst sorgen. Allen Anfeindungen hat sie bisher getrotzt: Ein im Lebenslauf unterschlagenes Praktikum beim Vertrauensanwalt Silvio Berlusconis wurde ihr vorgeworfen, ebenso eine Ehekrise, die sie dann verspätet und unter Druck einräumte. Ihr Ziel verliert sie bei alldem nicht aus den Augen: „Ich weiß“, sagt sie sanft, aber entschlossen, „wir sind auf dem richtigen Weg.“

Ihre Gegner im Kampf um die Macht sind schlagbar: Der Kandidat der Sozialdemokraten hat sich als Knecht des Premiers Matteo Renzi karikiert; der von Berlusconi unterstützte Bewerber kommt aus der korruptionsverseuchten Bauindustrie; und für die Fratelli d’Italia fischt eine EU-Skeptikerin im äußersten rechten Becken.

Raggi, die früher links wählte, wird bei einer Stichwahl auf Stimmen aus dem rechten Lager zählen können. Wo steht sie selbst politisch? „Im Lager des gesunden Menschenverstands“, erwidert die Kandidatin. „Wer eine sichere Stadt fordert, muss kein Rechter sein; und wer für funktionierende Schulen kämpft, kein Linker.“ Lagerdenken, soll das heißen, ist gestrig – nichts für Grillos Leute.

„Eine Stadt, die funktioniert“, sagt Raggi, „ist weder rechts noch links.“

Walter Mayr
Mail: walter.mayr@spiegel.de

Der Mann, der Assad jagt

USA Ein ehemaliger Uno-Chefankläger bereitet mit seinen Studenten die Anklagen gegen syrische Kriegsverbrecher vor. Auch der Präsident soll sich eines Tages vor Gericht verantworten.

Darf man Baschar al-Assad töten? „Man darf“, sagt Professor David Crane, „unter bestimmten Umständen.“ Er stellt die Frage einem seiner Studenten während der Vorlesung, und beantwortet sie gleich selbst, ohne erkennbare Emotion.

Crane war einmal Uno-Chefankläger, heute ist er Professor am College of Law der Syracuse University im Bundesstaat New York. Crane ist Jurist. Er sieht im syrischen Präsidenten Assad nicht das Monster. Er sieht in Assad einen Fall. Und diesen Fall will er vor Gericht bringen.

Syracuse ist eine Stadt mit 145 000 Einwohnern im sogenannten Rust Belt, einer Industriegegend gut vier Autostunden nordwestlich von New York City. Die Universität von Syracuse genießt einen guten Ruf, besonders die Rechtswissenschaften.

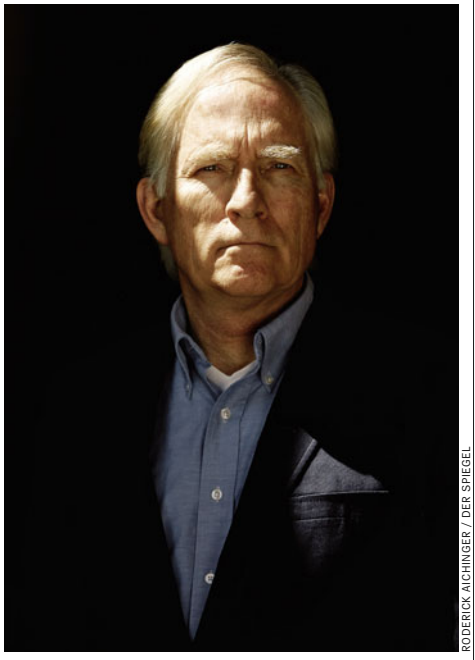
An dieser Fakultät hat Crane eine Art studentische Staatsanwaltschaft gegründet, kurz nach dem Beginn des syrischen Bürgerkriegs. Zusammen mit ihrem Professor bereiten sich die Studierenden hier für den Tag vor, an dem die Kriegsverbrechen hoffentlich vor einem internationalen Gericht verhandelt werden. Sie nennen es das Syrian Accountability Project.

Crane ist eine unauffällige Erscheinung, helles Hemd, graue Wollhose, dunkle Brille. Aber er blüht auf, wenn er über das spricht, was ihn antreibt: die Chance, sich mit der Macht des Gesetzes dem Unfassbaren entgegenzustemmen.

Dann wird aus dem freundlichen Professor ein scharfer Advokat, der keinen noch so ungemütlichen Ort auf der Welt scheut. Crane war es, der 2003 einen der mächtigsten Diktatoren Afrikas anklagte, Charles Taylor, in Freetown, Sierra Leone. 2012 wurde Taylor zu 50 Jahren Haft verurteilt. Der Expräsident Liberias wird für den Tod von mehr als 100 000 Menschen verantwortlich gemacht, heute sitzt er in England im Gefängnis. Er wird es wohl nie wieder verlassen.

Crane und seine Studierenden hoffen, dass die Vereinten Nationen oder das Nachkriegssyrien eines Tages beschließen, ein Sondertribunal für die Verbrecher des Krieges zu gründen. Als ob es dieses Gericht schon gäbe, tragen die Mitarbeiter des Projekts Fakten zusammen. Sie vergleichen weltweit Quellen, sie prüfen Augenzeugenberichte, sind mit Menschenrechtsorganisationen in Kontakt. Sie durchforsten Regierungsreports, Pressemeldungen, so lückenlos und umfassend, wie es möglich ist. Sie führen exakt Buch über diesen Krieg, über jeden Tag. Entstanden ist dabei die weltweit umfangreichste Matrix der Kriegsverbrechen in Syrien, eine Tabelle des Grauens. Regelmäßig sendet Crane aktualisierte Fassungen an die Uno und an den Internationalen Gerichtshof.

Die jungen Menschen, die sich dafür die Nächte um die Ohren schlagen, sind Promotionsstudenten wie Molly White, 24, aus Michigan. Sie war schon als Kind fasziniert von Serienkillern und der Fragilität der Zivilisation. Am Syrian Accountability Project reizt sie, nicht für den Abfalleimer zu arbeiten, sondern etwas zu machen, „das die Welt verändern wird“.



RODERICK AICHINGER / DER SPIEGEL

Jurist Crane
Die Täter das Fürchten lehren

Die Datenbank umfasst inzwischen 17 000 Seiten. Sie sollte die Täter das Fürchten lehren, vor allem das Regime, das am verheerendsten wütet. Bis Dezember 2015 registrierten die Juristen 12 252 „Ereignisse“, fast zwei Drittel davon wurden eindeutig von Assads Truppen verübt. Aber auch die Kommandeure des „Islamischen Staats“ (IS), Mitglieder der Freien Syrischen Armee (FSA) und andere Gewalttäter sind aufgeführt. Jede fünfte Tat der Opposition ist allerdings nicht eindeutig zuzuordnen, die Rebellen und der IS tragen weder Uniformen noch Abzeichen.

„Sicher ist, dass keine Kriegspartei unschuldig ist“, sagt Projektleiter Peter Levrant, 29. Im internationalen Recht geht es nicht so sehr um die Anzahl der Verluste, um die Größe des Schadens, um die Zahl der Getöteten – es geht darum, dass ein Kriegsverbrechen stattgefunden hat.

Levrant hält bereits die ersten Fassungen von Anklageschriften in Händen. Die von Baschar al-Assad ist 20 Seiten lang, sie lautet auf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Kriegsverbrechen“.

Minutiös weisen die Studenten darin nach, wie Assads Kommandeur der Präsidentengarde in Damaskus, Suheil Salman Hassan, am 15. März 2011 den Befehl gegeben hat, auf unbewaffnete Demonstranten zu schießen. Und wie der Oberbefehlshaber, Präsident Assad, bis heute systematisch Angriffe gegen die Zivilbevölkerung führt, aufgeschlüsselt nach Tagen, Dörfern, Städten, Regierungsbezirken.

Ein eigenes Kapitel widmen die Autoren den mindestens 130 000 Verschwundenen und den Foltermethoden von Assads Geheimdiensten. Sie reichen von Knochenbrüchen bis zum Verbrennen bei lebendigem Leib. Als Blaupause für Assads Anklage dient den Studenten der Schriftsatz gegen Liberias Expräsidenten Taylor.

Cranes Büro im dritten Stock der Universität ist klein, eichenfarbene Regale, einfacher Tisch, keine Pflanze. Es gibt keine Insignien von Ruhm oder den Erfolgen, die er in seinem Berufsleben gefeiert hat. In Syracuse kennt ihn allerdings jeder, die Bedienung im Café, der Fahrer vom Hotel. In der kleinen, internationalen Branche der Kriegsverbrecherjäger eilt ihm ohnehin ein Ruf voraus.

Die Berufung zum Chefankläger für das Sondergericht der Vereinten Nationen in Sierra Leone bedeutet höchste Ehre für einen Juristen. Als Taylor 2012 im sogenannten Blutdiamantenprozess wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurde, war das ein guter Tag für Crane.

Vor seinem Einsatz in Westafrika hatte Crane 30 Jahre lang für das US-Verteidigungsministerium gearbeitet, als Rechtsberater. Zuletzt besetzte er eine ziemlich heikle Stelle als oberster Prüfer der Geheimdienste. Spektakulär waren 2014 seine Vorträge vor dem Weltsicherheitsrat und der EU-Kommission im Fall „Caesar“.

Caesar ist das Pseudonym eines Militärfotografen aus Syrien. Monatelang schmuggelte er Beweise aus seiner Behörde, Bilder von zu Tode gehungerten Gefangenen mit

BRENDAN SMIALOWSKI / AFP

Folterbelege, Zeuge „Caesar“ (mit Kapuze) vor dem US-Kongress 2014: 55 000 Fotos von 11 000 Leichen

Folterspuren, auf USB-Sticks, im Schuh. Es geht um 55 000 Fotos von 11 000 Leichen, die belegen, wie in Assads Folterverliesen „in industriellem Stil getötet“ wird. Hätte das Regime Caesar erwischt, er wäre der Nächste gewesen, der tot fotografiert worden wäre (SPIEGEL 10/2016).

Das Material von Caesar war zunächst der Regierung in Katar zugespielt worden, von syrischen Rebellen. Die britische Anwaltskanzlei Cater-Ruck heuerte im Auftrag der katarischen Regierung Crane an. Als unabhängiger Sachverständiger sollte er neben zwei weiteren Rechtsexperten herausfinden, ob die Bilder authentisch sind.

„Die Bilder sind hundertprozentig echt“, sagt Crane, so wie der Zeuge Caesar echt sei. Vier Tage habe er mit ihm zusammengesessen und geredet. Caesar wollte kein Geld. Er habe es nicht mehr ausgehalten, jeden Tag mehr als 50 Folterleichen zu fotografieren, erzählte er. Als eines Tages einer seiner Freunde unter den Toten war, beschloss er zu fliehen. Heute lebt Caesar irgendwo in Europa, mit neuer Identität.

Crane ist davon überzeugt, dass Caesars Datei nur einen kleinen Teil der Wahrheit zeigt: Die Bilder stammten aus drei Foltereinrichtungen in Damaskus, landesweit gebe es aber etwa fünfzig.

In der aktuellen politischen Konstellation hat Cranes Plan keine Chancen. Russland und China stimmten als Verbündete Syriens im Sicherheitsrat der Uno schon mehrfach gegen ein Kriegsverbrechertribunal. Im März immerhin beschloss das US-Repräsentantenhaus, die Uno zu einem Sondertribunal zu drängen. Der republikanische Abgeordnete Chris Smith schlug sogar vor, Cranes Datensatz als Grundlage zu nutzen.

Fünf fertige Klagen haben die Studenten Levrant und White mit ihrem Professor bisher erarbeitet. Jetzt wollen sie sich an Anklageschriften gegen Kommandeure des IS, der Nusra-Front und der Freien Syrischen Armee machen.

„Wir haben keine politische Agenda“, sagt Projektleiter Levrant. Falls es zur Anklage kommt, könne man wohl nicht alle bestrafen, zumindest aber die Hauptschuldigen, die höchsten Kommandeure aller Kampfgruppen, die sich an Kriegsverbrechen beteiligt hätten.

Crane lebt eigentlich längst ein beschauliches Rentnerleben in North Carolina. Er wandert in den Weinbergen, kümmert sich um die Enkel. Einmal wöchentlich fliegt er für zwei Tage nach Syracuse. Vor über 40 Jahren hat er hier selbst studiert, es macht ihm Freude, Staatsanwälten von morgen beizubringen, wie sie Kriegsverbrecher jagen.

Als Sohn eines US-Offiziers hat er einige Zeit in Süddeutschland gelebt. 1962 besuchte er mit der Familie das Konzentrationslager Dachau. „Ich konnte den Horror noch immer riechen“, sagt er. Das habe ihn nicht losgelassen und am Ende sogar veranlasst, Jura zu studieren.

Crane war damals stolz darauf, wie die Amerikaner in Europa die Freiheit verteidigten. Heute findet er es oft schwierig, stolz zu sein auf sein Land. Er war noch im Verteidigungsministerium, als dort 2002 der Irakkrieg vorbereitet wurde, „nur aus einem Grund: Öl“, sagt Crane.

Und dann die Sache mit Charles Taylor. Als Leitender Staatsanwalt wunderte sich Crane damals, warum er trotz exzellenter Beziehungen zu den US-Geheimdiensten keinerlei Unterstützung erhielt, seine Ermittlungen wurden sogar behindert. Es stellte sich heraus, dass Taylor seit Jahrzehnten für den Militärgeheimdienst DIA und die CIA arbeitete; die wollten die Zusammenarbeit gern fortsetzen.

Am meisten beschämt Crane, dass sein Land nicht dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs beigetreten ist. Er zitiert Expräsident George W. Bush, der sagte, er würde in den Niederlanden einmarschieren, wenn sich dort auch nur ein US-Soldat vor Gericht verantworten müsse.

Es sei schon erstaunlich, sagt Crane, dass die größten Kriegsverbrecher der Welt, die USA, China und Russland, selbst nie zur Verantwortung gezogen würden, weil sie dies durch ihr Vetorecht im Weltsicherheitsrat zu verhindern wüssten.

Von der Kriegsverbrechen-Matrix in Syracuse haben die wenigsten bisher Notiz genommen. Aber Crane hat Erfahrung mit diesen Prozessen.

Der Pfad zur Gerechtigkeit sei lang und voller Rückschläge, aber er könne gelingen, sagt er. Er hat es ja schon einmal vorgemacht.

Susanne Koelbl
Mail: susanne.koelbl@spiegel.de

Schnell Top-Prämie sichern!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.

Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Der Bauhaus-Klassiker! Aus vernickeltem Metall und Glas. Nummeriert. Zuzahlung € 149,–.

Titan-Trolley „Triport“ M

Mit 4 Flüsterdoppelrollen, Zahlenschloss und Trennwand. 65 cm hoch. Ohne Zuzahlung.

Gartenliege Ipanema

Aus Eukalyptusholz, FSC-zertifiziert. Mit Wendeauflage in Rot/Beige. Ohne Zuzahlung.

€ 90,– Geldprämie

Für jeden Leser, den Sie werben, erhalten Sie von uns € 90,– als Geldprämie.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Prämie zur Wahl

„Artisan“KitchenAid Standmixer „Artisan“

Mit Metallgehäuse, Ice-Crushing-Funktion, robustem Glasaufsatz (1,5 l) und Mini-Mixbehälter. In 2 Farben. Zuzahlung € 69,–.

Ja, ich habe geworben und wähle meine Prämie!

SPIEGEL-Vorteile

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt ~~€ 4,60~~ nur € 4,40 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- Auf Wunsch den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

Wunschprämie

- ☐ Wagenfeld-Tischleuchte WG 24 (3739), Zuzahlung € 149,–
- ☐ Titan-Trolley „Triport“ M (5361)
- ☐ Gartenliege Ipanema (5351)
- ☐ € 90,– Geldprämie (2807). Mein Konto für die Überweisung:

IBAN DE

- ☐ KitchenAid Standmixer, beige (5357), Zuzahlung € 69,–
- ☐ KitchenAid Standmixer, rot (5282), Zuzahlung € 69,–

Anschrift des Werbers:

☐ Frau ☐ Herr

Name, Vorname

Straße/Hausnr.

PLZ Ort

Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

Anschrift des neuen Lesers:

☐ Frau ☐ Herr

Name, Vorname

Straße/Hausnr. Geburtsdatum 19

PLZ Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen) E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Gleich mitbestellen!

☐ Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für ~~€ 3,99~~ im Einzelkauf. SD16-015

☐ Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für mindestens ein Jahr für zurzeit € 4,40 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf, den digitalen SPIEGEL zusätzlich für € 0,50 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird.

Ich zahle bequem per SEPA-Lastschrift* vierteljährlich € 57,20, digitale Ausgabe halbjährlich € 13,–

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

IBAN DE

Datum Unterschrift des neuen Lesers X

SP16-127

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZZ00000030206

Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

040 3007-2700

www.spiegel.de/p2316

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Bei Sachprämien mit Zuzahlung zzgl. € 2,– Nachnahmegebühr. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und dem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

*** SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

YURI KOZYREV / DER SPIEGEL

Touristen vor Wandgemälde in Jalta, Tanzende in Sewastopol
„Die Krim zu besitzen ist der Höhepunkt unserer historischen Mission“

YURI KOZYREV / DER SPIEGEL

Insel der Sehnsucht

Ukraine/Russland Gut zwei Jahre nach der Eroberung hat der Kreml die Krim fest im Griff. Eine Reise durch eine gespaltene Provinz. *Von Erich Follath*

Einen Helden wie ihn braucht der Kreml gerade in diesen Zeiten: Sergej Karjakin, 26 Jahre alt, Schachgroßmeister, auf der Krim geboren – und trotzdem Putin-Fan. Karjakin darf demnächst für Russland den norwegischen Weltmeister Magnus Carlsen herausfordern – ein Duell fast wie der legendäre Zweikampf Spasski gegen Fischer, als sich Ost und West im Kalten Krieg bekämpften. Als es symbolisch auch um die Überlegenheit eines politischen Systems ging.

Nun also wieder Ost gegen West – diesmal unter den besonderen Vorzeichen der Krimkrise. Schon 2009 entschloss Karjakin sich, für Russlands Nationalmannschaft zu spielen. Als Wladimir Putin vor gut zwei Jahren die Krim annektierte, bejubelte er die Eroberung. Und zeigt sich bis heute in T-Shirts mit Putins Konterfei.

Bei einem Referendum am 16. März 2014 stimmten die Krimbürger angeblich mit über 95 Prozent dem Anschluss zu. Weder die EU noch die USA schätzten die Abstimmung als fair und frei ein, für sie ist und bleibt die Annexion völkerrechtswidrig, das Territorium Teil der Ukraine.

Wer heute die russische Presse verfolgt, muss glauben, dass auf der Krim inzwischen paradiesische Zustände herrschen: glückliche Menschen, die dankbar sind für die „Befreiung“ vom ukrainischen Joch. Wer die amerikanischen und westeuropäischen Medien liest, bekommt oft das Gegenteil erzählt: überall Verzweifelte, die sich nach den Zeiten sehnen, in denen Kiew auf der Halbinsel das Sagen hatte.

Wo liegt die Wahrheit? Warum ist die Krim, kleiner als Brandenburg, knapp zwei Millionen Einwohner, für einen Großteil der Russen so bedeutend? So wichtig, dass sie trotz der Nachteile, die die Annexion für sie brachte, ihren Präsidenten für seinen militärischen Blitzkrieg loben, Putin höchste Popularitätswerte bescheren? Und wie denken die Menschen auf der Krim?

JALTA: Die schwierige Schöne

In der Luft ein mediterraner Duft, Zitronenbäume und Rosmarin, die Leichtigkeit des Seins. Hügel wie im Schwarzwald, Palmen wie an der Côte d’Azur und dazu ein tiefblaues Meer. Wer die Uferpromenade entlangspaziert, wer in den zu Hotels umgebauten Jugendstilvillen zu Gast ist, der weiß, warum Baden-Baden und Nizza Schwesterstädte von Jalta sind. Hier weht der Geist verlorener Zeiten: mal kitschig mondän, mal protzig proletarisch, immer einen Hauch sentimental. Jalta ist der Sehnsuchtsort im Sehnsuchtsland der Russen. Die Krim gilt seit Ende des 18. Jahrhunderts, seit Katharina die Große sie in ihr Reich einverleibte, als das Arkadien einer ganzen Nation. Die großen Dichter der Nation von Puschkin über Tschechow bis Brodski priesen die Krim wie eine Geliebte. Eine selbstverständlich ihnen und ihren Landsleuten zustehende Geliebte.

Jetzt in der Vorsaison putzt sich Jalta wieder heraus, in der Fünfsternevilla Elena und dem Traditionshotel Oreanda werden Risse in den Wänden gekittet, Fassaden neu gestrichen, die Pools gereinigt. Von zwei schwierigen Geschäftsjahren erzählen die Tourismusmanager der Stadt, die Buchungen sind bis zu 50 Prozent zurückgegangen. 2016 soll besser werden. Moskau subventioniert Flüge auf die Krim, und da die Türkei und Ägypten für Russen aus politischen Gründen als Reiseziele wegfallen, könnte es klappen.

Aber internationale Gäste werden weiterhin wegbleiben: Wegen der Sanktionen dürfen deren Fluglinien die Krim nicht anfliegen, westliche Kreditkarten sind gesperrt. Den britischen „Street Store“ an Jaltas Uferpromenade hat die Bolschewik-Kette übernommen. Und es gibt keine Big Macs mehr: McDonald’s, das einst in Jalta direkt hinter dem Lenin-Denkmal eröffnet hatte, musste schließen. Auch der Zoo war lange Zeit geschlossen – Besitzer Oleg Subkow, 46, hatte sich mit der neuen politischen Führung überworfen. Dabei war der Russe, der es in der Ukraine zum millionenschweren Unternehmer gebracht hatte, vor zwei Jahren von der „Heimholung“ der Krim so begeistert, so euphorisch, dass er zwei neugeborene Tigerbabys „Referendum“ und „Russischer Frühling“ taufte.

Subkow sitzt in seinem Büro zwischen Raubkatzen aus Marmor und mahagonigeschnitzten Krokodilen und erzählt von seiner Enttäuschung über die neuen Herren: „Sie haben mich mit immer neuen Vorschriften traktiert, mir meine Eigentumsrechte streitig gemacht und mir im Winter einen zusätzlichen Generator für die Heizung verweigert.“ Offensichtlich erwarteten sie von ihm private finanzielle Zuwendungen. „Doch mein Prinzip ist: Ich zahle keine Bestechungsgelder“, sagt Subkow. Die kleinen Tiger Referendum und Russischer Frühling seien ihm unter den Händen weggestorben.

In einem bizarren Rechtsstreit klagt ihn die Staatsmacht wegen Vernachlässigung der Tiere an. Er schloss den Zoo, zog vor Gericht. Dann war er mit den vier Elefanten, den Giraffen und den Hyänen Nacht für Nacht allein auf dem Gelände, das im Grünen vor den Toren Jaltas liegt.

Jalta war einmal ein Ort der großen Politik: Im Liwadija-Palast, der Sommerresidenz von Zar Nikolai II., haben Stalin, Roosevelt und Churchill im Februar 1945 die Welt aufgeteilt. KP-Generalsekretär Leonid Breschnew und viele seiner Nachfolger bis hin zu Michail Gorbatschow verbrachten in Jalta regelmäßig ihren Urlaub.

Der in Jalta geborene Historiker Igor Jenojew sagt: „Wo Jalta mit seinem Zweidrittelanteil von Russischstämmigen hingehört, stand ja nie in Zweifel. Auch als KP-Chef Nikita Chruschtschow auf die irre Idee kam, die Krim seiner Heimatrepublik Ukraine zu schenken, dachte niemand an ein Ende der Sowjetunion. Die Tragödie begann erst, als die UdSSR zerfiel, die Ukraine unabhängig wurde.“ Jenojew hat keine Probleme damit, dass Putin die auch vom Kreml unterschriebene europäische Grenzordnung veränderte. „Null, nada, njet“, sagt er. „Es musste so kommen. Weil doch – wie sagen Sie in Deutschland? – zusammenkommt, was zusammengehört.“

SEWASTOPOL: Verdammt zum Heldentum

Die Strecke von Jalta Richtung Westen, die Küste entlang, zählt zu den schönsten der Krim. Hier bei Aluschta hat der russische Oligarch Alexander Lebedew schon vor Jahren sein erstes Hotel eingeweiht, hier will er weitere bauen, in ganz großem Stil. „Ich wüsste nicht, warum dies nicht zu einem zweiten Dubai werden könnte.“

Der Milliardär gilt unter den großen Wirtschaftsführern in Putins Reich als der Kreml-Kritischste. Die von ihm mitfinanzierte Zeitung „Nowaja Gaseta“ hat es gewagt, die Panama Papers auszuwerten, in denen das Umfeld des Präsidenten mit dubiosen Briefkastenfirmen in Zusammenhang gebracht wird. Aber zur Krimannexion hat man von Lebedew kein Wort der Kritik gehört – wie von kaum einem liberalen Oppositionellen. Auch Michail Gorbatschow, dem Westen sonst so zugewandt, fand viel Verständnis für Putins Kurs: „Ich hätte bei der Krim nicht anders gehandelt.“

Die Küstenstraße endet in Sewastopol. Wer sich die Stadt der russischen Schwarzmeerflotte als waffenstarrende Militärmetropole vorstellt, erlebt eine angenehme Überraschung. Großzügig angelegte Parkwege führen hinunter zur Artilleriebucht, wo Fischlokale und kleine Cafés um

YURI KOZYREV / DER SPIEGEL

Zoodirektor Subkow, Strandbesucher in Jalta
Moskau subventioniert nun Flüge auf die Krim, aber die internationalen Gäste werden ausbleiben

YURI KOZYREV / DER SPIEGEL

Kunden werben. Ausflugsboote fahren hinaus aufs Meer, nahe heran an die Kriegsschiffe, den Stolz der russischen Flotte.

Erst auf den zweiten Blick präsentiert sich Sewastopol als historische „Heldenstadt“, Denkmäler und Museen erinnern an den Krimkrieg, als Engländer, Franzosen und Türken die Verteidiger erst nach elfmonatiger blutiger Belagerung im Jahr 1855 bezwangen. Auf grausame Weise wiederholte sich die heroische Geschichte: Von Oktober 1941 an belagerte Hitler-Deutschland Sewastopol 247 Tage lang. Als die Deutschen nach ihrem blutigen Sieg 1942 wieder abzogen, hinterließen sie eine zerstörte Stadt. Zweimal aufopfernd verteidigt, zweimal niedergebrannt, zweimal wiederaufgebaut – daraus entstand ein Mythos, der bis heute überlebt hat.

Auch in Sewastopol ist nach dem anfänglichen Jubel über die Annexion Ernüchterung eingekehrt. Es gehe nicht voran, sagt Alexej Tschaly, 54, der als millionenschwerer Unternehmer mit glühenden Reden und viel Geld die russlandfreundliche „Revolution“ vorangetrieben hatte. Tschaly galt lange als der starke Mann der Stadt, ist als Stadtrat immer noch populär und tut alles, um Investoren nach Sewastopol zu holen. Doch das Sagen hat nun ein anderer, der von Putin eingesetzte Gouverneur Sergej Menjailo, auch ein „Patriot“ und Vizechef der Flotte, der sich in den kritischen Stunden im Frühjahr 2014 für Moskau hervorgetan hat.

Auf den Märkten der Heldenstadt beklagen sich die Menschen über die gestiegenen Preise, um weit mehr als die Hälfte sei alles teurer geworden. Niemand beklagt sich über den Kreml, schuld sind laut den Einheimischen nur die örtlichen Autoritäten. Im Bewusstsein der allermeisten Russen, und fast aller Sewastopoler, gehört die Krim psychologisch und geografisch zu Russland. Sie ist Teil ihrer Identität. „Die Krim zu besitzen, das ist der Höhepunkt unserer historischen Mission, der Daseinszweck unserer Kultur“, sagt der Moskauer Historiker Andrej Zorin.

BACHTSCHYSSARAJ: Krims Märchen

Die Krim soll seit ewigen Zeiten russisches Land sein? Da muss die Kreml-Geschichtsschreibung viel ausblenden, beispielsweise ein paar Jahrhunderte sowie eine ganze Anzahl Volksgruppen, die hier ihre Spuren hinterließen, und die Rede ist dabei nicht von den Ukrainern.

Die Stadt Bachtschyssaraj, in Hügel gebettet zwischen der Inselhauptstadt Simferopol und Sewastopol, wirkt mit ihrem prächtigen Khanpalast, der Großen Moschee und dem Tränenbrunnen wie ein Traum aus Tausendundeiner Nacht. Die Einwohner sind fast alle Krimtataren, Nachfahren des bis Ende des 18. Jahrhunderts auf der Halbinsel regierenden Khans.

Sie stellen etwa zwölf Prozent der Krimbevölkerung – und sind Gegner des Kreml. Die Muslime sehen die Russen überwiegend als Besatzer. Viele boykottieren sie, einige wenige bekämpfen sie im Untergrund. Moskau aber stellt die Minderheit unter Terrorismusverdacht und scheut vor Verschleppung und Folter nicht zurück.

In der Nähe des Palastes erzählt bei türkischem Kaffee und Baklava-Süßigkeiten Elmira Tschijgos von ihrer Familie und schaut immer wieder aufmerksam in alle Richtungen. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Geheimen der Militärpolizei ihr auflauern. Neulich erst kamen sie nachts in ihr Haus, durchwühlten alle Schränke und Schubladen. Ihr Mann Achtjom wurde im Januar 2015 verhaftet, ihm wird „Organisation von Massenunruhen“ vorgeworfen. Dabei habe er eine aufgebrachte Menge beruhigt, nicht angestachelt, sagt seine Frau. Sie fürchtet, man werde ihren Mann über Jahre wegsperren – als Vizechef des Medschlis, der parlamentarischen Vertretung der Krimtataren, ist er den neuen Herrschern ein Dorn im Auge.

Der Kreml hat den Medschlis gerade als „extremistisch“ verboten. Die Europäische Union verurteilte dieses Verbot als „schweren Angriff auf die Rechte“ der Krimtataren, es stelle „eine weitere sehr negative Eskalation der Menschenrechtslage“ auf der Halbinsel dar. „Dabei wollen wir nur unsere Kultur bewahren und unserem Glauben nachgehen“, sagt Tschijgos, die ihren Mann so oft wie möglich im Gefängnis besucht. Sie ist entschlossen, nicht aufzugeben. Sie ist eine dieser starken Frauen, wie man sie überall auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion trifft. Nur an ihren Augen merkt man Elmira Tschijgos manchmal an, wie erzwungen ihr Lächeln ist.

Wie alle in Bachtschyssaraj kennt sie die Geschichte der Krimtataren – und die macht sie misstrauisch gegenüber russischen Machthabern. Stalin hatte 1944 die gesamte Volksgruppe wegen angeblicher Kollaboration mit den Nazis von der Halbinsel deportieren lassen, Zehntausende starben auf dem Weg nach Zentralasien. Erst nach Gorbatschows Zusagen in Perestroika-Zeiten kehrten viele zurück.

Jetzt ist der Kreml dabei, den Tataren erneut etwas zu unterstellen – moskaufeindlichen Islamismus. Einige der Tataren haben tatsächlich begonnen, die Russen mit Sabotageakten zu bekämpfen: So könnte der Vorwurf zur Prophezeiung werden, die sich selbst erfüllt, und die Gemäßigten aus der parlamentischen Vertretung der Tataren wie Achtjom Tschijgos würden in den Hintergrund gedrängt.

Für die Tataren ist der Sieg der Sängerin Jamala, die für die Ukraine mit einem Lied über die stalinistische Vertreibung ihrer Großeltern von der Krim den Eurovision Song Contest gewann, Triumph und Gefahr zugleich. Denn sie müssen nun fürchten, dass Putin seine Haltung gegenüber der Minderheit verschärft: Russlands Präsident hat den Sieg Jamalas als Demütigung empfunden. Der Vizepräsident der Krim prangerte ein angeblich „antirussisches Komplott“ an, kremlnahe Journalisten drohten, zum nächsten ESC-Wettbewerb in Kiew 2017 „mit Panzern vorzufahren“.

Und so steht die Krim wieder einmal an einem Scheidepunkt. Nicht Paradies ist sie, nicht Hölle, sondern Fegefeuer. Nicht Verzweiflung prägt das Leben, aber stark gebremste Hoffnung.

Im Osten der Halbinsel lässt Putin bei Kertsch gerade mit Milliardenaufwand eine Brücke von der Krim zum russischen Festland bauen. In zwei Jahren soll sie fertig sein und die Infrastruktur erheblich verbessern. Im Norden stehen sich bei Dschankoj an der ukrainisch-russischen Grenze die Armeen der Russen und Ukrainer in Sichtweite gegenüber. Auf beiden Seiten isst man Borschtsch. Aber nicht mal bei der Zubereitung der traditionellen Rote-Bete-Suppe sind sie sich einig. Mit Knoblauch, sagen manche Ukrainer. Nur mit Lorbeerblättern, sagen manche Russen.

Die russischen Soldaten wiederholen, was ihnen die Propagandasender täglich eintrichtern: Drüben, da regieren die Faschisten, die bekommen die Krim nie mehr zurück. Es sei keine Annexion, sondern eine „Heimholung“, durchgeführt, „ohne einen Schuss abzugeben“, und dank Volksentscheid „demokratisch legitimiert“.

Fürst Grigori Potjomkin hatte 1783 Zarin Katharina II. aufgefordert, die Krim zu annektieren: „Russland braucht ein Paradies.“ Als die Halbinsel erobert war, schrieb sie ihm zurück. „Landstriche zu besetzen, das ist für uns nie unangenehm. Was wir hassen, ist, sie wieder aufzugeben.“ Putin hat jetzt überall auf der Krim überlebensgroße Plakate aufhängen lassen – nur drei Worte umrahmen das Gesicht des triumphierend Lächelnden: „Krim. Russisch. Auf ewig.“

Lesen Sie auch auf Seite 136
SPIEGEL-Gespräch mit dem Perestroika-Philosophen Alexander Zipko über Putins Träume von einer antiwestlichen Zivilisation

Felsenfest

Global Village *Eine junge Anwältin kämpft in Gibraltar um jede Stimme gegen den Brexit.*

Es war im Sommer vor drei Jahren, als die große Politik die Hochzeitsplanung der Anwältin Gemma Vasquez aus Gibraltar durcheinanderbrachte. Die Gäste waren geladen, Tischordnung und Speisekarte festgelegt. Ibérico-Spanferkel sollte es geben. Viele Freunde und Verwandte wollten aus Spanien anreisen.

Dann aber empörte sich die Regierung in Madrid wieder einmal über den zum Vereinigten Königreich gehörenden 6,5 Quadratkilometer großen Felsen am Südzipfel Europas, diesen Stachel im spanischen Nationalbewusstsein. Der Grund: Gibraltars Verwaltung hatte Betonblöcke zum Küstenschutz im Meer versenkt. Die Spanier betrachten das Meer als ihr Territorium – und reagierten mit wochenlangen strengen Grenzkontrollen und gezielten Schikanen.

MONICA GUMM / DER SPIEGEL

Juristin Vasquez: „Der Brexit wäre ein Unglück“

Freunde und Verwandte des Brautpaars hatten Schwierigkeiten bei der Anreise. Und auch die Spanferkel aus dem benachbarten Andalusien konnten nicht geliefert werden. „Wir mussten Steaks mit unseren Gästen essen“, sagt Vasquez, heute 34 Jahre alt. Damals schickte Brüssel Inspektoren an die Grenze zwischen dem EU-Land Spanien und Gibraltar, dem Überseegebiet des EU-Landes Großbritannien, um den Streit zu schlichten.

Doch schon bald könnten die 33 000 Bewohner der Klippe, die Spanien 1713 im Frieden von Utrecht auf ewig an die englische Krone abgetreten hatte, Drohungen aus Madrid ungeschützt ausgesetzt sein: Wenn am 23. Juni eine Mehrheit der Briten für den Austritt aus der Europäischen Union, den sogenannten Brexit, votiert.

Vasquez, Partnerin in einer Wirtschaftskanzlei in Gibraltar, kämpft deshalb seit Wochen um jeden einzelnen Pro-Europa-Wähler. Bis zu 24 000 Einwohner sind stimmberechtigt, sie gehören zum Wahlkreis Südwestengland, wo viele EU-Gegner leben. Und so knapp, wie die Umfragen stehen, könnte ihr Votum dort entscheidend sein.

Die Juristin organisiert die Kampagne „Gibraltar Stronger in Europe“. Als Premier David Cameron den Termin für das Referendum bekannt gab, reiste sie nach England, um sich von den Managern der zentralen Pro-EU-Kampagne beraten zu lassen. Zu Hause unterstützen sie alle Parteien, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften. Gibraltars Regierungschef Fabian Picardo kennt sie als ehemaligen Partner ihrer Kanzlei. Vasquez fühlt sich als Europäerin, sie stammt aus einer Familie mit spanischen Vorfahren, ihre Großmutter hatte aus dem Grenzort La Linea eingeheiratet. Englisch spricht sie mit perfektem Oxford-Akzent, an der britischen Eliteuniversität hat sie studiert.

„Es war wunderbar, mit 18 Jahren in die Welt zu ziehen, herauszukommen aus meiner beengten Stadt“, sagt sie. Gibraltar war von Diktator Francisco Franco von 1969 an zum Festland hin komplett abgeriegelt worden. Erst knapp zehn Jahre nach seinem Tod, rechtzeitig vor dem Beitritt Spaniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1985, ging die Grenze wieder auf.

Während ihrer Ausbildung in der Londoner City verbrachte Vasquez auch ein halbes Jahr in einer der angesehensten Kanzleien in Madrid. Die Freiheit, in Europa zu reisen und zu arbeiten, will Vasquez ihren Landsleuten erhalten. Gibraltar soll „nie wieder abgehängt“ werden.

„Jeder hier weiß, dass der Brexit ein Unglück für uns wäre“, sagt sie. Internationale Investoren nutzen Gibraltar als Tor zum gemeinsamen Markt und sorgen für satte Wachstumsraten. 15 000 Firmen sind hier registriert. Täglich passieren 10 000 Männer und Frauen aus dem verarmten La Linea die Grenze, um in Hotels, Restaurants, Duty-free-Läden oder in Haushalten zu arbeiten.

„Wenn wir am 24. Juni raus sind aus der EU, verdiene ich ohnehin nichts mehr“, sagt Vasquez. Schon jetzt bemerkt sie, wie die zunehmende Unsicherheit vor dem anstehenden Referendum Klienten abschreckt. Sie hat sich Urlaub genommen, um mit ganzer Kraft gegen einen erzwungenen Austritt der Gibraltarer zu kämpfen. Der spanische Außenminister hat schon angekündigt, nach einem Sieg der „Brexiteers“ wolle sein Land gemeinsam mit London die Souveränität über Gibraltar ausüben. Nur so könne Gibraltar den Zugang zum europäischen Markt behalten. Dann müsse hier auch die spanische Flagge wehen.

2002 stimmten 99 Prozent der Gibraltarer dafür, Briten zu bleiben. Fast 90 Prozent nahmen damals am Referendum teil. Auf eine ähnlich hohe Wahlbeteiligung setzt Vasquez jetzt. Sie will besonders die weltoffene Jugend mobilisieren. Laut einer Umfrage würden gut 88 Prozent der Befragten für den Verbleib stimmen.

Vasquez berät schon am frühen Morgen Passanten in ihrem Kampagnenbüro. An der Main Street, gegenüber der katholischen Kathedrale, zwischen englischen Pubs und dem Kaufhaus Marks & Spencer, holen sich Mütter, die ihre Kinder zur Schule bringen, „I'm in“-Sticker und bunte Infoblätter. Ältere Männer mit Kippa und Frauen mit Kopftuch lassen sich erklären, wie sie sich in die Wählerliste eintragen oder Briefwahl beantragen können.

Um EU-Gegner zu überzeugen, geht Gemma Vasquez mit acht freiwilligen Helfern auch in den Sozialsiedlungen von Tür zu Tür. Am Tag vor der Abstimmung wird es noch einmal eine Großkundgebung geben, auf dem Hauptplatz. Vasquez ist zuversichtlich: „Wer will schon raus aus der EU? Nur Hirnlose. Also bleiben wir drin.“

Helene Zuber

Leichtathletik

„Im falschen Film“

Die deutsche Weitspringerin **Sosthene Moguenara,** 26, über einen Unfall bei Werbeaufnahmen, der ihren Traum von den Olympischen Spielen zerstören könnte

SPIEGEL: Sie sind derzeit die beste Weitspringerin der Welt, haben Medaillenchancen bei den Olympischen Spielen. Am vorigen Samstag stellten Sie mit 7,16 Metern eine neue Jahresweltbestleistung auf – am Sonntag verletzten Sie sich bei Filmaufnahmen am Fuß. Wie verkraften Sie so viel Pech?
Moguenara: Seit dem Wochenende fühle ich mich wie im falschen Film. Im Wettkampf gelang mir der perfekte Sprung: Ich war noch nie so schnell im Anlauf, habe das Absprungbrett optimal getroffen. Ich habe danach vor Freude geschrien und geweint, ich war im siebten Himmel. Nur 24 Stunden später war ich in der Hölle.
SPIEGEL: Was ist bei dem Werbedreh passiert?
Moguenara: Ich war in Berlin, es ging um ein Video für die Leichtathletik-EM 2018. Das Set war auf einem Hausdach. Ich sollte anlaufen, abspringen und auf Matten landen. Neunmal klappte es gut, beim letzten Sprung landete ich dummerweise im Stehen, mein linker Fuß knickte um. Wir sind gleich ins Krankenhaus, dort musste ich vier Stunden auf einen Arzt warten, mein Fuß wurde immer dicker. Inzwischen steht fest: Ein Außenband ist gerissen.
SPIEGEL: Waren Sie unachtsam, oder sind die Organisatoren des Drehs für Ihr Missgeschick verantwortlich?
Moguenara: Dazu kann ich nichts sagen, das muss erst noch geklärt werden. Ich bin nicht wütend auf irgendjemanden, ich kann jetzt nur kämpfen, damit ich es doch noch zu Olympia schaffe.
SPIEGEL: Die Spiele in Rio de Janeiro beginnen schon in neun Wochen. Reicht das?
Moguenara: Meine Ärzte sind zuversichtlich. Die Krücken habe ich schon abgelegt. Richtig auftreten kann ich noch nicht, aber immerhin ein wenig humpeln. Das linke Bein ist blöderweise auch noch mein Sprungbein. le

Moguenara

IMAGO SPORTFOTODIENST / IMAGO/JAN HUEBNER

Olympische Spiele

Wer beschützt das Deutsche Haus?

Wenige Wochen vor Beginn der Olympischen Sommerspiele in Rio de Janeiro gibt es Unstimmigkeiten zwischen brasilianischen und deutschen Sicherheitsbehörden. Es geht um das Deutsche Haus und um die Frage, wer den Treffpunkt für das deutsche Olympiateam und seine Gäste sichert und bewacht. Die brasilianischen Behörden verlangen für den Objektschutz einen kommerziellen Dienstleister, der nach Standards des Gastgeberlandes zertifiziert ist. Solch ein privates Sicherheitsunternehmen würde nach Aussagen eines Diplomaten, der an den Verhandlungen beteiligt ist, einige Hunderttausend Euro kosten. Das Argument der Brasilianer seien „rechtliche Bedenken gegen den Einsatz deutscher Polizeibeamter“ auf ihrem Territorium. Auf deutscher Seite verhandeln Vertreter des Innenministeriums, des Auswärtigen Amtes und des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB). Nach deren Vorstellungen sollen Bundespolizisten das Deutsche Haus bewachen und, ähnlich wie an Flughäfen, Besucher mit Metalldetektoren kontrollieren. Sie sind unbewaffnet und würden dort lediglich das Hausrecht ausüben. Vorgesehen waren 50 Beamte, derzeit wird offenbar über eine kleinere Truppe verhandelt, von gut 30 Bundespolizisten ist nun die Rede. Dafür würde einer der beiden geplanten Zugänge zum Deutschen Haus gesperrt. Der DOSB-Vorstandsvorsitzende Michael Vesper ist zuversichtlich, dass die Bundespolizei dabei sein darf: „Der Bund ist in guten Gesprächen mit der brasilianischen Seite. Und wir hoffen, dass Bundespolizisten das Deutsche Haus schützen können, wie das schon bei den Olympischen Spielen in Peking, Vancouver, London und Sotschi der Fall war.“ bas

Das Ende des Wirgefühls

Fußball Bei der Europameisterschaft in Frankreich kämpft die deutsche Nationalmannschaft auch um die verlorene Ehre des DFB.

Von Rafael Buschmann und Alexander Osang

Nationalspieler im Trainingslager in Ascona

Ascona schläft in der Mittagssonne, der Lago Maggiore liegt still, die Menschen auf den Bürgersteigen bewegen sich langsam, die meisten sind alt, und es ist warm. Oliver Bierhoff, der auch in grauen Turnhosen gut angezogen wirkt, sitzt auf der Terrasse eines Fünfsternehotels und bespricht mit dem Kellner irgendetwas auf Italienisch. Der Kellner lächelt, deutet eine Verbeugung an. Bierhoff fährt in seiner kurzen Rede über die Zukunft des deutschen Fußballs fort. Er spricht über seine Ausflüge zu McLaren, GM, nach Palo Alto, zu Google, zu den San Francisco 49ers. Sie hätten SAP ins Boot geholt, sagt er. Big Data. Ihn interessieren die großen Fragen. Zum Beispiel: „Wohin entwickelt sich der Mensch?“

Seit zwölf Jahren gehört Oliver Bierhoff zu einem Team, das sich aufmachte, die Nationalmannschaft in eine neue Zeit zu führen. Bierhoff ist Teammanager, er begleitet die Auswahl thematisch, wenn man so will. Für ihn ist das Nationalteam eine Marke. Seit anderthalb Jahren gibt es „Die Mannschaft“. Ein Label, das die Eigenschaften des Teams, das in Rio Weltmeister wurde, beschreiben soll. Deutsch und modern zugleich.

Wie Volkswagen. Das Auto, sagt Bierhoff und lächelt schief.

Er spricht über die unterschiedlichen Weltsichten von jungen und älteren Spielern. Barack Obama habe neulich beschrieben, dass seine jüngere Tochter viel mehr durch die digitale Welt geprägt sei als seine wenig ältere Tochter.

Obama. Am Pool schlappen Müller, Gomez und Hummels vorbei. Bierhoff nippt an seinem Espresso. „Wandel ist die einzige Konstante im Leben“, sagt er. Links, wo das Herz schlägt, trägt er den Bundesadler auf der Brust, rechts, genauso groß, den Mercedes-Stern.

Vor ein paar Wochen noch saß der Teammanager auf der Bühne des DFB-Bundestags, der ebenfalls einen Neuanfang markieren sollte, nach dem Skandal um die verschwundenen Millionen, nach dem Rücktritt der alten Führung. Während die neue Führung von Transparenz, Vertrauen und Kontrolle redete, schien Bierhoff allein mit seinem Anzug, seiner Frisur und der Gesichtsfarbe zu sagen: Ich gehöre eigentlich nicht dazu.

„Doch, doch, wir und ich sind natürlich schon Teil des DFB“, widerspricht Bierhoff.

Er habe sich ständig im System bewegt, von der Kreisauswahl bis zum Nationalteam. Aber er spüre die Angst der Funktionäre, die Nationalmannschaft zu verlie-

SCHÜLER / IMAGO SPORTFOTODIENST

ren. Die Angst, der Graben zwischen den Amateuren und den Profis werde immer größer. Die Angst, der deutsche Fußball verliere seine Seele an Geschäftemacher.

„Wir müssen das tun, wovon wir überzeugt sind, und dürfen uns nicht treiben lassen von der Frage, ob und wie das ankommt. Wir stehen zu unseren Entscheidungen, auch wenn wir damit hier und da polarisieren oder nicht Mainstream sind“, sagt Bierhoff.

Ob auch das für den gesamten DFB gilt, ist schwer zu sagen.

Im Mai, als die Bundesligasaison zu Ende geht, brechen der neue DFB-Präsident Reinhard Grindel und sein Stellvertreter Rainer Koch zum Fifa-Kongress nach Mexico City auf. Sie sollen den neuen DFB in der Welt repräsentieren, sehen aber eher aus wie Steuerprüfer. Das ist kein Widerspruch. Ihr Vorgänger Wolfgang Niersbach trug die Haare eine Spur zu lang im Nacken, er war ein Kumpel von Franz Beckenbauer und Günter Netzer, die Nähe zur schillernden Welt der Fußballprominenz wurde ihm im vorigen Jahr zum Verhängnis. Grindels Vorbild ist Uwe Seeler. Ein Mann, der nicht dem Geld folgte.

Grindel und Koch gelten als Freunde des Amateurfußballs. Grindel ist Mitglied des Rotenburger SV, Koch spielte beim Kirchheimer SC. Reinhard & Rainer. Sie fahren ein bisschen durchs Land, besuchen Projekte und schauen sich am Abend vorm Kongress ein Fußballspiel im Aztekenstadion an. Kurz vor Mitternacht kommen sie ins Hotel zurück. In der Lobby sitzt die Fifa-Familie. Dickbäuchige Stammesfürsten, Südamerikaner mit gefärbten Haaren, breitbeinige Osteuropäer, alte Männer mit jungen Frauen. Grindel geht gleich aufs Zimmer, Koch trinkt noch eine Cola in der Halle.

Koch war noch nie in Mexiko, abgesehen von einem Kurzausflug über die amerikanische Grenze, 1994, Tijuana. Mit Frau und Tochter. Das Aztekenstadion sei beeindruckend gewesen, sagt Koch, aber in Gedanken ist er nicht in Mittelamerika, sondern in der Bayernliga. Er zeigt auf seinem Handy eine Fernsehsendung vom Bayerischen Fußball-Verband-TV, es geht um die Oberpfalz. Koch wischt auf dem Handy herum. Er hat da viele Sachen drauf, die er vorführen könnte. Die ganzen Tabellen allein. In Bayern finden am kommenden Wochenende 15 000 Spiele statt. Im Rest der Welt hört der Amateurfußball in der vierten Liga auf, nicht so in Deutschland.

Von da, so sieht es Koch, kommt die Kraft her, die die ganze Fußballwelt fürchtet. Und auch seine Autorität wuchs da unten, im schweren Boden der deutschen Fußballnation.

Sein Plan ist, von Mexico City direkt zur 60-Jahr-Feier des FC Aschheim zu fahren. Er kennt den Präsidenten des Vereins, der, wie er in seinem Tabellenwerk recherchiert, in der achten Liga spielt. Koch hat ein Zeitfenster von 19 Uhr bis 19 Uhr 20. Dann muss er zur Meisterfeier des FC Bayern. Grindel und er hätten gern die Meisterschale überreicht, aber dann müssten sie den Fifa-Kongress praktisch nach zehn Minuten verlassen. Das sieht natürlich blöd aus, gerade jetzt, wo es um den Neuanfang geht. Sie landen erst mit dem Schlusspfiff des Bayern-Spiels in Deutschland.

„Früher hätte man vielleicht den Helikopter ins Stadion genommen“, sagt Rainer Koch. „Aber das können und wollen wir heute nicht mehr machen.“

Das Zeitfenster für die 60-Jahres-Feier beim FC Aschheim schloss sich, aber bei der Meisterfeier des FC Bayern war er. Die Einladung liegt noch auf dem Beifahrersitz seines Dienst-Mercedes. Koch fährt gerade durch Poing, den Münchner Vorort, wo er fast sein ganzes Leben verbracht hat.

„Ich möchte hier nicht weg“, sagt er.

Bei Föhn sieht man von seinem kleinen Haus aus die Berge. Aber heute ist kein Föhn. Koch ging in Poing zur Grundschule, später nach München auf ein humanistisches Gymnasium, wo er die Oberschichtenkinder kennenlernte. Er hat im Dorfverein Fußball gespielt. Vorstopper. Eine Position, die es nicht mehr gibt. Er studierte Jura, er wurde Sozialdemokrat. Er wurde Richter und Schiedsrichter und Funktionär.

„Fußball hat Integrationskraft, hält die Gesellschaft zusammen“, sagt Koch. „Das ist heute wichtiger denn je. Die Gesellschaft wird immer fragmentierter, so beschrieb das mein Doktorvater. Das stimmt, sie zerlegt sich von Jahr zu Jahr mehr in ihre Einzelteile.“

Koch zählt die Tage bis zum Beginn der EM, auch weil es die Tage nach dem Skandal sind. Seine Rede auf dem Erneuerungsbundestag des DFB begann er mit dem Satz: „Es sind rund 150 Tage seit dem Rücktritt von Wolfgang Niersbach und circa 60 Tage bis zum Beginn der Europameisterschaft.“ Je näher die Europameisterschaft rückt, desto mehr geraten ihre Skandale in Vergessenheit. Sie sind jetzt fast da. Ihre nächste Präsidiumssitzung findet in Paris statt. Die Nationalelf soll sie erlösen.

„Bei diesem Turnier ist es besonders wichtig, dass die Mannschaft erfolgreich ist.“

„Bei diesem Turnier ist es besonders wichtig, dass die Mannschaft erfolgreich ist“, sagte Grindel auf dem DFB-Bundestag.

Der deutsche EM-Song von Felix Jaehn und Herbert Grönemeyer klingt so, als stamme der Text von Koch und Grindel.

„Es geht auf und nach vorne / Eine neue Aufgabe / Es wird gespielt, nicht verlorn.“

Thomas Strunz war Nationalspieler und ist jetzt Spielerberater. Er sitzt in einem Restaurant des Hilton Hotels am Münchner Flughafen, wo gerade die Sendung „Doppelpass“ zu Ende gegangen ist, eine Art Fußballstammtisch auf Sport1, bei dem man den Kaffee bezahlen muss, das Weizenbier aber umsonst bekommt.

Strunz ist überzeugt davon, dass sich Amateure und Profis immer weiter voneinander entfernen werden. Er glaubt daran, dass man die Vereine für Investoren öffnen muss und konkurrierende Pay-TV-Stationen braucht, um international mithalten zu können. Es sei auch die einzige Möglichkeit für die anderen Bundesligavereine, die Lücke zum FC Bayern zu schließen.

„Im Amateurbereich arbeiten Ehrenamtliche, aber Profivereine sind professionell geführte mittelständische Unter-

nehmen. Dies ist von Ehrenamtlichen nicht zu leisten. Wer das glaubt, stammt aus einer anderen Zeit“, sagt er. „Die einzige Schnittstelle ist die Nationalmannschaft. Dort spielst du für die Ehre. Geld spielt dabei überhaupt keine Rolle. Es ist falsch, wenn DFB-Funktionäre daraus irgendwelche Autoritäten ableiten. Der DFB verdient gutes Geld mit der Nationalmannschaft, die dort Verantwortlichen dürfen Hände schütteln und im Erfolgsfall feiern. Damit sollte es auch gut sein.“

Die Nationalmannschaft wirkt wie die letzte Klammer, die den deutschen Fußball zusammenhält, der so zerrissen ist wie der Rest des Landes. Die einen fürchten den Verlust der deutschen Identität, die anderen haben Angst, den Zug zu verpassen, der in die globale Zukunft rast.

Die einen wollen den Aufstiegsmodus zwischen vierter und dritter Liga vereinfachen, die anderen wollen eine europäische Superliga. Die einen orientieren sich am chinesischen Markt, die anderen an den Bedürfnissen der Regionalliga Nordost. Die einen schauen auf die Traditionen, die anderen wollen die Gesellschaftsanteile der Vereine an Investoren veräußern. Die einen wollen nicht ihre Seele verkaufen, die anderen wollen nicht hinter Spanien und England zurückbleiben. Die einen reden von Solidarität, die anderen sind überzeugt, dass sie es auch allein schaffen.

Es gibt kaum noch Gemeinsamkeiten zwischen diesen Welten.

Reiner Calmund und Andreas Rettig haben einst beide für Bayer Leverkusen gearbeitet. Sie mögen sich, haben aber nicht mehr viel gemein. Rettig ist Geschäftsführer des FC St. Pauli, eines Zweiligaklubs, Calmund war lange Manager bei Bayer Leverkusen, telefoniert immer noch viel mit Spielervermittlern, Investoren und Boulevardzeitungen, macht Kreuzfahrten sowie dies und das. Gerade ist er in Hamburg, weil er heute Abend bei „Markus Lanz“ auftritt. Calmund kann überall mitreden. Er hat ein iPad auf seinem gewaltigen Bauch abgestellt, auf dem er ein paar Gedanken und Tabellen zur Lage des deutschen Fußballs gespeichert hat, die er nun vorträgt.

Man kann es so zusammenfassen: Fußball ist der Volkssport Nummer eins. Franz Beckenbauer ist eine Legende und bleibt eine Legende. Es muss noch mehr Fußball im Fernsehen geben. Calmund war auch erst skeptisch, als das Privatfernsehen begann, alle Tore zu zeigen und nicht nur die von ein paar Spielen. Er hatte Angst, dass niemand mehr ins Stadion gehen würde. Aber das Gegenteil ist der Fall. Er hat die Tabellen da. Je mehr Fernsehfußball, desto voller die Stadien. Die Gier ist grenzenlos, und Calmund ist ein guter Repräsentant für diesen Trend.

Auch Rettig hat sich vorbereitet. Er hat ein Flipchart in seinem Geschäftsführerbüro in St. Pauli aufgestellt. Er predigt nicht Gier, sondern Verzicht. Calmund sagt, mit den Bayern werde es nie langweilig, auch nicht, wenn sie zehnmal hintereinander Meister würden. Rettig sagt, die Solidargemeinschaft der Liga zerfalle. Die Politik werde von Champions-League-Klubs gemacht, die ihre Vormacht zementieren wollten. „Auch Herr Grindel wird letztlich an seine Grenzen stoßen. Wenn sie einem der Klubs, die Nationalspieler abstellen, etwas wegnehmen, erinnert der sich beim nächsten Sponsorentermin daran.“

Rettig skizziert auf großen weißen Blättern den Kapitalismus im deutschen Fußball. Er will Solidarität und Nachhaltigkeit. Sie haben beim FC St. Pauli Sonnenkollektoren auf dem Dach, zwei Bienenvölker und eine Blumensamenmischung namens „Ewaldbienenhonig“. Das Wertvollste eines Vereins seien die Gesellschaftsanteile, gleich danach folge der Stadionname. Beides werde der FC St. Pauli nie verkaufen, sagt Rettig.

„Wir wollen ein Wirgefühl in der Ichgesellschaft“, sagt er. „Wir wollen Teil des Stadtteils sein.“

Die Lampen im Zimmer gehen aus, weil es draußen hell wird, und wenn sich eine Wolke vor die Sonne schiebt, gehen sie wieder an. Wenn sie weg ist, aus.

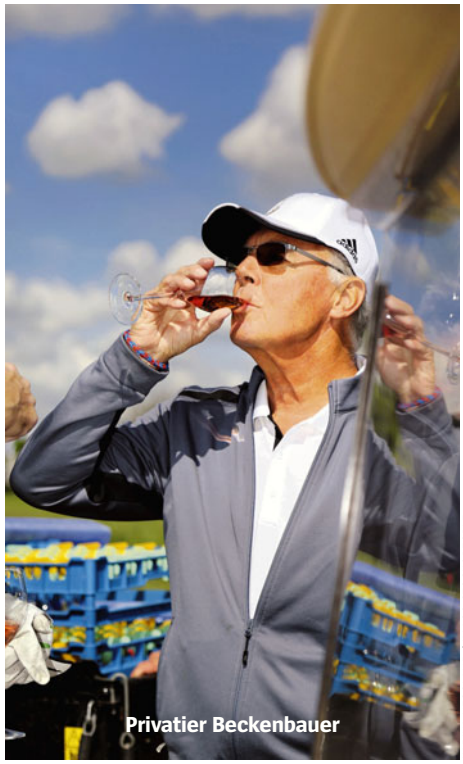
Bei der Deutschen Fußball Liga (DFL) in Frankfurt am Main geht das Licht nie aus. Hier werden die Interessen der Profis verwaltet, und das spürt man, wenn man das Haus betritt. Die Sekretärinnen laufen mit Headsets durch die Gegend, alle. Es gibt keine Kaffeekannen und Keksteller wie beim DFB, es gibt Espresso und einen Metallbehälter, in dem Joghurtbecher stehen. Durch große Fenster schaut man auf

Das Volkseigentum Fußball bekommt man mit kapitalistischen Methoden nicht in den Griff.

die Skyline der Bankenstadt, und es ist kein Zufall, dass die Klassikerzitate, die man hier hört, nicht von Sepp Herberger stammen, sondern von „Titanic“-Regisseur James Cameron und Systemtheoretiker Niklas Luhmann.

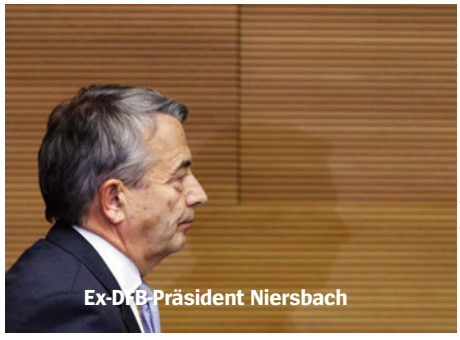
Es geht um Weltherrschaft. Europa, Asien, Fernsehen und die Schiedsrichter.

Man kann sich hier eine Geschichte, einen Spin abholen, an dessen Ende man bestürzt, aber bestens unterhalten zurückbleibt, wie nach mehreren Folgen der Fernsehserie „House of Cards“. Öffentlich äußern möchte sich niemand. In den nächsten Tagen werden die neuen Fernsehrechte ausgehandelt. Das kann man sagen.



Privatier Beckenbauer

KARINA HESSLAND / IMAGO STOCK&PEOPLE



Ex-DFB-Präsident Niersbach

MICHAEL PROBST / AP / DPA

Man kann an den Büros von DFL und DFB sehen, wie sich die Machtverhältnisse im deutschen Fußball verändert haben, man sieht es an den Anzügen von DFL-Boss Christian Seifert und DFB-Chef Grindel, man sieht es aber auch im Gesicht von Alfred Draxler. Draxler, jahrelang Mitglied der „Bild“-Chefredaktion, war einmal der vielleicht einflussreichste deutsche Sportjournalist. Er bezeichnet Franz Beckenbauer als Freund, sie feierten gemeinsam auf Partys. Aber Beckenbauer hat sich zurückgezogen. Die „Bild“-Reporter haben heute nicht mehr die Zugänge zu den Stars wie früher. Die machen jetzt ihre PR teilweise selbst. Die Klubs haben eigene Fernsehsender. Alles geht so rasend schnell. Die Kühle, Glätte und Geschäftigkeit der neuen Profigesellschaft trifft auch den Journalismus. Sie braucht ihn nicht mehr.

Alfred Draxler wirkt schwermütig. Er sitzt in einer Hamburger Hotellobby, die Augen halb geschlossen, die Haare zurückgepeitscht, Einstecktuch, Weißwein. Man wäre nicht überrascht, wenn er einen Georg-Kreisler-Song anstimmte. Aber Draxler ist nicht nach Singen zumute. Er zählt vier Stadien der Entfremdung zwi-

DFB-Funktionäre Koch, Grindel (o.), Reinhard Rauball

JAN HUEBNER / IMAGO SPORTFOTODIENST

schen Nationalspielern und Journalisten auf.

Erstens: Spieler und Reporter schlafen alle im selben Hotel.

Zweitens: Die Journalisten werden von der Mannschaft ferngehalten.

Drittens: Spielerberater kommen ins Spiel.

Viertens: Die Digitalisierung. Sie frisst uns alle.

Er zeigt sein Handy mit der Nachricht, die er heute Nachmittag für die „Bild“ von morgen verfasst hat. Günter Netzer geht es nicht gut. Not-OP. Das Herz.

Man versteht plötzlich die Schwermut. Beckenbauer schweigt, Hoeneß denkt nach, Müller vergisst, Netzer geht es nicht gut. Das Sommermärchen ist zerstört. Draxler war bei zwei Spielen damals, im Sommer 2006. Eines war das Endspiel, das andere hat er vergessen. Er weiß nur noch, dass er im Helikopter hinflog. An der Seite Franz Beckenbauers.

Irgendwann verlangt Alfred Draxler, dass der SPIEGEL ihn mit einem bestimmten Satz über Beckenbauer zitiert. Später will er dann gar nicht mehr zitiert werden. Er klimpert ein wenig auf der Klaviatur des Boulevardjournalismus herum, aber nichts funktioniert mehr, nicht das Drohen, nicht das Flehen. Und dann, nach etwa zwei Stunden, kommt der Punkt, an dem Draxler sagt, das Gespräch habe gar nicht stattgefunden. Er löst sich in der dunklen Hamburger Nacht auf. Seltsam, wie viele Gespräche in der Fußballwelt nicht stattgefunden haben. Manchmal hat man das Gefühl, in der Unterwelt zu recherchieren, manchmal, in der Spitzendiplomatie.

Je näher die Europameisterschaft rückt, desto mehr scheinen Fußballer nationale Bedeutung zu bekommen. Jérôme Boateng wird zum beliebtesten deutschen Nachbarn, Mario Götze zu einem tragischen Opfer der Gier, das sich in das deutsche Nationalmannschaftstrikot rettet wie in ein Zelt. Der Regen in Augsburg ist historisch. Die Bekanntgabe des endgültigen Kaders hat den Charakter einer Regierungserklärung. Hummels’ Wade ist wichtiger als die Armenienresolution des Bundestags. Über dem Schicksal von Marco Reus kann man die Flüchtlingskrise vergessen.

„Im Ball der Gefühle / Als Teil der Sinfonie / Alle Gedanken geben auf / Ein Wurf, Dein Team“, singt Herbert Grönemeyer im Lied zur Europameisterschaft.

Alle Gedanken geben auf. Dazu ist wirklich nur noch die Nationalmannschaft in der Lage. Man wird nicht viel mitbekommen von der nächsten Präsidiumstagung des DFB, von den Rechteverhandlungen der DFL und vom Riss zwischen beiden Lagern in den nächsten Wochen. Wenn es gut läuft für Grindel und Koch, dürfen sie am Ende den Pokal entgegennehmen. Es könnte der kurze Moment sein, in dem sich Amateur- und Profiwelt noch einmal berühren.

Der Uwe-Seeler-Moment, nach dem sich Präsident Grindel so sehnt. Kampf, Anstand, Leidenschaft, Bescheidenheit.

In der Person Uwe Seeler ist das oft zitierte Wesen des deutschen Fußballs eingeschlossen wie in Bernstein. Seeler sitzt in einem italienischen Restaurant in Norderstedt vor seinen eigenen Fußballfotos und erzählt von der guten alten Zeit, seiner Bandscheibe, dem 50-jährigen Jubiläum des Wembley-Finales, das sie im Sommer feiern, und von den Hamburger Radfahrern, die immer verrückter werden. Vor ihm liegt ein Blatt, auf dem ihm seine älteste Tochter ein paar Eckdaten aufgeschrieben hat.

„Geld ist auch wichtig“, sagt Uwe Seeler. „Aber am Ende zählt Fußball.“

„Man darf nie aufgeben, und man muss fair bleiben“, sagt Uwe Seeler. „Verlieren gehört dazu.“

Später steht er auf dem Parkplatz vor dem Italiener und winkt.

In der U-Bahn ins Hamburger Zentrum ruft dann noch einmal Oliver Bierhoff aus Ascona an. Ihm ist eingefallen, dass sich der deutsche Fußball in einer Art Zeitenwende befinde, er beschreibt eine Übergangsgesellschaft. Die verschwundenen Millionen sind vielleicht eher ein Symptom einer untergehenden Epoche als deren Ursache. Es verschwinden jetzt Männer, die Verträge am Tresen ausgehandelt haben, Männer mit einem eigenen Wertesystem, einer eigenen Sprache. Wer sie ersetzt, ist noch unklar. Die grauen Beamten aus dem DFB, die sich ihr Leben lang durch Behörden wuseln mussten, sind bestenfalls Übergangsfiguren. Effektivität allein reicht so wenig aus wie Stallgeruch allein. Man braucht beides. Fußball in Deutschland ist eine Art Volkseigentum, das man mit kapitalistischen Methoden allein nicht in den Griff bekommt. Bierhoff erinnert das alles an die Kulturrevolution in der Musikindustrie, in der die Manager früher mit den Rolling Stones verhandelten und heute mit Apple-Executives. Man braucht eine andere Sprache, andere Temperamente, man braucht neue Männer für das Geschäft.

Irgendwann, kurz bevor die U-Bahn in einen Hamburger Tunnel rollt, ist klar, was für Männer übrig bleiben, wenn die anderen weg sind.

Männer wie er.

Twitter: @Rafanelli, @alexander_osang

Weltgeist Ball

Essay Über den Zusammenhang von Fußball, Gesellschaft und Politik

Von Dirk Kurbjuweit

Eine Frage: Wären die Flüchtlinge vor allem Brasilianer, wie würden die Debatten verlaufen? Anschlussfragen: Gäbe es dieses Zerwürfnis von CDU und CSU? Wäre die AfD bei Landtagswahlen und Umfragen so stark? Wäre die Balkanroute geschlossen, würde die Türkei für ein Abkommen übermäßig hofiert werden? Wäre es ein Problem, dass vor allem junge Männer kommen?

Die meisten Brasilianer sind keine Muslime, das würde Hass, Ängste und Sorgen reduzieren. Aber selbst wenn, jeder deutsche Fußballverein würde seine Kleintransporter oder Fernbusse in die Grenzregionen schicken, um junge Männer und Jungs abzufischen. Und wehe, Polen oder Ungarn reklamierten einen fairen Anteil für sich, damit sie auch mal einen Titel gewinnen könnten.

Fußball verändert die Welt, und meistens macht er sie schöner, wie wir hoffentlich von Freitag an bei der Europameisterschaft in Frankreich erleben können. Aber Fußball ist auch politisch, weil er so groß ist und so tief in die Gemüter der Fans hineinwirkt. Im Umfeld des Spiels geht es um Masse (Volk), Stimmung, Nation (Identität). Das sind Stichwörter, die in der Politik Konjunktur haben, über Donald Trump, AfD, FPÖ, Front National. Aber deshalb ist der Fußball noch lange nicht als Instrument des Rechtspopulismus geeignet, wie Alexander Gauland gerade erleben muss. Sein Satz, Jérôme Boateng sei vielen Deutschen als Nachbar nicht willkommen, war ein Rohrkrepierer. Die Dinge sind komplizierter. Deshalb kommt hier ein kleines Vademekum zum Zusammenhang von Fußball, Gesellschaft und Politik für die Europameisterschaft.

Ein beliebtes Spiel ist die Parallelisierung. Der Fußball drückt das aus, was in der Gesellschaft oder der Politik gerade passiert. Mancher kann da für jedes Jahr einer Welt- oder Europameisterschaft einen Zusammenhang nachweisen, mehr oder weniger ernst, aber es gibt ein paar Beispiele, die sind so hübsch, dass man nicht an einen Zufall glauben mag.

Als Deutschland 1954 überraschend Weltmeister wurde, galt das als Ausdruck einer Wiedergeburt nach dem Zweiten Weltkrieg. Bundespräsident Theodor Heuss sagte, gutes Kicken sei noch keine Politik, aber das war überheblich und zu kurz gedacht. Der Sieg über den Favoriten Ungarn träufelte den Deutschen mehr Selbstbewusstsein ein, als es jede politische Rede vermocht hätte. Sie waren nun endgültig bereit für das Wirtschaftswunder.

Die Mannschaft, die 1972 Europameister wurde, spielte so befreit und stürmisch, als wollte sie den gesellschaftlichen und politischen Aufbruch aufnehmen, die gesprengten Fesseln nach 68 und Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“. Und kann es ein Zufall sein, dass Deutschland, also die Bundesrepublik Deutschland, 1990, im Jahr der Wiedervereinigung, Weltmeister wurde, beflügelt vom Ende einer leidvollen Trennung, Anspruch auf neue Geltung erhebend? Es kann ein Zufall sein, aber schöner ist, an den Zusammenhang zu glauben, an Hegels Weltgeist, der alles lenkt und fügt und auch ein Auge auf den Fußball hat, mit viel Wohlwollen für die Deutschen.

Er bescherte ihnen 2006 eine Weltmeisterschaft im eigenen Land (womöglich hieß der Weltgeist damals Franz Beckenbauer). Das war zur rechten Zeit, dass die Deutschen der Welt eine neue Unbeschwertheit zeigen konnten. Diesmal war es nicht das Spiel, es waren die Fußballfans, die einen Wandel ausdrückten, zum Schöneren, Leichteren. Fröhlichere Massen in den Landesfarben hatte es in Deutschland nie gegeben. Die Nation war wieder da, aber liebenswert.

Es gibt das auch anders. Beim sogenannten Fußballkrieg zwischen Honduras und El Salvador starben 1969 über 2000 Menschen. Davor fielen bei einem Qualifikationsspiel zwischen beiden Ländern Fans übereinander her. Sie nahmen politische Spannungen auf, die damals zwischen beiden Staaten existierten. Es ging um salvadorianische Migranten in Honduras.

Im Mai 1990 spielten im kroatischen Zagreb die Teams von Dinamo Zagreb und Roter Stern Belgrad gegeneinander. Kroatien wollte sich damals von serbischer Dominanz befreien. In dieser aufgeladenen Stimmung lieferten sich Hooligans beider Vereine Schlägereien. Bald schossen Serben und Kroaten in einem grausamen Krieg aufeinander.

Der Fußball löst so etwas nicht aus, er ist nur ein Verstärker von Stimmungen, guten wie schlechten, weil er Massen anzieht und zu extrem starken Identifikationen motiviert, mit einem Verein, mit einer Nationalmannschaft und damit mit einem Land. Früher war das eine eindeutige Sache. Bis in die Achtzigerjahre hinein spielten in Vereinsmannschaften vor allem Männer aus dem jeweiligen Land. Die Spieler der Nationalmannschaft sahen fast durchgängig so aus, wie man in dem jeweiligen Land mehrheitlich halt aussah. Es herrschte Homogenität, Identifikation war eine Selbstverständlichkeit (außer in Deutschland, wo immer ein erheblicher Anteil von Fans für Togo oder Paraguay die Daumen drückte, wegen der deutschen Vergangenheit, die Selbsthass oder andere Verkrampfungen beförderte).

Doch dann ließen sich andere Europäer in der Bundesliga anheuern, zudem Südamerikaner, Afrikaner. Auch die Nationalmannschaften zeigten bald ein anderes Gesicht, wegen der Zuwanderung. Ein großes Thema war das bei der Weltmeisterschaft 1998 in Frankreich. Im Team des Gastgebers spielten eine Menge Zuwanderer und Nachkommen von Zuwanderern aus der Karibik und aus Afrika, unter ihnen der große Zinédine Zidane. Sie wurden Weltmeister und waren der Stolz der Nation. Der damalige Staatspräsident Jacques Chirac erkannte „ein Frankreich, das gemeinsam gewinnt“. Der Vorsitzende des rechtsradikalen Front National Jean-Marie Le Pen dagegen sah eine „Negertruppe“.

Die Hoffnungen von damals sind verflogen. Der französische Fußball hat es trotz seiner Erfolge nicht geschafft, die Nation zu einigen. Der Stürmer Karim Benzema, der algerische Vorfahren hat, warf Nationaltrainer Didier Deschamps in dieser Woche vor, er habe „sich dem Druck eines rassistischen Teils von Frankreich gebeugt“, weil er Benzema nicht in das Aufgebot für die Europameisterschaft berufen hat. Allerdings ist Benzema in einen Erpressungsskandal verwickelt und benutzt das Argument womöglich, um Mitleid zu erregen.

Auch in Deutschland war Fußball und Rassismus schon vor Gaulands widerlicher Einlassung ein Thema. Als Afrikaner und dunkelhäutige Brasilianer in der Bundesliga auftauchten, wurden ihre Aktionen von den gegnerischen Fans häufig mit Affenlauten begleitet. Manchmal flogen Bananen (was allerdings auch dem äußerst blonden Oliver Kahn passierte).

Das hat stark nachgelassen. Spätestens wenn in der eigenen Mannschaft ein Afrikaner spielt, werden die Affenlaute zum Problem. Zudem wirken die magischen Kräfte des Fußballs. Selbst wer mit einem Ressentiment ins Stadion geht oder vor dem Fernseher sitzt, lässt sich von einem herrlichen Sturmlauf des Gabuners Pierre-Emerick Aubameyang einfangen, es sei denn, man ist völlig abgestumpft. Ist man es nicht und obendrein Fan von Borussia Dortmund, steckt der Aubameyang schon bald in einem drin, weil man sich ja identifiziert mit seinem Verein und dessen Spielern, und schon hat man ein Trikot mit dem Schriftzug „Aubameyang“ gekauft, und nach einem Spieltag mit zwei Toren Aubameyangs zieht man es auch nachts nicht aus. Schon ist es Liebe.

So wirkt Fußball. Im besten Fall, muss man hinzufügen, aber der ist ziemlich häufig. Das Ganze hat natürlich einen utilitaristischen Kern. Vor der Liebe kommt die Nützlichkeit. Kann man einen Spieler gebrauchen oder nicht? Aus fußballerischer Sicht wirkt die Einwanderung von Syrern zunächst einmal nutzlos, weil ihr Land auf diesem Feld keine Traditionen und keine Erfolge hat. Mit Brasilianern wäre das anders.

Aber einige Kinder der Syrer werden womöglich bald erkennen, dass eine ihrer großen Chancen auf dem Fußballplatz liegt, so wie viele türkisch- oder afrikanischstämmige Kinder. Sie werden großen Ehrgeiz und großes Geschick entwickeln, und spätestens wenn einer von ihnen Deutschland zum Weltmeister schießt, wird man die Flüchtlingskrise mit anderen Augen betrachten.

Deshalb liegt Gauland mit seinen Einlassungen so doppelt und dreifach daneben. Die Fans des Bundesligafußballs sind für Rassismus nur bei großer Selbstverleugnung zu erreichen. Der Fußball zählt in dieser Hinsicht zu einem der automatischen Stabilisatoren einer Gesellschaft. Das ist ein Begriff aus der Ökonomie. Wenn es abwärtsgeht, verhindern die Stabilisatoren, dass es so richtig abwärtsgeht.

Ein Fußballfan hat in seinen schönsten Stunden ständig ein kosmopolitisches Szenario vor Augen.

MATTHIAS KOCH / IMAGO SPORTFOTODIENST

Nationalspieler Boateng: Die Dinge sind komplizierter

Ein Fußballfan hat in seinen schönsten Stunden ständig ein kosmopolitisches Szenario vor Augen. Es ist zu hoffen, dass er dieses Gefühl in seinen Alltag mitnimmt und auch einen Syrer mit zwei linken Füßen willkommen heißen kann (oder einen ebensolchen Brasilianer; soll es auch geben, jedenfalls temporär wie beim 1:7). Aus Menschlichkeit.

Ein Identifikationsproblem mit der deutschen Nationalmannschaft gibt es jedenfalls nicht. Mesut Özil, der sich kürzlich in Mekka fotografieren ließ, gehört zur deutschen Nationalmannschaft. Also gilt auch: Der Islam gehört zur deutschen Nationalmannschaft. In Wahrheit ist es egal. Hauptsache, Özil verrennt sich nicht dauernd in der gegnerischen Abwehr. Man bangt ja schon wieder.

Was die Politik angeht, sind das alles beruhigende Aussagen. Die Massen im Stadion sind nicht so leicht verführbar. Sie wollen das Spiel sehen, der Fußball schafft ihnen die Realität, die sie brauchen. Angela Merkel kann sich mit einem halb nackten Özil fotografieren lassen, sie kann bei den Spielen auf ihre herzige Weise jubeln und damit Sympathien einsammeln, sie kann den Sport auf diese Weise instrumentalisieren, aber sie kann hier nicht der Weltgeist sein, der alles lenkt und fügt.

Der steckt wahrscheinlich im Ball, und nun wird es wirklich Zeit, dass er wieder in einem großen Turnier rollt. ■

THEARON W. HENDERSON / AFP

Der Tänzer

Idole NBA-Profi Stephen Curry ist der spektakulärste Basketballer der Welt. Er hat dem Sport der muskelbepackten Athleten die Leichtigkeit zurückgegeben.

Es waren noch fünf Sekunden in der ersten Halbzeit des Spiels der Golden State Warriors gegen Oklahoma zu spielen, als es Zeit für einen dieser Ohhh-Momente war. Stephen Curry, der Spielmacher der Warriors, hielt den Ball kurz hinter der Dreipunktelinie in den Händen, sein Verteidiger kam herangeflogen, ausgestreckte Arme, Curry täuschte den Wurf an, aber er warf nicht. Er tänzelte einen halben Schritt nach links, und während der Verteidiger durch die Luft schoss, war der Ball schon auf dem Weg Richtung Korb. Und während die Uhr ablief und der Ball durch die Reuse rauschte, riefen die Zuschauer in Oakland, der Heimat der Warriors, erst „Ohhh“ und dann im Chor „M-V-P“, most valuable player, wertvollster Spieler der Liga. Es war einer dieser Augenblicke, in denen der Basketball keine verfeindeten Klubs kennt, sondern nur Fans, die verzückt bewundern, was Curry mit dem Ball alles anzustellen vermag.

Einmal im Jahr wählen Amerikas Sportjournalisten den wertvollsten Spieler der Saison, und natürlich gewann Curry, 28, die Abstimmung in diesem Jahr, wie schon im vergangenen. Aber erstmals in der Geschichte der NBA gab es diesmal nicht eine einzige Gegenstimme. Zu herausragend ist die Saison, die er bislang spielt.

Curry ist nicht nur mit im Schnitt 30,1 Punkten pro Spiel der beste Schütze der nordamerikanischen Basketballliga NBA. Er hat seine Mannschaft auch zu einer historischen Saison geführt und mit 73 Siegen bei nur 9 Niederlagen eine Rekordmarke aufgestellt. Die schon verloren geglaubte Halbfinalserie gegen Oklahoma, in der die Warriors mit eins zu drei Siegen zurücklagen, drehte er zusammen mit seinem Mannschaftskollegen Klay Thompson, im entscheidenden siebten Match gelangen ihm 36 Punkte. Vor allem aber hat Curry das Spiel an sich verändert.

In den vergangenen 25 Jahren hat sich der Profibasketball zu einer Zirkusshow entwickelt, die von muskelbepackten Athleten beherrscht wird. Michael Jordan, der dominante Basketballer der Neunzigerjahre, der die Chicago Bulls zu sechs Meisterschaften führte, war ein Raubtier mit einem feinen Instinkt für die Schwäche des Gegners und einer Sprungkraft, die wirkte, als hätte er ein Katapult unter den Füßen. LeBron James von den Cleveland Cavaliers, den Curry als den prägenden Spieler der Gegenwart abgelöst hat, ist ein Kraftpaket, das ebenso gut den olympischen Zehnkampf gewinnen könnte.

Curry dagegen ist ein Tänzer. Er bewegt sich auf dem Spielfeld so elegant, als führte er im Moskauer Bolschoi-Theater „Schwanensee“ auf. Er dribbelt zwischen den Beinen hindurch, ohne den Ball dabei anzuschauen, spielt Pässe ohne Blickkontakt. Wenn er durch die gegnerischen Abwehrreihen zieht, scheinen seine Hände mit dem Basketball zu verschmelzen, wie Lionel Messis Füße mit dem Fußball. Curry ist nur 1,91 Meter groß, was für Basketballer nicht viel ist, und er sehe aus, „als wäre er zwölf Jahre alt“, spottet sein Trainer Steve Kerr. Der dürre, schlaksige Körper entzieht sich dem statistikoptimierten Ideal moderner Trainingslehre.

Curry ist der unperfekte Perfektionist.

Der Versuch, die physikalischen Grenzen des Distanzwurfs zu verschieben, hat viel mit Currys Familie zu tun. Sein Vater Dell spielte einst selbst als Profi in der NBA und rangiert auf Platz 44 in der ewigen Bestenliste bei Distanzwürfen. Seine Mutter Sonya war eine bekannte Volleyballerin. Und Stephens Bruder Seth verdient sein Geld ebenfalls als Basketballer, bei den Sacramento Kings in der NBA.

Als Jugendlicher war Curry zwar ein guter, aber kein herausragender Schütze. Den Distanzwurf drückte er aus der Brust heraus, er traf, aber er traf nicht gut genug. Jedenfalls nicht für die Ansprüche des Vaters. Im zweiten Highschool-Jahr in North Carolina zwang Dell Curry seinen Sohn, die Wurftechnik zu ändern. Er verbot, den Ball aus der Brust heraus zu werfen, ein Wurf, bei dem die Flugkurve niedrig war und die Verteidiger die Schüsse leichter blocken konnten. Stattdessen forderte er von seinem Sohn, möglichst weit oben anzusetzen – so hätten die Verteidiger keine Chance, Stephens Würfe zu blocken; mathematisch steigt mit einer höheren Flugkurve zudem die Wahrscheinlichkeit, dass der Ball nicht am Ring hängen bleibt, sondern sauber durch das Netz fällt.

Für Curry war es eine Qual. Er habe wochenlang keinen Wurf mehr getroffen, erinnert er sich. „Den ganzen Sommer über haben mich die Leute in den Basketballcamps angeschaut und gefragt: Wer bist du, warum spielst du Basketball?“ Doch die Umerziehung wirkte. Inzwischen hat Curry einen Wurfstil kreiert, der ihn zum wohl besten Distanzschützen aller Zeiten macht. Seine Technik umfasst auch seine schlaksigen Beine, der Wurfimpuls kommt aus den Knien, es ist, als würde der gesamte Körper seine Energie auf den Ball übertragen.

Anders als Jordan oder LeBron James, die schon früh als kommende Superstars galten, schien Curry lange Zeit ein talentierter, aber für die NBA nur bedingt geeigneter Spielmacher zu sein. Er galt als verletzungsanfällig, als schwacher Verteidiger, als ein Aufbauspieler, der zu oft den Ball verliert. Von den großen Universitäten war keine interessiert, schließlich bot ihm das kleine Davidson College in North Carolina ein Stipendium an. Curry spielte stark, aber schaffte es auf den Scouting-Listen der Profiklubs nicht ganz nach oben.

2009, nach dem Uni-Abschluss, wurde er an Nummer sieben des amerikanischen Draftsystems gezogen, bei dem die Profivereine nach einer festgelegten Reihenfolge entscheiden, welche Nachwuchsspieler einen Vertrag erhalten. Golden State wählte ihn, doch die ersten Jahre durchlief Curry eine harte Zeit: Die Warriors waren damals ein lausiges Team, und der etatmäßige Spielmacher Monta Ellis ließ keinen Zweifel daran, dass er Curry nicht mochte und ihm lieber nicht den Ball überließ. Curry bezeichnete diese frühe Phase seiner Karriere später als frustrierende „Zirkuszeit“. Nachdem Ellis die Warriors verlassen hatte, gelang Curry der Durchbruch, mit einem Punkteschnitt von mehr als 20 pro Spiel, einer Quote verwandelter Dreier von rund 45 Prozent und einer Covergeschichte bei „Sports Illustrated“. Mit dem Sportartikelausrüster Under Armour schloss er einen etliche Millionen Dollar schweren Werbevertrag, der eine Beteiligung an dem Unternehmen umfasst.

Currys Erfolg ist eng mit Steve Kerr verbunden, der die Warriors 2014 als Trainer übernommen hatte. Wie Curry war Kerr ein schlaksiger, körperlich unterlegener Spieler, der auf Distanzwürfe spezialisiert blieb und bis heute den NBA-Rekord bei den Trefferquoten für Dreipunktwürfe hält. Kerr stammt aus einer Akademikerfamilie und gilt als Feingeist, er erkannte, dass Curry Freiraum und Vertrauen braucht. Er befreite den Spieler von Druck und Zwängen und ließ ihn machen. Unter dem neuen Trainer gleicht die Offensive der Warriors einem Räderwerk, das sich so lange lautlos dreht, bis einer der Spieler selbstbewusst genug ist, auszuscheren und zu werfen – oftmals Curry.

An seinen Schwächen hat Curry mittlerweile gearbeitet, er hat die Ballverluste reduziert und spielt eine passable Verteidigung. Aber die große Unsicherheit bleibt sein Körper. Seine gesamte Karriere über plagen ihn Probleme mit den Bändern und Gelenken. Ende April, in den Play-offs gegen die Houston Rockets, verletzte er sich am Knie, Bänderdehnung, wieder einmal. Er musste einige Spiele pausieren und spielt seitdem mit Schmerzen. Gegen die furios auftretenden Oklahoma City Thunder verloren die Warriors im Halbfinale drei der ersten vier Partien, Currys Trefferquoten waren ungewöhnlich schlecht. In den Begegnungen zeigte sich, dass die Warriors mit einem schwächelnden Curry eine gute, aber keine herausragende Mannschaft sind.

Die Finalserie gegen die Cleveland Cavaliers um LeBron James, die nun begonnen hat, wird nicht nur ein Aufeinandertreffen der beiden derzeit besten Basketballer, sondern auch ein Wettstreit unterschiedlicher Spielertypen. Eleganz gegen Athletik, Leichtigkeit gegen Kraft. Vor einem Jahr, als sich beide Mannschaften schon einmal im Finale gegenüberstanden, siegten die Warriors. Dieses Jahr sind die Cavaliers noch stärker, James drängt auf Revanche.

Curry wirkt so, als würde er all dies gelassen betrachten. Er ist trotz des Wirbels um seine Person bescheiden geblieben. Er engagiert sich im Kampf gegen Malaria in Afrika, manchmal bringt er seine dreijährige Tochter Riley mit zu Pressekonferenzen. „Steph versteht, dass mit dem ganzen Ruhm eine Verantwortung für andere verbunden ist“, sagt sein Trainer Steve Kerr.

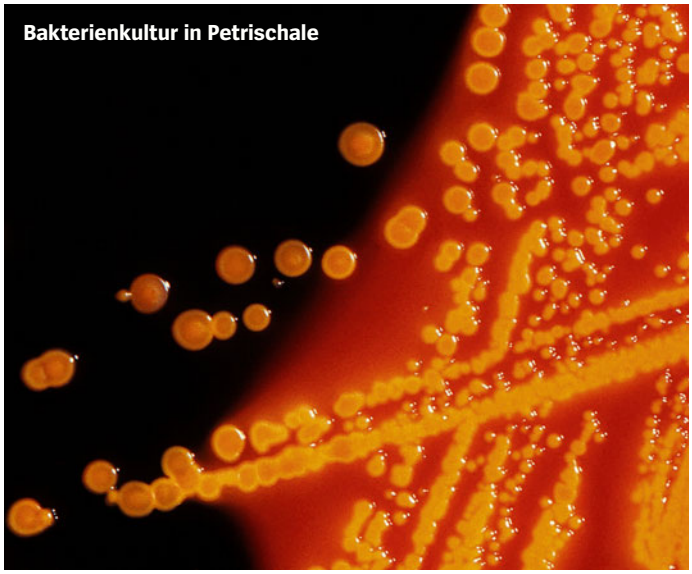
Nach dem dramatischen Ergebnis in der Halbfinalserie gegen Oklahoma wurde Curry gefragt, wie er den Krimi empfunden habe. Ihm sei bewusst geworden, dass „nichts garantiert“ sei, sagte er. Es sei einfach „ein sehr cooler Moment“ gewesen.

Holger Stark

Twitter: @holger_stark, Mail: holger.stark@spiegel.de

Video: Das Erfolgsgeheimnis des Stephen Curry

spiegel.de/sp232016curry
oder in der App DER SPIEGEL


Bakterienkultur in Petrischale

REUTERS

Medizin

„‚Superkeim‘ im menschlichen Darm“

Can Imirzalioglu, 41, vom Institut für Medizinische Mikrobiologie des Universitätsklinikums Gießen, über neue Gefahren durch antibiotikaresistente Bakterien

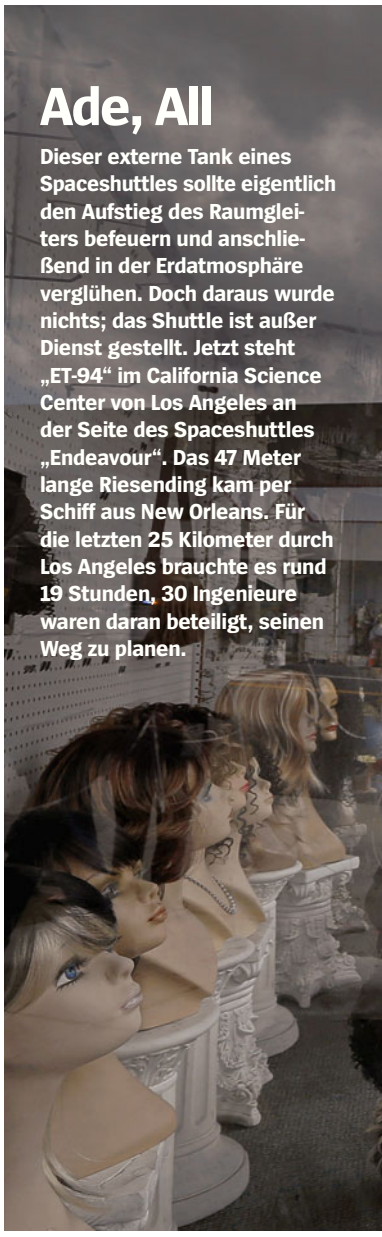
SPIEGEL: Mediziner meldeten Ende Mai die Entdeckung eines Supererregers in den USA, der sogar gegen das Reserveantibiotikum Colistin resistent ist. Einen vergleichbaren Keim haben Sie auch gefunden – in Hamburg.
Imirzalioglu: Ja, vor zwei Jahren war dort ein Patient mit einer Wundinfektion zum Arzt gegangen. In seiner Wunde fand sich ein Bakterienstamm, der nicht nur gegen Colistin resistent war, sondern auch gegen Carbapeneme, also gegen Reserveantibiotika mit einem breiten Wirkspektrum. Der Patient hat glücklicherweise überlebt, weil noch zwei Antibiotika einsetzbar waren. Wenn man sich die Zahl der Resistenzen anschaut, dann war der Erreger aus Hamburg sogar brisanter als der nun in den USA aufgetauchte.
SPIEGEL: Wie hat sich der Patient aus Hamburg den Erreger eingefangen?
Imirzalioglu: Das versuchen wir gerade zu rekonstruieren. Wir haben Hinweise darauf, dass Colistin-Resistenz von Nutztieren über Lebensmittel auf den Menschen übertragen werden kann. Das Antibiotikum wird in großer Menge bei der Zucht von Schweinen, Rindern oder Geflügel eingesetzt. Und wir haben viele Colistin-resistente Bakterienstämme in Proben von Nutztieren, aber teilweise auch in Fleischprodukten gefunden.
SPIEGEL: Der Mensch infiziert sich über den Verzehr von Fleisch?
Imirzalioglu: Prinzipiell ist das denkbar, allerdings waren die Colistin-resistenten Stämme aus den Fleischproben noch nicht zwangsläufig resistent gegen andere Antibiotika. Das Bedrohliche ist jedoch, dass das Colistin-Resistenz-Gen auf andere Bakteriensorten übertragen werden kann, die womöglich ohnehin schon multiresistent sind. Durch einen solchen Gentransfer könnte im menschlichen Darm ein „Superkeim“ entstehen, der dann vielleicht wirklich nicht mehr behandelbar ist, wenn er eine Infektion verursacht.
SPIEGEL: Wie kann man sich schützen?
Imirzalioglu: Ganz wichtig ist die Grundhygiene in der Küche sowie Händewaschen vor und nach dem Toilettengang. ble

Sucht

Implantate für Junkies

In den USA kommt im Juni ein neuartiger Heroinersatz auf den Markt, von dem sich Experten einen Durchbruch in der Therapie von Junkies und anderen Opioidabhängigen versprechen. Vier streichholzgroße Implantate, die dem Patienten in den Oberarm eingesetzt werden, geben über sechs Monate hinweg kontinuierlich eine ausreichende Dosis des hochwirksamen Substitutionsmittels Buprenorphin ab. Bisher ist dieser Wirkstoff nur in Form von Tabletten erhältlich, die täglich genommen werden müssen. Das Implantat ist für viele Süchtige besser geeignet – und es verhindert, dass sie ihr Ersatzmittel auf der Straße verkaufen und sich dann doch mit der Droge eindecken. In den USA ist Heroin so verbreitet wie seit Jahrzehnten nicht. Rund 500 000 Amerikaner sind süchtig, 2014 kamen mehr als 10 000 von ihnen um. Viele wurden ausgerechnet von ihren Ärzten in die Abhängigkeit gebracht: Die Mediziner hatten allzu leichtfertig opioidhaltige Schmerzmittel verschrieben. me

Buprenorphin-Implantat



Ade, All

Dieser externe Tank eines Spaceshuttles sollte eigentlich den Aufstieg des Raumgleiters befeuern und anschließend in der Erdatmosphäre verglühen. Doch daraus wurde nichts; das Shuttle ist außer Dienst gestellt. Jetzt steht „ET-94“ im California Science Center von Los Angeles an der Seite des Spaceshuttles „Endeavour“. Das 47 Meter lange Riesending kam per Schiff aus New Orleans. Für die letzten 25 Kilometer durch Los Angeles brauchte es rund 19 Stunden, 30 Ingenieure waren daran beteiligt, seinen Weg zu planen.

Fußnote

18 Euro

wird ein Päckchen Zigaretten umgerechnet in Neuseeland kosten. Der Inselstaat will seine hohe Tabaksteuer in den nächsten vier Jahren nochmals um 46 Prozent anheben. Im Jahr 2025, so hat es die Regierung beschlossen, soll die Nation rauchfrei sein. Hohe Steuern auf Zigaretten gelten weltweit als das effektivste Mittel gegen die Nikotinsucht.

LUCY NICHOLSON / REUTERS

Kommentar

Suche nach dem Geisterflieger

Welche Lehren aus dem Verschwinden von MH370 zu ziehen sind

Was geschah wirklich an Bord von Flug 370 der Malaysia Airlines? Die wahrscheinlichste Antwort auf diese Frage lautet: Niemand wird es je erfahren, auch in 50 Jahren oder 200 Jahren nicht. Noch suchen drei Schiffe nach dem Überrest der am 8. März 2014 verschwundenen Boeing 777 im Indischen Ozean. Sie haben ein Gebiet anderthalbmal so groß wie Bayern durchkämmt und dabei nur zwei historische Schiffswracks aufgespürt. Das restliche Suchareal hat die Ausdehnung Schleswig-Holsteins, doch das Winterwetter vor Ort ist derzeit so schlecht, dass die Schiffe kaum vorankommen.

Voraussichtlich im Juli werden Australien, Malaysia und China verkünden, dass sie die teuerste und komplexeste Suchaktion der Geschichte beenden. Trotz eines Budgets von über hundert Millionen Euro, trotz modernster Spürapparate bleiben die Blackboxes mit Stimmenrekorder und Flugdatenschreiber verschollen. Die Angehörigen der 239 Verschwundenen müssen damit leben, nie zu erfahren, was ihren Liebsten geschehen ist. Über deren Schicksal werden sich dafür Experten, Wichtigtuer und Spinner ewiglich auslassen: Warum waren die Suchmannschaften im falschen Gebiet? Wer wollte was verheimlichen? Steckt das US-Militär dahinter? Oder Aliens?

Flugzeuge senden periodisch Daten an Bodenstationen – aber nicht genügend, um Absturzursachen zu klären. Das muss sich ändern. Längst könnten Flugzeuge selbst den kompletten Inhalt ihrer Blackboxes permanent übertragen. Aufwendige Suchaktionen wie bei MH370, bei Flug 8501 der Air Asia oder gerade bei Egyptair 804 würden sich dann erübrigen – und auch die Spekulationen über Crash-Ursachen hätten ein Ende. Der Datentransfer in Echtzeit kostet allerdings Geld, deshalb scheuen die Fluggesellschaften diesen Schritt. Die Welt sollte sie dazu zwingen – auch aus Respekt vor den Opfern von MH370. Marco Evers

Mail: marco.evers@spiegel.de

Dr. Droh

Medizin Ein Kinderrheumatologe aus Norddeutschland genoss den Ruf eines großen Heilers, Eltern pilgerten zu ihm. Jetzt steht er im Zwielicht. Hat er Kinder krank gemacht?

Rheuma! Rheuma? Bei einem Kind? Lara war erschüttert, als der Arzt ihr klarmachte, was diese Diagnose bedeutet. 15 Jahre alt war sie da und saß, mit Schmerzen im Knie, in der Klinik im schleswig-holsteinischen Bad Bramstedt. Vor ihr stand Nikolay Tzaribachev, Kinderrheumatologe, Jahrgang 1969, ein zierlicher Mann mit Locken und Brille. Laras Gelenke seien stark betroffen, sagte er, ein Kiefergelenk wirke so zerstört, dass sofort etwas getan werden müsse.

Lara weinte den ganzen Abend und die Nacht hindurch. „Der Arzt hat uns von Anfang an Angst gemacht“, sagt Laras Mutter heute.

Mit der Diagnose begann Laras Leidenszeit. Mehrfach bekam sie hochdosiertes Kortison, andere Medikamente musste sie sich selbst spritzen. Von einem wurde ihr übel und schwindlig. Ein anderes ließ die Einstichstellen anschwellen; sie juckten wie verrückt. Infektionen kamen hinzu.

Doch was auch immer Lara plagte – Rheuma war es wohl nicht.

Ein Gutachten der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen in Hannover, das dem SPIEGEL vorliegt, hat das inzwischen festgestellt. Nikolay Tzaribachev sei, so heißt es darin, eine „schwerwiegende Fehldiagnose unterlaufen, die einem Kinderrheumatologen eigentlich nicht passieren dürfte“.

Tzaribachev steht bis heute zu der Diagnose, er hält das Gutachten für „falsch“, und seine eigene „Aussage zum Befund von damals“, so der Arzt in einer Stellungnahme gegenüber dem SPIEGEL, „stimmt nach wie vor“; auch sei seine Diagnose, jedenfalls was die Kiefergelenke betreffe, vereinbar mit dem Befund eines Radiologen.

Lara, inzwischen volljährig, geht es gut, ganz ohne Rheumapräparate. Es ist bis heute unklar, was ihr damals im Knie so wehtat.

Nikolay Tzaribachev hat das Gutachten nichts anhaben können. Der Arzt, der seit 2013 in den lichtdurchfluteten Räumen seiner eigenen, Rhe.ki.tz genannten Praxis in der Nähe des Bad Bramstedter Bahnhofs arbeitet, genießt in Elternkreisen einen exzellenten Ruf. Er ist der Retter, der hilft, wenn andere nicht mehr weiterwissen.

Und so reisen Mütter und Väter sogar aus Süddeutschland an, weil sie Wunder erwarten von dem Arzt aus Bad Bramstedt. In nicht einmal drei Jahren hat sich die Zahl seiner jungen Patienten auf 1200 verdreifacht. Eltern, die an ihn glauben, tun fast alles für ihn.

Als Tzaribachev, der seinen Facharzt an der Uniklinik Tübingen gemacht hat, im vergangenen Jahr mit den Krankenkassen im Streit lag, verfassten Patienteneltern eine Petition an den Bundesgesundheitsminister und sammelten mehr als 6000 Unterschriften. Sie mobilisierten die Lokalpresse, Rundfunk und Fernsehen. Rund 300 Mütter, Väter und Kinder gingen für den Arzt auf die Straße. „Wie ein Popstar“ sei er gefeiert worden, schrieb eine Zeitung.

Doch jetzt häufen sich die Indizien, dass der Kinderrheumatologe den Kindern in seiner Praxis nicht immer gut tut. Dass er manchen Kindern vielleicht sogar Schaden zufügt. Es gibt jedenfalls einige Kollegen, die nicht mehr allzu überzeugt sind von den fachlichen Qualitäten des Nikolay Tzaribachev.

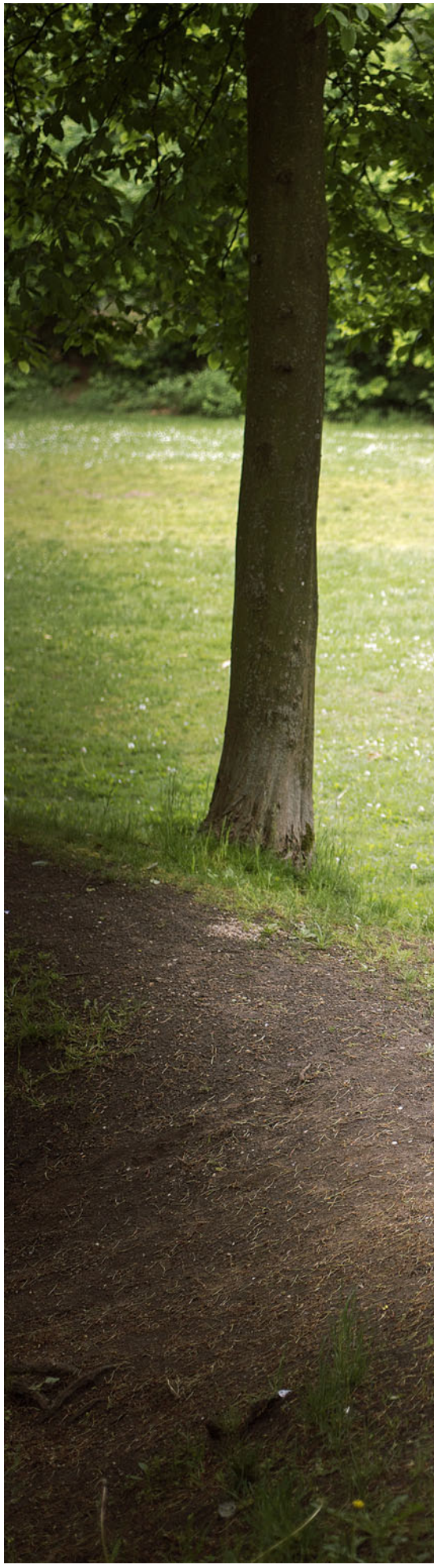
Im Fall Lara kam das so: Die Eltern wollten eine Zweitmeinung einholen; die Behandlung ihrer Tochter erschien ihnen zunehmend suspekt. Also schauten sich Radiologen, Röntgenärzte also, Magnetresonanztomografien von Laras Fuß, Knie und Halswirbelsäule noch einmal an und fanden: nichts.

Der Gutachter der Schlichtungsstelle ließ sämtliche Aufnahmen noch einmal aufs Genaueste von einem Kinderradiologen inspizieren – der sich seinen Vorgängern anschloss: So intensiv er auch suchte, er konnte, so steht es im Gutachten „in keinem der MRT-Bilder Auffälligkeiten“ entdecken.

Selbst wenn seine Therapieentscheidung als behandelnder Facharzt nicht gedeckt wäre vom Befund der Radiologen, so äußert sich Tzaribachev dazu, wäre dies nicht zu beanstanden.

JANN ROOLFS

Pädiater Tzaribachev
Gefeiert „wie ein Popstar“



Studienproband Adrian

IMKE LASS / DER SPIEGEL

Sicher, Rheuma bei Kindern ist schwer zu diagnostizieren, erst recht im Nachhinein, und es kommt vor, dass Ärzte verschiedener Meinung sind. Doch Laras Geschichte ist nicht der einzige Fall, bei dem auffällt, dass Tzaribachev Rheuma sieht, wo Kollegen keines erkennen können.

Bis zum vergangenen Jahr konnte Tzaribachev auf eine Sondervereinbarung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein zählen, die allerdings Ende Juni auslief – der Anlass für die Pro-Tzaribachev-Elternbewegung.

Bis dahin hatte die Sonderregelung dem Mediziner aus Bad Bramstedt zu einem Extraentgelt verholfen: für die Verabreichung von Infusionen mit Kortison und sogenannten Biologika.

Biologika sind neuartige Medikamente, sehr wirkmächtige Stoffe, die ins Immunsystem eingreifen. Rund 3000 Infusionen mit solchen Biologika oder Kortison hatte Tzaribachev für 2015 geplant – eine Zahl, die nicht einmal spezialisierte Kliniken erreichen.

„Infusionsbehandlungen mit Biologika oder Kortison werden nur bei schwer betroffenen Kindern eingesetzt“, sagt Kirsten Minden, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Kinder- und Jugendrheumatologie (GKJR). Bundesweit bekamen 2014 jeweils weniger als fünf Prozent der Patienten mit Gelenkrheuma solche Infusionen.

Bei Tzaribachev geschah dies offenbar deutlich häufiger – jedenfalls solange er dafür extra abrechnen konnte. Danach verabreichte er nur noch einer Handvoll Patienten Infusionen.

Die abgewiesenen Eltern wandten sich daraufhin an andere Rheumatologen. Und plötzlich fiel auf, was der Arzt aus Bad Bramstedt da offenbar trieb: Der GKJR liegen Rückmeldungen aus 13 Kliniken und Praxen vor, bei denen Dutzende Patienten von Tzaribachev gestrandet waren, insgesamt geht die Gesellschaft von etwa 200 Patienten aus, die von ihm kamen und andere Ärzte um Rat fragten. Ergebnis: In zwei Dritteln der Fälle bewerteten die Kollegen Tzaribachevs Diagnosen als „fraglich“ beziehungsweise die Therapien als „ungewöhnlich“.

Es handle sich hier um unzutreffende Vermutungen, meint Tzaribachev dazu, außerdem sei in seinem Feld „eine falsche Erstdiagnose kaum festzustellen“, da sich der klinische Zustand des Patienten zwischen Erst- und Zweituntersuchung stark unterscheiden könne.

Ein Freibrief für Diagnosen nach Gusto?

Das eine Problem für eine Gesellschaft sind Ärzte, die sich schwertun mit korrekten Diagnosen. Nicht schön, schon gar nicht, wenn es um Kinder geht. Das andere ist ein Verdacht, der viel schwerer wiegt

IMKE LASS / DER SPIEGEL

Badmintonspieler Kenneth: Wie bekommt der Arzt die hohen Probandenzahlen hin?

als der der gelegentlichen Überdiagnose: Was, wenn ein Arzt neue Medikamente an Kindern erprobt, die solche Präparate gar nicht bekommen dürfen?

Nikolay Tzaribachev betreibt über seiner Praxis ein Forschungszentrum namens Pediatric Rheumatology Research Institute. Kenneth, heute 16, war einer der Probanden. Vor viereinhalb Jahren kam er mit Schmerzen im linken Fuß und in den Knien zu Tzaribachev. Der Arzt diagnostizierte eine Vielzahl von Gelenkentzündungen. Nur wenige Monate später notierte Tzaribachev in einem Arztbrief: „Seit der letzten Untersuchung keine Gelenkbeschwerden, keine Morgensteifigkeit."

Dennoch werde man die Therapie „weiterhin optimieren müssen". Kenneth wurde in eine Studie aufgenommen, in der es darum ging, ob der Wirkstoff Golimumab, ein Biologikum, für Kinder zugelassen werden kann. Gut ein Jahr lang bekam Kenneth das Medikament.

Voraussetzung war laut Studienprotokoll eine Entzündung in mindestens fünf Gelenken. Das aber hatte Kenneth möglicherweise gar nicht – vielleicht nicht einmal in einem einzigen Gelenk.

Offenbar hatte Tzaribachev übersehen, was der Kinderrheumatologe Philipp von Bismarck zusammen mit Kollegen von der Uniklinik in Kiel dann auf den alten Aufnahmen fand, als die Eltern später seinen Rat suchten: Der Junge hatte – eine orthopädische Besonderheit – einen zusätzlichen Knochen im linken Fuß, der an einer Sehne rieb.

Außerdem spielte Kenneth intensiv Badminton, war zweimal Landesmeister seiner Altersklasse, als die Beschwerden begannen. „Die außergewöhnliche Belastung durch den Sport und dieser Knochen erklären sehr gut seine starken Schmerzen", sagt Bismarck. Dass der Junge Gelenkrheuma hat – oder hatte –, dafür sehe er nur „ein sehr geringes Restrisiko".

Tzaribachev hält auch in diesem Fall an seiner Diagnose fest und weist den Vorwurf, etwas übersehen zu haben, zurück. Außerdem sei für ihn nicht nachvollziehbar, wie man retrospektiv den Gesundheitszustand des Jungen glaube beurteilen zu können, zumal es diesem ja durch die Therapie wieder gut gegangen sei. Tzaribachev zufolge habe Kenneth damals „die Kriterien zu der Teilnahme an der Studie" erfüllt. Er glaubt an eine Vorverurteilung durch den Kieler Kollegen: „Der Patient kommt von mir, somit kann er nach Auffassung von Herrn von Bismarck kein Rheuma haben."

Aber ein weiterer Fakt gibt zu denken: Tzaribachev hatte 25 Patienten in die Golimumab-Studie aufgenommen – mehr als die vier übrigen Studienzentren in Deutschland zusammen. „Eine zweistellige Zahl von Probanden in einem einzigen Zentrum ist bei solchen Studien extrem ungewöhnlich", sagt Dirk Föll, Direktor der Kinderrheumatologie am Universitätsklinikum Münster und im Vorstand der Fachgesellschaft.

Für eine andere Studie, in der geprüft werden soll, ob der für Kinder bereits als Infusion zugelassene Wirkstoff Abatacept auch per Spritze unter die Haut verabreicht werden kann, hat Tzaribachev nach eigenen Angaben rund 40 Probanden rekrutiert, sein Kollege Gerd Horneff von der Asklepios-Kinderklinik Sankt Augustin, einer der führenden Kinderrheumaforscher in Deutschland, lediglich 7. „Es ist schwierig, Eltern zu bewegen, in Studien mit solchen neuartigen Medikamenten einzuwilligen", sagt Horneff.

Wie bekommt Tzaribachev seine eigentümlich hohen Probandenzahlen hin?

Zwei weitere Fälle, die unabhängig voneinander bei Bismarck landeten, erzählen davon. Svea, heute 15 Jahre alt, und Adrian, 17, dessen Eltern seinen wirklichen Namen hier nicht genannt haben wollen. Beide landeten vor etwas mehr als drei Jahren wegen Gelenkbeschwerden bei Tzaribachev.

Und wie Kenneth ging es beiden bald besser, die Kinder sprachen rasch und gut auf klassische Rheumamedikamente an; dies ist in Arztbriefen dokumentiert.

Svea hatte unbestritten Rheuma, hat es bis heute, doch nun war sie beschwerdefrei. Trotzdem stellte der Bad Bramstedter Arzt plötzlich eine Verschlimmerung fest – auch anhand eines bunten Bildes ihrer Hände. Wie gut dieser sogenannte Xiralite-Scan überhaupt zum Nachweis einer Gelenkentzündung bei Kindern taugt, wird derzeit noch untersucht.

Keine Beschwerden mehr zu haben bedeute allerdings nicht, dass die Krankheit nicht voranschreite, erklärt Tzaribachev jetzt. Und bei Svea habe neben dem Scan auch die klinische Untersuchung sowie der Ultraschall eine schwere Arthritis belegt.

Dass es Adrian besser ging, hielt Tzaribachev Ende März 2013 in einem Brief an den Kinderarzt fest: Adrian habe „keine Beschwerden". Und: „Die Gelenke sind unauffällig." Eine Therapieintensivierung sei daher zunächst nicht notwendig.

Doch in einem Arztbrief vom September desselben Jahres schrieb Tzaribachev: „Adrian nimmt an der Tofacitinib-Studie teil."

Auch Sveas Familie schlug der Rheumatologe die Teilnahme an einem Biologika-Test vor, an der Abatacept-Studie. Obwohl es zwei andere erprobte Präparate gab, die Svea hätte bekommen können. Sveas Mutter sagt, diese Möglichkeit sei nicht erwähnt worden. Tzaribachev verweist auf die Patientenakte und versichert, über „sämtliche Therapiemöglichkeiten" informiert zu haben.

Warum aber die Therapie bei beiden Kindern plötzlich verschärft werden sollte, blieb Kollegen unklar, und den Eltern soll Tzaribachev die Notwendigkeit sehr drastisch deutlich gemacht haben: Der Arzt habe ihren Kindern, so berichten jeweils die Mütter, Angst gemacht.

Wenn sie nicht an der Studie teilnehme, soll er Svea gesagt haben, seien binnen eines Jahres alle ihre Gelenke steif.

Wenn er nicht an der Studie teilnehme, soll er Adrians Familie nahegelegt haben,

ende der Junge früher oder später im Rollstuhl.

Tzaribachev sagt, er habe Derartiges nie geäußert, in beiden Fällen nicht. Keinem Patienten werde Angst gemacht, ließ er den SPIEGEL wissen, vielmehr kläre er stets ausführlich über Erkrankung und Therapie auf. Unter Druck werde niemand gesetzt, „im Gegenteil“: Entscheide sich der Patient gegen eine Therapie, begleite er ihn weiter.

Svea hatte Glück, ihrer Mutter war der Druck, den Tzaribachev gemacht haben soll, diese Drohung mit den steifen Gelenken, irgendwie unheimlich. Sie brachte ihre Tochter wenig später in die Kieler Uniklinik, zu Bismarck. Sie wollte wissen, ob das sein muss, das mit dem Abatacept.

Adrian nahm an der Studie teil, vier ganze, elende Monate. Mit Tofacitinib im Leib, einem Medikament mit einem neuen Wirkmechanismus, das von der europäischen Arzneimittelbehörde für Erwachsene nicht zugelassen wurde, ging es ihm schlecht. Ein Infekt nach dem anderen machte ihn krank und kränker, „er hatte bestimmt fünf Infektionen in vier Monaten“, erzählt seine Mutter. Eine typische Nebenwirkung dieses Medikaments, das die Immunabwehr herabsetzt.

Die Fehlzeiten in der Schule summierten sich in den Monaten der Studienteilnahme auf fast 30 Tage. Am Ende wurden auch Adrians Eltern misstrauisch. Sie brachten ihn nach Kiel.

Der Kinderrheumatologe an der Uniklinik bezweifelte Tzaribachevs Diagnose. Bei Svea konnte Bismarck damals keine Hinweise auf Gelenkentzündungen finden. Der Arzt notierte: „Klinisch und sonografisch kein Hinweis auf eine anhaltende oder neue Arthritis. Keine Schwellung, Überwärmung oder Bewegungseinschränkung eines Gelenkes.“

Und schon gar nicht konnte der Kieler Mediziner nachvollziehen, wie es sein kann, dass diese Kinder in Medikamententests geraten sollten.

Laut Tzaribachev hat Svea „in vollem Umfang den Einschlusskriterien“ der Studie entsprochen – und Adrian sehr gut auf das Tofacitinib angesprochen. Allerdings hätten die häufigen Infektionen den „Vorteil“ des Medikaments überwogen, sodass er den Jungen am Ende aus der Studie genommen habe.

Bismarck hat bis heute mindestens 60 ehemalige Patienten von Tzaribachev gesehen. „Und man muss sagen, dass wir bei weit über der Hälfte der Patienten die Diagnosen oder Therapien nicht nachvollziehen können.“ Bismarck schüttelt den Kopf: „Dass man da so weit auseinanderliegt – das kann es eigentlich nicht geben.“ Der Fall Adrian ist für ihn „Körperverletzung“.

Diesen Vorwurf nennt Tzaribachev „absurd“. Es gebe „keinerlei Anhaltspunkte dafür“, dass die Einschlusskriterien für die Studie bei Adrian nicht erfüllt gewesen seien, der Patient habe Schmerzen und Schwellungen in mehreren Gelenken aufgewiesen.

Und ganz grundsätzlich, so verteidigt der Arzt seine Philosophie, halte er eine frühe, aggressive Therapie für sinnvoll, denn sie könne eine rheumatische „Erkrankung bereits in ihren Anfängen unterbinden“. Damit sie seine jungen Patienten nicht als chronisches Leiden bis ins Erwachsenenleben begleite.

Tzaribachev hat Bismarck wegen Rufschädigung verklagt – der Kieler Kollege hatte sich, nachdem seine Bitten um ein klärendes Gespräch vergeblich waren, mit besorgten Nachfragen an Pfizer gewandt, den Hersteller des Medikaments, das an Adrian getestet wurde. Das Landgericht Kiel wies die Klage im März ab. Nikolay Tzaribachev hat Berufung eingelegt.

Martina Keller

YEVGENY KONDAKOV / DER SPIEGEL

Mitarbeiterin bei N-Tech.Lab in Moskau
„Das Aussehen ist der Schlüsselfaktor“

Gesichter als Visitenkarten

Netzwelt Eine neue App ermöglicht es, Menschen per Smartphone zu identifizieren. Was ist das Recht auf Anonymität noch wert?

Stellen Sie sich vor, Sie sitzen nichts ahnend im Bus. Ein Wildfremder zückt sein Handy, macht ein Foto von Ihnen – und spricht Sie dann mit vollem Namen an.

Was wie ein Albtraum der Datenschützer klingt, soll dank FindFace tatsächlich möglich werden. Rund eine Million Nutzer haben die App schon heruntergeladen.

Der Hype um FindFace befeuert die gesellschaftliche Auseinandersetzung, ob es im digitalen Zeitalter noch ein Recht auf Anonymität gibt – und was dieses in der Praxis wert ist. Dient das eigene Gesicht künftig als eine Art Visitenkarte, die jeder ungewollt preisgibt, der den öffentlichen Raum betritt?

Die skurrile App stammt aus Russland. Vorerst wird sie vor allem dort genutzt. Wer steckt dahinter?

Ein kleiner Büroturm an der Großen Georgischen Straße im Moskauer Stadtzentrum. Der Aufzug fährt in die neunte Etage: kahle Büroräume, ein paar Schreibtische, ein Blick auf die grandiose Skyline. Hier hat das Unternehmen N-Tech.Lab seinen Sitz.

„Wir sind gerade umgezogen, von der zweiten Etage sieben Stockwerke hinauf“, sagt Artjom Kucharenko, Mitgründer und Geschäftsführer. „Wir brauchen mehr Platz.“ N-Tech.Lab ging erst voriges Jahr an den Start, gilt aber bereits als eines der 50 aussichtsreichsten russischen Start-ups.

Das Prinzip hinter FindFace: Der Nutzer fotografiert mit seinem Smartphone ein Gesicht und lädt das Bild in der App hoch. Sekundenschnell durchforstet eine Gesichtserkennungssoftware sodann den Bildbestand des Sozialnetzwerks VK, einer Art russisches Facebook mit über 350 Millionen Mitgliedern.

Jedes aufgenommene Gesicht wird dabei in 80 typische Datenmerkmale zerlegt: länglich oder rund, männlich oder weiblich und so weiter. Ein lernfähiges künstliches neuronales Netz vergleicht die Parameter und spuckt jeweils die Datensätze mit der größten Ähnlichkeit aus.

Konzerne wie Google setzen für vergleichbare Gesichtserkennungsprogramme eigene Serverfarmen ein. Die Russen dagegen mieten einfach einen Cloud-Dienst von Amazon – und ziehen dennoch der Konkurrenz davon.

So glänzten die Newcomer unlängst beim Wettbewerb „Megaface“ an der University of Washington im amerikanischen Seattle: Die Russen gewannen in der wichtigsten Disziplin, dem „Facescrub“. Die Aufgabe bestand darin, 80 Promis aus einer Flut von einer Million anderer Gesichter herauszufischen. FindFace gelang dies in fast drei von vier Fällen – Rekord.

Beim Trainieren half den Russen allerdings die Laxheit ihres einheimischen Datenschutzes. Das Sozialnetzwerk VK schütze die Profilfotos der Mitglieder kaum, daher seien fast alle frei zugänglich, kritisiert Jonathan Frankle, Rechtsprofessor an der Georgetown University in Washington. Wenn dagegen US-Firmen wie Facebook oder Shutterfly die Bilder ihrer Mitglieder analysieren, hagelt es schnell Klagen.

Gesichtserkennung kann aber nicht nur dazu dienen, fremde Menschen auf der Straße zu identifizieren. Umgekehrt soll die Technik schon bald auch helfen, die eigenen Daten einfacher zu sichern als heute.

Passwörter zum Beispiel sind eine Dauerplage: Schnell sind sie vergessen – oder geknackt. Passworthasser hoffen deshalb auf Abhilfe durch Biometrie. Wer im Netz etwas einkauft, so die Idee, könnte künftig zur Legitimation einfach sein Gesicht in die Kamera halten. Das plant die Kreditkartenfirma Mastercard mit ihrem neuen System „Identity Check“, das vom Spätsommer an in Großbritannien, den USA und Kanada eingeführt werden soll.

Für seine Gesichtserkennungs-App sieht Kucharenko noch weitere Anwendungen. Mitte Mai war er im chinesischen Macau im größten Kasino der Welt mit 800 Spieltischen und 3400 Geldspielautomaten. Die Kasinobetreiber interessieren sich für sein System, um Betrüger oder wichtige Gäste zu erkennen. Kucharenko: „Selbst gut geschulte Angestellte kennen nur ein paar Hundert der VIP-Spieler. Mit dem FindFace-Algorithmus erfassen die Kameras sofort, wer das Kasino betritt.“

Der Markt für Gesichtserkennung wachse „wie verrückt“, so der Firmenchef, „es geht um viele Milliarden Dollar“. Große Verdienstmöglichkeiten wittert Kucharenko unter anderem bei der Partnersuche: „Beim Dating-Service zum Beispiel ist noch viel drin“, sagt er. „Das Aussehen ist der Schlüsselfaktor für alle, die ihre große Liebe im Internet suchen.“

Wie anfällig seine App aber auch für Missbrauch ist, zeigt wiederum ein Pilotprojekt, das der FindFace-Macher mit der Moskauer Stadtregierung vereinbart hat. Die Behörden wollen mithilfe des Programms alle Bilder von Hunderttausenden Beobachtungskameras in der Hauptstadt scannen und abgleichen lassen. Gesuchte Kriminelle oder Extremisten sollen im Passantenstrom erfasst und sofort dem nächsten Polizeirevier gemeldet werden.

Der Begriff „Extremist“ wird in Russland jedoch weit gefasst. In Moskau löst der Inlandsgeheimdienst FSB selbst die kleinste Demonstration von Oppositionellen gewaltsam auf. Den Machthabern muss die gesichtserkennungsdienstliche Automatisierung wie ein Gottesgeschenk erscheinen – jedes eingescannte Gesicht ist ein potenzieller Steckbrief.

Christian Neef, Hilmar Schmundt

Video:
So funktioniert FindFace

spiegel.de/sp232016findface
oder in der App DER SPIEGEL

SPIEGEL testen, Prämie wählen!

JETZT 10 x DEN SPIEGEL LESEN, PRÄMIE SICHERN + 35 % SPAREN.

Prämie für Sie

Wetterstation mit Projektionsuhr

Projiziert die Uhrzeit an Wand oder Decke. Mit Wecker, Datum, Wetterprognose und LC-Display. Zuzahlung € 1,–.

Salz-und-Pfefferstreuer-Set von WMF

Streuer aus mattem Edelstahl in rustikalem Ständer aus Akazienholz. Höhe: 15 cm. Zuzahlung € 1,–.

€ 10,– DriversChoice-Tankgutschein

Der universelle Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8500 Tankstellen einlösbar.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Ja, ich möchte 10 x den SPIEGEL für nur € 29,90 frei Haus testen, **35 % sparen** und eine Prämie!

Meine SPIEGEL-Testvorteile:

- ✓ 10 x den SPIEGEL testen
- ✓ 35 % Preisvorteil
- ✓ Kostenfreie Lieferung
- ✓ Inklusive LITERATUR SPIEGEL
- ✓ Praktischer Urlaubsservice

Gleich mitbestellen!

☐ Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für ~~€ 3,99~~ im Einzelkauf. SD16-029

Meine Wunschprämie:

☐ Wetterstation mit Projektionsuhr, Zzlg. € 1,– (3688)
☐ WMF-Salz-und-Pfefferstreuer-Set, Zzlg. € 1,– (4775)
☐ € 10,– DriversChoice-Tankgutschein (5034)

Anschrift:

☐ Frau
☐ Herr

Name/Vorname

Straße/Hausnr. | Geburtsdatum 19

PLZ | Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen) | E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Wenn ich mich nach Erhalt der 8. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL weiterbeziehen, dann für zurzeit € 4,40 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

☐ Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Ich nutze die bequemste Zahlungsart: per SEPA-Lastschrift*

DE
IBAN

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Datum | Unterschrift X

SP16-062

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZZ00000030206

Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

040 3007-2700

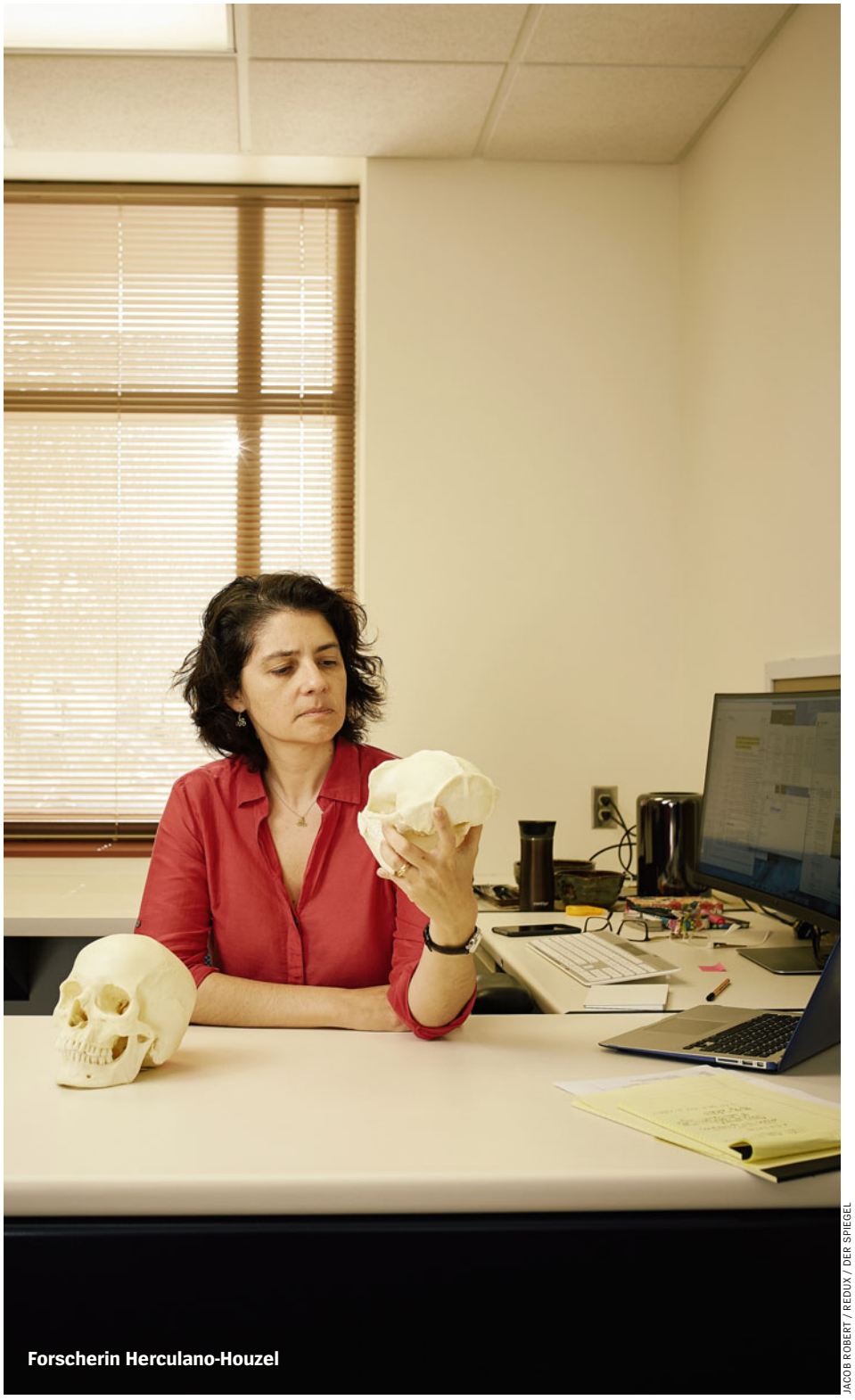
abo.spiegel.de/ma2016

Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Meine Prämie erhalte ich direkt nach Zahlungseingang. Bei Sachprämien wird eine Zuzahlung von € 1,– erhoben. Ausgenommen sind Gutscheine und Bücher. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und Ihrem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

***SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Die Lehren der Hirnsuppe

Evolution Eine brasilianische Neurobiologin hat die Nervenzellen von Mensch, Affe und Elefant gezählt – und glaubt, so das Erfolgsrezept des Homo sapiens gefunden zu haben.



Forscherin Herculano-Houzel

JACOB ROBERT / REDUX / DER SPIEGEL

Nein, sagt Suzana Herculano-Houzel, die Hirnsuppe bereite ihr keine Probleme beim Zoll: „Das Zeug lebt ja nicht. Deshalb interessieren sich die Zöllner nicht dafür."

Mit „Hirnsuppe" meint die Forscherin jene trüb-bräunliche Brühe, die sie jetzt nach und nach, gefüllt in Tausende kleine Gefäße, in die USA schafft. Es handelt sich um verflüssigte Gehirne von Tieren – von Ratten und Wasserschweinen, Kapuzineraffen und Elefanten.

Die schwappende Fracht ist das Kostbarste, was die Hirnforscherin aus Rio de Janeiro derzeit bei ihrer Übersiedlung in die Vereinigten Staaten mit an die Vanderbilt University im US-Bundesstaat Tennessee bringt. Denn aus dieser Flüssigkeit rührt sie die Theorien zusammen, mit denen sie sich einen Namen in der Wissenschaft gemacht hat.

Vor allem mit einer Hypothese fordert sie die Lehrmeinung der Evolutionsbiologen heraus: Das Gehirn des Homo sapiens, so Herculano-Houzel, möge Bemerkenswertes leisten, außergewöhnlich aber sei es nicht. Es entspreche vielmehr genau dem, was bei einem Primaten seiner Statur zu erwarten sei*.

Es war ein weiter Weg, der die Forscherin zu dieser Überzeugung führte – und er begann in Europa. Ende der Neunzigerjahre untersuchte sie im Labor des Frankfurter Max-Planck-Forschers Wolf Singer rätselhafte Schwingungen in der Großhirnrinde, doch die Arbeit befriedigte sie nicht recht: Die Hirnforscher, so ihr Verdacht, wussten weit weniger über das Denkorgan, als sie zu wissen vorgaben.

Herculano-Houzel ging zurück nach Brasilien. Dort machte sie Öffentlichkeitsarbeit für ein Wissenschaftsmuseum und schrieb Kolumnen für eine große Tageszeitung. Es schien das Ende ihrer wissenschaftlichen Karriere zu sein.

Eine Umfrage, die sie durchführte, lockte sie dann doch zurück in die Forschung. Sie hatte herausfinden wollen, was die Leute über das Hirn zu wissen glauben. Zu ihrer Verblüffung zeigten sich fast zwei Drittel der Befragten davon überzeugt, dass der Mensch nur zehn Prozent seiner Hirnzellen nutze. Wie nur, so fragte sie sich, war diese Legende entstanden? Sie begann nach Daten zu suchen, die diese Behauptung stützen könnten.

Schnell stellte sie fest, dass nicht einmal Gewissheit darüber bestand, aus wie vielen Neuronen das menschliche Gehirn überhaupt besteht. Dieses Unwissen schien ihr unerträglich. Sie beschloss, die Hirnzellen auszuzählen.

Gleichsam nebenbei, so hoffte sie, würde ihr dies vielleicht die Antwort auf eine

* Suzana Herculano-Houzel: „The Human Advantage". MIT Press, Cambridge; 256 Seiten.

Rätselfrage liefern, die die Neurobiologen schon seit langer Zeit umtreibt: Was eigentlich zeichnet das menschliche Gehirn aus? Über das größte Denkorgan des Tierreichs jedenfalls verfügt der Mensch nicht. Das Gehirn von Elefanten zum Beispiel wiegt knapp fünf Kilogramm – und ist damit dreimal schwerer als das des Menschen. Warum ist der Mensch trotzdem intelligenter?

Vielleicht, so dachte Herculano-Houzel, ist der entscheidende Unterschied ja in der Zahl der Nervenzellen begründet. Möglicherweise sitzen diese im Hirn des Menschen so dicht beisammen, dass ihre Gesamtzahl größer ist als beim Elefanten.

Neuronen zu zählen ist jedoch nicht einfach. Bisher hatten die Forscher dies stets nur in kleinen Gewebeproben getan und die Zahl der Nervenzellen dann auf die Gesamtmasse des Gehirns hochgerechnet. Doch dabei konnten Schätzungen von fragwürdigem Aussagewert herauskommen. Denn in den verschiedenen Teilen des Gehirns unterscheidet sich die Dichte der Neuronen erheblich. Entsprechend weit fielen die Schätzwerte auseinander.

Herculano-Houzel entschied sich deshalb für ein radikal anderes Verfahren: Sie löst das Gewebe des Gehirns auf, sodass eine Suppe entsteht, in der die Zellkerne frei umherschwimmen. Diese markiert sie mit Farbstoff. Im Mikroskop erscheinen sie dann als leuchtend rote Punkte, die sich auszählen lassen. Wenn die Forscherin ihre Suppe so lange umrührt, bis die Kerne gleichmäßig verteilt sind, liefert das Hochrechnen auf die gesamte Hirnmasse sehr zuverlässige Werte.

Das Ergebnis bestätigte ihren Verdacht, dass der Mensch Rekordhalter bei der

Das Kochen machte den Unterschied aus und ermöglichte die Menschwerdung.

Neuronenzahl ist. In seinem Großhirn sind 16 Milliarden Nervenzellen miteinander verdrahtet – rund dreimal so viele wie beim Elefanten. Nicht im bloßen Hirnvolumen, sondern in der Zahl der grauen Zellen schien also das Geheimnis menschlicher Intelligenz zu liegen. Dicht an dicht drängeln sie sich offenbar in seiner Großhirnrinde.

Dann aber machte Herculano-Houzel noch eine zweite, nicht weniger bedeutsame Beobachtung: Der Mensch ist keineswegs das einzige Wesen, das sich durch eine so hohe Neuronendichte auszeichnet. Diese ist vielmehr eine Eigenheit der Primaten. Egal ob Nachtaffe, Makak oder Pavian: Bei ihnen allen findet sich extrem dicht vernetztes Nervenzellgewebe unter der Schädeldecke.

Dieser Befund lässt die Evolution des Menschen in einem neuen Licht erscheinen: Die Weiche, die Grundlage seines Siegeszugs werden sollte, wurde demnach schon vor mehr als 60 Millionen Jahren gestellt. Damals wurde das Geschlecht der Primaten geboren – und mit ihnen eine neue Art, Gehirne zu bauen.

Weil die Dichte der Nervenzellen im Denkorgan der Primaten wesentlich höher ist als bei anderen Säugetieren gleichen Gewichts, explodiert die Zahl der Neuronen besonders bei großen Primaten geradezu. In ihrem Erbgut scheint eine Art Formel verankert zu sein, die die Größe des Hirns und die Anzahl der Neuronen darin vorgibt. Ein Primat von 70 Kilogramm Körpergewicht beherbergt demnach die hohe Zahl von nahezu 20 Milliarden Nervenzellen in seinem Großhirn. Der Sonderweg des Menschen war also vorgezeichnet.

Zunächst allerdings stieß die Natur an Grenzen. Denn Neuronen verbrauchen viel Energie, sie zu versorgen ist kostspielig. Solange die Primaten als rattengroße Kreaturen in den Bäumen umhersprangen, war das kein Problem. Doch je größer sie wurden, desto schwieriger war es, den Energiehunger der grauen Zellen zu stillen. Vor allem die Menschenaffen konnten sich ein ihrer Größe entsprechendes Gehirn nicht leisten. Die Zahl ihrer Nervenzellen liegt deshalb weit unterhalb dessen, was die im Erbgut gespeicherte Primatenformel eigentlich vorgibt.

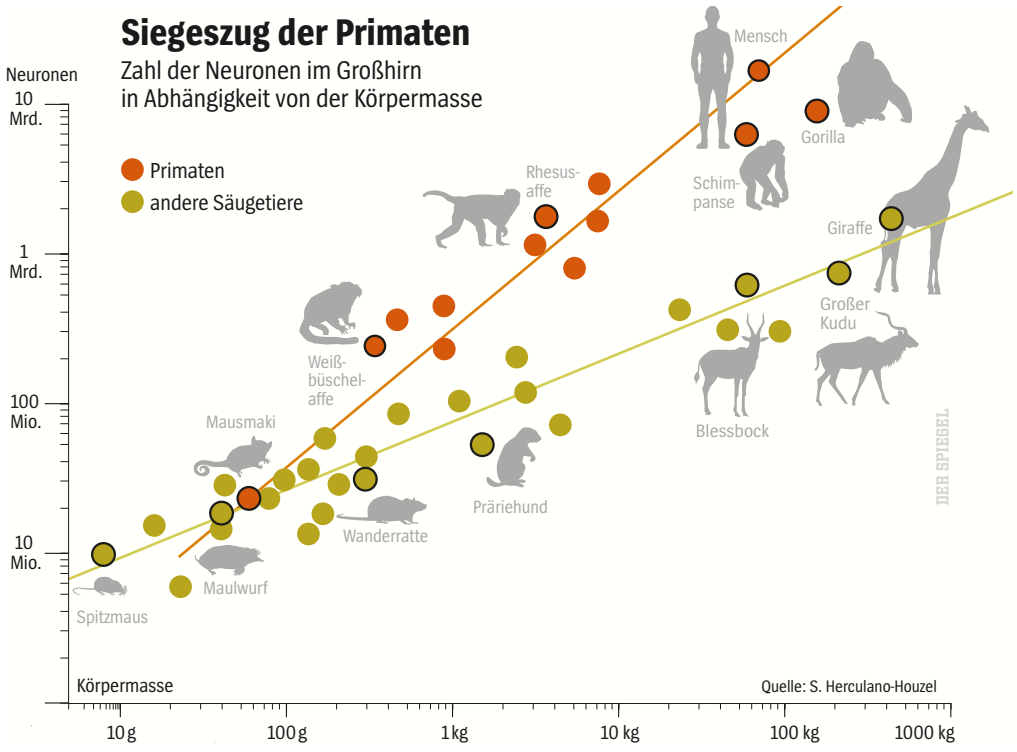
Schimpanse, Gorilla und Orang-Utan haben folglich ein Zwerghirn im Kopf – und dieser Umstand, sagt Herculano-Houzel, habe den Forschern bisher den Blick verstellt. Sie attestierten dem menschlichen Gehirn stets Übergröße, weil sie es mit demjenigen seiner nächsten Verwandten verglichen. Was sie dabei übersahen: Nicht die Menschen, sondern die Menschenaffen sind die Ausnahmefälle im Primatenreich. Hätten die Forscher Menschenhirne mit anderen Primatenhirnen verglichen, wäre dies wohl längst aufgefallen.

Wie aber schaffte es Homo sapiens – anders als seine tierischen Vettern –, die vielen Milliarden Neuronen in seinem Gehirn zu ernähren? Auch darauf hat Herculano-Houzel eine Antwort: Das Kochen habe den entscheidenden Unterschied ausgemacht. Erst das Feuer habe die Menschwerdung ermöglicht.

Die brasilianische Neurobiologin folgt damit der Theorie des Anthropologen Richard Wrangham von der Harvard University. Er ist davon überzeugt, dass die Nutzung des Feuers den Wendepunkt in der Evolution des Menschen bedeutete. Durch das Kochen steigerte der Urmensch den Kalorienertrag seiner Nahrung, er ersparte sich mühselige Kauarbeit und verringerte die Kosten der Verdauung.

Erst als auf diese Weise die Energieversorgung sichergestellt war, wurde das artgerechte Anschwellen des Gehirns möglich. Und so trat Homo sapiens die Herrschaft über den Planeten Erde an.

Johann Grolle
Mail: johann.grolle@spiegel.de



U.S. AIR FORCE PHOTO / MASTER SGT. KEVIN J. GRUENWALD

B-52-Bomber
Plump, laut und auffällig

Rustikales Altmetall

Rüstung In bewaffneten Konflikten setzen die USA immer noch auf die B-52. Der Bomber ist seit über 60 Jahren im Dienst – und wird es noch lange bleiben.

Amerikas Kriege kommen und gehen, eines aber bleibt: Wenn die Supermacht wirklich zornig wird, dann hetzt sie ihren Gegnern seit mehr als 60 Jahren „Buffs“ auf den Hals – Rotten von dröhnenden, dreckigen und gefährlichen „Big Ugly Fat Fuckers“.

So martialisch wird im Pilotenjargon das wohl staunenswerteste Vehikel im US-Waffenarsenal genannt. Die Boeing B-52 ist bis heute Amerikas wichtigster Langstreckenbomber, dabei stammt er aus der Frühzeit der Jet-Ära (Erstflug: 1952). Generationen von Militärs haben jeweils das baldige Ende des Uraltfliegers verkündet, aber alle sollten sich irren: Die achtstrahlige B-52 habe „ihren Nachfolger überlebt“, schrieb kürzlich die „New York Times“. „Und den Nachfolger des Nachfolgers. Und dessen Nachfolger auch.“

Das zähe Monstrum flog im Kalten Krieg Atomwaffen bis an den Rand der Sowjetunion. Über Vietnam, Laos und Kambodscha warf es Bombenteppiche, Zehntausende Zivilisten kamen darin um. Es war beteiligt an der Befreiung Kuwaits und am Nato-Krieg gegen Serbien, es bombte den US-Soldaten und ihren Alliierten den Weg frei in Afghanistan und im Irak. Und seit April ist die hochbetagte Maschine aktiv über Syrien und dem Irak. Als Teil von „Operation Inherent Resolve“ soll sie Stellungen des IS mit GPS-gesteuerten „smart bombs“ auslöschen.

Und so wird es noch sehr viele Jahre weitergehen. Zwar wagt das Pentagon jetzt wieder einen Versuch, sich von seinem Altmetall zu trennen. Der Rüstungskonzern Northrop Grumman hat einen Vertrag bekommen, bis zu 100 neuartige „Long Range Strike Bomber“ zu bauen, Stückpreis: mehr als 600 Millionen Dollar. Der erste dieser Nachfolger soll sogar schon in zehn Jahren zur U.S. Air Force stoßen.

Doch jeder weiß, dass die Entwicklung hochkomplexer Flugzeuge nie und nimmer geordnet vonstatten geht. Solch gigantische Projekte dauern eigentlich immer viel länger als geplant, kosten mehr als vereinbart und bringen weniger als erwartet. Darum soll die B-52 nach dem Willen des US-Militärs im Dienst bleiben – mindestens bis 2040 und wahrscheinlich weit darüber hinaus. Selbst die Hundertjahrfeier des Typs rückt bei den Strategen schon in Denkweite.

Machen sich die USA also mit rustikalen Museumsfliegern zum Gespött ihrer zukünftigen Feinde? Drohen der Supermacht gar nordkoreanische Rüstungsverhältnisse?

Jede der jetzt noch verbliebenen 75 Maschinen wurde gebaut, als John F. Kennedy US-Präsident war. Zehn Oberbefehlshaber später wird sich womöglich bald Donald Trump in der Welt Respekt verschaffen wollen mit genau dem Fluggerät, das schon in Stanley Kubricks Satireklassiker „Dr. Seltsam“ von 1964 schauerlichen Ruhm erlangte: Da donnerte eine B-52 auf den Befehl eines Irren hin im Tiefflug über die Sowjetunion, platzierte eine Atombombe und führte die Auslöschung der Zivilisation herbei.

Dass die B-52 fliegt und fliegt, liegt zum einen an ihrer strukturellen Robustheit. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg neigten Flugzeugingenieure noch zum „overengineering“ – sie bauten lieber zu stabil als zu kompliziert. Dass der Jet ein Kerosinvernichter allererster Güte ist, interessiert das Militär eher wenig. Die Langlebigkeit des Altbombers ist aber auch Beleg dafür, wie unfähig das Pentagon bei der Suche nach Ersatz bisher zu Werke ging.

Der B-1B-Überschallbomber, Erstflug 1984, gilt als untermotorisiert und war lange Zeit vor allem eines: kaputt. Der Tarnkappenbomber B-2, Erstflug 1989, schlägt mit einem Stückpreis von zwei Milliarden Dollar zu Buche, weshalb die Flotte nie auf mehr als 20 Stück hinauswuchs. Auf jede seiner Flugstunden kommen im Durchschnitt 55 Stunden Wartung und Reparatur. Und damit er seine Tarneigenschaften nicht verliert, muss der fragile Flieger die meiste Zeit im klimatisierten Spezialhangar verbringen.

Verglichen mit solcher Konkurrenz ist die B-52 geradezu rüstig und genügsam. Die Air Force verpasst ihrem Methusalem jetzt wieder ein umfassendes Upgrade. Nach und nach baut sie moderne Avionik-, Computer- und Kommunikationssysteme in die Veteranen ein und macht sie so bereit für die elektronische Kriegführung. Außerdem rüstet sie die Waffenschächte so um, dass diese unter anderem bis zu einem Dutzend „JASSM“-Marschflugkörper der neuesten Generation aufnehmen können.

Diese konventionellen Lenkwaffen hauchen dem Zombieflugzeug neues Leben ein. Sie verfügen über ein eigenes Strahltriebwerk und sind für feindliches Radar kaum sichtbar. Ihre Reichweite beträgt fast tausend Kilometer.

Da macht es nichts, wenn eine B-52 heute plump, laut und auffällig ist. Das alte Schlachtross aus dem Kalten Krieg muss die Luftraumverteidigung seines Gegners nicht überwinden. Es startet in Amerika, fliegt 10 000 Kilometer weit zu seinem Einsatz, schickt seine Präzisionswaffen aus sicherer Entfernung los und fliegt wieder zurück.

Marco Evers
Mail: marco.evers@spiegel.de

3-D-Grafik:
Die Bomberlegende

spiegel.de/sp232016b52
oder in der App DER SPIEGEL

Digital lesen + **Samsung-Tablet!**

Für nur
€ 139,–*

„Das ist ja unglaublich, war dein erster Gedanke. Ein **neues Samsung-Tab** für nur € 139,–. Nicht schlecht, sogar richtig gut. Und dazu würdest du ab freitags jede Woche 18 Uhr auch den **digitalen SPIEGEL** auf deinem neuen Samsung-Tablet lesen können. Unglaublich, **aber wahr.“**

Samsung Galaxy Tab A „SM-T550“
Tablet mit Android 5.0, 9,7-Zoll-Touchscreen, 1,2-GHz-Quad-Core-Prozessor, 16 GB Speicher und WLAN. In Weiß oder Schwarz.

*__Zuzahlung: € 139,–__ bei einem Jahresbezug des digitalen SPIEGEL für nur € 50,70 vierteljährlich.

Jetzt den digitalen SPIEGEL + Samsung-Tablet sichern.

Gleich bestellen unter:
www.spiegel.de/tab2016

SD16-080

Noch vor Erscheinen der Print-Ausgabe. Schon ab freitags 18 Uhr.

Ausgaben auch offline lesen oder als PDF speichern.

Mit vielen multimedialen Inhalten und zusätzlicher Visual Story. Ab jetzt auch viele Artikel vorlesen lassen!

Exklusiv: Mit der SPIEGEL-ID jede Ausgabe auf bis zu 5 verschiedenen Geräten lesen.

Kostenloser Zugriff auf den neuen digitalen LITERATUR SPIEGEL.

Alle E-Books aus dem SPIEGEL-Verlag inklusive.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Bildbände

Wann ist ein Mann ein Mann?

Stejskal-Fotografie

MARIE-ISABEL VOGEL, ALAIN RAPPAPORT, "MAXIMILIAN STEJSKAL _ FOLKLIG IDROTT", EDITION PATRICK FREY, 2016

Männer, die beweisen wollen, wie kräftig und sportlich sie sind, gehen heute zum Boxen oder laufen Marathon, manche verrenken sich auf der Yogamatte. Doch die Fertigkeit, einarmig einen Stuhl in der Luft zu balancieren, wird selten trainiert. Auch die Kunst, sich waagerecht an einem Baumstamm auszustrecken, ist nicht mehr allgegenwärtig. Während der Dreißigerjahre und 1948 bereiste der finnische Ethnologe Maximilian Stejskal seine Heimat und bat Männer vom Land, ihm jene Übungen vorzuführen, mit denen die ältere Bevölkerung einst ihre Männlichkeit maß. Er fotografierte die Kunststücke und kleine Wettkämpfe mit einer sogenannten Balgenkamera. Die dabei entstandenen Fotografien erscheinen nun, Jahrzehnte später, in dem Bildband „Folklig Idrott“ (Edition Patrick Frey). Sie zeigen Bauern und Handwerker, die an die Welt eines „Michel aus Lönneberga“ erinnern. Diese Männer sind konzentriert darum bemüht, auf einer Sense zu balancieren oder einen Kampf im Handdrücken auszuführen. Männlichkeit, das zeigen alle Bilder, ist nicht nur eine Frage der Stärke. Entscheidend sind die Ernsthaftigkeit und die Würde, mit denen die Fotografierten sich den Herausforderungen widmen. clv

Kommentar

Richter und Rapper

Das Bundesverfassungsgericht hat Pop verstanden.

Juristen sind Menschen des Wortes, genau wie Rapper. Rapper brauchen den Flow, den Rhythmus. Richter sind Fanatiker der Genauigkeit, und genau das macht den zentralen Satz der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts aus, mit der sie am Dienstag dem Frankfurter Musikproduzenten Moses Pelham in seinem Streit mit der Band Kraftwerk recht gaben: „Steht der künstlerischen Entfaltungsfreiheit ein Eingriff in die Urheberrechte gegenüber, der die Verwertungsmöglichkeiten nur geringfügig beschränkt, so können die Verwertungsinteressen der Urheberrechtsinhaber zugunsten der Freiheit der künstlerischen Auseinandersetzung zurücktreten haben.“ Pelham darf, ohne um Erlaubnis fragen zu müssen, eine Zwei-Sekunden-Sequenz aus dem Kraftwerk-Stück „Metall auf Metall“ sampeln, die er vor rund 20 Jahren unter „Nur mir“ gelegt hatte, einen Song von Sabrina Setlur. Musik als künstlerisches Material schlägt Musik als Besitz. Das Schöne an dem Satz der Richter ist aber auch, dass ihm ein tiefes Verständnis der Mechanismen künstlerischen Schaffens zugrunde liegt. Kunst entsteht immer auch aus anderer Kunst – und es ist fast tragisch zu sehen, wie wenig Ralf Hütter von Kraftwerk das verstanden hat. Er glaubt, dass er das Podest, auf dem die Band heute steht, selbst gebaut hat. Dass die Musiker in den Museen der Welt auftreten dürfen, weil sie als Roboter verkleidete Genies sind. Doch Kraftwerk ist nicht nur eine der einflussreichsten Bands der Popgeschichte, weil sie wegweisende Platten aufgenommen hat. Es liegt auch daran, dass die Band immer wieder gesampelt wurde – legal oder illegal. Hunderte Stücke basieren auf Kraftwerk-Samples. Diese Band hat Hip-Hop und Techno miterschaffen, aber Hip-Hop und Techno haben diese Band auch zu dem gemacht, was sie heute ist. Das Bundesverfassungsgericht hat es verstanden. Kraftwerk muss damit leben. Tobias Rapp

Autobiografien

Held der Lügen

Der Ruf des Scharfschützen Chris Kyle, der als Titelfigur von Clint Eastwoods Heldenepos „American Sniper“ berühmt geworden ist, fällt weiter in sich zusammen. Der Irakkriegsveteran hatte in seiner Autobiografie geschrieben, er sei mit zwei sogenannten Silver Stars und fünf Bronze Medals für besondere Tapferkeit ausgezeichnet worden – das US-Militär korrigierte seine Angaben jedoch nun nach einer Anfrage der Website The Intercept auf nur ein silbernes und drei bronzene Abzeichen. Schon zuvor hatten sich einige von Kyles Geschichten als Lügen herausgestellt: So hatte er behauptet, dass er den Politiker und früheren Wrestler Jesse Ventura zusammengeschlagen habe, nachdem Ventura eine soldatenfeindliche Bemerkung gemacht habe. Ventura bestritt, Kyle je getroffen zu haben, verklagte ihn auf Verleumdung und bekam 1,8 Millionen Dollar Schadensersatz. Zudem widersprach die Polizei von Dallas Kyles Legende, er habe zwei Autodiebe auf einer texanischen Tankstelle erschossen. Es finden sich auch keine Belege für Kyles Behauptung, er habe nach dem Hurrikan „Katrina“ mit einem anderen Scharfschützen 30 bewaffnete Kriminelle in New Orleans umgebracht. Kyle gilt mit 91 bestätigten Tötungen im Irak als Rekordscharfschütze und wird besonders in konservativen Kreisen der USA als Held verehrt. Er wurde 2013 im Alter von 38 Jahren von einem anderen Veteranen auf einem Schießstand in Texas erschossen. In „American Sniper“ übernahm Bradley Cooper die Rolle von Chris Kyle und wurde für den Oscar nominiert. Der Film gilt mit einem Einspielergebnis von über 500 Millionen Dollar als erfolgreichster Kriegsfilm aller Zeiten. das

PAUL MOSELEY / AP / DPA

Kriegsveteran Kyle 2012

Bücher

Heimatroman noir

Von Verlierern zu erzählen ist das Kerngeschäft der Literatur. Von Verlierern so zu schreiben, dass man ihnen nahekommt, ist ihre hohe Kunst. Diese gelingt dem amerikanischen Autor Tom Cooper mit seinem Romandebüt „Das zerstörte Leben des Wes Trench“, das im gegenwärtigen Louisiana spielt – in der Bucht vor New Orleans, die von den Plagen der Natur und den Katastrophen der Moderne heimgesucht ist: Neben der Hitze, den Mücken, den Schlangen und den Alligatoren machen die Folgen des Sturms von 2005 und der Ölpest von 2010 den Bewohnern zu schaffen. Im Auftrag des Ölunternehmens BP soll ein Agent den ums Überleben kämpfenden Fischern für ein Handgeld ihre Schadensersatzansprüche abluchsen; er ist einer der sieben Männer, die dieser Heimatroman noir miteinander in schicksalhafte Verbindung bringt – großartig geschrieben und übersetzt, hoch spannend und von bitterer Präzision. es

Tom Cooper
Das zerstörte Leben des Wes Trench
Aus dem Englischen von Peter Torberg. Ullstein Verlag, Berlin; 384 Seiten; 22 Euro.

Nils Minkmar Zur Zeit

Scheitern im Vorgarten

Am Sonntagabend gegen 19 Uhr werde ich ungern gestört, denn dann läuft „Ab ins Beet“ – eine dokumentarische Serie über Menschen in Deutschland, die sich der Gartengestaltung widmen. Es ist keine Ratgebersendung, denn nicht das Gelingen wird hier abgebildet, sondern das Drama, das Ringen und das Scheitern im eigenen Vorgarten. Es ist eine politische und vor allem philosophische Lehrstunde. Die Protagonisten sind Amateure, deren Liebe zur schönen Landschaft nicht unbedingt erwidert wird. Sie blicken in ihre Schrebergartenparzelle, ihren Siedlungsgarten oder auf das öde grüne Rechteck hinter ihrem Haus und sehen vor ihrem geistigen Auge, was da doch viel besser aussehen würde, etwa ein japanischer Bambuswald mit beleuchtetem Wasserfall, ein türkisfarbener Pool in Form eines Delfins, von weißem Sand umgeben, oder eine Düne wie in den Hamptons. Die schöne weite Welt, wie sie uns das Werbefernsehen zeigt, soll hinter dem deutschen Eigenheim neu erstehen: Palmen und Springbrunnen im Nieselregen, dahinter tuckert ein Traktor. Es geht oft schief.

Einer der sympathischen Mitwirkenden ist Claus, ein studierter Biologe, der als Eventmanager arbeitet und in keiner Folge fehlt. Doch seine eigene Kleingartenparzelle – das war die dramatische Entwicklung der letzten Staffel – war so verwildert, dass ihm der Vorstand mit Kündigung drohte. Ein Held der Postmoderne: Vor lauter Diskurs über den Garten vernachlässigte er das Gärtnern.

Es wird nie langweilig, denn „Ab ins Beet“ lehrt uns die Schönheit des Scheiterns. Es ist die moderne Fassung der Arbeiten von Bouvard und Pécuchet, den beiden Helden aus Flauberts gleichnamigem Roman: Auch sie versuchten, im Garten- und Landschaftsbau Ruhe und Erfüllung zu finden, endeten aber ruiniert, nervös und mit Blick auf tote Bäume und mannshohe Misthaufen. Der Garten ist nichts als eine ausgeweitete Kampfzone. Bei „Ab ins Beet“ wird der Kampf heroisch aufgenommen, auch kleine Arbeiten werden mit geliehenem schwerem Gerät angegangen. Es ist ein Fest für alle, die gern deutsche Alltagskultur studieren. Besonders brenzlig sind in dieser Sendung die Geschlechterbeziehungen, denn nun wird es offenbar: Männer können weder zuhören noch Fehler eingestehen, Frauen dafür auch nicht. Bei den aufflammenden Meinungsverschiedenheiten sind Recht und Unrecht etwa gleichermaßen verteilt, es handelt sich daher um ein familienverträgliches Programm. Die Folgen bauen lose aufeinander auf, meist wird abgerissen, was zuvor geschaffen wurde, es geht immer weiter. Das ewige Werden und Vergehen der Natur. So beweist „Ab ins Beet“ Folge um Folge, dass uns Menschen die Errichtung irdischer Paradiese unmöglich ist. Es hat schon seine Gründe, dass die Schöpfungsgeschichte die Vertreibung aus einem Garten erzählt, es war letztlich für alle Beteiligten besser. „Ab ins Beet“ dokumentiert, was Jean-Paul Sartre nur denken konnte: Der Mensch hat ein frustriertes und frustrierendes Verhältnis zum ihn umgebenden Sein, da hilft nicht mal ein Akkuschrauber.

An dieser Stelle schreiben Nils Minkmar und Elke Schmitter im Wechsel.

Die liebe Monika

Kulturpolitik Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur, wirkt wie eine geborene Sympathieträgerin und hat dennoch in ihrer Amtszeit eine beachtliche Zahl von Gegnern gefunden. Nicht jedem passt, wie sie gerade mit Wucht die Kulturnation Deutschland prägt.

Der Deutsche Filmpreis ist nicht der Oscar, aber immerhin strahlen die Scheinwerfer am roten Teppich vor den Berliner Messehallen so hell wie in Hollywood, und auch die Fotografen rufen so laut, als ginge es um alles. „Heike!“ „Elyas!“ „Frau Grütters!“ 17.04 Uhr, die Kulturstaatsministerin erscheint. Lächeln, Fotos, kurze Interviews.

Später im Saal hält sie eine Rede. Sie erwähnt die Situation im Land, die Flüchtlinge, sie lobt die grundsätzliche Empathie, die Filmleute besäßen. Und dann verspricht sie den Leuten aus der Branche unten im Zuschauerraum zusätzliche 15 Millionen Euro für die Filmförderung.

Applaus, Jubel. Logisch. Mehr Geld, mehr Filme, mehr Jobs.

Ein Komiker in SA-Uniform betritt dann die Bühne. Hakenkreuzbinde, Stiefel. Es ist eine Anspielung auf den nominierten Film „Er ist wieder da“, der die skurrile Fiktion erzählt, wie Adolf Hitler, Jahrzehnte nach seinem vermeintlichen Tod, überraschend in Deutschland auftaucht und sich die Leute um ihn scharen. Grütters sitzt in der ersten Reihe und krümmt sich

HERMANN BREDEHORST / DER SPIEGEL

Ministerin Grütters in ihrem Büro
Mehr Museen, mehr Gesetze, mehr Macht

fast vor Lachen. Endlich einmal ist die deutsche Geschichte, die ihr in ihrem Job so viel Ärger macht, nur noch eine Satire.

Auf der Party danach, kurz vor Mitternacht, wird sie sich einen Gin Tonic gönnen, während andere Gäste sie mit einer gewissen Ehrfurcht begrüßen. Irgendwann kommt ein jüngerer Mann auf sie zu. Ein ehemaliger Student, sie ist seit vielen Jahren Honorarprofessorin für Kulturmanagement. Er sagt, dass er alles, was er könne, von ihr gelernt habe. Monika Grütters hatte schon schlechtere Abende.

So etwas hat sich der SPD-Kanzler Gerhard Schröder wahrscheinlich vorgestellt, als er 1998 den Posten des Kulturstaatsministers schuf: mehr Glamour für die Politik, mehr Intellekt, mehr Bewunderung. Auch wenn das Kulturstaatsministerium in Wahrheit kein echtes Ministerium ist, sondern eine oberste Bundesbehörde, wirkt Monika Grütters wie eine Ministerin. Sie verändert viel in dieser Kulturnation. Baut neue Museen. Gestaltet neue Gesetze. Vergrößert ihre Macht. Seit zweieinhalb Jahren ist sie auf diesem Posten, und in dieser Zeit ist mehr über sie gesprochen und auch gestritten worden als über ihre Vorgänger zusammen. Sie sei, sagt Grütters, keiner dieser Kulturpolitiker, die bei schwierigen Themen jammerten, „das ist uns zu heikel, lass uns lieber unter dem Radar durch“. Nun wird ihr sogar nachgesagt, dass sie die Kulturnation Deutschland beschädige. Weil sie das Gesetz zum Kulturgutschutz novellieren will.

Ein Montagnachmittag, ein Besuch in ihrem Büro, sie nennt es das „schönste der Republik“. Es befindet sich ganz oben im Kanzleramt, noch über den Arbeitsräumen des Kanzleramtschefs und der Kanzlerin. Zu Grütters’ Eckbüro gehört eine weitläufige Terrasse, von dort aus lässt es sich wunderbar über das repräsentative Berlin schauen: der Reichstag, die Büros der Abgeordneten, die Spree, der Hauptbahnhof, der Tiergarten. Ein Hubschrauber bringt gerade die Kanzlerin zurück ins Amt. Dass die Kultur hier angesiedelt ist, im Machtzentrum – „das ist doch auch eine Botschaft“.

Sie empfängt oft Gäste, den Künstler Ai Weiwei beispielsweise oder Ronald Lauder, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, und viele werden auf die Terrasse geführt, damit der Ausblick seine Wirkung entfaltet. Man merkt ihr an, dass sie stolz ist. Irgendwo auf dieser Aussichtsplattform steht ein kleines Vogelhäuschen aus Metall; sie füttert gern Krähen. Man kann das als kleinen ironischen Bruch deuten.

Im Gespräch betont sie die unterschätzte Kraft der Kultur. Kunst sei Vordenkertum, Grundlage jeglichen Fortschritts. Die Deutschen hätten sich nach dem Zivilisationsbruch, den die NS-Diktatur bedeutet habe, mithilfe der Querdenker aus der Kultur ein neues Selbstverständnis erarbeitet.

Das Amt der Kulturstaatsministerin in einem Land, das die Kultur vor allem föderal organisiert, kann langweilig sein. Und ihre Vorgänger, Michael Naumann, Julian Nida-Rümelin, Christina Weiss (alle von der SPD bestellt) und Bernd Neumann (wie Grütters von der CDU), sind auch nicht wirklich in Erinnerung geblieben. Bei Grütters wird das anders sein. Sie hat Ambitionen, sie löst Kontroversen aus.

Erst kürzlich gab es Schlagzeilen über das Deutsche Historische Museum und seinen Chef. Die Einrichtung hat einen Jahresetat von 49 Millionen Euro, aber kaum Profil, das Ansehen sinkt. Im Haus brodelt es schon länger. Grütters, oberste Dienstherrin, schickte Mediatoren hinein, das alles funktionierte nicht. Nun wurde der Direktor geschasst – was so offiziell keiner sagen darf. Man möge sie bitte nicht nötigen, etwas preiszugeben.

Sie ist ebenfalls zuständig für die Bundesstiftung, die bis 2018 ein Dokumentationszentrum und eine Dauerausstellung vor allem zur deutschen Vertreibung nach 1945 einrichten soll. Politisch ein delikates Thema, auch aus Sicht des Auslands. Der erste Stiftungsdirektor, der als nationalkonservativ und eigenbrötlerisch galt, überwarf sich mit dem wissenschaftlichen Beirat und musste 2014 gehen. Auch der Nachfolger galt aber als zu großes Zugeständnis an die Vertriebenenverbände. Seine Berufung, von Grütters 2015 verkündet, löste im international besetzten Beirat sofort fünf Rücktritte aus. Im Februar präsentierte Grütters eine neue Direktorin. Sie sagt, dieses Problem habe sie „doch nun wirklich geheilt“.

Und dann ist da das Riesenthema Nazi-raubkunst, das durch den Skandal um die Sammlung Gurlitt noch an Brisanz gewann. Grütters hat in Magdeburg ein Zentrum eingerichtet, das auch die dunklen Stellen dieses Bestands weiter aufhellen soll. Der Druck ist größer denn je. Jüdische Verbände, auch US-Kongressabgeordnete, monieren, dass Deutschland mehr tun müsse, dass viele von den Nazis geraubte Werke noch nicht an die jüdischen Opferfamilien zurückgekehrt seien. Nicht weniges wird in hiesigen Museen vermutet.

Grütters äußerte sich gegenüber der „New York Times“. Da ging es um die Frage, weshalb in der sogenannten Limbach-Kommission, die die Aufgabe hat, zwischen den betroffenen Familien und den Museen zu schlichten, kein jüdisches Mitglied sitze. Sie sagte, „aus gutem Grunde“ gebe es ein solches Mitglied nicht, denn es wäre als einziges befangen. Das kam nicht gut an. Bald ließ sie mitteilen, sie sei falsch zitiert worden, sie habe nur von einem möglichen Interessenkonflikt gesprochen. Die Europakorrespondentin der „New York Times“ beharrt darauf, die Politikerin habe das Wort „befangen“ verwendet. Grütters hat nun wohl eine ganze Liste mit Namen jüdischer Persönlichkeiten, die infrage kämen. Sie habe das längst so vorgehabt.

Dieses Amt erfordert wie kaum ein anderes Talent zum angemessenen Wort. Sie hat dieses Talent, eigentlich.

Grütters ist ebenso für das größte kulturelle Prestigeprojekt des Landes zuständig, für die 590 Millionen teure Rekonstruktion des Preußenschlosses. Dort soll sich ab 2019 das „Humboldt-Forum“ den außereuropäischen Kulturen widmen. Man wird ethnologische Objekte ausstellen und nicht umhinkommen, auf die deutsche Kolonialgeschichte einzugehen. Deutschland wolle sich nun als Partner in der Welt empfehlen, sagte Grütters kürzlich.

Ein guter Satz. Doch auf ihrer Website war bis zur vergangenen Woche ein Satz zu lesen, der anders klingt. In einem „Lite-

raturtipp“ wird ein 2009 erschienenes Buch über Afrika empfohlen. Sie erwähnt, dass der Autor des Buchs ein Kapitel ihrem Bruder Martin Grütters widme, der im Sudan Entwicklungshilfe leiste, und dann folgen diese Worte: „Um die afrikanische Krankheit der Disziplinlosigkeit geht es in diesem Beitrag.“

Wer will, könnte aus dem Satz einen kleinen Skandal bauen. Nach einer Nachfrage in Grütters’ Büro ist der Text einen Tag später gelöscht. Man verweist auf die Nachlässigkeit einer ehemaligen Mitarbeiterin der Politikerin vor etlichen Jahren.

Flüchtigkeitsfehler, die Schuld der anderen? Andererseits: Viele ihrer Probleme im Amt hat sie geerbt. Das rätselhafte Humboldt-Forum, die ersten Weichenstellungen im Fall Gurlitt waren Hinterlassenschaften ihres Vorgängers Bernd Neumann, der die Behörde acht Jahre lang geführt hatte. 2005 war er angetreten, nicht als Mann der Kultur, aber als verdienter CDU-Veteran. Er machte sich beliebt, indem er Fördergelder aufstockte, insbesondere für den Film, und fiel ansonsten nicht weiter auf. Grütters könnte das gar nicht: unauffällig bleiben.

Sie, die Arzttochter aus Münster, die Germanistik, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft studierte und nun im Kanzleramt sitzt, sagt von sich, sie sei kein „Münsteraner Standard“.

Mit 16 Jahren trat sie 1978 in die Junge Union ein, in der Berliner CDU mit ihrer Haudegenmentalität war sie später noch lange die junge Wilde, eine, die man als Sympathieträgerin einsetzte, die aber zugleich innerhalb der Partei viele Rückschläge erlebte, „menschlich schlimme Dinge“. Auf jeden Fall sei sie nie das „Herzstück“ dieser Partei gewesen. Ihr Pressesprecher wirft ein, dass man aber von einer „späten Liebe“ zwischen ihr und der CDU in Berlin sprechen könne. Sie lacht: Außer ihm würde so etwas wohl niemand behaupten.

Grütters hat sicher die Lektion verstanden, dass Feindschaften wichtig sein können, um das eigene Profil zu schärfen. Und sie lernte, aus Niederlagen einen Vorteil zu machen. 2005 zog sie als Spitzenkandidatin der Berliner CDU in den Bundestagswahlkampf – ihr Wahlkreis war Marzahn-Hellersdorf, den sie nach Verteilungskämpfen hinnehmen musste, wo sie nicht gewinnen konnte. Und trotzdem: Es half ihrem Image, sie war die katholische Westfälin, die ganz unarrogant das Gespräch mit den Menschen im roten Osten suchte.

Zu ihren Förderern gehörte Klaus Landowsky, einflussreich in der Berliner CDU und in der Bankgesellschaft Berlin. Die landeseigene Holding löste 2001 einen gigantischen Skandal aus. Der damalige Regierende Oberbürgermeister Eberhard Diepgen musste gehen, Landowsky wurde gar wegen Untreue angeklagt, später freigesprochen. Grütters, die immer einen Beruf neben der Politik ausübte, hatte für die Bankgesellschaft gearbeitet, wo sie die Kunstsammlung des Hauses betreute. Später wurde sie Vorstandssprecherin in der von der Bankgesellschaft gegründeten Kulturstiftung Brandenburger Tor.

Ihre Berufung 2013 zur Staatsministerin stieß im Kulturbetrieb auf Begeisterung. Sie selbst betont ihre Vernetzung, ihre enge „Fühlung“ mit dem „Kulturmilieu“. Die Malerin Cornelia Schleime, von der die Politikerin Zeichnungen besitzt, sagt, Grütters sei ein „starkes Naturell und nicht so übertrieben verkopft“.

Auch Bernd Schultz hielt Grütters für eine Art Verbündete, als sie antrat. Heute sagt der Gründer des Berliner Auktionshauses Grisebach, „sie beschädigt die Kulturnation Deutschland“. Man siezt sich, nennt sich aber dennoch ab und an beim Vornamen. „Stur“ sei die „liebe Monika“. Er wolle eine Anekdote erzählen.

Im vergangenen Jahr seien sie beide bei einem Professor der Charité zum Essen eingeladen gewesen, Hauptgast sei ein Mäzen aus der Schweiz gewesen. Grütters habe Schultz am Tag zuvor anrufen lassen, er möge an dem Abend nicht den öffentlichen Streit über ihr anstehendes Gesetz zum Kulturgutschutz erwähnen, „dann sprach sie selbst über nichts anderes, den ganzen Abend, alle waren konsterniert“. Sogar der Gast aus der Schweiz soll sich später beschwert haben, die Kulturstaatsministerin höre ja gar nicht zu.

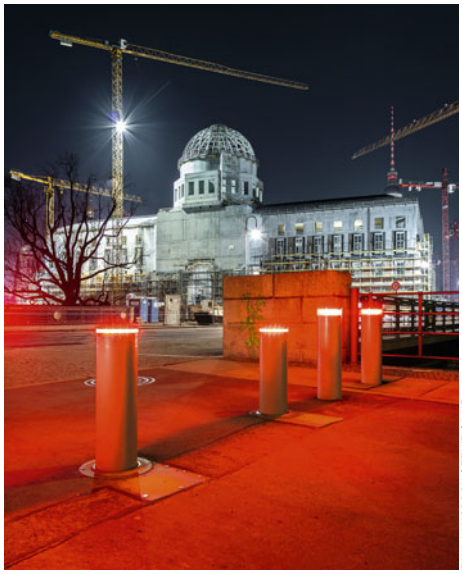
Ihre geplante Novelle des Kulturgutschutzes, die bald vom Bundestag verabschiedet werden könnte, ist der größte Streitpunkt ihrer bisherigen Amtszeit. Grütters plant ein aufwendiges Genehmigungsverfahren für Exporte von Kunst und anderem Kulturgut ins Ausland. Objekte, die dabei als „national bedeutend“ identifiziert werden, sollen für die dauerhafte Ausfuhr gesperrt werden.

Der Widerstand von Sammlern und Händlern ist groß, von Kontrollwahn, von „Enteignung“ wird gesprochen. Denn: Kunst, die nicht international angeboten werden kann, verliert an Wert. Seit Monaten bringen Sammler ihre Bilder außer Landes. Grisebach-Auktionator Schultz sagt, in ausländischen Kunstlagern gebe es inzwischen riesige Bestände aus Deutschland, deren Wert er auf zwei bis drei Milliarden Euro schätze. In London spreche man schon von „Grütters-Lagern“.

Seit einem Jahr herrscht dieser Krieg mit dem Kunstbetrieb. Der Malerfürst Georg Baselitz ließ aus Empörung Bilder abhängen, die er staatlichen Museen geliehen hatte. Grütters lud im vergangenen Sommer Leute aus der Kunstszene zu einem Abend „in entspannter Atmosphäre“ auf ihre Terrasse im Kanzleramt ein, um sie wieder auszuladen, nachdem 250 Kunsthändler sich in einem offenen Brief beschwert hatten, das Gesetz erinnere „erschreckend an sehr unrühmliche nationale Bewegungen der deutschen Geschichte“.

Was beweist, dass auch andere sich im Ton vergreifen. Und wieder war sie gegenwärtig, die deutsche Geschichte. Auch weil Grütters es vor lauter Eile, vor lauter Kämpfen versäumt hatte, tiefer gehende Debatten darüber zu führen, was „national bedeutend“ eigentlich heißen mag in globalisierten Zeiten.

Unter den Sammlern sind einflussreiche Leute, Unternehmer, Verleger, wohl auch Spender von Parteien. Gewinnt Grütters diesen Machtkampf, sollte sie aufs Triumphieren verzichten, um nicht noch mehr zu provozieren. Sie sagt: „Das Wort ‚triumphieren‘ passt nicht zu mir.“ Ulrike Knöfel



PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF

Berliner-Schloss-Baustelle
Allgegenwart deutscher Geschichte

JAN WOITAS / DPA

Baselitz-Bild in Chemnitz
Krieg im Kulturmilieu

SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: **www.spiegel.de/bestseller**

Belletristik

1 (–) **Donna Leon**
Ewige Jugend
Diogenes; 24 Euro

25-jähriges Dienstjubiläum für Leons Venedig-Ermittler Brunetti: Eine Contessa sucht Gerechtigkeit für ihre einst in den Kanal gestürzte Enkelin

2 (1) **Jonas Jonasson** **Mörder Anders und seine Freunde nebst dem einen oder anderen Feind** Carl’s Books; 19,99 Euro

3 (3) **Elke Heidenreich**
Alles kein Zufall Hanser; 19,90 Euro

4 (2) **Juli Zeh**
Unterleuten Luchterhand; 24,99 Euro

5 (17) **Karin Slaughter**
Schwarze Wut Blanvalet; 19,99 Euro

6 (4) **Jojo Moyes** **Ein ganz neues Leben** Wunderlich; 19,95 Euro

7 (7) **Benedict Wells** **Vom Ende der Einsamkeit** Diogenes; 22 Euro

8 (5) **Martin Walker**
Eskapaden Diogenes; 24 Euro

9 (10) **John Irving**
Straße der Wunder Diogenes; 26 Euro

10 (8) **Dörte Hansen**
Altes Land Knaus; 19,99 Euro

11 (9) **Siegfried Lenz** **Der Überläufer** Hoffmann und Campe; 25 Euro

12 (6) **Cassandra Clare**
Lady Midnight Goldmann; 19,99 Euro

13 (11) **Heinz Strunk** **Der goldene Handschuh** Rowohlt; 19,95 Euro

14 (12) **Joachim Meyerhoff** **Ach, diese Lücke, diese entsetzliche Lücke** Kiepenheuer & Witsch; 21,99 Euro

15 (13) **Jane Gardam**
Ein untadeliger Mann Hanser; 22,90 Euro

16 (16) **Joël Dicker** **Die Geschichte der Baltimores** Piper; 24 Euro

17 (14) **Jane Gardam**
Eine treue Frau Hanser; 21,90 Euro

18 (–) **André Heller** **Das Buch vom Süden** Zsolnay; 24,90 Euro

19 (–) **Volker Klüpfel / Michael Kobr**
In der ersten Reihe sieht man Meer Droemer; 19,99 Euro

20 (19) **Isabel Bogdan**
Der Pfau Kiepenheuer & Witsch; 18,99 Euro

Sachbuch

1 (1) **Peter Wohlleben** **Das geheime Leben der Bäume** Ludwig; 19,99 Euro

2 (2) **Thilo Sarrazin**
Wunschdenken DVA; 24,99 Euro

3 (6) **Dalai Lama** **Der Appell des Dalai Lama an die Welt** Benevento; 4,99 Euro

4 (3) **Shindy / Josip Radović** **Der Schöne und die Beats** Riva; 19,99 Euro

5 (9) **Antoine Leiris** **Meinen Hass bekommt ihr nicht** Blanvalet; 12 Euro

6 (5) **Peter Hahne** **Finger weg von unserem Bargeld!** Quadriga; 10 Euro

7 (8) **Rainer M. Schießler** **Himmel – Herrgott – Sakrament** Kösel; 19,99 Euro

8 (4) **Harald Welzer**
Die smarte Diktatur S. Fischer; 19,99 Euro

9 (11) **Sahra Wagenknecht**
Reichtum ohne Gier Campus; 19,95 Euro

10 (15) **Stefan Kruecken**
Sturmwarnung Ankerherz; 29,90 Euro

11 (7) **Christian Hartmann / Thomas Vordermayer / Othmar Plöckinger u. a. (Hg.)** **Hitler, Mein Kampf – Eine kritische Edition** Institut für Zeitgeschichte; 59 Euro

12 (10) **Benjamin von Stuckrad-Barre**
Panikherz Kiepenheuer & Witsch; 22,99 Euro

13 (12) **Wilhelm Schmid**
Gelassenheit Insel; 8 Euro

14 (14) **Alexander von Schönburg**
Weltgeschichte to go
Rowohlt Berlin; 18 Euro

Universal-Geschichtsstunde für Eilige: Auf 288 Seiten führt Berufssnob und „Bild“-Journalist Schönburg durch den Lauf der Welt

15 (17) **Tim Marshall** **Die Macht der Geographie** dtv; 22,90 Euro

16 (13) **Matthias Weik / Marc Friedrich**
Kapitalfehler Eichborn; 19,99 Euro

17 (16) **Ildikó von Kürthy**
Neuland Wunderlich; 19,95 Euro

18 (20) **Bill Bryson** **It’s teatime, my dear!** Goldmann; 19,99 Euro

19 (–) **Andreas Englisch** **Der Kämpfer im Vatikan** C. Bertelsmann; 19,99 Euro

20 (18) **Oliver Hilmes**
Berlin 1936 Siedler; 19,99 Euro

KINDER WOLLEN MITBESTIMMEN

112 Seiten · 14,99 € · ISBN 978-3-522-30444-3

FRIEDEN, NAHRUNG, BILDUNG – DIE WICHTIGSTEN KINDERRECHTE UNTERHALTSAM UND KOMPETENT ERKLÄRT

Spannende Antworten auf Kinderfragen und faszinierende Fotos vermitteln die zehn wichtigsten Rechte der UN-Kinderrechtskonvention

GABRIEL
Was wirklich zählt!

www.gabriel-verlag.de

Mitschreiben ist alles

Literatur Wie sich der Schriftsteller Ilija Trojanow in vier Jahren in 80 olympischen Einzeldisziplinen auf Wettkampfformat brachte und dabei seinen Körper wie ein Buch zu lesen lernte

Er saß so vor dem Fernseher, vor vier Jahren, als so viele vor dem Fernseher saßen, ließ kaum einen Wettkampf der Olympischen Spiele in London aus, fand die eine Sportart zu einfach, die andere zu schwer. Er mäkelte, er staunte, er saß da, rund und faul, Sportler im Geiste, kluger Betrachter, innerlich ein Sieger.

Irgendwann hat er dann beschlossen, ein echter Sieger zu werden. Der Schriftsteller Ilija Trojanow, 50, in Bulgarien geboren, als Junge mit seiner Familie über Jugoslawien und Italien nach Deutschland geflohen, dann in Kenia aufgewachsen, zog im Sommer 2012 sein altes Lauftrikot über, es spannte etwas über dem Leib, egal, und beschloss, Olympionike zu werden. Und zwar ein echter, ein Maximal-Olympionike, einer, der alle Sportarten beherrscht. Oder, wenn nicht beherrscht, so doch wenigstens auf Wettkampfniveau praktiziert. Nur die Mannschaftssportarten ließ er aus praktischen Gründen aus. Sein Ziel: in jeder Sportart wenigstens halb so gut zu sein wie der aktuelle Olympiasieger.

Das Vorhaben war gigantisch, einschüchternd, geradezu unmöglich. 23 Sportarten, 80 Disziplinen, bis zu den diesjährigen Olympischen Spielen in Rio de Janeiro wollte er nicht nur damit fertig sein, sondern auch das Buch dazu geschrieben haben: „Meine Olympiade“*. Er hat es geschafft.

Es ist ein Buch des Scheiterns und der Selbstüberwindung. Eines, von dem man als Hobbysportler ganz konkret profitieren kann, weil Trojanow die technischen Details einiger Sportarten wie Turmspringen, Kugelstoßen, auch Kraulen mit großem Staunen über die erlernten Details präzise beschreibt. Es ist auch ein etwas angeberischer Weltroman. Natürlich lernt er Judo in Japan, Gewichtheben in Bulgarien, Ringen in Iran, Boxen in Brooklyn, zum Lauftraining flog er nach Kenia, Kraulen lernt er auf Sri Lanka und in Mumbai. Sodass man sich unwillkürlich fragt, was das wohl gekostet hat. So viele Bücher kann er eigentlich gar nicht verkaufen, dass sich eine solche vierjährige Weltsporttournee refinanzieren könnte. Er sagt, dass er den Vorschuss in die Recherche investiert habe. „Buchprojekte“, sagt er, „sind nicht dazu da, damit der Autor reich wird.“

Es ist eine Parallelwelt, in die Trojanow uns entführt. Und sie beginnt schon bei seiner Recherche in einem Buchladen. Etwas verschämt will der Dichter einen Fitnessratgeber erstehen. Er entscheidet sich schließlich für „Sixpack in 66 Tagen“ und nicht für „Sixpack in 6 Wochen“, „Die Sixpack-Strategie“ oder „Sixpack in 90 Tagen“. Von der Buchhändlerin erfährt er, dass sie „ohne die Sixpack-Bücher“ den Laden längst hätte dichtmachen müssen. Grauzonen des Marktes, direkt vor unseren Augen.

Außerdem stellte er seine Ernährung um. Zum Frühstück Sauerkraut, Linsen, Ei und Hüttenkäse, indisch gewürzt. Sein Training beginnt und auch die Lektüre eines ganz anderen Buches: „Schon nach wenigen Wochen realisierte ich, dass mein Körper ein Buch war, in das ich bislang kaum hineingelesen hatte. Ein erstaunliches, sich selbst fortschreibendes Buch, das immer wieder neue Kapitel auftat.“

Und der Leser ist live dabei, beim schüchternen Beginn und der Frage, wie dieses verdammte Kraulen jetzt wirklich funktioniert, bis zu den Momenten, die Trojanow als „flow“ bezeichnet. Wenn es fast von selbst geht, der Körper und

* Ilija Trojanow: „Meine Olympiade. Ein Amateur. Vier Jahre. Achtzig Disziplinen“. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 336 Seiten; 22 Euro.

Sportler Trojanow beim Training
Er scheitert ständig und lacht darüber

FOTOS: THOMAS DORN

der Geist selbstständig an einem gemeinsamen Projekt arbeiten. An einer neuen Sportart.

Die Idee des Buches ist es, den Gegensatz zwischen Körper und Geist zu versöhnen. Lässig lässt er bei jeder neuen Sportart eine unaufdringliche Kulturgeschichte einfließen, erzählt von Lord Byrons Schwimmkeller, „dort, wo einst Mönche Leichen einbalsamiert hatten“. Oder von seiner Durchquerung des Hellespont: „Ich brüste mich mit dieser Leistung mehr als mit jeder anderen Art von Ruhm, ob politisch, poetisch oder rhetorisch.“ Und den todessüchtigen Nachtschwimmer Jack London zitiert er mit den Worten, er gewinne lieber einen Schwimmwettbewerb, als „the Great American novel“ zu schreiben.

Man hat den Eindruck, Trojanow kann das nachvollziehen. Er ist ehrgeizig, manchmal auch größenwahnsinnig. Er scheitert ständig und lacht darüber. Das Buch beginnt mit der Schilderung eines Triathlons in Südafrika, bei dem dem blutigen Anfänger ungefähr jede lächerliche Panne unterläuft, die man sich denken kann. Stolz und unbeholfen hatte er sich gerade rechtzeitig zum Start in den neuen Neoprenanzug gequetscht, wunderte sich schon, warum der so schlecht saß. Egal, jetzt ging es los, und er wollte so richtig angreifen. Drängte sich also zwischen die anderen Triathleten, unauffällig, als gehörte er wie selbstverständlich immer schon dazu, bis ihn einer fragte: „Sag mal, wieso hast du den Neopren falsch rum an?“

So etwas passiert ihm am Ende des Buches nicht mehr. Er lernt ständig, Seite für Seite. Es ist ein klassischer Bildungsroman. Ein Mann lernt sich kennen. Am Ende ist er zum Beispiel ein Zehnkämpfer, auch wenn er sein Ziel, halb so gut zu sein wie der Olympiasieger, natürlich nicht erreicht. Er schafft nur ein Achtel der Punkte, aber er absolviert einen kompletten Zehnkampf, inklusive Stabhochsprung, Kugelstoßen, und erlebt hier vor allem, was er sonst in all seinen Einzelsportarten nicht erlebt hat: das Gemeinschaftsding. Das Soziale, das ja auch ein zentrales Glück des Sports ist. Die Ermutigung der Zehnkämpfer untereinander, das Lob noch für die schwächste Leistung, die ehrliche Unterstützung füreinander, weil jeder weiß, wie schwer das ist. Wie viel Mühe, Schweiß und Selbstüberwindung nötig waren, um hierhinzukommen. Weil alle vielleicht irgendwann mal vom Sofa aufgestanden sind und sich in ein zu enges Trikot gezwängt haben. Weil sie Sportler sind.

Trojanow erzählt in diesem Buch ganz nebenbei auch die Geschichte seiner Familie, seine Herkunftsgeschichte. Er erzählt vom Scheitern seines Vaters, der auf dem Weg, bulgarischer Jugendmeister im 110-Meter-Hürdenlauf zu werden, an der letzten Hürde scheiterte. Wie dieses Scheitern zu einem Familienmythos wurde, Fotoalben von Flüchtlingsfamilien sind dünn, und wie die Familiengeschichte verlaufen wäre, wenn der Vater die letzte Hürde genommen hätte. Natürlich lässt er sich nun von seinem Vater zum Hürdenläufer ausbilden. Ohne die Last, eine frühe Familienniederlage wiedergutzumachen. Aber doch mit dem Ur-Scheitern kurz vor dem Ziel im Kopf.

Das Kapitel über das Turnen beginnt so: „Ich bin traumatisiert. Als wir 1977 von Kenia nach Deutschland umsiedelten, konnte ich weder Deutsch noch Turnen. Meine Integration erfolgte mit Höhen (Sprache) und Tiefen (das Turnen).“ Diese frühe Aversion zu überwinden ist eine der größten Herausforderungen, denen sich der Autor stellt. Verzagt sein gilt nicht. Sein Trainer „akzeptiert kein vorauseilendes Scheitern“. Es wird dann ein belegtes, ein praktiziertes Scheitern. Eines, das nicht mal mehr Komik hervorbringt: „Es ist kein Zufall, dass die Beschreibungen von nun an kürzer werden. Zwar ist Misserfolg ein literarisch ergiebiges Thema, aber nur wenn eine realistische Möglichkeit auf Erfolg besteht. Unser Interesse gilt demjenigen, der weit hinauffliegt, bis er an der Sonne verglüht, nicht aber demjenigen, der auf einer Liege einen Sonnenbrand erleidet.“

Jenseits dieser Turnhalle ist Ilija Trojanow immer wieder weit hinaufgeflogen, hat alles versucht, viel erreicht und ist immer wieder großartig gescheitert. Ein Beachvolleyballer in Rio erklärt es ihm: „Wir sollten keinen Ball verloren geben. Aber wenn doch, dann fliegen wir dem verlorenen Ball wenigstens schön hinterher.“

Volker Weidermann

BRIGITTE FRIEDRICH / SZ PHOTO

Schriftsteller Kant 1977: „Überzeugter Erbauer der DDR“

Singende Säge des Klassenkampfs

Zeitgeschichte Der Autor Hermann Kant war lange Jahre Präsident des Schriftstellerverbands der DDR. Seine Aufgabe war es, renitente Kollegen wie Stefan Heym zu bändigen. Jetzt wird er 90 Jahre alt. *Von Stefan Berg*

Am 14. Juni wird Hermann Kant 90 Jahre alt. In Neustrelitz in Mecklenburg-Vorpommern wird an diesem Tag im Theater der Stadt eine Veranstaltung stattfinden: „Aufenthalte. Ein Abend für Hermann Kant“. In der Einladung, die mir zugeschickt wird, steht kein Hinweis darauf, dass Kant Schriftsteller ist.

Ein Zufall?

Auf meinem Schreibtisch liegen Romane von Kant: „Der Aufenthalt“, „Die Aula“. Aber in meiner Erinnerung ist Kant der Funktionär, der Genosse.

Ich suche die Zeitungsartikel heraus, die ich im Alter von 15, 16 Jahren ausgeschnitten habe, als Schüler auf der Suche nach Wahrhaftigkeit, nach moralischem Beistand im Streit mit dogmatischen Lehrern, die einem den Pazifismus austreiben und den Klassenstandpunkt eintrichtern wollten. Zeile für Zeile haben wir die Reden von Schriftstellern abgesucht, Jurek Becker, Christa Wolf, Günter de Bruyn. Bei Kant wurde ich nicht fündig, nicht mal zwischen den Zeilen. „Die Sache und die Sachen“ heißt ein Interview-Buch mit ihm aus dem Jahr 2007, ein Titel, den ich erst seltsam, dann aber passend finde und der, wie mir die Autorin Irmtraud Gutschke erklärt, der Wunsch Kants war.

Ja, genau das ist Kant. Oder muss man sagen: Das war Kant? Um die Sache ging es ihm, die „große Sache“, wie es hieß, wenn von der Weltrevolution die Rede war. Und wenn große Sachen geplant werden, kann der kleine Mensch schon mal vergessen werden.

Hermann Kant war kein DDR-Schriftsteller wie viele andere. Man muss in diesem Fall sehr fein unterscheiden zwischen geografischer Zuordnung und politischem Bekenntnis: Hermann Kant war nicht Schriftsteller in der DDR. Er war der Schriftsteller der DDR, von 1978 bis 1990 war er Präsident des Schriftstellerverbands. Er war Genosse, natürlich kein gewöhnlicher Genosse, er war von 1981 an SED-Abgeordneter in der DDR-Volkskammer, die selten, aber dann immer zum Zustimmen zusammenkam. Er war seit 1986 Mitglied im Zentralkomitee der SED. Er begrüßte SED-Generalsekretär Erich Honecker auf den Kongressen des Schriftstellerverbands.

Seine Stimme ist mir in bleibend unguter Erinnerung. Sie konnte schmeicheln, sie konnte scharf und schneidend sein. Kant war für mich die singende Säge des Sozialismus. Kunstvoll baute er prädikative Rahmen um das Lob der Partei, in das er – eitel, wie er war – immer genug Selbstlob einflocht. Kants politische Bekenntnisse lauteten: „Wir haben mit den Partei- und Staatsfunktionären in bestem Vertrauensverhältnis zusammengearbeitet, wo es um materielle und ideelle Voraussetzungen für die Entwicklung unserer Literatur gegangen ist. Wir sind uns sicher in der Absicht einig, uns von diesem Kurs nicht abbringen zu lassen. Dann sollten wir aber auch in der Absicht einig sein, jenen scharf zu widersprechen, die uns auf unserem Wege stören wollen.“

Es gab also „Störer“. Wie hält man die nur vom Stören ab? So gab er den Ton vor im Kampf um die Köpfe. Dieser Ton drang durch bis in die Schulen, in unsere Schule, in unseren Deutschunterricht, in dem wir von Goethe bis Fallada den Klassenstandpunkt ausfindig machen sollten. Und auch nicht stören sollten mit störenden Fragen. Es wurde „durchregiert“ in der DDR.

Kants „Wir“ markierte Grenzen: „Wir“ gegen „die da“, Freund gegen Feind. Voller Abscheu sprach er von „denen“ oder von den „falschen Leuten“. Welche Macht er hatte, beschreibt er später so: „Ich hatte die Abmachung mit Hager, dass alle Visa-Anträge, die wir befürworten, genehmigt würden.“ Man muss diesen Satz heute übersetzen: Gemeint sind hier Anträge von DDR-Schriftstellern zu Reisen im Westen. Und der Mann, mit dem Kant eine „Abmachung“ hatte, war Kurt Hager, der Genosse für die Kultur im Politbüro der SED, dem engsten Zirkel der Macht.

Als einer dieser „Störer“, einer der vom Sozialismus Abgefallenen, der in den Westen getriebene Dichter Reiner Kunze, 1977 mit dem Georg-Büchner-Preis ausgezeichnet wurde, erklärte Kant: „Kommt Zeit, vergeht Unrat.“ Jemanden so zu nennen, da gehört schon ein beträchtliches Stück Menschenverachtung dazu. Rückblickend fiel Kant dazu ein: „Ich wusste genau: Das war falsch, da kriege ich was über den Schädel.“

In den Unterlagen, mit deren Hilfe ich mich in die Vergangenheit zurückversetze, gibt es einen Briefentwurf aus dem Jahr 1958. Kant, in Hamburg geboren, 1949 aus der Kriegsgefangenschaft gekommen, hatte von 1952 bis 1956 in Berlin Germanistik studiert. Er wurde Assistent bei dem Juristen und Literaturwissenschaftler Alfred Kantorowicz, einem Mann jüdischer Herkunft, der vor den Nazis geflohen war, einem bekennenden Kommunisten, der nun auch die Kommunisten und deren Schauprozesse fürchtete, nach dem gescheiterten Aufstand in Ungarn 1956. Im Sommer 1957 packte ihn die Angst. Der Professor verließ die „Republik“ über die offene Sektorengrenze nach Westberlin. Wie kaum anders zu erwarten, bekam sein früherer Assistent Besuch von der Staatssicherheit. Was dann geschehen sein soll, liest sich in den Unterlagen des DDR-Geheimdienstes so: Genosse Kant wird in vertrautem Ton um Auskunft gebeten und um einen Gefallen. Er möge doch einen Brief an den Verräter schreiben.

Kant soll zugesagt haben. Aber nicht nur das. Bevor er den Brief abschickt, soll er ihn den Auftraggebern gezeigt haben. Ist es recht so?

Das war es dann wohl.

In den Akten findet sich ein mit Maschine geschriebener Entwurf. Ein Auszug:

„Dass es schwierig sein würde, diesen Brief zu schreiben, war ja von vornherein klar, aber dass diese Schwierigkeiten schon mit der Wahl der Anrede beginnen würden, hatte ich nicht bedacht. Da sitze ich nun und wäge die verschiedenen von der Konvention zur Verfügung gestellten Formeln gegeneinander ab und finde schließlich, dass sich da nichts Passendes finden lässt.“ Mit „Lieber“ möchte der Briefschreiber nicht mehr beginnen, auch nicht mit „Genosse“.

Kant war zu dem Zeitpunkt noch nicht Mitglied im ZK der SED, er war noch nicht Verbandspräsident, er war noch nicht einmal Schriftsteller. Aber er schrieb offenbar schon im Jahr 1958 von „uns“ und von „diesen Leuten“, in der Klassenkampflogik und mit unvorstellbarer Hybris: „Unmittelbar nachdem Sie von uns fortgegangen waren – ich will diesen Schritt hier nicht weiter qualifizieren, um diesen Brief nicht übermäßig zu belasten –, war ich schon einmal zu einem Brief versucht, oder mehr, ich wollte Ihnen ein Paket schicken. Ich wollte all die Bücher, die Sie mir einmal geschenkt haben – Sie werden sich vielleicht erinnern, es waren gar nicht so wenige –, bündeln und Ihnen vor die Füße werfen.“ Er hoffe, „Sie könnten doch noch zur Vernunft kommen“.

Hatte Kant so früh seine zweifelsohne vorhandene Formulierkunst in den Dienst gestellt? Satzbau für den Sozialismus? Dieses Dokument aus dem Jahr 1958 scheint eine Art kantscher Urtext zu sein: eitel und willfährig. Jahrzehnte später findet sich in den Interviews Kants zu dieser „Sache“, die ja ein Mensch war, ein erstaunlicher Satz: „Ich weiß nicht, wie oft ich die

BERTHOLD STADLER / DDP IMAGES

Redner Kant 2011*
„Kommt Zeit, vergeht Unrat“

* Am Grab der Schriftstellerin Eva Strittmatter.

Verdienste von Kantorowicz herausgestrichen habe. Ich mochte ihn.“

Fast 20 Jahre nach der Flucht des Literaturprofessors wurde Wolf Biermann nicht mehr in die DDR gelassen, andere Künstler „werden gegangen“, wie damals gesagt wurde. Wer sich mit Biermann solidarisierte, geriet selbst unter Druck. Der Konflikt Geist gegen Macht ging in eine neue Runde. Am 23. Mai 1979 vermeldete die Nachrichtenagentur ADN, dass gegen den „Bürger Stefan Heym“ vom Stadtbezirksgericht Berlin-Köpenick „wegen Verstoßes gegen das Devisengesetz der DDR eine Geldstrafe in Höhe von 9000 Mark“ ausgesprochen wurde. Der Schriftsteller Stefan Heym, wie Kantorowicz einst ein Mann des Widerstands gegen die Nazis, hatte einen Roman im Westen veröffentlicht, weil der im Osten nicht gedruckt worden war. Deshalb die Strafe für das Devisenvergehen. Mehrere Autoren der DDR protestierten mit einem „offenen Brief“ gegen die Gängelung Heyms, gegen die „Zensur“. Im „Neuen Deutschland“ erschien ein Brief des Schriftstellers Dieter Noll, an den „sehr verehrten Genossen Erich Honecker“, in dem die Protestierenden und Heym gleichermaßen als „Gegner“ und „kaputte Typen“ bezeichnet wurden, die „emsig“ mit dem Klassenfeind kooperieren.

Kant war seit 1978 Schriftstellerpräsident, er lavierte, er wollte die Gemüter besänftigen, seinen Verband retten. Doch zuletzt zückte er wieder die Messersätze. Am 30. Mai 1979 redete er im Vorstand des Schriftstellerverbands: „Der Ausdruck ‚Zensur‘, Herrschaften, ist besetzt; belesenen Leuten muss das nicht erläutert werden. Wer die staatliche Lenkung und Planung auch des Verlagswesens Zensur nennt, macht sich nicht Sorgen um unsere Kulturpolitik – er will sie nicht.“ Einen Tag später erschien die Rede Kants im „Neuen Deutschland“, dessen Untertitel man in diesem Zusammenhang noch einmal nennen muss: „Organ des Zentralkomitees“. Kant war vom Abdruck überrascht.

Am 7. Juni 1979 wurden neun Autoren aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen. Heym konnte nur noch in Kirchen öffentlich lesen. Zwei Ostberliner Schüler, 15 Jahre jung, besuchten am 15. Juni 1979 eine Lesung Heyms in der Kirche von Eichwalde bei Berlin. Ein „Vorkommnis“. Am Tag darauf wurden in der Schule Versammlungen abgehalten. Wir sollten bereuen, wir taten es nicht. Der Staatssicherheitsdienst leitete ein Schulermittlungsverfahren ein – wegen des Hörens der „falschen“ Literatur. Nach dem Protest von Eltern und Kirchen wurde ein Schulrausschmiss revidiert.

Acht Jahre später, 1987, warb Kant öffentlich für die Rückkehr der Ausgeschlossenen in den DDR-Schriftstellerverband: „Was wir damals beschlossen haben, den Abschied von einer Reihe von Kollegen, ihren Ausschluss, das muss ja nicht für die Ewigkeit gelten. Ich glaube, es gehört in diese Zeit, dass wir sagen: Der Verband hat eine offene Tür.“

Die Reaktion war reserviert. Günter Kunert antwortete: „Es klingt mir so, als öffne nun die Kirche ihre Tore für die verlorenen Schäfchen, unter der Voraussetzung, dass sie ihre ketzerischen Gedanken jetzt einstellten. Im Übrigen hätte es Herr Kant doch sehr einfach gehabt. Er hat ja zehn Jahre Zeit gehabt, uns, die hier lebenden Autoren, aufzusuchen. Das ist nicht geschehen.“

Aber wenn Kant etwas nicht konnte, dann ist es um Verzeihung bitten. Er ist verfangen in der Logik des Klassenkampfs. Und die beschrieb er 2007 so: „Wenn wir den Feind nicht bändigen, bringt er uns um. Klingt primitiv, war jedoch ungeheuer wirksam.“

Der Herbst 1989 beendete seine politische Laufbahn. Er wurde nun alle Funktionen los, die ihm so viel Einfluss verschafft hatten. Er rechtfertigte sich. Er schrieb Bücher, aber er empfand es offensichtlich nicht als Befreiung, nur noch Autor zu sein. Dabei erfuhr der Schriftsteller Kant erstaunliche Anerkennung. Marcel Reich-Ranicki hat Kants Roman „Der Aufenthalt“ aus dem Jahr 1977 als „Passionsgeschichte“ gelobt. Es ist die Geschichte eines deutschen Soldaten in polnischer Kriegsgefangenschaft. Mir aber, Kant würde schreiben: „uns“, hat er durch sein politisches Wirken den Zugang zu seiner Literatur verstellt.

Mich beschäftigt, wie einer den Menschen über die Sache vergessen konnte. Für mich ist Kant ein Mann ohne Demut, ein deutscher Raskolnikow, nur mit dem Unterschied, dass er, anders als der Protagonist in Dostojewskis „Schuld und Sühne“, seine Schuld nicht eingesteht. Dann aber greife ich zum „Aufenthalt“. Ich will mich nicht anstecken lassen von der Gnadenlosigkeit des Funktionärs und versuche es mit dem Schriftsteller. Ich lese mich fest, lasse diesen Antikriegsroman nicht mehr los, er erinnert mich an den „Überläufer“ von Siegfried Lenz. Kant aber verstehe ich nun noch weniger. Warum hat er es nicht beim Schreiben von Büchern belassen?

Nach einem Sturz ist Hermann Kant aus seinem Haus bei Neustrelitz in eine Wohnung in Neustrelitz gezogen, betreutes Wohnen. Er sieht schlecht, kann nicht mehr lesen. Die Buchautorin und Literaturredakteurin des „Neuen Deutschland“, Irmtraud Gutschke, spricht mit Kant. Und im zweiten Anlauf gelingt, was im ersten fehlschlug: Ja, man könne ihn anrufen. Kants Stimme ist anfangs schwer wiederzuerkennen, aber seine Gedanken sind klar.

SPIEGEL: Warum haben Sie es nicht beim Schreiben belassen?

Kant: Das ist eine Frage, die ich schon ein paarmal an mich selbst gerichtet habe, weil ich meine, ich hätte dann mehr ausrichten können als Schriftsteller. Aber es war sinnvoll angewendete Zeit. Als ich in diesen Verband reinkam, war das ein Haufen von artigen Jasagern, beziehungsweise

THOMAS HOEPKER / MAGNUM PHOTOS

Kant-Kontrahent Heym 1974: Kaputte Typen, die mit dem Klassenfeind kooperieren?

ADN-BILDARCHIV / ULLSTEIN BILD

Genossen Honecker, Kant 1983*: „Im besten Vertrauensverhältnis“

ein Haufen von hartgesottenen, durchs Leben gegangenen Emigranten, Remigranten beziehungsweise ehemaligen KZ- und Zuchthausinsassen und so weiter, die aber alle brav wurden, wenn ihnen ein Abgesandter der höheren Parteieinheit mitteilte, dies sei ein Beschluss. Dann sagten die: Aha, wenn’s ein Beschluss ist, dann wird es gemacht. Das wollte ich nicht, weil ich einfach sah, dass zu viel Unfug damit angerichtet wurde. Das können Sie aber nicht mit bitte, bitte machen. Das machte ich in einem Ton, der mir angebracht schien. Wobei ich eines noch mal betonen will: Es war keine Sache eines großen Vorhabens, es ergab sich so, so wie man im Roman allenfalls so reden kann, wenn man im Roman so reden soll, wenn der Roman so sein soll, so kann man da in solchen Organisationen auch nur eine Organisationssprache reden.

SPIEGEL: Sehen Sie nicht die Diskrepanz zwischen Ihrem Sprechen und Schreiben?

Kant: Wenn ich eine Eiswaffel kaufen will, rede ich ja auch anders, als wenn ich mein Testament mache. Ich wurde von meinen Kolleginnen und Kollegen ganz gut verstanden. Was aber mir noch fast wichtiger war, dass die Obrigkeit, Ihre und meine, mich verstand. Die erkannten in meiner Sprechweise einen, der wusste, was er machte. Im Roman ist es ganz anders, da hab ich ja ewig und drei Tage gesucht, ehe ich den richtigen Ton gefunden habe. Es ist meine Überzeugung für die Literatur, dass sie steht und fällt mit dem richtigen Ton, der gefunden wird oder nicht gefunden wird.

* Beim Schriftstellerkongress in Ostberlin.

SPIEGEL: Sie waren sehr hart gegenüber kritischen Geistern.

Kant: Ja und nein. Da würde ich Ihnen nicht ganz zustimmen. Hören Sie mal zu, ich hatte es mit lauter gestandenen Literaten zu tun, die ließen sich nicht durch ein oder drei Wörter in diese oder jene Richtung bringen. Wenn ich jemanden überzeugen wollte, dann musste ich in klaren Worten sagen, was ich wollte. Und das habe ich auch. Und ich glaube, im Großen und Ganzen ist mir das auch ausgelaufen, wie ich wollte. Denn aus diesem artigen Verein ist einer geworden, in dem man nichts, überhaupt nichts machen konnte, ohne eine Begründung dafür anzugeben.

SPIEGEL: Bereuen Sie, so viel Zeit mit Politik verbracht zu haben?

Kant: Doch, in dem Sinne, wie man etwas wohlfeil bereuen kann, nämlich ohne Folgen. Ich würde es nicht noch mal machen wollen, aber das war schon ganz vernünftig. Ich bin ein bisschen eingebildet auf ein paar Änderungen, die ich in diesem Verband durchgesetzt habe. Der wurde dann aus einem schon beschriebenen Herdenvorgang eine Abteilung dieser DDR-Gesellschaft, in der vieles mehr möglich war als vorher. Also, das Recht der freien Rede wurde bei uns bis zum Exzess ausgeübt.

SPIEGEL: Gibt es Dinge, die Sie heute gern ungeschehen gemacht hätten?

Kant: Das geht los mit den von Ihnen schon berührten Versammlungsgeschichten. Also der Heym war mir rundheraus gesagt nicht sehr sympathisch von Anfang an. Das war ein hervorragender Schriftsteller, daran habe ich keinen Augenblick gezweifelt. Also hat es mir auch immer ein bisschen wehgetan, dass ich ausgerechnet in ihm den Sprecher der Gegenseite hatte. Solche Sachen, davon gibt es vieles, aber das kann man leider nun nicht mehr ändern. Wir sagten früher: Das sind so Spesen des Kampfes. Das würde ich heute nicht mehr sagen, weil das zu leichtfüßig daherkommt, aber es waren Spuren dieses Kampfes.

SPIEGEL: Hatten Sie 1979, als die Auseinandersetzung im Schriftstellerverband eskalierte, den Eindruck, die DDR rücke aufs Ende zu?

Kant: Nein, nein, da hatte ich so ein Gefühl noch keineswegs. Da hatte ich allerdings ein ganz ausgeprägtes Gefühl, dass die Aufsplitterung des Verbandes und die Abwanderung des einen nicht ganz ungewichtigen Teiles in den Fürsprachebereich des Westens drohte. Da war ich absolut dagegen. Aber von irgendwelchen Dämmerstunden der DDR war in meinem Kopf nicht das Geringste.

SPIEGEL: Haben Sie 1990 persönlich als Niederlage erlebt?

Kant: Das war nicht auf den Augenblick beschränkt. Sehen Sie mal, ich muss noch einmal betonen, obwohl Ihnen das sicher nicht unbekannt ist, ich war ein überzeugter Erbauer der DDR, ich wollte die. Ich wollte sie zwar nicht so, wie sie dann geworden ist, aber ich wollte einen Sieg. Das alte Deutschland wollte ich nicht mehr. Es ist auch wahr, es war viel nicht in Ordnung, aber das war eben erreicht. So, und nun kam diese Geschichte, die für mich eine Rückkehr war in alte Verhältnisse, von denen ich gemeint hatte, die liegen nun hinter uns.

Wir kommen auch auf den Brief an Alfred Kantorowicz aus dem Jahr 1958 zu sprechen, der sich in der Akte befindet, die die Stasi zu dem Professor angelegt hatte. Ja, eine Enttäuschung sei dessen Verlassen der DDR für ihn gewesen, sagt Kant am Telefon. Aber er habe diesen Brief nicht geschrieben. Nein und nochmals nein. Jemand anderes habe da einen „schleimigen Brief“ geschrieben, sagt Kant. „Es haben sich Leute Mühe gegeben, verwechsle dich zu spielen.“ Und: „Das ist, wenn Sie so wollen, das Infame daran, dass das logisch klingt. Ich habe damit nichts zu tun.“

Kant ist offenbar beunruhigt. Nach unserem Telefonat lässt er noch einmal ausrichten, dass er diesen Text nicht geschrieben habe. Da kämpft ein 90-jähriger Mann um sein Ansehen. Ein wenig Mitgefühl habe ich.

Ob ein Stasimann den Brief gefälscht hat, um jemandem etwas vorzugaukeln, lässt sich Jahrzehnte später nicht aufklären. Unter dem Text in der Akte steht in Schreibmaschinenschrift: „Ihr ehemaliger Schüler Hermann Kant“. ■

DENIS SINYAKOV / DER SPIEGEL

Putin-Kritiker Zipko in seiner Moskauer Wohnung: „Das Land leidet unter einem mangelnden Realitätssinn“

„Bereit, alles niederzubrennen“

SPIEGEL-Gespräch Der Moskauer Philosoph Alexander Zipko war unter Gorbatschow ein Vordenker der Perestroika. Heute glaubt er, dass Russland in die Hände verrückt gewordener Patrioten gefallen ist.

Zipko, Jahrgang 1941, arbeitet im Institut für internationale Wirtschaft und Politik an der Russischen Akademie der Wissenschaften. In den Achtzigerjahren gehörte er zur Perestroika-Bewegung um Michail Gorbatschow. Zipko war wegen seiner Sympathien für die polnische Solidarność vom KGB observiert worden und hat auch in Japan und den USA gearbeitet. Gorbatschows Nachfolger Boris Jelzin bot ihm mehrfach Ministerposten an, die Zipko wegen dessen gewaltsamen Vorgehens gegen die Opposition ablehnte. Die Übernahme des Präsidentenamts durch Putin begrüßte er, heute ist er einer der schärfsten öffentlichen Kritiker des Kreml.

SPIEGEL: Alexander Sergejewitsch, in einer Umfrage sagt mehr als die Hälfte der Russen, ihr Land gehöre nicht mehr zu Europa. Überrascht Sie das?

Zipko: Nein. Das ist ein Beleg für jene geistige Krise, in der sich Russland gegenwärtig befindet. Selbst zu sowjetischer Zeit verstanden die Menschen: Russland ist Teil der westlichen Zivilisation. Damals wurden bei uns nicht – wie heute – Westen und Osten gegenübergestellt, sondern Kapitalismus und Kommunismus. Und der Marxismus als angeblich fortschrittliche Idee war ja aus dem Westen gekommen. Jetzt ist dieser Westen laut offizieller Propaganda unser Feind. Und die meisten akzeptieren das. Wir Russen sind leichtgläubig und beeinflussbar. Es gibt russische Philosophen, die sagen, es fehle uns die Fähigkeit zum eigenständigen Denken.

SPIEGEL: Viele russische Denker haben die Zukunft ihres Landes immer mit dem Westen verbunden.

Zipko: Es gab auch nach 1991 dieses Bedürfnis, diesen großen Wunsch, wieder Teil der westlichen Welt zu werden, die Selbstisolation und den Kalten Krieg hinter sich zu lassen. Dann kamen die Bombardierung Belgrads und der Krieg im Irak, mit beiden Ereignissen wuchs die antiwestliche Stimmung. Trotzdem strebten und streben die Russen weiter nach einem westlichen Lebensstandard: Wohlstand, eine ordentliche Wohnung, ungehindertes Reisen, Recht auf Emigration. Sie schätzen also westliche Werte, nur den Wert der individuellen Freiheit erkennen sie nicht. Es wird ihnen auch nach wie vor eingeredet, dass das Wohl des Landes über allem stehe, die Bedürfnisse des Einzelnen nicht wichtig seien. Dass man zuallererst russischer Patriot sein müsse, weil Russland angeblich wieder mal eingekreist und auf sich allein gestellt sei. Und viele glauben an die verlogene Theorie von der besonderen russischen Zivilisation, zu der Russland jetzt angeblich zurückgekehrt sei und in der das Materielle wie auch die individuelle Freiheit keine große Rolle spielen – dafür umso mehr Gott, Staat und Familie. Diese Theorie gründet sich vor allem auf Konstantin Leontjew, einen religiös-konservativen Philosophen des 19. Jahrhunderts.

SPIEGEL: Ein Vorläufer Nietzsches.

Zipko: Leontjew meinte, dass die westliche Freiheit eine Sünde sei. Es gibt bei ihm sogar den schrecklichen Gedanken, niemand könne sagen, wo der Mensch glücklicher sei – in einem despotischen Staat oder in einem freiheitlichen. Russland hat begonnen, die übrige Welt als Antiwelt zu sehen: Wir lehnen jetzt nicht nur den

SASHA MORDOVETS / GETTY IMAGES

Präsident Putin mit Schülern in Sotschi: „Er scheint persönlich beleidigt zu sein, und das hat seine Komplexe aktiviert“

Westen ab, sondern auch dessen Humanismus.

SPIEGEL: Putin spricht von der westlichen Dekadenz, betont den russischen Konservatismus und beruft sich dabei auf angesehene russische Philosophen. Der Sinn des Konservatismus bestehe darin, die Rückkehr in die „chaotische Finsternis“ zu verhindern.

Zipko: Das sagt auch Russlands orthodoxer Patriarch Kirill. Aber die Idee einer besonderen russischen Zivilisation und Moral, die der des Westens überlegen sei, ist weder besonders christlich, noch stimmt sie. Christus lehrte, dass alle Völker gleich seien. In der Idee der besonderen russischen Zivilisation hingegen kann man Elemente des Rassismus finden. Tatsächlich verbergen sich hinter der antiwestlichen Stimmung die ewig russischen Probleme.

SPIEGEL: Welche meinen Sie?

Zipko: Diesen russischen Maximalismus beispielsweise, also die Devise: alles oder nichts. Russland leidet unter einem mangelnden Realitätssinn. Es hat ein nur schwach ausgeprägtes Rechtsempfinden. Die Verteilung von Gütern wird für wichtiger gehalten als ihre Produktion. Und vor allem ist das Land nicht in der Lage, die Gründe des eigenen Elends zu analysieren. Russen suchen Fehler immer bei anderen, nie bei sich selbst. All diese traditionellen Mängel des russischen Nationalbewusstseins haben die Bolschewiki in ihrer Revolution 1917 ausgenutzt. Die war weniger ein Drang zur Freiheit als eher ein Wunsch zur Destruktion. Die Russen von heute sind nicht viel weiter als die Bauern zur Zeit der Revolution. Sie sind enttäuscht darüber, dass der schnelle Anschluss an Europa nicht gelang. Und verändern nun einfach ihre Sicht auf jene Welt, die sie an ihre Unvollkommenheit erinnert. Mit Wahrheit und Wirklichkeit hat das nichts zu tun. Dazu gehört auch der Umgang mit der eigenen Geschichte. Die orthodoxe Kirche beispielsweise will nicht, dass die Russen mehr über Stalins Verbrechen erfahren. Sie sagen: Das würde die Russen entmutigen und ihren Glauben an sich selbst zerstören.

SPIEGEL: Viele Russen kommen tatsächlich mit dem neuen Europa nicht zurecht: mit dem multikulturellen Leben dort, mit dem – wie sie sagen – gottlosen Liberalismus. Haben sich beide Seiten entfremdet?

Zipko: Dass das heutige Russland religiöser und näher an Gott sein soll als Westeuropa, ist ein Mythos. Lediglich fünf bis sechs Prozent der Russen sind Kirchgänger, weniger als in den meisten katholisch oder protestantisch geprägten Ländern. Die Tragödie des heutigen Russland besteht darin, dass es den Westen wegen dessen angeblicher Ungläubigkeit und der Aufgabe traditioneller Werte kritisiert, aber selbst nicht an grundsätzliche christliche Werte glaubt. Die Zahl der Abtreibungen ist hoch. Der Kirchenführer Kirill wird nur von sehr wenigen als moralische Autorität wahrgenommen. Die Hälfte aller Russen verehrt immer noch Stalin, einen Mann, der Millionen Menschen ermorden ließ.

SPIEGEL: Eine Flucht in die Russifizierung gab es in Russlands Geschichte schon oft: unter Nikolai I. und Zar Alexander III. oder nach 1945. Ist das auch jetzt ein vorübergehender Prozess?

Zipko: Wenn ich ehrlich bin: Bislang finde ich keine Argumente dafür, dass wir da wieder herauskommen. Und das ist fürchterlich. Die Revolution vor fast hundert Jahren hat große Teile unserer Intelligenz vernichtet, das Land ist genetisch verändert worden. 70 Jahre lang hat man uns abgewöhnt, Verantwortung zu übernehmen. Und wegen der bis dahin hohen Ölpreise glaubten alle, der Staat habe den Wohlstand einfach nur zu verteilen, sie selbst müssten nichts tun. Nachkriegsdeutschland wurde von der Mittelschicht aufgebaut, auch in Japan war das so. In Russland ist sie bis heute nicht wiedererstanden.

SPIEGEL: Und was war Gorbatschows Perestroika? Ein historischer Ausrutscher?

Zipko: Ich war einer der Ideologen der Perestroika. Wir glaubten, die Russen würden ihre neuen Freiheiten nutzen. Aber später unter Jelzin wurde es versäumt, stabile demokratische Institutionen zu schaffen. So fiel der Staat in die Hände verrückter Patrioten, deren Denken militärisch

geprägt ist. Die schufen zwar auf ihre Art Stabilität, aber sie führen auch den Krieg gegen die Ukraine und verlangen, der Russe müsse bereit sein, für die Würde Russlands zu sterben. Würde gründet sich aber nicht auf Panzern, sondern auf gegenseitiger Achtung und Wertschätzung.

SPIEGEL: Russland solle sich, so heißt es in der Propaganda, erheben. Eigenartigerweise ist dabei nur die Außenpolitik gemeint. Die Modernisierung des Landes ruht: Man könne nicht beides tun, geopolitisch wieder eine Rolle spielen und gleichzeitig das Land im Innern umbauen.

Zipko: Eine große Dummheit. Schon im zaristischen Russland entsprach der Zustand im Inneren nicht der äußeren Größe des Landes und seinen Ambitionen. Auch die Sowjetunion ging an diesem Widerspruch zugrunde. Wir besaßen die Hälfte der weltweiten Ackerfläche mit Schwarzerde und konnten trotzdem das Volk nicht ernähren. Außenminister Lawrow fordert nun, den Gürtel enger zu schnallen. Aber die USA sind wirtschaftlich immer noch 14-mal stärker als Russland.

SPIEGEL: Trotzdem glaubt Russland, attraktiv genug für all jene zu sein, die nicht dem amerikanischen Modell folgen wollen. Tatsächlich aber hat sich die Ukraine abgewandt, sogar Satelliten wie Kasachstan und Weißrussland gehen auf Distanz.

Zipko: Und kaum jemand, der jetzt aus dem Nahen Osten flüchtet, kommt zu uns. Das Gerede über die russische Zivilisation, die nicht das Materielle in den Vordergrund stellt, ist Unfug. Früher haben wir den Völkern der Welt zeigen wollen, wie man den Kommunismus aufbaut. Jetzt sagen wir: Wir sind von Gott erschaffen, um eine antiwestliche Welt zu begründen, in der Ehre, nationale Würde und Tapferkeit wieder die höchsten Werte sind und in der alle von Russland reden. Aber wir bauen nichts Bedeutendes auf, niemand auf der Welt redet von russischen Errungenschaften.

SPIEGEL: Der „russische Frühling“ begann 2014 mit der Heimholung der Krim. Sie stammen aus Odessa in der Ukraine. Was hat Russland, abgesehen von der Krim, mit dem Ukrainekrieg erreicht?

Zipko: Mich hat 1991 der Zerfall der sowjetischen Welt sehr getroffen: Meine Heimatstadt Odessa war neben Moskau und St. Petersburg die dritte Hauptstadt im Zarenreich. Aber nur ein Irrer kann das heute wiederherstellen wollen. Der russische Philosoph Iwan Iljin hat Stalin 1949 vorgeworfen, er habe sich die Länder Osteuropas einverleibt und so die Zahl der unversöhnlichen Feinde Russlands vergrößert. Und so ist es auch heute: Wir haben nur noch Feinde an unserer Peripherie. Da ist Polen, wo man anders als in Russland eben nicht die vierte Teilung des Landes, diesmal durch Stalin, vergessen hat. Da ist das Baltikum, wo nach dem Anschluss an die UdSSR 1940 ein Großteil der Intelligenz umkam oder nach Sibirien deportiert wurde. Und da ist die Ukraine. Sogar die Türkei ist nun antirussisch.

SPIEGEL: Im Osten der Ukraine sind viele Russen gefallen, die aufseiten der Separatisten kämpften. Sie starben angeblich für die Verteidigung der „russischen Welt“.

Zipko: Auch das ist ein Mythos. Viele junge Leute glaubten wirklich, dass sie Russland retten, man kann sie nicht einfach verurteilen. Da spielt auch Ritterlichkeit hinein, russische Leichtgläubigkeit, Fügsamkeit und Beeinflussbarkeit. Schuld hat auch unser Fernsehen, das den Aufstand des Donbas heroisiert. Es hat zum Tod vieler Russen beigetragen, die Propaganda im Fernsehen war ein Aufruf zum Sterben.

SPIEGEL: Sogar die russischen Intellektuellen überbieten sich mit martialischen Äußerungen. Ein bekannter Politologe hat in einer Talkshow einem Amerikaner ins Gesicht gesagt: „Wir werden euch noch zum Teufel bomben.“ Und ein berühmter Filmemacher hat verlangt, eine Atombombe auf Istanbul zu werfen, weil die Türkei sich mit Russland anlegt.

Zipko: Neulich bei einer Taxifahrt erkannte mich der Fahrer, ich bin oft im Fernsehen, und sagte: „Ich verstehe nicht, warum Sie das dreiste Amerika verteidigen. Soll doch die gesamte Menschheit umkommen, wenn sie die Missgeburt Amerika duldet.“ Leute wie er mögen Putins Muskelspiele. Die Rehabilitierung Stalins kommt nicht von oben, sondern von unten. Unser Patriotismus ist meist aufgesetzt, hinter ihm verbergen sich Angst und Ungewissheit. Der Vizechef der Präsidialadministration sagt: „Solange es Putin gibt, gibt es auch Russland. Ohne Putin gibt es kein Russland.“

SPIEGEL: Welche Rolle spielt Putin wirklich?

Zipko: Nicht er ist das Problem, das Problem sind die russische politische Kultur und unser politisches System. Das hat nicht Putin geschaffen, es entspricht einfach unserer Tradition: Macht war in Russland schon immer uneingeschränkt und grenzenlos. In der Duma kann bis auf den unglücklichen Ilja Ponomarjow …

SPIEGEL: … der als Einziger gegen die Krim-Annexion gestimmt hat …

Zipko: … kein Deputierter aufstehen und etwas gegen den Kreml sagen. Hier zeigt sich das schiefe Verständnis von Kollektivismus, die Angst, sich abzusondern. Etwas anderes ist es, dass wir nun von den psychologischen Besonderheiten eines Mannes abhängen, der gern davon erzählt, wie er in der Kindheit auf einem Petersburger Hinterhof lernte, als Erster zuzuschlagen. Putin kommt aus Nordrussland. Das ist ein besonderer Menschenschlag, den Dostojewski als den „unterirdischen“, den aus dem Hintergrund agierenden, beschrieb. In ihm verbindet sich krankhafte Eigenliebe und die Bereitschaft, alles niederzubrennen. Der Westen hat die Besonderheiten der Psyche Putins nicht ernst genommen. Putin scheint persönlich beleidigt zu sein, und das hat seine Komplexe aktiviert. Die Tragödie besteht darin, dass die Menschheit davon abhängig geworden ist, wie dieser Mann auf die Herausforderungen des Westens reagiert.

SPIEGEL: Sie haben einmal geschrieben: Das Fürchterlichste am Schicksal der Russen ist, dass unser Leben vollkommen vom Zufall abhängt. Hat der nicht immer seine Hand im Spiel?

Zipko: Im Grunde ja. Aber die menschliche Zivilisation hat immer wieder Mechanismen hervorgebracht, die ihre Überlebenschancen vergrößerten. Die USA mögen den Krieg im Irak angezettelt haben, mit vielen Toten. Aber sie haben ein Verfassungsgericht, den Kongress, Instrumente zur Regelung lebenswichtiger Fragen. Die Deutschen haben ein politisches System aufgebaut, das ich für eines der besten in Europa halte. Tolstoi hat gesagt, mit jedem Jahr, das vergehe, lerne die Menschheit neue Mechanismen, mit denen man existenzbedrohenden Zufälligkeiten begegnen könne. Bei den Russen aber gibt es eine Gefahr: ihr schwacher Instinkt zur Selbsterhaltung.

SPIEGEL: Das müssen Sie erklären.

Zipko: Das menschliche Leben war uns stets wenig wert. Russische Heerführer haben nie über die Höhe ihrer Verluste nachgedacht. Die Generäle des Zaren und die Generäle Stalins handelten nach der russischen Redensart: „Man muss den Soldaten nicht bedauern, die russischen Weiber werden andere gebären.“

SPIEGEL: Russland ist nicht mehr im Krieg.

Zipko: Seit Beginn des neuen Jahrtausends lief es rund, der Wohlstand stieg, der Kontakt zum Westen war gut, die Leute waren zufrieden. Plötzlich wird das zerstört, es gibt wieder Selbstisolation und Kriegspsychose. Wir sollten das ernst nehmen.

SPIEGEL: Alexander Sergejewitsch, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

DENIS SINYAKOV / DER SPIEGEL

Zipko beim SPIEGEL-Gespräch*
„Wir bauen nichts Bedeutendes auf“

* Mit Katze und Redakteur Christian Neef.

Gestern links, heute rechts

Buchkritik *Der Soziologe Didier Eribon beschreibt in seinem Memoir „Rückkehr nach Reims“ den Niedergang Frankreichs.*

Autor Eribon

OLIVIER ROLLER / DIVERGENCE / STUDIOX

Eigentlich ist dieses Buch nur ein kleiner, autobiografischer Bericht. Ein Mann versucht den Tod seines Vaters zu verstehen und was er für ihn bedeutet, dazu kehrt er in die Stadt seiner Kindheit und Jugend zurück. Einer Zeit, die nicht glücklich war, deshalb ist er damals weggegangen, und die er nun noch einmal durchlebt. Das Buch „Rückkehr nach Reims“ des französischen Philosophen und Soziologen Didier Eribon, 62, ist schon vor sieben Jahren in Frankreich herausgekommen. Nun erscheint es endlich auf Deutsch. Vielleicht auch, weil Eribon hierzulande längst nicht so bekannt ist wie in seiner Heimat. Und doch könnte der Zeitpunkt kaum besser sein.

Denn es ist ein Buch über die Hintergründe der französischen Krise, und vieles von dem, was heute die Nachrichten dominiert, kommt vor in diesem hellsichtigen Bändchen. Die Schüler, die sich in linken Gruppen organisieren, den Kapitalismus stürzen wollen und von der Polizei verprügelt werden. Die Arbeiterschaft, die sich zu großen Teilen von der Linken abgewendet hat und den Front National wählt. Die Elite, die in ihrer eigenen Welt lebt und auf wenig mehr als Sicherung ihrer Herrschaft bedacht ist. Nur die schwer bewaffneten Sicherheitskräfte fehlen, die nach den Anschlägen in den Straßen patrouillieren – aber damit war 2009 wirklich nicht zu rechnen.

„Rückkehr nach Reims“ beschreibt die Ratlosigkeit der liberalen, großstädtischen Milieus im Umgang mit der rückständigen, abgehängten, rechts wählenden Provinz. Hellsichtig und düster, wütend und brillant. Es ist ein Buch über das Auseinanderbrechen der Fünften Republik.

Eribon ist Professor für Soziologie in Amiens und hat in Berkeley und Cambridge gelehrt. Er war Freund und Vertrauter von Michel Foucault und hat eine viel beachtete Biografie über den Philosophen geschrieben. Er ist einer der wichtigsten schwulen Intellektuellen des Landes. Seine Bücher werden dort im Fernsehen besprochen. Leute wie Eribon nennt man in Frankreich Meisterdenker.

Er kommt aus Reims in Nordfrankreich, bekannt durch Champagner und die Kathedrale. Gleichzeitig aber einst eine Arbeiterstadt, die früher mal in der Hand der Kommunistischen Partei war und heute eine Hochburg des Front National ist. Wie Eribons Familie – früher waren sie Kommunisten, heute wählen sie den FN.

„Rückkehr nach Reims“ beginnt in den Tagen nach der Beerdigung seines Vaters, eines Mannes, den Eribon gehasst hat. Er ist gekommen, um seine Mutter zu sehen. Sie zieht eine Kiste mit alten Fotos hervor. Und auf einmal hat er seine Kindheit und Jugend wieder vor sich, die ergreifende Geschichte seiner Familie, mit der er gebrochen hat, um der zu werden, der er ist. Die Großmutter war eine harte, unstete Frau, die früh Kinder bekam und wohl mit vielen Männern Affären hatte – darunter auch ein deutscher Offizier, so ging wenigstens das Gerücht, deshalb wurden ihr nach dem Kriegsende die Haare geschoren. Ihre Tochter, Eribons Mutter, war eine Weile in einem Heim und später in verschiedenen Familien als Hausmädchen untergebracht. Sie versuchte mehrmals, sich fortzubilden, es klappte nicht, also ging sie putzen. Mit harter Arbeit in einer Fabrik ermöglichte sie ihrem Sohn sein Studium – das dazu führte, dass er begann, sie zu verleugnen.

Der Vater war ein kommunistischer Hilfsarbeiter, der geheiratet hatte, weil er musste, und manchmal tagelang von zu Hause wegblieb. Eribon selbst schloss sich als Schüler einer trotzkistischen Gruppe an und begann mit der Marx-Lektüre seinen Abschied vom Proletariat. Ohne sein schwules Coming-out, schreibt er, wäre er heute vielleicht ein rechtsradikaler Metzger wie sein Bruder.

Warum wählen Leute, die jahrzehntelang Kommunisten waren, heute den Front National? Wieso muss man als Arbeiterkind schwul sein, um Professor zu werden?

Eribons Frankreich ist eine starre Klassengesellschaft, in der Bildung, Beruf und Essen, sogar das Gespräch auf der Straße, immer von Macht handeln, vom endlosen Kampf um den gesellschaftlichen Status. Und es ist das Land, in dem die Linke rundum versagt hat. Moskautreu und dumm habe die KP dabei zugesehen, wie die Welt sich veränderte und die Leute zur Rechten gewechselt seien. Die 68er seien nicht besser gewesen, sie hätten auf die Minderheiten- und Identitätspolitik gesetzt, darüber erst den Klassenstandpunkt vergessen und dann begonnen, die kleinen Leute zu verachten. Diese wiederum hätten das scheinbar Fremde noch nie leiden können, weder Schwule noch Araber. Nur das Wir-gegen-sie-Gefühl habe die französische Arbeiterschaft zusammengehalten. Dafür sei die KP gut gewesen. Und dafür seien nun die Rechten gut.

Natürlich können sich die Straßenkämpfe, die das Land gerade in Atem halten, auch als französische Folklore erweisen. Als Ritual, das dieses revolutionsverliebte Land regelmäßig durchlaufen muss.

Es wird ungemütlich. So oder so.

Tobias Rapp

Didier Eribon
Rückkehr nach Reims
Aus dem Französischen von Tobias Haberkorn. edition suhrkamp, Berlin; 240 Seiten; 18 Euro.

Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) **E-Mail** spiegel@spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR
Klaus Brinkbäumer (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE
Susanne Beyer, Dirk Kurbjuweit, Alfred Weinzierl

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* René Pfister, Michael Sauga, Christiane Hoffmann (stellv.). *Redaktion Politik und Wirtschaft:* Dr. Melanie Amann, Sven Böll, Markus Dettmer, Horand Knaup, Ann-Katrin Müller, Ralf Neukirch, Cornelia Schmergal, Christoph Schult, Anne Seith, Britta Stuff, Gerald Traufetter, Wolf Wiedmann-Schmidt. *Autoren, Reporter:* Markus Feldenkirchen, Konstantin von Hammerstein, Marc Hujer, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

DEUTSCHLAND *Leitung:* Cordula Meyer, Dr. Markus Verbeet, Annette Großbongardt (stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Meldungen). *Redaktion:* Laura Backes, Michael Fröhlingsdorf, Hubert Gude, Charlotte Klein, Petra Kleinau, Guido Kleinhubbert, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Miriam Olbrisch, Andreas Ulrich, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Jan Fleischhauer, Gisela Friedrichsen, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrep, Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig. *Redaktion:* Sven Becker, Markus Deggerich, Maximilian Popp, Sven Röbel, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren, Reporter:* Stefan Berg, Martin Knobbe, Jörg Schindler

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Susanne Amann (stellv.), Markus Brauck (stellv.). *Redaktion:* Simon Hage, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Simone Salden, Jörg Schmitt. *Autoren, Reporter:* Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Britta Sandberg, Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Mathieu von Rohr (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Katrin Kuntz, Jan Puhl, Sandra Schulz, Samiha Shafy, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Clemens Höges, Ralf Hoppe, Susanne Koelbl, Dr. Christian Neef (Moskau), Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Katrin Elger, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Sebastian Hammelehle (stellv.). *Redaktion:* Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Anke Dürr, Ulrike Knöfel, Tobias Rapp, Daniel Sander, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Dr. Martin Doerry, Wolfgang Höbel, Thomas Hüetlin, Dr. Joachim Kronsbein, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann, Marianne Wellershoff

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Guido Mingels (stellv.). *Redaktion:* Fiona Ehlers, Özlem Gezer, Hauke Goos, Maik Großekathöfer, Barbara Hardinghaus, Maren Keller, Ansbert Kneip, Dialika Neufeld, Bettina Stiebel, Jonathan Stock, Takis Würger. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Alexander Osang, Cordt Schnibben, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Rafael Buschmann, Lukas Eberle, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Dr. Susanne Weingarten (stellv.); *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Eva-Maria Schnurr

KOORDINATION INVESTIGATIV Jürgen Dahlkamp (juergen_dahlkamp@spiegel.de), Jörg Schmitt (joerg_schmitt@spiegel.de)

KOORDINATION MEINUNG Markus Feldenkirchen, Christiane Hoffmann

MULTIMEDIA Jens Radü; Alexander Epp, Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Riedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Anke Jensen (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block; Christian Albrecht, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Ursula Junger, Sylke Kruse, Maika Kunze, Katharina Lüken, Stefan Moos, Reimer Nagel, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

PRODUKTION Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michaela Herold (Ltg.), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz

E-Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 212 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Jens Kuppi, Reinhilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Louise Jessen, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm
Sonderhefte: Rainer Sennewald

TITELBILD Suze Barrett, Arne Vogt; Svenja Kruse, Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Benrather Straße 8, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Martin Hesse, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Anna Clauß, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Jan Friedmann, Büchsenstraße 8/10, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. +1 617 9452531

BRÜSSEL Peter Müller, Christoph Pauly, rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, Fax 2311436

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Christoph Scheuermann, 26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel. +44 203 4180610, Fax +44 207 0929055

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. +34 650652889

MOSKAU Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61, Fax 22849-62

NEW YORK Philipp Oehmke, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. +1 212 2217583, Fax 3026258

PARIS Julia Amalia Heyer, 12 Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. +33 1 58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P. O. Box 170, Peking 100101, Tel. +86 10 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. +55 21 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Thomas Schulz, 1 Post Street, Suite 2750, San Francisco, CA 94104, Tel. +1 212 2217583

TEL AVIV Nicola Abé, P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. / Fax +972 3 6835339

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Asagaya Minami 2-31-15 B, Suginami-ku, Tokio 166-0004, Tel. +81 3 6794 7828

WARSCHAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warschau, Tel. +48 22 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Gordon Repinski, Holger Stark, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. +1 202 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Susmita Arp, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilkens, Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Dr. Vassilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

LESER-SERVICE Dr. Michael Plasse

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen:
Dr. Michael Plasse

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 70 vom 1. Januar 2016
Mediaunterlagen und Tarife:
Tel. 040 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Verantwortlich für Vertrieb:
Stefan Buhr

Verantwortlich für Herstellung:
Silke Kassuba

Druck:
Stark Druck, Pforzheim

FSC MIX Papier FSC® C008208

VERLAGSLEITUNG Jesper Doub, Dr. Michael Plasse

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel

INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS no 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: German Language Publications Inc, 153 S Dean St, Englewood NJ 07631, 1-855-457-6397. Periodicals postage is paid at Paramus NJ 07652. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631.

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: 040 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Hinweise für Informanten
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort „Investigativ“
E-Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können.
Der dazugehörende Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: 040 3007-2687 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte, Fotos, Grafiken
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: 040 3007-2869 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland: The New York Times Syndicate
E-Mail: Lara.Takenaga@nytimes.com Tel.: +1 212 556-5119

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 228,80
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl. sechsmal UNI SPIEGEL
Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland
Mengenpreise auf Anfrage.
Der digitale SPIEGEL: 52 Ausgaben € 202,80
(der Anteil für das E-Paper beträgt € 171,60)
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Kundenservice Persönlich erreichbar
Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 4,40 pro gedruckte Ausgabe
❑ für € 3,90 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 3,30)
❑ für € 0,50 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,48) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar. Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

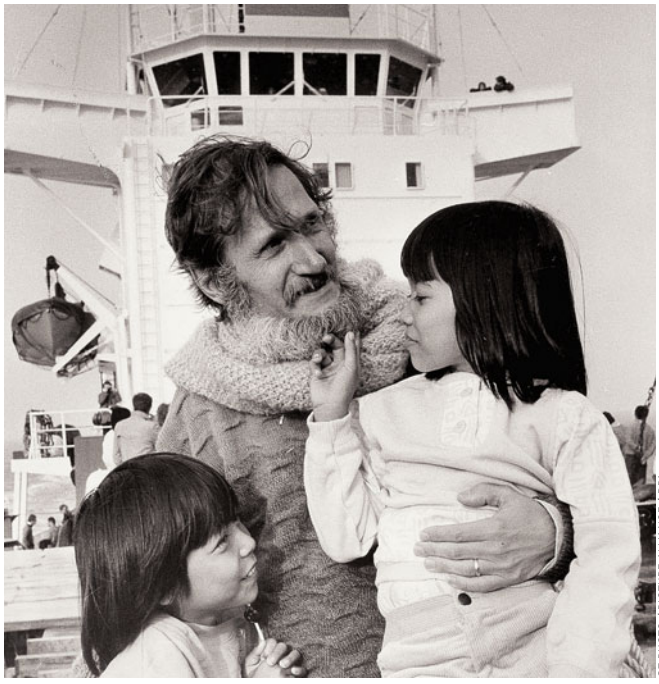
PLZ, Ort

E-Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.
Hinweise zu den AGB und meinem Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP16-003, SD16-006
SD16-008 (Upgrade)


SZ PHOTO / PICTURE ALLIANCE / DPA

RUPERT NEUDECK, 77

„Radikal sein, das heißt nicht feige und nicht opportunistisch sein“, sagte er in einem Interview. Er selbst hat viel für seine Ideale riskiert. Der Journalist und Friedensaktivist verpfändete sein Haus und warb eineinhalb Millionen Mark Spendengelder ein, um mit Unterstützung des Schriftstellers Heinrich Böll vietnamesischen Flüchtlingen zu helfen.

Zwischen 1979 und 1982 rettete seine Organisation mit dem Frachter „Cap Anamur“ 11 000 „Boatpeople“ aus dem Südchinesischen Meer und brachte sie nach Deutschland – auch gegen behördliche Widerstände. „Es kann nicht wichtig sein, sich eine Erlaubnis zu holen, um Ertrinkende zu retten“, sagte er.

Für den gebürtigen Danziger, der als Kind im Zweiten Weltkrieg mit seiner Familie vor russischen Truppen nach Nordrhein-Westfalen geflohen war, wurde das Engagement für Flüchtlinge und Entrechtete zu einer Lebensaufgabe. Er betrieb mit seinem „Komitee Cap Anamur“ auch Krankenhäuser in Ländern wie dem Sudan oder Afghanistan sowie Ambulanzen in Kolumbien und Äthiopien.

Auch während des Jugoslawienkriegs in den Neunzigerjahren organisierte er Hilfe für Vertriebene. Sein Motto: „Selbst anpacken und nicht erst lange auf den Staat warten“.

Er war ein Vorarbeiter der Solidarität und des Gemeinsinns. Oft stieg er nach Feierabend am Freitag ins Flugzeug, verbrachte das Wochenende in einem Krisengebiet und saß am Montag wieder an seinem Schreibtisch in der Redaktion des „Deutschlandfunks“. Seine Frau Christel und die drei Kinder sahen ihn öfter im Fernsehen als zu Hause im Wohnzimmer in Troisdorf bei Bonn.

Der Philosoph und Theologe, der mit einer Arbeit über „Politische Ethik bei Sartre und Camus“ promoviert wurde, galt als brillanter Krisenmanager, der es verstand, die Öffentlichkeit für die Arbeit von „Cap Anamur“ zu gewinnen. Sein Einsatz inspiriert bis heute Helfer weltweit. Als er 2002 bei Cap Anamur ausschied, hieß es, er habe die Organisation bisweilen kompromisslos geführt.

Ein Jahr später rief er, gemeinsam mit Aiman Mazyek, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime, die Grünhelme ins Leben – ein internationales, interreligiöses Friedenscorps. Der überzeugte Christ warb in seinen Texten bis zuletzt mit Verve für eine humane Flüchtlingspolitik. Rupert Neudeck starb am 31. Mai nach einer Herzoperation. pop

SIEGHARDT RUPP, 84

Erst als man dem in Bregenz aufgewachsenen Schauspieler anlässlich seines 85. Geburtstags nun in Wien eine Retrospektive mit den großen Filmen seines Lebens ausrichtete, kam heraus, dass er vor einem Jahr gestorben ist. Er selbst hatte sich gewünscht, dass man seinen Tod erst einmal verschweigt. Rupp wurde bekannt in eher lauten, grobianischen Rollen. Mit blitzenden Augen und schwarzem Vollbart ums energische Kinn spielte er 1964 den Schurken Esteban Rocco in Sergio Leones hinreißendem Western „Für eine Handvoll Dollar“. In diversen Italo-Gangsterdramen und in Alfred Vohrers Bestsellerverfilmung „Wer stirbt schon gerne unter Palmen“ (1974) bezauberte er durch dunklen Macho-Charme. Rupp hatte das Schauspielerhandwerk am Max Reinhardt Seminar in Wien gelernt, er erwarb sich

HGM-PRESS

auf der Theaterbühne viel Kritikerlob. Das große Publikum aber begeisterte und verstörte er in den Siebzigerjahren als sagenhaft viriler, fluchender und allzeit Frauen umgarnender „Tatort“-Fahnder Kressin in insgesamt sieben Folgen der Serie. Sieghardt Rupp starb am 20. Juli 2015 in Wien. höb

MARTIN SENN, 59

Selbstüberschätzung war ihm zuwider, mit seinem zurückhaltenden Führungsstil war Senn in der Schweizer Finanzelite eine Ausnahmeerscheinung. Schon 2002 äußerte er sich kritisch über die Schnelllebigkeit des Bankgeschäfts. Nach 26 Jahren bei den Großbanken UBS und Credit Suisse wechselte er 2003 in die Versicherungsbranche. Als Investmentchef der Zürich Versicherungsgruppe mied Senn allzu riskante Geschäfte und trug so dazu bei, den größten Schweizer Versicherungskonzern gut durch die Finanzkrise zu steuern. Nach seiner Berufung an die Konzernspitze 2009 agierte er weniger glücklich, die Probleme nahmen zu. Ende vergangenen Jahres musste Senn abrupt gehen. Über seinen früheren Finanzvorstand Pierre Wauthier sagte Senn nach dessen Suizid vor drei Jahren: „Selbst wenn man einen Menschen gut kennt und eng mit ihm zusammenarbeitet, sieht man leider nie ganz in ihn hinein.“ Martin Senn nahm sich am 27. Mai in Klosters/Graubünden das Leben. mhs

MELANIE DUCHENE / IMAGO

JANE FAWCETT, 95

Am 25. Mai 1941 nahm die Britin einen geheimen Funkspruch aus ihrer Dechiffrier-Maschine: Ein General von Hitlers Luftwaffe, so las sie dort, hatte angefragt, wie es seinem Sohn gehe, der auf einem Kriegsschiff diente. Der General erfuhr, der junge Mann sei wohlauf – und das Schiff auf dem Weg nach Frankreich. Jane Fawcett verstand Deutsch, und sie arbeitete für die Codeknacker der Regierung, die das Geheimnis der deutschen Verschlüsselungsmaschine Enigma gelüftet hatten. Die junge Frau erkannte sofort, dass es in dem Funkspruch um die „Bismarck“ ging. Am Tag zuvor hatte das mächtigste Kriegsschiff der Deutschen innerhalb weniger Minuten den Schlachtkreuzer „Hood“ versenkt, den Stolz der britischen Navy. Die Briten zogen nun einen Verband zusammen, um die „Bismarck“ zu jagen. Am 27. Mai sank sie nach Treffern britischer Torpedos im Atlantik. Jane Fawcett wurde nach dem Krieg Opernsängerin. Sie starb am 21. Mai in Oxford. ch

Frau mit Optionen

Auch wenn die Kritiken zu dem Blockbuster „X-Men: Apocalypse“ mäßig ausfielen, für die amerikanische Schauspielerin **Olivia Munn,** 35, war ihr Auftritt als Mutant „Psylocke“ der Durchbruch. Die Bilder von ihr in einem Latex-Bodysuit gingen um die Welt, die Presse reißt sich um Interviews mit ihr. Die Tochter vietnamesisch-englisch-deutschstämmiger Eltern, die vor ihrer Hollywoodkarriere als Model und TV-Moderatorin arbeitete, genießt den Rummel um ihre Person sichtlich. Auch intime Themen bespricht sie öffentlich: Bereits „vor Jahren“ habe sie eine ganze Reihe von Eizellen einfrieren lassen. „Jede Frau sollte über diese Möglichkeit unterrichtet sein und sie in Anspruch nehmen, wenn sie möchte“, sagte Munn jetzt dem „Sunday Telegraph“. Sie selbst habe sich vor allem deswegen für die Methode entschieden, weil in ihrer Familie Krebserkrankungen häufig vorkämen. Für den Fall einer Chemotherapie habe sie mit ihren eingefrorenen gesunden Eizellen nun dennoch die Option auf eine Zukunft mit Kindern. red

VINCE FLORES / STARTRAKS PHOTO / ACTION PRESS

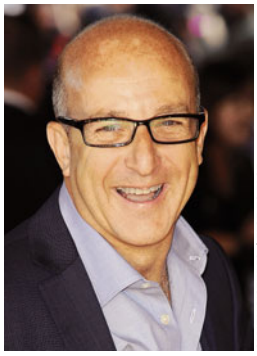
KCNA / REUTERS

Viel Qualm um Kim

Der nordkoreanische Regierungschef **Kim Jong Un,** wahrscheinlich inzwischen 33 Jahre alt, positioniert sich wieder mal als großes Vorbild: Er hat das Rauchen aufgegeben – jedenfalls in der Öffentlichkeit. Seit über zwei Monaten, so vermeldet es die „Times“, hat sich Kim nicht mehr mit Zigarette gezeigt, ein Accessoire, mit dem er sich bisher häufig fotografieren ließ. Eine staatliche Kampagne gegen den Nikotinkonsum gibt es schon länger. Jetzt meldete eine nordkoreanische Zeitung, Tabak sei nicht länger geeignet, „persönliche Vorlieben“ oder „Stil“ auszudrücken. In Nordkorea soll es 14 Zigarettenfabriken geben. Kims Lieblingsmarke war (oder ist) die prestigereiche Sorte „7.27“, benannt nach dem 27. Juli 1953, an dem der Koreakrieg endete. Laut einer offiziellen Statistik aus Pjöngjang rauchen 44 Prozent aller Männer und interessanterweise null Prozent der weiblichen Bevölkerung eines Landes, in dem es als unschicklich gilt, wenn Frauen rauchen. Na, klar. ks

Mach mich reich!

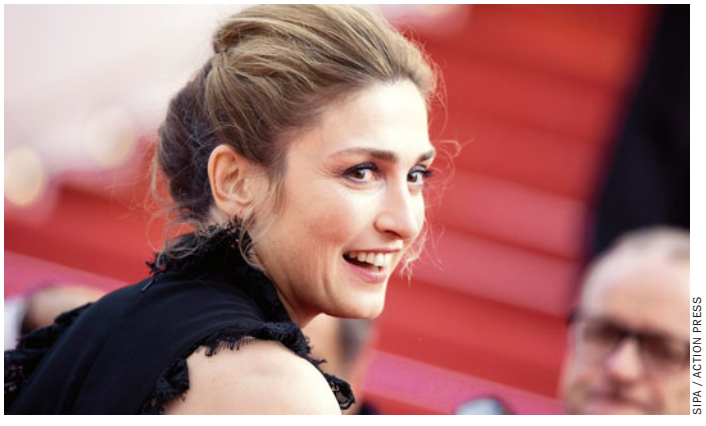
Der britische Autor **Paul McKenna,** 52, auch berühmt als TV-Hypnotiseur, lebt in schönster Harmonie mit den Botschaften seiner Ratgeberbücher. Der Verfasser so eingängiger Titel wie „Ich mach dich schlank!“ oder „Ich mach dich glücklich!“ – inklusive Hypnose-CD im Handel – hält sich an sein Buch „Ich mach dich reich!“. McKenna hat in den USA einen Vertrag über umgerechnet neun Millionen Euro mit dem Verlag Hay House abgeschlossen. Für die Summe soll McKenna, der als Radiomoderator sein Berufsleben begonnen hat, ein Jahr lang jeden Monat einen neuen Ratgeber liefern. Das erste Buch soll den Titel tragen „Freedom from Emotional Eating“ (als deutscher Titel böte sich an „Freiheit vom Frustfraß“). Andere Angebote lauten: „Change Your Life in 7 Days“ oder „I Can Make You Smarter“. Mit dem Deal hat sich McKenna in die Liga der bestbezahlten Autoren katapultiert. Ziemlich smart. ks



CAPITALPICTURES / FACE TO FACE

Madame PR

Die Kommunikationsstrategen von Frankreichs sozialistischem Staatschef François Hollande setzen auf eine neue Geheimwaffe: **Julie Gayet,** 44, Schauspielerin und bislang eher diskrete Lebenspartnerin des Präsidenten. Hollande gilt als der unpopulärste Präsident der Fünften Republik, dennoch signalisiert er recht deutlich, im Frühjahr 2017 für eine zweite Amtszeit antreten zu wollen. Nun soll Gayet mit ihrer „natürlichen Art“ Sympathien wecken. Das Interesse an der inoffiziellen First Lady Frankreichs ist groß, seit ihre Liaison im Januar 2014 durch Fotos in einem Klatschmagazin publik wurde. Zuletzt erschien eine nicht autorisierte und eher literarisch gehaltene Gayet-Biografie mit dem Titel „Mademoiselle“, in der detailreich der Körper der Schauspielerin beschrieben wird, darunter eine Tätowierung am unteren Rücken. Die Autorin von „Mademoiselle“ weiß auch zu berichten, dass Gayet den Präsidenten schon mal als „meinen Verlobten“ vorstellt, aber von einer Hochzeit nur im Scherz spricht. Bei einer privaten Zusammenkunft soll sie, als die Runde über die finanziellen Schwierigkeiten der französischen Presse sprach, zu Hollande gesagt haben: „Lass uns heiraten – dann helfen wir, die Auflagen zu steigern.“ pe



SIPA / ACTION PRESS

STEFAN BONESS / IPON

Die Augenzeugin

„Weglaufen vorm Leben“

Antje Schwerdtfeger, 51, ist Ärztin in der Entzugsklinik Count Down in Berlin. Vor einigen Jahren nahmen nur noch wenige Menschen Ecstasy, nun hat der Konsum dieser Droge laut einer Studie der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht wieder deutlich zugenommen. Schwerdtfeger behandelt viele solcher Abhängiger.

„Ecstasy ist natürlich immer noch eine Partydroge aus der Technoszene. Die Konsumenten wollen mit dem Stoff zwei, drei Tage wach bleiben. Manche meiner Patienten sagen, sie seien schon fünf bis sechs Tage wach gewesen. Darüber war ich erstaunt, ich dachte, nach vier Tagen Schlafentzug ist man tot. Viele meiner Patienten nehmen Amphetamine wie Ecstasy auch, um ihre Depressionen zu bekämpfen. Sie haben keine Familie oder Freunde, sie laufen dauerhaft vor dem Leben weg.
Auf hyperaktive Menschen wirkt Ecstasy beruhigend. Viele Abhängige bekämpfen damit Konzentrationsschwächen, sie können wichtige Termine nur durchstehen, wenn sie etwas genommen haben.
Häufig sind Patienten von mehreren Drogen abhängig. Früher haben sie nur Cannabis genommen, heute kombinieren sie das mit Ecstasy oder Speed. Sie versuchen, die Abhängigkeit von der einen Droge mit der Wirkung der anderen aufzufangen. Viele Abhängige sind völlig zugedonnert mit verschiedenen Drogen, wenn sie in unserer Klinik ankommen. In der Entgiftungsstation müssen sie einen kalten Entzug machen, der dauert normalerweise zehn Tage. Die ersten Tage sind für die Patienten sehr schwer: Sie leiden unter Schlafstörungen, Gliederschmerzen und Stimmungsschwankungen.
Es macht mir Sorgen, dass sich nicht nur der Konsum, sondern auch die Droge selbst verändert. Der Stoff heute hat wenig mit dem zu tun, der früher auf dem Markt war. Ecstasy ist chemisch verändert und wirkt stärker. Immer mehr Ecstasy-Abhängige haben Herzprobleme. Ich vermute, dass das neue Ecstasy das Herz stärker angreift. Einer meiner Patienten hat schwere Rhythmusstörungen, die sein Herz dauerhaft geschädigt haben.“

Aufgezeichnet von Philipp Kosak

„Paris, die Schöne, die Hässliche, die Laute, die Leise, die Verwundete und die Tapfere. Sie ist die Hauptstadt Europas.“
Veronika Engel, Oranienburg (Brandenb.)

Unbeugsam

Nr. 22/2016 Paris – Die unbesiegte Schönheit

Paris est une fête – so ist es! Danke für die wundervolle Titelstory. Jeder Zeile ist anzumerken, dass hieran Autoren mitgewirkt haben, denen Paris am Herzen liegt.
Dr. Heinrich Quast, Harsefeld (Nieders.)

Der Titel lässt mich zweifeln. Ich hielt die Ausgabe erst für ein Reisemagazin. Zeitgemäßere Alternativen: Rio – Die vergewaltigte Schönheit; Olympia – Der korrupte / gedopte / gefährdete Traum (Zika); Brasilien – Führungslos um den Zuckerhut; Türkei – Mit Diktatoren spaßt man nicht; EU – To Brexit or not to Brexit.
Moritz Jahn, Hamburg

Den Verfassern gilt meine Anerkennung, charakterisieren sie die französische Hauptstadt, den geschichtlichen Hintergrund wie auch die Zukunftsaussichten nahezu perfekt. In der Tat: „Paris ist einzig! Rien ne se peut comparer à Paris“!
Hans H. Lessmann, Bergisch Gladbach

Wie wären wir verloren? / Ohne Paris. / Was hilft uns überwinden? / Grand Paris. / Kann man auch Liebe finden? / Durch Paris. / Was lässt nicht lange weinen? / Nur Paris. / Was soll uns stets vereinen? / Frankreich mit ganz Paris. (Frei nach Goethe)
Winfried Kretschmer, Wiesbaden

Ich sehe seit Jahren den Wandel in Paris. Dass dazu auch der erdrückende Tourismus gehört, ist angesichts der Attraktivität dieser Stadt nicht verwunderlich. Solange es aber noch immer viele authentische unbekannte Stadtteile, Straßen und Plätze ohne Chinesen, Japaner oder deutsche Abiturienten gibt, ist Paris wie eh und je eine Geliebte, unübertroffen in ihrem sinnlichen Charme, ihrem unverwechselbaren Lärm und ihrem charakteristischen Geruch aus Metro, Café und teurem Parfum.
Peter Seroka, L'Escala (Spanien)

„Fluctuat, nec mergitur“ – „sie schwankt, aber geht nicht unter“ – steht seit 1853 im Stadtwappen von Paris. Doch de facto war dieser Satz schon seit dem 3. Jahrhundert vor Christus in der bewegten Geschichte Programm und Menetekel zugleich. Sicher war für die Stadt die Besatzung durch Hitler-Deutschland die tiefste Demütigung. Aber diese konnte weder den Stolz noch die Identität der quirligen Schönen beugen. In dieser Hinsicht waren später etliche intrinsische Kräfte weitaus desaströser. Vermutlich haben der damalige Pariser Bürgermeister Jacques Chirac und die Immobilienwirtschaft die Seele von Paris mehr ausbluten lassen als alle von außen kommenden Invasoren zuvor. Aber vielleicht stimmt ja der Satz: Je mehr es sich ändert, umso mehr ist es dasselbe.
Rainer H. Kraus, Roth (Bayern)

MICHEL EULER / AP

Touristin, Soldat am Louvre

Als Anhänger des Philosophen Georg Christoph Lichtenberg möchte ich noch hinzufügen: „Ein kanadischer Wilder, dem man alle Herrlichkeit von Paris gezeigt hatte, wurde am Ende gefragt, was ihm am besten gefallen hätte. Die Metzgerläden.“
Robert Wiesner, Burscheid (NRW)

Ein Klischee

Nr. 21/2016 Man kann auch allzu gesund essen – in den USA fordert der Foodamentalismus erste Opfer

Es liegt offensichtlich im Trend, gesunde Ernährung lächerlich zu machen. Auch der SPIEGEL folgt dem, und das befremdet. Allein die Überschrift „Großstadtneurotiker“ bestätigt schon die geneigten Vereinfacher. Das geschilderte extreme Verhalten dient allenfalls der Unterhaltung. Der Mensch ist, was er isst, und in der Dosis liegt das Gift.
René Weil, Kössen (Österreich)

Im Artikel werden Veganer mal wieder als verwöhnte, satte und intolerante Stadtbewohner mit einer Menge Störungen dargestellt. Ein Klischee wird aber nicht dadurch wahr, dass man es wiederholt. Der kleine Anteil neurotischer Veganer hat die instabile Psyche sicher nicht durch die vegane Ernährung bekommen. Die Mehrheit der Veganer ist gesünder, offener und politischer als der Rest der Gesellschaft. Vegane Ernährung ist keine dogmatische Religionsauslegung, sondern der mühsame Versuch, eine Alternative zur Ausbeutung von Tieren als Grundlage unserer Ernährung zu finden.
Eva Kuhn, Landwirtin, Bodman-Ludwigshafen (Bad.-Württ.)

Klarer, Bier und Bratwurst

Nr. 21/2016 Der schwarze Kanal von Jan Fleischhauer über „Erbarmen mit den 68ern“

Wir zwei 68er haben Erbarmen mit Jan Fleischhauer und ordnen seine „Meinung“ unter dem Begriff „Realsatire“ ein. Wir sind weder schwerhörig und halsstarrig noch vergesslich. Wir können uns auch gegen Verallgemeinerungen und Unterstellungen wehren. Besonders schlimm ist, dass Jan Fleischhauer mit seiner „Meinung“ die Meinungsfreiheit missbraucht.
Annemie und Peter Dietz, Lichtenfels (Bayern)

Als Alt-68er danke ich für die warmherzigen Worte, für die Laudatio auf eine längst vergangene Zeit. Wir Alt-68er, die Laubenpieper an der Ruhr, haben gelacht; das Bier, der Klare, die Bratwurst haben das Bild abgerundet. Den Text der „Internationalen“ haben wir immer noch im Kopf.
Reinhard Wawziniak, Dortmund

Schon vor Jahren habe ich, damals noch DKP-Mitglied, später SPD-Mitglied, auf die Fehler der Politik und der Wissenschaft im Umgang mit dem Erstarken rechtsradikalen und neonazistischen Gedankenguts bei vielen Jugendlichen und in der Öffentlichkeit hingewiesen. Bemerkenswert ist, dass meine Vorhersagen sich bewahrheitet haben. Nicht zuletzt die 68er haben an der Rechtswende ihr gerüttelt Maß an „Mittäterschaft“ zu verantworten. So dogmatisch, rechthaberisch, gnadenlos und gleichzeitig verblendet sie sich zu Richtern über das Leben ihrer Eltern in der NS-Zeit an den Mittagstischtribunalen aufgeschwungen haben, müssen sie sich heute gefallen lassen, jetzt ihrerseits für ihre utopischen, linken Weltverbesserungsideale einer „Mitschuld“ am Anwachsen rechtsradikaler Einstellungen geziehen zu werden.
Dr. Otto Felix Hanebutt, Hanstedt (Nieders.)

Ich zähle mich zu den Alt-68erinnen und habe selten so einen platten, von Klischees strotzenden und dadurch bösartigen Artikel im SPIEGEL gelesen. Sie machen sich durch die Darstellung des angeblichen Verhaltens der 68er zum Handlanger der Ideologie der AfD. Ich hätte nie gedacht, dass in unserem Land Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit wieder zum normalen Alltag gehören würden. Sie befördern mit Ihrem platten, peinlichen Geschreibsel diese Denkweisen und stellen sie an keiner Stelle infrage.
Karin Püschel, Hamburg

KAY NIETFELD / PICTURE ALLIANCE / DPA

SPD-Parteitag in Leipzig 2013

Enormer Haken

Nr. 21/2016 Leitartikel: Eine Vorwahl um die Kanzlerkandidatur würde die SPD wiederbeleben

Sind Sie wirklich der Überzeugung, dass Herr Gabriel der richtige Kandidat ist, oder gar Frau Schwesig? Selbst Frau Kraft ist doch nicht ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Die SPD ist in einer historischen Krise, und zwar wegen ihres schlechten Führungspersonals. Die Herren Steinmeier und Scholz nehme ich ausdrücklich aus.
Klaus-Peter Möritz, Berlin

Einen Mitgliederentscheid über den Kanzlerkandidaten zu fordern ist mit Sicherheit richtig. Dennoch hat die These, dass Gabriels Idee eines Vorwahlkampfs eine große Chance für die SPD sei, einen enormen Haken: Von den Leuten, die Sie auflisten, will doch niemand Kanzlerkandidat werden – und das ist nach Lage der Dinge völlig verständlich. Wie soll da ein überzeugender Mitgliederentscheid zustande kommen?
Dr. Hubert Hofmann, Immenstaad (Bad.-Württ.)

Wer regelmäßig seine Spitzenleute demontiert, darf sich nicht wundern, wenn keiner mehr das Amt haben will.
Ludwig W. Schott, Kronberg (Hessen)

Die ganze K-Diskussion hätte doch nur dann einen Sinn, wenn eine auch ganz kleine Möglichkeit erkennbar wäre, dass ein SPDler Kanzler werden könnte.
Walter Weiss, Kassel

Bei Ihrem Vorschlag zur Direktwahl des Kanzlerkandidaten der SPD durch die Parteimitglieder müssen Sie vergessen haben, was vor 22 Jahren geschah, als der vom Parteivolk gekürte Kandidat Rudolf Scharping statt Gerhard Schröder grandios die Bundestagswahl verlor.
Johannes Wilhelms, Wildeck (Hessen)

Geradezu fatal

Nr. 21/2016 Der schwierige Umgang mit der AfD

Sind linke Journalisten geborene Gegner der AfD? Natürlich sind sie es, und daher bringen sie auch immer die gleichen dummen Argumente. Dass diese Partei inzwischen so viel Zustimmung erhält, sollte den Schreibern allerdings zu denken geben. Anstatt auf die populären Themen nachhaltig einzugehen, wird nur vorverurteilt und Lächerlichmachung vergebens versucht. Ich fand als früherer FDP-Wähler die SPD saublöd, aber verdammt habe ich sie nie.
René Pfeiff, Wiesbaden

Die AfD kommt über die Schiene „Flüchtlinge“ wohl in den nächsten Bundestag. Das hätten wir CDU und SPD zu verdanken.
Manfred Eich, Nürnberg

Wenn es ein Journalist wagen sollte, sich über die AfD auch nur neutral zu äußern, statt scharf abwertend und negativ, muss er offenbar mit nachhaltigen Reaktionen der Kollegen rechnen. Die Freiheit der Presse würde demnach nicht, wie naiverweise bisher geargwöhnt, seitens der „Obrigkeit“ eingeschränkt, sondern seitens der Medienleute selbst. Eine solche Dynamik, sollte sie so tatsächlich funktionieren, wäre geradezu fatal und viel gravierender als der Vorwurf der „Lügenpresse“.
Henning Behrens, Hamburg

Ob es einem gefällt oder nicht, Fakt ist, dass der Islam inzwischen zu Deutschland gehört – und die AfD eine normale Partei ist. Sie hat ein Parteiprogramm, das man in Teilen begrüßen und in Teilen ablehnen kann, wie bei anderen Parteien auch. Diese täten gut daran, sich um die Balken in den eigenen Augen zu kümmern, statt die AfD dauernd zu skandalisieren.
Peter Sieger, Reichenbach an der Fils (Bad.-Württ.)

Ein wenig hoffnungsvoller

Nr. 21/2016 SPIEGEL-Gespräch mit dem Informatiker David Gelernter

Die Aussagen von Gelernter über die denkbaren geistigen Fähigkeiten von Rechnern sind hochgradig irreführend. Sie sollten neben ihm auch jene zu Wort kommen lassen, die die Wissenschaft der maschinellen Intelligenz, der Emotion und des Bewusstseins vorwärtstreiben.
Prof. Dr. Walter Tichy, Karlsruhe

Ein gelungenes Plädoyer Gelernters für die Wiederaneignung von Kunst, Dichtung und Philosophie sowie ein komprimiertes Studium generale der Humanwissenschaften. Die vom Computerwissenschaftler Gelernter geteilte Erkenntnis, dass biochemische und neurophysiologische Abläufe ästhetisches oder emotionales Erleben nicht ansatzweise erklären können, und dazu noch die Prophezeiung, dass Computer nicht in der Lage sein werden, eine tiefer gehende Emotionalität oder ein Äquivalent menschlicher Geistesgegenwart herzustellen, lässt mich ein wenig hoffnungsvoller in eine zunehmend technisierte Zukunft blicken.
Dr. Martin Peveling, Recklinghausen

Der Eindruck besteht, dass Gelernter sein Buch auch für sich, zur Vergewisserung seiner selbst, schreibt: Was hat die menschliche Intelligenz, was Maschinen eben nicht haben? Er sieht den Transhumanismus als kaum abwendbare Gefahr, als Rezept zur Auslöschung des Menschen. Seinem Statement – „die Anhänger der Computertheorie des Geistes sind intellektuell korrumpiert – nicht durch Geld, sondern durch Machtfantasien“ – kann nur zugestimmt werden. Die Ziele von Facebook, vermittelt von Algorithmen der künstlichen Intelligenz, sind Teil dieser Pläne – bedrohlicher noch als die mögliche Züchtung neuer Menschentypen.
Manfred Möllenhoff, Baldham (Bayern)

Lasst einem Roboter mit künstlicher Intelligenz mal klar werden, dass er sterben kann, da wird sich aber ganz schnell ein Bewusstsein für Glück und Metaphysisches entwickeln. Nein, Herr Gelernter scheint hier recht rückwärtsgewandt zu sein. Ich sehe ein anderes Szenario: Die Roboter werden auf den Trichter kommen, uns zu

JEFF BROWN / REDUX / LAIF

Informatiker Gelernter

erzählen, was wir alles falsch und kaputt machen in unserer Egomanie.
Detlef Lange, Berlin

Die Aussagen von Gelernter bestehen nur aus Worten ohne Tiefe. Sie sind hervorgebracht von einem Geist, der seiner eigenen Begrenztheit nicht gewahr ist. Wenn der Computer ihn dereinst überflügelt hat, dann kommt sein intellektuelles Bemühen, das nicht über ihn selbst hinausführt, zu spät.
Hans-Ulrich Rahe, Bad Salzdetfurth (Nieders.)

Wenn der Informatiker Gelernter behauptet, die exakte Wissenschaft sei die letzte Ideologie unserer Zeit, kommt das reichlich spät. Schon zu Darwins Zeiten sprach man von der „Wissenschaftskirche“. Künstliche Intelligenz ist programmierte Schaltung, weiter nichts.
Dr. Hans-Georg Schneider, Oxford (Großbritannien)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe **(leserbriefe@spiegel.de)** gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter **www.spiegel.de** zu archivieren.

THC ist auch für eigenen Trainer eine Wundertüte

Tennis: Hanauer setzen auf junge Verbandsliga-Mannschaften

OFFENBACH • Bis auf die Hes- Rot-Weiß Sprendlingen star- Titelverteidiger TC Heusen-

Aus dem Groß-Zimmerner „Lokal-Anzeiger“

Aus den „Dresdner Neuesten Nachrichten“: „1971 fand die Polizei zwei Frauenleichen, die in einem Altenheim in der Nähe der Arbeitsstelle des mutmaßlichen Serienmörders gearbeitet hatten.“

Ski-Ass Viktoria Rebensburg ermuntert Kinder zu Sport und Bewegung – das beugt einem gesunden Körper und Geist vor.

Aus einer Broschüre des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Aus dem „Tagesspiegel“: „Diese von Bomben zerstörte und nach dem Krieg mehr recht als schlecht zusammengeflickte Stadt, die voller Lücken und Brachen ist, häutet sich.“

Rechte Hetze gegen Schokolade

Aus der „Neuen Westfälischen“

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“: „Er macht alles selbst, ist fit in Buchhaltung, installiert in Rekordtempo benutzerunfreundliche PC-Programme.“

Jenaer Polizei ist zufrieden: Beim Pokalderby nur Pfefferspray, Flaschenwurf und Hitlergruß

Von Thueringer-allgemeine.de

Aus der „Amberger Zeitung“: „Die Zahl der Waffenbesitzer sinkt. Allerdings vollzog sich im vergangenen Jahr auch eine gegenläufige Entwicklung.“

Baby wurde Kardinal

Am Pfingstmontag feierte Karl

Aus der „Südwest Presse“

Dein SPIEGEL
EINFACH MEHR WISSEN

„Dein SPIEGEL“
2x gratis testen!

„Dein SPIEGEL“ – das Nachrichten-Magazin für Kinder und Jugendliche ab 8 Jahren.

Bestellen unter:

www.deinspiegel.de/gratis

040 3007-2700

Bitte Aktionsnummer angeben: DS16-091

Zitate

Die britische Zeitung „Guardian“ zum SPIEGEL*-Bericht „Harter Kopf“ (Nr. 22/2016) über den Fußballer Robert Lewandowski:*

Lewandowskis Agent (*Cezary Kucharski* –Red.) hat enthüllt, dass der Stürmer von Bayern München Gespräche mit Real Madrid geführt hat … „Wir haben uns alles angehört. Es ist ein großer, spannender Verein“, sagte Kucharski dem Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL … Lewandowski, der sich auf die Freundschaftsspiele Polens gegen die Niederlande und Litauen nächste Woche vorbereitet, fügte hinzu: „Verträge sind im Fußball kein Heiligtum. Diese Haltung kann man mögen oder nicht, aber es ist die Wahrheit.“

Die „Welt“ zum SPIEGEL*-Essay „Elektronik als Massenbetrug“ (Nr. 16/2016) und zu weiteren Beiträgen des Schriftstellers Hans Magnus Enzensberger:*

Ja, schon wahr, der engagierte Schriftsteller der 47er-Baureihe ist uns Nachgeborenen manches Mal auf den Wecker gegangen … In Deutschland ging die Stationierung jeder x-beliebigen Rakete damals mit geschätzten sechseinhalb Schriftstellerinterviews in großen Zeitungen einher. In Amerika hingegen wollte man vom Großschriftsteller lieber wissen, ob er frühmorgens flüssiger schreibe als spätabends. Das Komische ist: Es ist nicht mehr so. Grass ist tot, und Enzensberger schreibt seine SPIEGEL-Essays nicht über die AfD, sondern über die Zumutungen von HDMI oder WLAN.

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ zur SPIEGEL*-Titelgeschichte „Um Kopf und Kragen“ (Nr. 42/1975):*

Strauß sammelte Schlachtfelder wie andere Briefmarken. Und nun kam Kohl the Kid. Der ließ sich allerdings nicht so einfach schlachten, genau genommen gar nicht. Schlecht für Strauß, denn er wollte Kanzlerkandidat der Union werden. Die entschied sich 1975 aber für Kohl. Strauß war empört … Strauß machte Kohl das Leben schwer, wann er nur konnte. So berichtete der SPIEGEL im Oktober 1975: „Am Montag vergangener Woche versuchte der Mainzer dringend den bayrischen Vorsitzenden über Telephon zu erreichen, doch sowohl privat als auch in der CSU-Parteizentrale an Münchens Lazarettstraße bedauerte man: Strauß sei nicht zu sprechen. Am Dienstag ließ Kohl neuerlich bei Strauß anklingeln – wieder vergebens. Strauß hatte Besseres zu tun als mit Kohl zu reden. Er war auf Gams und Bock im Österreichischen.“

Wachsen ist einfach.

sparkasse.de

Wenn man für Investitionen einen Partner hat, der Ideen von Anfang an unterstützt.

Deutsche Leasing

Wenn's um Geld geht

LONGINES

OFFICIAL TIMEKEEPER

ROLAND GARROS PARIS

ROLAND GARROS 2016

LONGINES®

Conquest Roland-Garros

Longines Deutschland
Tel.: +49 6196 88777 2000